

Rosenland



Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 30

November 2024

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Beiträge	
Joachim Kleinmanns Die Katholische Kirche St. Bonifatius in Detmold	2
Andreas Ruppert Das Metz-Denkmal in Horn	15
Jürgen Hartmann „Auf dem Altar des Vaterlandes“ – Kriegerdenkmäler des Ersten Weltkrieges und umstrittenes Gedenken in Oerlinghausen	22
Andreas Ruppert Die Familie Blank in Horn	93
Hinweis	
Joachim Kleinmanns/Roland Linde/Heinrich Stiewe LippeHäuserWiki ist online. Historische Hausstätten, Gebäude und Inschriften im Kreis Lippe	134
Rezensionen	
M. Sprenger, Detmolder Bürgerhäuser (A. Ruppert)	136
J. Kleinmanns, Preußischer Klassizismus in Lippe (A. Ruppert)	138
U. Meier, Ein folgenschwerer Diebstahl (A. Ruppert)	141
W. Katzenstein, „Der Freiheit Wimpel weht am Mast“ (J. Hartmann)	143
G. Strottdrees, Jüdisches Landleben (J. Hartmann)	148
Impressum	151

Editorial

Joachim Kleinmanns behandelt mit St. Bonifatius in Detmold den Bau der ersten, 1852 geweihten katholischen Kirche in Detmold, damals ein Durchbruch im bis dahin streng evangelischen, also calvinistischen und lutherischen (Lemgo) Fürstentum Lippe.

Jürgen Hartmann geht dem Gefallenengedenken in Oerlinghausen nach dem Ersten Weltkrieg nach, mit allen Verwerfungen und Auseinandersetzungen, mit umstrittenen, veränderten, ausgeführten und wieder veränderten Denkmalsplänen bis hin zur heutigen Diskussion um das Regimentsdenkmal auf dem Tönsberg.

Ein weiterer Akzent dieser Ausgabe liegt auf der Stadt Horn. Andreas Ruppert erläutert das Schicksal eines Regimentsdenkmals. Außerdem erinnert er an die Familie Blank, die, Mitte des 19. Jahrhunderts aus dem Hannoverischen zugewandert, in Horn hohes Ansehen erlangte, bevor ihre Angehörigen durch den rechtsextremen Terror vertrieben und ermordet wurden.

Die Katholische Kirche St. Bonifatius in Detmold

von Joachim Kleinmanns



*Abb. 1: Ansicht von Westen, 2023
(Foto: Joachim Kleinmanns)*

Einführung

1538 hatte sich die Grafschaft Lippe der Reformation angeschlossen.¹ Danach gab es nur noch wenige Katholiken im Land. „Reste der katholischen Gemeinden und des katholischen Glaubens hatten sich in Schwalenberg und Falkenhagen und bei einigen adeligen Familien gehalten“, bemerkt Noltensmeier in der „Lippischen Geschichte“.² Gemmeke hat bereits 1905 und bisher als einziger die Situation der lippischen Katholiken ausführlich und aufgrund intensiven Quel-

¹ BARTOLT HAASE, „Allerhand Erneuerung ...“. Eine kirchengeschichtliche Studie zum Übergang deutscher Territorien der Frühneuzeit zur reformierten Lehre aus der Perspektive der Grafschaft Lippe, Wuppertal 2005, 74 f.; vgl. auch den guten Überblick von UWE STANDERA, Katholisches Leben in Lippe von der Reformationszeit bis zur Gleichstellung im Jahre 1854, in: ANDREAS LANGE/LENA KRULL/JÜRGEN SCHEFFLER (Hg.), Glaube, Recht und Freiheit. Lutheraner und Reformierte in Lippe, Bielefeld 2017, 301-317.

² GERRIT NOLTENSMEIER, Epochen der lippischen Kirchengeschichte. Von der Reformation bis zur Jahrtausendwende, in: HEIDE BARMMEYER/HERMANN NIEBUHR/MICHAEL ZELLE (Hg.), Lippische Geschichte (Lippische Studien, 24 / Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, 90), Petersberg 2019, Bd. 2, 185-199, hier 193.

lenstudiums beschrieben.³ Demnach gab es in Detmold nach der Reformation nur wenige Katholiken. Ihre Zahl wuchs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf etwa 100. Wie sich diese religiöse Minderheit zwischen 1850 und 1950 entwickelte, für ihre Gleichberechtigung kämpfte und dem baulichen Ausdruck verlieh, davon handelt der folgende Beitrag. Er macht auch klar, dass das Fürstenhaus den Katholiken toleranter begegnete als Regierung und Konsistorium. Das Anwachsen der katholischen Gemeinde in der Residenz auf 1.000 Seelen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war bei der zunehmenden Mobilität der Menschen ohnehin nicht aufzuhalten.



*Abb. 2: Maximilian Freiherr von Laßberg, vor 1866
(Foto: Georg Hering, LLB, BA LP14-32)*

Als 1847 der aus dem katholischen Salzburg stammende Postrat Maximilian Freiherr von Laßberg⁴ für die auch hier tätige Thurn- und Taxis'sche Post nach Detmold versetzt wurde, entstand am Ort eine katholische Gemeinde. Denn auf seine Initiative wurden ab 10. November 1850 in einer gemieteten Spinnstube des Detmolder Frauenvereins im alten Waisenhaus am

³ ANTON GEMMEKE, Geschichte der katholischen Pfarreien in Lippe, Paderborn 1905. Gemmeke wird vermutlich das Vortragsmanuskript von Pfarrer Honcamp, „Geschichte der Pfarre Detmold“ Bad Salzuflen 1896, gekannt haben, siehe ERZBISCHÖFLICHES ARCHIV (EA) Paderborn, 149 Detmold, Nr. 21: Pfarrer zu Detmold. Die Publikationen von AUGUSTINUS REINEKE, Katholische Kirche in Lippe 783-1983, Paderborn 1983, und NOLTENSMEIER wie Anm. 2 gehen nur zeitlich darüber hinaus.

⁴ Maximilian Bernhard Theodor Freiherr von Laßberg (* 9.11.1813 in Salzburg, † 26.2.1866 in Detmold) war ein bayerischer Kammerjunker und von 1847 bis 1866 Postrat der Thurn-und-Taxis-Post in Lippe. Auf seine Initiative hin entstand 1854 die erste römisch-katholische Pfarrei nach der Reformation in Lippe. Am 4. Oktober 1846 heiratete er Ida Freiin von Stein zu Nord- und Ostheim, die eine Tochter von Carl von Stein zu Nord- und Ostheim war.

Burggraben (jetzt Bruchstraße 29) wieder katholische Gottesdienste in Detmold gehalten.⁵ Regelmäßig kam dazu nun an Sonn- und Feiertagen ein Geistlicher aus Paderborn, um die Heilige Messe zu zelebrieren. Als der Raum nach 1 ½ Jahren gekündigt wurde, begannen die Planungen zum Bau einer eigenen Kirche. Bis zu deren Fertigstellung wurde der Gottesdienst in von Laßbergs Wohnung in der Exterstraße 11 gehalten.⁶ Auf Laßbergs Initiative kaufte die entstehende Gemeinde vor der westlichen Stadtmauer am Wall ein Gartengrundstück des Mauermeisters Anton Harte. Harte hatte zuvor im Namen des Vorstands der katholischen Gemeinde Detmold am 28. Juni 1851 ein Gesuch an die fürstliche Regierung gerichtet, auf der „Bruchwall-Straße“ (Wallgraben 8) in dem ihm gehörenden Grabengarten eine katholische Kirche erbauen zu dürfen.⁷ Die Regierung hatte nichts Grundsätzliches einzuwenden, bestand aber zuvor auf der Einreichung eines Planes. Diesen Entwurf schuf Ferdinand Merckel, der seinerzeit fast alle reformierten Kirchen und Pfarrhäuser im Auftrag des Fürstlichen Konsistoriums baute.⁸



Abb. 3: Ferdinand Merckel, 1845, Skizze von Julius Geißler
(LLB, HS A 22,24)

⁵ HERBERT VON KAVEN, Detmolder Kirchen und Schulen, in: Geschichte der Stadt Detmold, Detmold 1953, 226-255, hier 244 f.

⁶ GEMMEKE 1905, 329 und 331.

⁷ LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN, ABT. OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), L 77 A Nr. 154, fol. 1.

⁸ Geboren am 4. Juli 1808 in Detmold, gestorben ebenda am 24. Dezember 1893. 1829-1832 Studium an der Akademie der Künste in München (LAV NRW OWL, L 92 A Nr. 1050), Bauinspektor, 1872 Baurat. Vgl. DOROTHEA KLUGE, Der lippische Baurat Ferdinand Ludwig August Merckel (1808-1893) und seine Kirchenbauten, in: INSTITUT FÜR ARCHITEKTUR-, KUNST- UND KULTURGESCHICHTE IN NORD- UND WESTDEUTSCHLAND, WESERRENAISSANCE-MUSEUM (Hg.): Historismus in Lippe (Materialien zur Kunst- und Kulturgeschichte in Nord- und Westdeutschland; 9), Marburg 1994, 85-102. Die katholische Kirche in Detmold ist 88 kurz erwähnt.

Die Grundsteinlegung fand bereits am 20. Juli 1851 statt. Wenige Tage zuvor hatte von Laßberg für die Gemeinde bei der Regierung die Erlaubnis einer Kollekte angefragt:

„Haben uns auch auswärtige Wohlthäter so viel gespendet, um das Werk wenigstens beginnen zu können, so reichen diese Gaben doch bei weitem nicht hin, um es auch zu vollenden. Da aber die Einzelnen von uns auch in ihrer Gesamtheit nicht so bemittelt sind, um die Kosten des Baues zu bestreiten, erlauben wir uns die gehorsamste Bitte, uns eine Collecte im Lande gestatten zu wollen.“⁹

Regierung und Konsistorium standen der Bildung einer katholischen Gemeinde jedoch mehr als kritisch gegenüber und versuchten mit allen Mitteln, deren Etablierung zu behindern. So wurde auf die Bitte der Kollekte erwidert, bevor die Kollekte genehmigt würde, sei das Bedürfnis nachzuweisen, nämlich die Kosten des Baues, die eigenen Mittel und die Zahl der Mitglieder, welche beabsichtigten, sich der neuen Gemeinde anzuschließen. Als erstes jedoch habe von Laßberg um die landesherrliche Genehmigung zur Bildung einer katholischen Gemeinde nachzusuchen.¹⁰

Diese letzte Forderung jedoch widersprach der verbrieften Religionsfreiheit, weshalb der Postrat zwar die Fragen nach Baukosten und Mitgliederzahl beantwortete, sich aber dagegen verwahrte, um eine Genehmigung zur Bildung der katholischen Gemeinde zu bitten. Er ließ das Schreiben der Regierung zunächst fast sechs Wochen unbeantwortet und teilte dann am 13. September mit, die Baukosten betrügen einschließlich des Grundstücks 6.000 Reichstaler, wovon 2.533 Reichstaler 22 Silbergroschen und 9 Pfennige vorhanden seien, und die Anzahl der Gemeindemitglieder ließe sich nicht angeben, da dies von der bischöflichen Bestimmung zur Größe der Pfarre abhinge. In Detmold und Umgebung dürften es 300 bis 400 sein. Was die Genehmigung zur Bildung der katholischen Gemeinde betraf, merkte von Laßberg nur an, diese ergäbe sich von selbst aus Art. IV der Rezessionsurkunde zum Rheinbund (Warschau 18. April 1807), aus der Bundeslade von 1815 und den als Landesgesetz publizierten Grundrechten, nämlich § 17 Abs. 2, wonach jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbstständig ordne und verwalte.¹¹

Schon 1850 hatten die Katholiken eine Eingabe beim Fürsten gemacht, dass die Regierung die Aufhebung der Beschränkungen verweigere, worauf Leopold III. anordnete: „Die Beschwerde scheint mir nicht ohne Grund zu sein und wünsche ich sehr, daß derselben sobald, wie möglich, abgeholfen würde“, was aber erst 1854 geschah.¹² Im Lauf der zweiten Jahreshälfte 1851 hatte Mauermeister Harte den Bau weit vorangetrieben und den Wandkasten bereits vollendet. Im November wollte er noch die beiden Giebelspitzen aufmauern, musste die Arbeiten aber beim zweiten Giebel, dem südlichen, wegen schlechten Wetters dann einstellen. Nachdem tagelanger

⁹ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154, fol. 3.

¹⁰ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154, fol. 5.

¹¹ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154, fol. 7 f.

¹² LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 1816: Aufhebung des Pfarrzwang und Gleichberechtigung der Katholiken und Lutheraner mit den Reformierten, Bd. 1, Laufzeit (1824) 1825-1851, fol. 131-133.

Regen das frische Mauerwerk durchnässt hatte, kam Frost auf, der den kaum abgebundenen Kalkmörtel aufsprengte und das südliche Giebdreieck auf das Chorgewölbe stürzen ließ und damit auch dieses zum Einsturz brachte.¹³ Eine Überlastung des Baugrundes oder der Fundamente konnte Merckel nach seiner Untersuchung ausschließen. Er schloss mit der Bemerkung,

„daß mir über den Einsturz kein Vorwurf gemacht werden kann, indem ich die Leitung des Baues nur unter der Bedingung übernommen hatte, daß ich nicht viel Mühe davon, und nur zu Zeiten nachzusehen hätte, ob die Arbeiten auch gut ausgeführt wurden.“

Im Frühjahr 1852, mit Ende der letzten Frostnächte, wurden die Bauarbeiten wieder aufgenommen. Die Vollendung zog sich zum Herbst hin. Am 7. November 1852 konnte die Kirche durch den Paderborner Bischof Franz Drepper geweiht werden. Die Regierung wurde eingeladen, wollte aber offiziell nicht teilnehmen, da es ihrer Meinung nach wegen der fehlenden Genehmigung noch gar keine katholische Gemeinde gab. Regierungsrat Petri richtete daher ein privates Schreiben an von Laßberg, die Regierung sei leider verhindert. Auch das Konsistorium hatte eine Einladung erhalten, doch Piderit hielt es für angemessen, diese unbeantwortet zu lassen,

„da das Consistorium als die oberste kirchliche Behörde des Landes von der Bildung einer neuen katholischen Gemeinde in der Residenzstadt Detmold im officiellen Wege noch nicht die mindeste Kenntniß erlangt hat.“

Fürst Leopold hingegen teilte dem Konsistorium mit:

„Ich will dies ganz Ihren Ansichten überlassen. Wir sind gebeten und werden hinkommen.“¹⁴

An der Feier beteiligten sich auch Musiker der Fürstlichen Hofkapelle.¹⁵ Eingesegnet wurde ein schlichter rechteckiger Saalbau mit offenem Dachstuhl, 63 Fuß lang und 34 Fuß breit, von 24 Fuß Trauf- und 39 Fuß Firsthöhe.¹⁶ Im Süden war ein kleiner, eingewölbter Chor angebaut. Das Mauerwerk aus Bruchstein war an den Ecken mit Backstein verstärkt worden. Trotz mehrfacher Umbauten in späterer Zeit ist uns das Aussehen des ursprünglichen Bauwerks durch Zeichnungen und Fotografien bekannt.¹⁷ Diese Abbildungen zeigen an der nördlichen Schmalseite ein rundbogiges Portal, von zwei Rundbogenfenstern flankiert. Darüber befand sich ein Rundfenster. Auf der nördlichen Giebelspitze saß ein Dachreiter mit Glocke und Schallluken,

¹³ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154, fol. 10, 15-17.

¹⁴ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154, fol. 24.

¹⁵ EA PADERBORN, 149 Detmold, Nr. 21: Pfarrer Honcamp, „Geschichte der Pfarre Detmold“, Vortragsmanuskript, Bad Salzuflen 1896.

¹⁶ 18,27 × 9,86 × 6,96 bzw. 11,31 m.

¹⁷ LIPPISCHE LANDESBIBLIOTHEK (LLB), HV 15,4-27r: Ludwig Menke, Skizze, 1854; LLB, HV 15,13-11r: Skizze, 1860; LLB, HV-15,10-26r und HV-15,9-31r: Skizze, um 1866; LLB, 1 D 35,4 und Zweitexpl. HSA 5,8r-6: Zeichnung, um 1866; LLB, HSA 5,10r-1 und HSA 12-8: Theodor Kliem, Fotografie, um 1870/80; LLB, BA DT-61-8: Wilhelm Lange, Fotografie, vor 1890.

bekrönt mit einem Kreuz und Wetterhahn. Die Längsseiten wurden durch jeweils vier Rundbogenfenster und Lisenen gegliedert. Im Altar waren Reliquien der Heiligen Bonifatius und Benedikt sowie des Papstes und Märtyrers Pius eingesetzt.¹⁸



Abb. 4: Ansicht von Nordwesten, 1854, Skizze von Ludwig Menke
(LLB, HV 154-27r)



Abb. 5: Ansicht von Nordwesten, um 1880
(Foto: Theodor Kliem, LLB, HS A 5, Br1)

¹⁸ EA PADERBORN, 149 Detmold, Nr. 21: Pfarrer zu Detmold, darin: Pfarrer Honcamp, „Geschichte der Pfarre Detmold“, Vortragsmanuskript, Bad Salzufflen 1896.

Die anfangs durch von Laßberg auf 6.000 Taler geschätzten Kosten waren um 1.100 überschritten worden, was hauptsächlich auf den Teileinsturz zurückgeführt werden kann. Für das Grundstück waren 1.100 Taler gezahlt worden, die Baukosten für Kirche und Pfarrhaus kamen auf 6.000 Taler. Die junge Gemeinde musste davon lediglich 200 Taler aufbringen. Den höchsten Betrag gab der Bonifatius-Verein mit 2.100 Talern, was wohl den Ausschlag gab, die Kirche unter das Patrozinium des Hl. Bonifatius zu stellen. Der Ludwig-Missionsverein in München stiftete 1.900 Gulden¹⁹, das österreichische Kaiserhaus 1.300 Gulden, der Franziskus-Xaverius-Verein 1.000 Taler und schließlich die Mitglieder des Fürstenhauses 600 Taler.²⁰ Die Hälfte davon hatte mit 300 Talern Fürst Leopold III. gegeben, der sich damit um 100 Taler freizügiger erwies, als sein Vater es 1846 bei der katholischen Kirche in Lemgo gewesen war.²¹ Die noch fehlenden 200 Taler konnte die Gemeinde erst 1856 vollständig tilgen.²²

Angebaut war das Pfarrhaus, in das 1852 Joseph Rinsche als erster Pfarrer einzog.²³ Für seinen Unterhalt sorgte hauptsächlich der Bonifatius-Verein mit 270 Talern jährlich. Weitere 30 Taler kamen von der Ferdinanda, einer Stiftung des Paderborner Fürstbischofs Ferdinand von Fürstenberg.²⁴ Die Einsetzung des Pfarrers Rinsche führte erneut zu Konflikten mit der Regierung. Bischof Drepper hatte am Tag nach der Konsekration der Kirche angezeigt, dass er Rinsche zum Seelsorger der Gemeinde eingesetzt habe, und dabei der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Ungleichbehandlung der Katholiken bald aufgehoben würde.²⁵ Die Regierung bestand jedoch darauf, dass zur Anstellung eine landesherrliche Genehmigung notwendig sei, welche wiederum von einer Präsentation und eidlichen Verpflichtung abhing. Zum ersten dafür anberaumten Termin erschien Rinsche nicht, da er verhindert sei. Im zweiten Termin weigerte er sich, eine Bestimmung der Verpflichtungsformel zu geloben, die besagte, dass er sich auch nach zukünftig ergehenden Verordnungen verhalten wolle. Einen weiteren Termin ließ er aufheben und schaltete den Paderborner Bischof ein, welcher bestätigte, dass Rinsche keine Einhaltung von Verordnungen geloben könne, die er noch nicht kenne und die noch nicht in der Welt seien. Am 24. Mai 1853 schließlich erschien Rinsche und erklärte, dass er zu der Verpflichtung bereit sein, solange künftige Verordnungen nichts enthielten, was den Lehren der katholischen Kirche oder seinen Pflichten als katholischer Geistlicher widerspräche. Damit war das Ringen zwischen Regierung und Bischof vorerst entschieden.

Mit diesem Akt war nun auch für das Konsistorium offiziell eine katholische Gemeinde in Detmold vorhanden, wenn sie auch längst nicht der reformierten gleichgestellt war. So war der

¹⁹ Rund 1.085 Taler; nach dem Dresdner Münzvertrag (1838) entsprachen 2 preußische Reichstaler 3½ süddeutschen Gulden, s. dazu https://de.wikipedia.org/wiki/Gulden#Die_Gulden_des_Münchner_Münzvertrags_1837-1856 (Aufruf: 7. September 2023).

²⁰ GEMMEKE 1905, 332.

²¹ LAV NRW OWL, L 92 A Nr. 2276: Acta wegen der von Serenissimo zum Bau einer katholischen Kirche hies. [in Detmold] geschenkten 300 rt, Laufzeit 1851, fol. 1-4.

²² GEMMEKE 1905, 335.

²³ Geboren am 15.11.1822 in Eickelborn. Pfarrer an St. Bonifatius bis 1855.

²⁴ Fürstbischof Ferdinand von Fürstenberg (1661-1683) hatte für Missionen eine Stiftung in Höhe von 101.740 Talern errichtet.

²⁵ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154, fol. 25-62 und 78 entspinnt sich ein längerer Vorgang um die Verpflichtung Rinsches, in den sich auch der Paderborner Bischof einschaltet.

katholische Geistliche zu Kopulationen (Trauungen) und Taufen nur berechtigt, wenn beide Brautleute katholisch waren. Es war ihm zwar erlaubt, ein verstorbene Mitglied zur letzten Ruhestätte zu begleiten, alle religiösen Zeremonien waren dabei aber nicht gestattet, Prozessionen und ähnliches untersagt.²⁶ Die Führung der Kirchenbücher verblieb dem reformierten Bezirkspfarrer. Eine Trauung oder Taufe durfte er nicht eher vornehmen, als er beim Bezirkspfarrer die Anmeldung vorgenommen und alles Erforderliche erledigt hatte. Dagegen hatte Rinsche bereits wenige Tage vor seiner Verpflichtung am 8. März mit der Taufe eines Kindes verstoßen, weswegen ihm ein Bußgeld von 10 Talern angedroht wurde.²⁷ Die für Taufen und Trauungen an den reformierten Geistlichen zu zahlenden Stolgebühren stellten einen wichtigen Teil von deren Einnahmen dar, weshalb das Konsistorium und die Regierung versuchten, die Gleichstellung der katholischen Kirchengemeinden entgegen aller Gesetzgebung zu verzögern, wie Gemmeke ausführlich berichtet hat.²⁸

Es sollte noch ein Jahr ins Land gehen, bis den lippischen Katholiken am 9. März 1854 durch das landesherrliche „Edikt, die gesetzliche Gleichstellung der katholischen Kirche mit der evangelischen Landeskirche betreffend“ endlich Religionsfreiheit gewährt wurde. Nun wurde die katholische Gemeinde zur Pfarrei erhoben und in der Folge 1855 die Kirche St. Bonifatius zur Pfarrkirche. Bis 1854 hatten die katholischen Kinder auch am evangelischen Religionsunterricht teilnehmen müssen.²⁹ Nun wurde im Pfarrhaus auch eine eigene Schule eröffnet, zunächst mit 14 Kindern. Sie unterstand jedoch der Aufsicht des Konsistoriums als Oberschulbehörde. Im Unterrichten wurde Rinsche durch von Laßbergs Hauslehrer unterstützt.

Am 26. Februar 1866 starb von Laßberg an einem Gehirnschlag. Die katholische Detmolder Gemeinde war bis dahin auf annähernd 400 Mitglieder gewachsen, von denen etwa die Hälfte in der Stadt lebte. Eine steinerne Ehrentafel mit von Laßbergs Reliefbildnis, geschaffen durch einen nicht genannten Düsseldorfer Künstler, wurde an der Ostseite des Kirchenschiffs (heute „Forum“) in der Wand eingelassen, wo sie noch heute zu sehen ist.³⁰ Die Inschrift lautet:

„Maximilian / Freiherr von Lassberg. / geb. Salzburg 9. November 1813, / gest.
Detmold 26. Februar 1866. / Gemeinde u. Kirche / danken ihm die Entstehung.
/ R.I.P.“

Sein zweiter Sohn, Rudolph, fiel 1870 im Deutsch-Französischen Krieg. Eine ihm gewidmete Gedenktafel gegenüber der des Vaters ist nicht mehr vorhanden. Die Witwe Laßbergs starb am 28. September 1904 im Alter von 80 Jahren in München.

²⁶ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154, fol. 36-37.

²⁷ LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154, fol. 63-69.

²⁸ GEMMEKE 1905, 115-131. Siehe dazu im Einzelnen LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 154: Acta die Erbauung einer katholischen Kirche hieselbst betr. 1851-1853 und L 77 A Nr. 1816: Aufhebung des Pfarrzwang und Gleichberechtigung der Katholiken und Lutheraner mit den Reformierten, Bd. 1, Laufzeit (1824) 1825-1851.

²⁹ GEMMEKE 1905, 333; HERBERT VON KAVEN, Detmolder Kirchen und Schulen, in: Geschichte der Stadt Detmold, Detmold 1953, 226-255, hier 244 f.

³⁰ EA PADERBORN, 149 Detmold, Nr. 21: Pfarrer zu Detmold, darin: Pfarrer Honcamp, „Geschichte der Pfarre Detmold“, Vortragsmanuskript Bad Salzuflen 1896; auch: GEMMEKE 1905, 336.

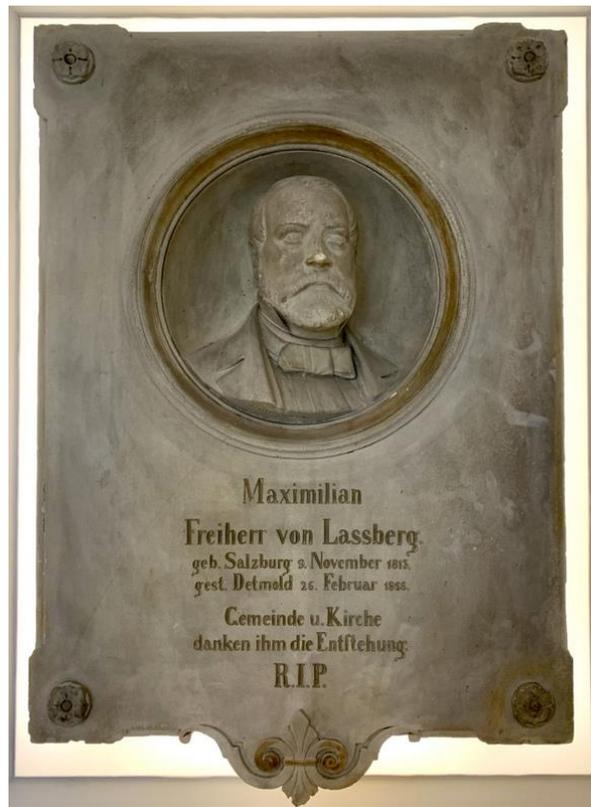


Abb. 6: Gedenktafel für Maximilian Freiherr von Lassberg, 2023
(Foto: Joachim Kleinmanns)

Wie ging es weiter mit dem kleinen Kirchenbau? 1859 konnte schon eine Orgel angeschafft werden, die Orgelbauer Sonreck aus Köln aufstellte.³¹ Am 21. Juni 1861 wurde das Dach durch Blitzschlag beschädigt und musste für 100 Taler repariert werden.³² 1868 wurde der Dachreiter als Glockentürmchen erneuert.³³

1886 wurde der Saalbau um eine Achse nach Norden verlängert und 1891 der Eingang von der Giebelseite auf die Westseite dieses Anbaus verlegt.³⁴ Das mit verkröpftem Giebel überdachte Rundbogenportal erhielt ein Tympanon, darüber wurde ein Rundfenster eingesetzt, alles mit einer Unterstützung des Bonifatius-Vereins von 2.000 Mark.³⁵ 1891 wurde der Dachreiter mit der Glocke abgetragen und vor dem nördlichen Giebel ein neoromanischer Turm errichtet, mit einer Taufkapelle im Osten. Der Turm hat einen querrechteckigen Grundriss, im oberen Geschoss an der Breitseite zwei, an den Schmalseiten je ein rundbogiges Zwillingsfenster mit Ornamentverglasung. Darunter befindet sich im Norden das Rundfenster, das aus dem vorherigen Nordgiebel des Kirchenschiffs übernommen wurde.³⁶ Es zeigt innerhalb des Holzrahmens in Gusseisensprossen acht Vierpässe um einen zentralen größeren Vierpass, alles mit schlichter farbiger Blankverglasung. Für den Turm wurden drei neue Glocken angeschafft, gegossen von

³¹ EA PADERBORN, 149 Detmold, 11/I 1858-1928, Kirchliche Gebäude.

³² EBD.

³³ EBD.

³⁴ EBD.; EA PADERBORN, 149 Detmold, Nr. 21: Pfarrer zu Detmold.

³⁵ EA PADERBORN, 149 Detmold, 11/I 1858-1928, Kirchliche Gebäude.

³⁶ Foto um 1900, in: LLB, BA DT-8-50; Blick von Nordost, Fotografie, um 1935, in: LLB, BA DT-13-31.

der Fa. Petit und Gebr. Edelbrock in Gescher, und am 6. Mai 1892 durch Pfarrer Schaefer geweiht. Eine Glocke war von Bäckermeister Ferdinand Pansen gestiftet.³⁷



*Abb. 7: Ansicht von Südwesten, 1950
(StadtA Detmold, BA 547)*

Inzwischen waren von Pfarrer Honcamp Bauschäden am Pfarrhaus zu beklagen. Schon im Juni 1893 hatte Landbaumeister Bernhard Meyer einen Zustandsbericht befasst. Im Visitationsbericht von Pfarrer Viene, Salzuflen, vom 6. Dezember 1893 heißt es: „Das Pfarrhaus in Detmold ist einer bedeutenden Reparatur dringend bedürftig.“ Angeführt wurden Risse in den Kellermauern und Probleme im Dachstuhl. Das Haus sollte aber nicht abgerissen werden, da ein Neubau nicht zu finanzieren war. Doch man kam nicht umhin, 1894/95 ein neues Pfarrhaus zu errichten. Dazu wurde eine Anleihe von 4.000 Mark bei Uhrmacher Hepting aufgenommen, der Bonifatius-Verein gab 1.000 Mark und weitere 2.000 Mark mussten bei der Fürstlichen Leihkasse aufgenommen werden.³⁸

Da die Gemeinde unaufhörlich wuchs, genügten diese Vergrößerungen bald nicht mehr. Schon 1917 suchte die katholische Gemeinde daher einen Bauplatz und kaufte 1918 das Grundstück am Schubertplatz.³⁹ Erste Planungen fielen jedoch der Inflation 1923 zum Opfer, so dass 1925 nur nach Plänen des Paderborner Dombaumeisters Kurt Matern (1884-1968) ein Seitenschiff an

³⁷ EA PADERBORN, 149 Detmold, 11/I 1858-1928, Kirchliche Gebäude.

³⁸ EA PADERBORN, 149 Detmold, 11/I 1858-1928, Kirchliche Gebäude; siehe auch GEMMEKE 1905, 343.

³⁹ EA PADERBORN, 149 Detmold, 11/I 1858-1928, Kirchliche Gebäude.

die kleine St.-Bonifatius-Kirche am Wallgraben angebaut wurde.⁴⁰ Die Baukosten von 25.000 Mark wurden durch Anleihen, Kredite, Zuschüsse des Bonifatius-Vereins und eine Diözesankollekte finanziert. Drei Jahre später wurden die im Weltkrieg eingeschmolzenen Bronzeglocken durch drei neue Glocken der Gießerei Heinrich Humpert/Brilon ersetzt.⁴¹



*Abb. 8: Ansicht von Nordosten mit Turm, vor Anbau des Seitenschiffs, um 1900
(Foto: Ferdinand Düstersiek, LLB, BA DT-8-50)*

Neubaupläne von 1937 wurden unter den Nationalsozialisten behördlich nicht genehmigt. Pfarrer Alke schrieb am 22. September 1937 wegen des Kirchenneubaus an den Paderborner Generalvikar:

„Mit dem so dringend notwendigen Neubau der Pfarrkirche in Detmold konnte in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen noch nicht begonnen werden. Die Hauptschwierigkeit liegt bei der Stadtverwaltung, die die Genehmigung zur Bebauung unseres sehr schönen, schon vor 20 Jahren erworbenen Bauplatzes nicht erteilen will. Sie will den Platz als Grünanlage oder als Spielplatz für das Oberlyzeum erwerben. Die Stadtverwaltung steht anscheinend unter dem Druck der Lippischen Landesregierung.“⁴²

Hintergrund war nach der späteren Vermutung von Pfarrer Augustinus Reineke, dass der Kirchenneubau die Planung der Parteibauten am Hiddeser Berg und deren Verbindung nach Detmold gestört hätte.

⁴⁰ EBD.

⁴¹ EBD.

⁴² EBD.



*Abb. 9: Ansicht von Osten mit angebautem Seitenschiff, um 1935
(Foto: Fritz Ostmann, LLB, BA DT-13-31)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Neubau durch den Zuzug zahlreicher katholischer Flüchtlinge und Vertriebener unumgänglich. Die katholische Kirchengemeinde zählte nun 8.000 Seelen. 1950 konnte der Neubau der Heilig-Kreuz-Kirche am Schubertplatz begonnen und bereits am 17. März 1951 geweiht werden. Anschließend wurde die St. Bonifatius-Kirche profaniert und 1952/53, mitsamt dem Pfarrhaus zum Altersheim der St. Elisabeth-Stiftung umgebaut.⁴³ Den dabei bewahrten Kirchturm stellte die Stadt Detmold 1989 unter Denkmalschutz. 1966 hatte der Paderborner Bildhauer Josef Rikus den Chorraum als Kapelle des Altersheims mit einem 3,60 m hohen Sakramentarium aus Wesersandstein und einem Bronzekorpus auf Silber neu gestaltet, welches jedoch dort nicht mehr vorhanden ist.⁴⁴

2019 kam es erneut zu einem umfassenden Umbau mit Renovierung.⁴⁵ Aus dem Altersheim entstanden Wohnungen: vier kleinere Apartments für Studenten (zwischen 26 und 32 m²), drei Wohnungen für Menschen mit Handicap und acht Service-Wohnungen (zwischen 50 und 83 m²). Die 2020 neu geweihte Kapelle und das südlich anschließende Forum im Erdgeschoss sollen einen Treffpunkt für die Hausgemeinschaft und alle Detmolder bilden.⁴⁶ Der Turm wurde

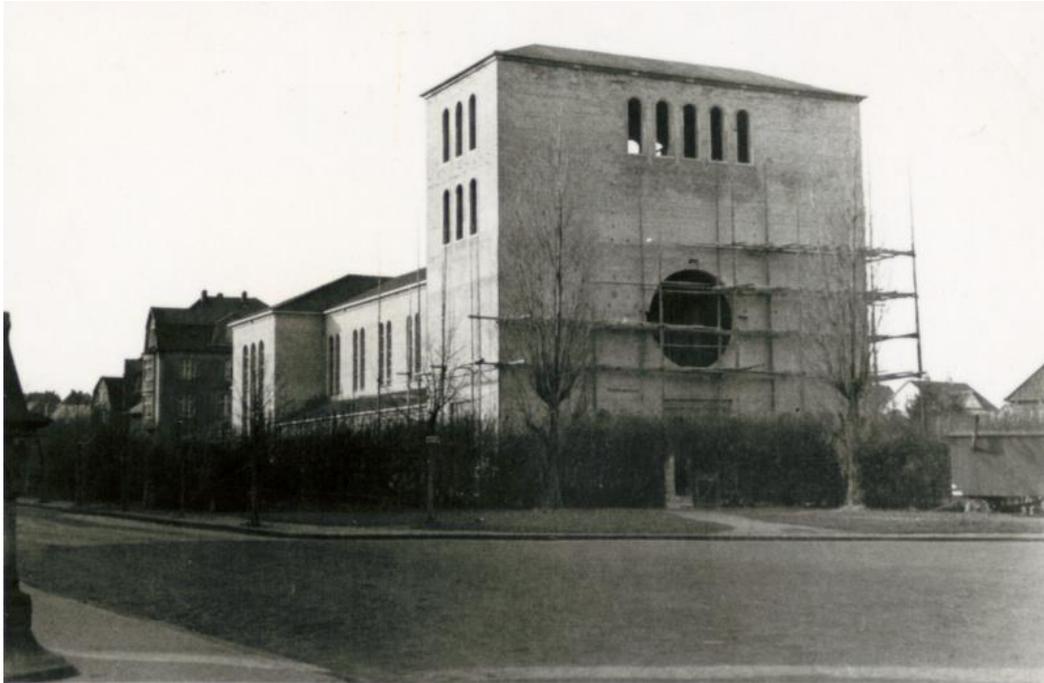
⁴³ Ansicht von Südwesten, in: LLB, ME-PK-18-135 und ME-PK-10-92; Blumenterrasse, in: LLB, ME-PK-18-136.

⁴⁴ HANS-ULRICH HILLERMANN, Der Bildhauer Josef Rikus. Sein Lebenswerk, Petersberg 2023, 342, Kat.-Nr. 314. Vgl. auch Kat. Paderborn 1973, Nr. 168.

⁴⁵ LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 19. Februar 2020.

⁴⁶ LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG vom 15. Januar 2019.

nach oben geöffnet und die ehemalige Taufkapelle zum Anbetungsraum umgestaltet. Träger ist die 1895 gegründete St. Elisabeth-Stiftung.



*Abb. 10: Neubau der Hl. Kreuz-Kirche am Schubertplatz, 1950
(StadtA Detmold, BA 633)*



*Abb. 11: Altarraum im Turmerdgeschoss, rechts Durchgang in die ehemalige Taufkapelle, 2023
(Foto: Joachim Kleinmanns)*

Für die Hinweise auf Akten im Erzbischöflichen Archiv Paderborn danke ich Dr. Andreas Ruppert, Paderborn.

Das Metz-Denkmal in Horn

von Andreas Ruppert

Das preußische Metzzer Infanterie-Regiment Nr. 98 (MIR 98) wurde nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur aufgelöst, sondern hatte auch seine Garnisonstadt verloren. Den Veteranen war die Erinnerung an ihr Regiment, an seine Gefallenen und an Metz wichtig, aber für ein Denkmal kam nur ein Standort der ehemaligen Reserveeinheiten in Frage: Barntруп, Blomberg oder Horn. Die Entscheidung fiel für Horn:

„Auf urdeutschem Boden, im Schatten deutscher Eichen, auf altgermanischem Kampfplatze im Teutoburgerwalde, dort wo unsere Jungmannen im Kriege ausgebildet wurden, soll das Denkmal stehen neben den Gräbern jener, die vor nunmehr 2000 Jahren auch deutsche Erde gegen welsche Wut und Raubgier verteidigt haben.“¹

Die Veteranen, organisiert im *Verein der Offiziere des ehem. Metzzer Infanterieregiment Nr. 98 und der Offiziere des Reserve-Regiments Nr. 98* sowie dem *98er-Bund*², wollten, dass das Denkmal weit- hin sichtbar sei und zum Erinnerungsort bei den regelmäßigen Treffen werde. Der Denkmalausschuss des Vereins informierte am 13. März 1923 den Magistrat der Stadt Horn über seine Entscheidung und bat um die unentgeltliche Überlassung eines Grundstücks und um die Übernahme von Überwachung und Pflege des Denkmals.³ Horn stellte Gelände in der Flur „Im schmalen Feld“ zur Verfügung und machte sicher auch die gewünschten Zusagen, eine förmliche Bestätigung ist jedoch weder in der Überlieferung der Stadt noch in der des Vereins erhalten.

In der Mitteilung des Denkmalausschusses vom 16. September 1924 werden verschiedene Anregungen zur Denkmalsgestaltung aufgezeigt, darunter war auch eine des Regierungs- und Baurates Brodführer:

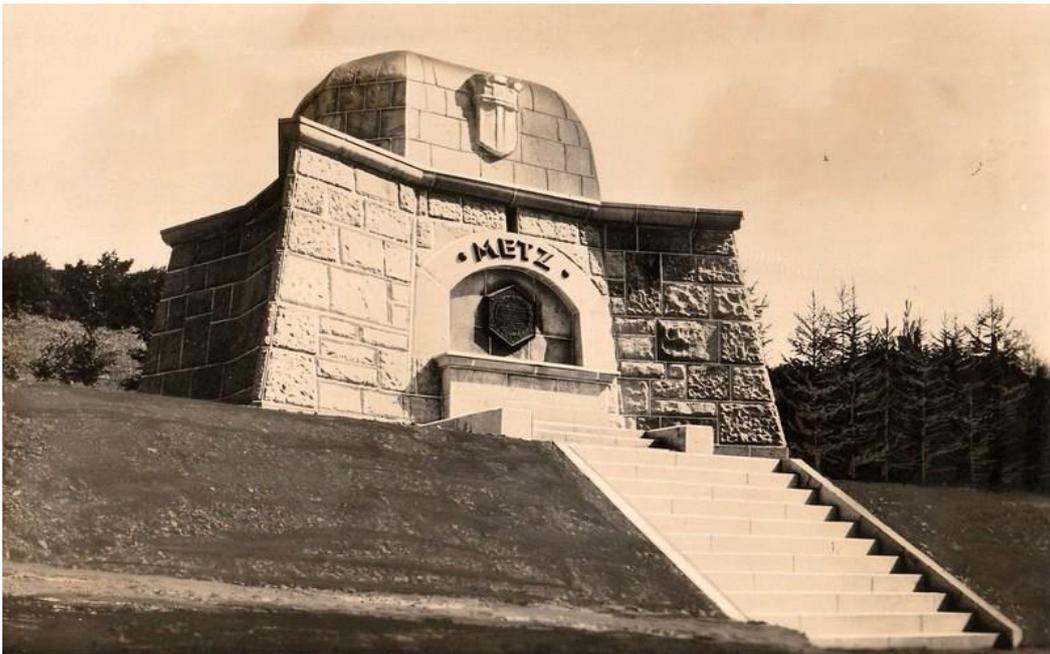
„Vorschlag Brodfürer (Bastion) fand allgemeinen Beifall, wuchtig, eindrucksvoll, den Leitgedanken am ersten [sic] darstellend.“⁴

¹ Aufruf des Denkmalausschusses des Offiziersvereins, in: VEREINSNACHRICHTEN-BLATT Nr. 10 vom 1. Dezember 1922, s. LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN, ABTEILUNG OSTWESTFALEN-LIPPE (LAV NRW OWL), D 107/66 Nr. 5.

² Die Trennung von Offizieren einerseits, Unteroffizieren und Mannschaften andererseits wird von den Veteranen rigoros durchgehalten, vom Garnisondienst über den Kriegseinsatz, die Angabe der Gefallenenzahlen auf dem Denkmal bis zum Streit um das Verhalten bei Treffen in Horn noch in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, wie er sich in der Überlieferung spiegelt.

³ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 848.

⁴ Ebd.; es handelt sich um den Berliner Architekten Carl Theodor Brodführer (1884-1960), Kriegsteilnehmer und Schwerbeschädigter. Als Angehöriger des MIR 98 wird er nicht erwähnt.



*Abb. 1: Ansichtskarte (Fotograf: August Schlüter), 1925
Mit dem Verkauf solcher Karten wurde die Finanzierung des Denkmals unterstützt.
(Abb. mit freundlicher Genehmigung von Dr. Stefan Wiesekopsieker, Bad Salzuflen)*

Am 23. August 1925 konnte das Metz-Denkmal in Horn eingeweiht werden. Eine für diesen Tag geprägte Medaille erinnert daran.



Denkmalsweihe am 23. August 1925.

*Abb. 2: Einweihung des Denkmals am 23. August 1925
In der vorderen Reihe das Rott der Hornschen Schlachtschwertierer.
(Fotografie aus: LAV NRW OWL, D 107/66 Nr. 5).*



Abb. 3: Gedenkmedaille zur Einweihung

(Aufnahme von Jörg Römer, Versandhandel für Sammler, Borna, freundlicherweise zur Verfügung gestellt)

Danach gab es „Regiments-Appelle“ im Dreijahresturnus. Doch das öffentliche Interesse an Gedenkritualen ließ außerhalb des Kreises der Kriegsteilnehmer schon wenige Jahre nach Kriegsende stark nach und Zusagen wurden obsolet. 1932 beklagte sich Oberst a. D. Wilhelm Levin aus Berlin als Vorsitzender des Offiziersvereins, dass die Umgebung des Denkmals nicht von Bebauung frei geblieben sei – erst wurde dahinter eine Straße angelegt, dann entstand in der Nähe ein Wasserspeicher, und nun drohte der Bau eines Wohnhauses. Das Denkmal selbst wird verklärt:

„Das 98er-Denkmal ist, an richtiger markanter Stelle stehend, eins der markantesten der Regimenter der alten Armee; es hat bis in hohe Stellen Anerkennung und Zustimmung gefunden.“

Der profane Hausbau erschien als Sabotage (!) „in der Ehrung der alten Armee und ihrer Gefallenen“⁵ Auch fehlte nicht der Hinweis auf die ökonomischen Vorteile, die das Denkmal gebracht habe und bringe. Das habe mit Aufträgen an einheimische Handwerker beim Bau begonnen, aber auch die Veteranen, die zu den Gedenkfeiern erschienen, und die Touristen, die der Anblick des Denkmals anziehe, würden Horn Gewinn bringen – Phantasmagorien eines höheren Offiziers! Militärs betonen gerne solche Vorteile, und es gehört zum Ritual, dass sie niemals nachgerechnet werden.

Die Haltung der Stadt Horn war eindeutig. Bürgermeister Friedrich Ullrich betonte im Antwortschreiben, dass die Stadt das gesamte Gelände einst gekauft habe, um es mit Wohnhäusern bebauen zu können:

⁵ Schreiben Levins an die Stadt Horn vom 19. Februar 1932, s. KREISARCHIV LIPPE, K 7 Horn Nr. 1279.

„Ich halte unter den vorliegenden Umständen die Bebauung nicht für ein Unglück. Nach meiner Auffassung wird das Denkmal in keiner Weise beeinträchtigt.“⁶

Oberst Levin zog nun viele Register. Er wandte sich an den lippischen Landeskonservator Karl Vollpracht, der sein Anliegen unterstützte und auf der Basis des lippischen Heimatschutzgesetzes Einspruch gegen das Bauvorhaben einlegte, wenn auch vergeblich. Er rief die Landesregierung an und auch den Reichstatthalter, den Gauleiter Dr. Alfred Meyer, bei dem als Hauptmann a. D. Verständnis zu erwarten war. Auch der Lippische Bund Heimatschutz meldete sich, mit der eher bescheidenen Bitte, keine weitere Bebauung zuzulassen und die bisher genehmigten Bauten durch Bäume zu verdecken. Zuletzt wurde selbst die aktive Truppe alarmiert, nicht nur im Standort Detmold, sondern auf höchster Ebene: Am 18. März 1932 bat Reichswehrminister Wilhelm Groener die Landesregierung, vom Bau Abstand zu nehmen.⁷ Allein, es nützte nichts, die Stadt Horn bewegte sich nicht und zwingen konnte sie niemand.

Auf der am 3. März 1932 in Bad Meinberg abgehaltenen Jahreshauptversammlung des Offiziersvereins wurden die Forderungen präzisiert. Das „Haus dicht östlich des Denkmals“ solle verschwinden, der Bebauungsplan geändert werden und weitere Bebauungen in der Umgebung dürften nur in Absprache mit dem Landeskonservator geplant werden. Zuletzt wurde eine Translozierung des Denkmals angedacht – ein als Drohung gedachter Hinweis, den die Stadt aber auch als Steilvorlage ansehen konnte.⁸



*Abb. 4: Zustand um 1935
Am Rande der Extertaler Straße die Schienen der Straßenbahn Paderborn – Horn.
(Fotografie aus: Kreisarchiv Lippe, K 7 Stadt Horn Nr. 1279)*

⁶ Bürgermeister Ullrich an Levin vom 22. Februar 1932, EBD.

⁷ Schreiben Vollprachts an den Stadtrat Horn vom 20. Februar 1932, des Lippischen Bundes Heimatschutz vom 29. Februar 1932 und die Bitte Gröners, in: KREISARCHIV LIPPE, K 7 Horn Nr. 1279.

⁸ EBD.

Bürgermeister Ullrich zeigte sich bereit, mit dem Bauherrn zu verhandeln. Dieser war mit Gottfried Lückhoff aus Wuppertal ein Reserve-Offizier, der später als antisemitischer Hetzer in Horn und im Stab der lippischen NS-Kreisleitung noch in vielfacher Weise aktenkundig werden sollte. Zu einem Rückzug zu bewegen war er jedoch nicht.⁹

Zwei Jahre später ergab sich in Verhandlungen doch noch eine mögliche Lösung. Landeskonservator Vollpracht hatte mit Schreiben vom 3. Juli 1934 eine Verlegung des Denkmals auf den Holzhauser Berg vorgeschlagen, unter der Bedingung, dass die Landesregierung die Umgebung frei von Bebauung halte. Levin konnte sich dem Vorschlag nicht verschließen, und nach einigem Hin und Her und einem Lokaltermin stimmte auch der Stadtrat Horns am 22. Oktober 1934 einem Bebauungsverbot am angedachten neuen Standort zu.¹⁰

Erst im Frühjahr des folgenden Jahres ging es weiter. Auf einem von der Landesregierung am 27. Mai 1935 erneut organisierten Lokaltermin, auf dem Regierungsrat Wolff den Reichsstathalter, Kreisbaurat Werner die Veteranen des Regiments, Oberregierungsrat Vollpracht die Landesregierung und Bürgermeister Ullrich mit Stadtrat Becker die Stadt Horn vertraten, wurde der neue Standort festgelegt. Mit der als „unbedingt notwendig“ beurteilten Verlegung sollte noch im Sommer begonnen werden, die Kosten von geschätzten 4.000 RM wurden aufgeteilt. 1.500 RM wollte die Landesregierung übernehmen, 1.000 RM die Stadt Horn, die Restsumme sollte von den Veteranen aufgebracht werden. Das Geld kam bis zum Kriegsbeginn 1939 nicht zusammen.¹¹ Levins drängende Bitten trafen nun regelmäßig im Rathaus ein, doch verwies man dort nach Kriegsbeginn auf die Probleme bei der Beschaffung von Material und Arbeitskräften. Irgendein Interesse der Stadt am Denkmal ist nicht zu erkennen.

Im Zweiten Weltkrieg fielen die beiden Bronzetafeln von Vorder- und Rückseite des Denkmals mit Inschriften zum Regiment und seinen Gefallenen der Metallsammlung zum Opfer.¹² Nach dem Krieg wurde bei der Norddeutschen Affinerie, die für die Einschmelzung zuständig war, zwar die vom Hausmann-Denkmal auf dem Marktplatz in Horn ebenfalls entfernte Bronzetafel entdeckt und von einem Mitarbeiter der Detmolder Stadtverwaltung nach Lippe mit zurückgebracht,¹³ die Tafeln vom 98er Denkmal blieben jedoch unauffindbar. Nachdem sich der Offiziersverein am 5. August 1954 unter Stabsarzt a. D. Prof. Dr. Hugo Stursberg als neuem Vorsitzenden wiederbegründet hatte, wurde ein Ersatz der Tafeln in Angriff genommen. Da das Geld für eine Bronzeausführung fehlte, fertigte Steinmetzmeister Hugo Meier in Detmold Tafeln aus Sandstein an, sie wurden am 20. Mai 1955 eingeweiht.

⁹ Zu Lückhoff s. auch im Beitrag über die Familie Blank in Horn in dieser Ausgabe.

¹⁰ Alle KREISARCHIV LIPPE, K 7 Horn Nr. 1279.

¹¹ Protokoll Vollprachts vom 27. Mai 1935, in: KREISARCHIV LIPPE, K 7 Horn Nr. 1279.

¹² Meldung des Flurschütz Krietenstein vom 6. März 1943 betr. Abnahme und Lagerung der Bronzetafeln vom Hausmann-Denkmal und vom Metz-Denkmal, in: KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 848. Von der Metallsammlung ausgenommen waren in Lippe nur das Hermannsdenkmal und das Grafregent-Adolf-Denkmal in Detmold; zurückgestellt waren das Kriegerehrenmal in Lage und das Denkmal für das Königliche Infanterie-Regiment Nr. 145 auf dem Tönsberg bei Oerlinghausen.

¹³ Der Vertreter Detmolds hatte dort Bronzeteile vom Donopbrunnen zurückgeholt, s. ANDREAS RUPPERT, „Der Brunnen gehört dem Volke“. Der Donopbrunnen vor dem Detmolder Rathaus, in: ROSENLAND 6/2008, 2-9.



*Abb. 5: Vorderansicht mit Sandsteintafel
(Aufnahme: Andreas Ruppert, April 2024)*

Die Klagen über den Zustand des Denkmals wiederholten sich jedoch, ohne in Horn auf Resonanz zu stoßen. Im Rundschreiben 5 des Offiziersvereins vom 12. Dezember 1955 heißt es:

„Stadt und Bürger hüllen sich in Schweigen. Wir haben die Empfindung, daß beide Teile überhaupt kein Interesse am Regt. 98 mehr haben.“¹⁴

Ein Memorandum des Vereins vom 4. November 1956, unterzeichnet von Oberintendanturrat Wilhelm Uckley als Schriftführer, bezeugt zuletzt die Resignation der Veteranen: Die Stadt Horn wurde gebeten, einen neuen Ausgang zum Denkmal zu schaffen und ansonsten das Denkmal und die Anlagen in einem würdigen Zustand zu erhalten; gleichzeitig verpflichtete sich der Offiziersverein, „rechtsgiltig auf eine Verlegung des Denkmals zu verzichten.“ Der Hauptausschuss des Rates nahm das Memorandum am 22. November 1956 zur Kenntnis.¹⁵

Doch noch einmal wandte sich Uckley am 11. Januar 1958 an Bürgermeister Dr. Hans Heithecker:

„Horn ist doch ein vielbesuchter und bekannter Luftkurort. Das Denkmal steht am Eingang von Horn und könnte eine Visitenkarte von Horn darstellen. Aber es ist bedauerlich, daß die Stadt Horn wenig, man möchte fast sagen nichts, in dieser Hinsicht dafür tut.“¹⁶

¹⁴ LAV NRW OWL, D 107/66 Nr. 6.

¹⁵ Memorandum und Stellungnahme des Rates in KREISARCHIV LIPPE, K 7 Horn Nr. 1279.

¹⁶ LAV NRW OWL, D 107/66 Nr. 12.

Er hatte offensichtlich kein Gespür dafür, dass ein solches Denkmal nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg keine „Visitenkarte“ mehr sein konnte. Der Offiziersverein hatte mit nur noch 18 betagten Mitgliedern zudem keine Kraft mehr für eine Auseinandersetzung. Im Oktober 1959 wurde er als „e. V.“ aus dem Vereinsregister gelöscht, organisierte aber weiterhin seine Zusammenkünfte in Horn. Das letzte Treffen fand am 5. und 6. Juni 1971 statt, zum 90. Jahrestag der Regimentsgründung. Der Offiziersverein löste sich dabei ebenso auf wie der 98er Bund, die Veteranen gründeten nun gemeinsam den Verein *98er Bund Horn – Traditionsverband für die Angehörigen des ehemals Königlich Preußischen „Metzer“ Infanterie-Regiment Nr. 98 – Metz – und seiner Reserveformationen*. Sitz des neuen Vereins war Horn. Einer der vier im Gründungsprotokoll aufgeführten Vereinszwecke war „Schutz und Pflege des Denkmals in Horn“.¹⁷

¹⁷ Protokoll vom 5. Juni 1971, in LAV NRW OWL, D 107/66 Nr. 19. Die anderen Zwecke waren die Pflege der Kameradschaft, die gegenseitige Hilfe in Notfällen und die Pflege der Deutsch-Französischen Freundschaft.

„Auf dem Altar des Vaterlandes“ – Kriegerdenkmäler des Ersten Weltkriegs und umstrittenes Gedenken in Oerlinghausen

von Jürgen Hartmann

Einleitung

Mehr als 90 Oerlinghauser Männer waren zwischen 1914 und 1918 auf den Schlachtfeldern des Westens und des Ostens zurückgeblieben; aus der Kirchengemeinde, zu der außerdem noch Asemissen, Bechterdissen, Greste, Lipperreihe und Oetenhausen gehörten, waren es insgesamt rund 190. In allen Städten und Dörfern Deutschlands kamen Überlegungen auf, wie man der zahllosen Gefallenen dieses großen Krieges würdevoll gedenken könnte. An der Spitze solcher Initiativen standen zumeist Geistliche, Lehrer und andere Honoratioren, oftmals in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Kirchenvorstände oder der Kriegervereine, tatkräftige Unterstützung erfolgte durch die Vereine des Ortes. So sehr die Absicht des Gefallenengedenkens einen nicht in Frage gestellten Konsens innerhalb der städtischen oder dörflichen Gesellschaft darstellte, so sehr konnten die Meinungen über die Art und Weise des Gedenkens differieren. Nicht selten waren der Standort, die Form und die Aussage des Kriegerdenkmals wie auch der Ablauf der Weihefeier umstritten. Häufig spiegelten sich in den so genannten Erinnerungszeichen¹, sowohl in Intention und Gestaltung als auch in den begleitenden Ritualen, die politischen Auseinandersetzungen jener Zeit. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um eine Fortsetzung jener Grabenkämpfe, wie sie bereits während der letzten Jahrzehnte des Kaiserreichs an der Tagesordnung waren.²

Die schließlich errichteten Kriegerdenkmäler waren selten schiere Zeichen und Orte des Gedächtnisses, der Trauer oder des Trostes. Öfter waren es Stätten, die bereits im Entstehungsprozess von antirepublikanischen und sich nicht von Kaiserreich und großdeutschen Fantasien lösenden Kräften politisch vereinnahmt und instrumentalisiert wurden. Deren Intention bestand darin, den Mythos der „unbesiegten Armee“, welcher Demokraten, Sozialisten und Juden in der Heimat heimtückisch in den Rücken gefallen seien, zu zementieren. Für das Eingeständnis, besiegt worden zu sein, existierte kein Raum. Statt eines Ausdrucks der Trauer fand sich in vielen Inschriften die Verklärung der Gefallenen zu „unbezwingbaren Helden“. Ebenso häufig wurden in den Weihereden mehr oder weniger direkt die äußeren wie inneren Feinde geschmäht und der Tag der Rache, vor allem aber Deutschlands „Wiedergeburt“, ersehnt. Nicht einmal in Randbemerkungen fand sich nach dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ ein Gedanke an Frieden und Völkerverständigung.³ Letztlich ging es den deutschnationalen,

¹ Der Begriff Erinnerungszeichen wurde bereits in der zeitgenössischen Berichterstattung verwendet. Als weitgehend neutraler Begriff findet er auch in diesem Beitrag Verwendung. Dazu auch LORETANA DE LIBERO, Rache und Triumph. Krieg, Gefühle und Gedenken in der Moderne, München 2014, 15 f.

² JÜRGEN HARTMANN, Gegensätze – Spannungen – Konflikte. Oerlinghausen im Kaiserreich (1890-1918), in: ROSEN-LAND, 29/2024, 2-73.

³ Dazu DE LIBERO 2014, 129-142.

deutschvölkischen in ihrer Mentalität dem wilhelminischen System weiterhin verbundenen, antirepublikanischen Kräften um die uneingeschränkte Deutungshoheit über das Gedenken. Am Gefallenengedenken in Oerlinghausen, ganz besonders mit dem sogenannten Ehrenmal für das Königs-Infanterie-Regiment Nr. 145 (6. Lothringisches) auf dem Tönsberg, lassen sich die verschiedenen Auswüchse eines instrumentalisierten und „vergifteten Gedenkens“ nachvollziehen.⁴



Abb. 1: Die Brüder Holtmann aus Oerlinghausen, beide 1917 gefallen
(Lippischer Kalender, 243/1919)

1 Zum Gefallenengedenken in Lippe und Oerlinghausen

Diskussionen darüber, wie der gefallenen Soldaten würdig und ehrenvoll gedacht werden sollte, wurden bereits wenige Monate nach Kriegsbeginn in Deutschland und in Lippe geführt. In der *Lippischen Landes-Zeitung* wandte sich der Detmolder Architekt und Baumeister Paul Schuster⁵ Mitte 1915 gegen geschmacklose Kriegerdenkmäler „aus Katalogen“ und mahnte, dass nicht nur „Stein und Erz späteren Geschlechtern Kunde geben von den Heldentaten des Weltkrieges und der Dankesschuld des Volkes“.⁶ Die zu dieser Zeit reichsweit in der Debatte befindlichen Helden- oder Ehrenhaine betrachtete er als sinnstiftende Alternativen. Der bekannte Schwalenberger „Zieglerpastor“ Alexander Zeiss sprach sich 1915/16 ebenfalls gegen

⁴ Zum Regimentsdenkmal auf dem Tönsberg s. HERMANN DIEKMANN, Die Geschichte der Bergstadt Oerlinghausen im Teutoburger Walde, Oerlinghausen 1936, 122-124; ANDREAS RUPPERT/HANSJÖRG RIECHERT, Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945, Bielefeld 2001, 17-20; CHRISTOPHER STICKDORN, Denkmalsanalyse zum Ehrenmal auf dem Tönsberg bei Bielefeld, Studienarbeit, Bielefeld 2010; KATHARINA KORELL, Zeitsprünge Oerlinghausen, Erfurt 2011, 70-71; DE LIBERO 2014, 143. Informativ ebenfalls <https://wiki.genealogy.net/Oerlinghausen/Ehrenmal> (Aufruf: 12. August 2024).

⁵ Zu Schuster s. [https://lippelex.de/index.php?title=Schuster, Paul \(1866-1932\)](https://lippelex.de/index.php?title=Schuster,_Paul_(1866-1932)) (Aufruf: 25. Oktober 2024).

⁶ LIPPISCHE LANDES-ZEITUNG (LLZ) vom 29. Juni 1915.

„aufschraubbare Helden oder Kreuze“ aus. Er sah besonders in den Dörfern die Gefahr, dass „dort etwas Hässliches aufgeschwätzt wird, worüber sich nachher noch ganze Geschlechter ärgern.“⁷ Zeiss warb für ein „deutsches Naturdenkmal“ in Form eines Heldenhains aus Eichen und Linden:

„Ein Naturdenkmal statt eines ‚Kriegerdenkmals‘ wollen wir schaffen, das Denkmal der Heldenzeit 1914/15, die größer ist als die von 1870, wollen wir nach dem Riesenkampfe um das Dasein unseres Volkes an das heimisch-völkische der alten Helden- und Hünengräber mit ihren Eichen und Findlingsblöcken anknüpfen. Weit in's Land sollen über die Jahrhunderte hinaus die Denkmäler trotzig und stolz nur ein Wort rufen, aber in dem einen Wort alles: deutsch! – Und mit dieser völkischen Art der Ausführung haben wir dann auch dem künstlerischen Grundempfinden unserer heutigen Zeit den besten Ausdruck gegeben, dem Rückkehr zur Wahrhaftigkeit der Natur, und zwar der heimatlichen Natur, entspricht.“⁸

Ende 1917 wurde in Lippe einen Moment lang ergebnislos über ein Landesehrenmal am Hermannsdenkmal gesprochen, es sollte aus Findlingen der einzelnen lippischen Kirchengemeinden bestehen.⁹ Mancherorts war man bereits zu Entscheidungen gekommen. In Detmold votierten die Stadtverordneten im April 1918 für die Anlage eines Ehrenhains:

„Unsere Toten durch pompöse Denkmäler zu ehren, wie es nach dem Krieg von 1870 geschehen ist, wird und kann niemals den heutigen Geist verkörpern, vornehme und schlichte Ruhe soll uns bei aller Ehrung in erster Linie leiten.“¹⁰

Der Detmolder Regierungsrat Dr. Konrad Petri plädierte ebenfalls gegen die vielerorts entstehenden „toten Monumente aus Stein, Erz oder Eisen“. Er berauschte sich an der Idee von „monumentalen Feuersäulen“:

„Die Säulen werden sich grüßen von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt und an allen großen Erinnerungstagen ihre reinen Flammen gen Himmel lodern lassen. Möchten sie dann an ihren Tagen, wenn draußen in der Natur der Abend sich auf die Erde senkt und zur inneren Einkehr ladet, zum Wallfahrtsort aller Deutschen werden, welche in unauslöschlichem Danke zu denen emporblicken, welche ihr Blut fürs Vaterland vergossen haben. Begeisterungsfrohe, ernstwürdige Feiern würde es geben am Fuße dieser Flammenmale,

⁷ A. ZEISS, Was für Denkmäler wollen wir zum Gedächtnisse des Weltkrieges und zum Andenken der Gefallenen errichten?, in: LIPPISCHER DORFKALENDER, Neue Folge, 1/1916, 109-113.

⁸ ZEISS 1916, 111.

⁹ LLZ vom 4. und 7. Dezember 1917. Zur Diskussion um das nie realisierte Reichsehrenmal ab 1924, in welchem eine private Detmolder Initiative einen Platz wiederum nahe am Hermannsdenkmal in Vorschlag brachte: LENA KRULL/ANTJE LUDWIG/MARIA PELKA U. A., Lippe und der Erste Weltkrieg. Aspekte einer regionalen Erinnerungskultur, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 82/2013, 13-51, hier 46 ff.

¹⁰ LLZ vom 12. April 1918.

wenn das Volk sich bei loderndem Feuer in Zwiesprache zu den Helden unseres großen Daseinskampfes wenden würde, um sich überströmen zu lassen von dem zur Tat gewordenen Willen unserer teuren Toten, nicht sich zu leben, sondern sein Leben einzusetzen und hinzugeben für seine Brüder, mutig und tapfer sein Letztes zu opfern für unseres Vaterlandes Sein und Zukunft.“¹¹

Es gab früh viele unterschiedliche, teils bizarr anmutende und sich in Pathos überschlagende Vorstellungen eines Gefallenengedenkens. Begriffe wie „schlicht“ oder „monumental“ waren dabei häufig im Umlauf, jeder Autor interpretierte sie auf eigene Weise. Zu dieser Zeit war der Ausgang des Krieges noch nicht bekannt. Anders als nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 hatte man schließlich nach 1918 der Gefallenen eines verlorenen Krieges, also einer Niederlage zu gedenken, ein Eingeständnis, das nur schwer erträglich sein und nicht in Stein verewigt werden sollte. In zahlreichen Städten und Gemeinden Lippes entstanden um 1919 Denkmalsausschüsse, um ein würdiges Gedenken an die Gefallenen in Form eines geeigneten Erinnerungszeichens sicherzustellen. Eher selten stießen sie mit ihren umgesetzten Überlegungen auf fachlichen Beifall. Das würdige Gedenken blieb daher über Jahre ein Thema von Vorträgen und Beiträgen in Zeitungen und Kalendern. Architekten, Bildhauer, Geistliche und Heimatliebhaber waren bemüht, Rat zu erteilen und ihrer Meinung nach positive Beispiele hervorzuheben.¹² Im Frühjahr 1922 beklagte der Lippische Bund für Heimatschutz und Heimatpflege dennoch:

„Wer einmal im lippischen Lande umhergeht, dem fällt das tiefbeschämende Bild auf, das die Kriegerdenkmäler darbieten. Unter den zahlreichen von opferwilligen Dorfgenossen in pietätvollen Gedanken an die gefallenen Brüder errichteten Denkmälern ist kaum eins, das auch nur einen irgendwie tiefergehenden geistigen Inhalt erkennen ließe. Nur die wenigsten sind von Künstlern entworfen, obgleich schon seit dem Jahr 1917 zahlreiche uneigennützig amtliche und nichtamtliche Beratungsstellen für Kriegererehrungen bestehen.“¹³

Insgesamt wurden in Lippe zum Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs in den Jahren der Weimarer Republik rund 120 Erinnerungszeichen geschaffen, die meisten davon zwischen 1921 und 1923.¹⁴

¹¹ LLZ vom 23. Mai 1918.

¹² Vgl. LLZ vom 1. April 1920, in welcher auf der Titelseite „Das Andenken der gefallenen Lippischen Krieger“ behandelt wurde. Der Verfasser hob anhand von drei Abbildungen den Kriegererehrhain in Detmold, den Ehrenhain mit Brunnenrast in Kohlstädterheide und das Gemeindeheim in Schlangen als gelungene Beispiele hervor.

¹³ LLZ vom 3. März 1922.

¹⁴ Siehe Einleitung zur Internetseite von Georg Heil über die lippischen Erinnerungszeichen unter <http://www.kriegerdenkmäler-in-lippe.de> (Aufruf: 20. August 2024). Die Seite bietet einen sehr guten, wenngleich nicht vollständigen Überblick. Zur Landeshauptstadt s. ANDREAS RUPPERT, Kriegerdenkmäler in Detmold, in: ROSENLAND, 2/2005, 2-18. Zu Heiligenkirchen s. JOACHIM KLEINMANN, Das ehemalige Kriegerdenkmal in Heiligenkirchen bei Detmold, in: ROSENLAND, 27/2022, 2-8. Zu Horn s. RUPPERT in dieser Ausgabe.

Die ersten Überlegungen zu einem geeigneten und würdigen Gedenken für die Gefallenen aus der Heimat gehen auf die Zeit um 1919 zurück. Im heutigen Stadtgebiet Oerlinghausens entstanden bis 1930 sechs Erinnerungszeichen:

- das Gräberfeld der in den beiden Oerlinghauser Hilfslazaretten verstorbenen Angehörigen des Königs-Infanterie-Regiments Nr. 145 (K.I.R. 145) auf dem evangelischen Friedhof (zwischen 1915 und 1918 angelegt, 1928 um eine Säule mit Inschrift erweitert);
- der Gefallenengedenkstein auf dem jüdischen Friedhof (1920);
- das Gefallenendenkmal an der Kirche in Helpup (1921);
- das Gefallenendenkmal an der Alexanderkirche (1926, erneuert 1928);
- das Gefallenendenkmal auf dem Friedhof in Lipperreihe (1928);
- das Regiments-Denkmal für das K.I.R. 145 auf dem Tönsberg (1930).

Die einzelnen Denkmäler sollen in diesem Beitrag – soweit die Quellenlage es zulässt – in Hinsicht auf ihren Entstehungsprozess, auf die damit verbundenen Diskussionen und Konflikte betrachtet werden. Zwei der angeführten Erinnerungszeichen lassen sich aufgrund des zur Verfügung stehenden Materials ausführlicher behandeln: das Kriegerdenkmal an der Alexanderkirche und das Regimentsdenkmal auf dem Tönsberg. Bei beiden kam es zu zeitlichen Verzögerungen in der Umsetzung und zu – beinahe typisch zu nennenden – Konflikten um die Gestaltung. So wurde das 1926 errichtete Denkmal an der Alexanderkirche wenige Jahre später durch ein neues ersetzt und die Entwurfsdebatte für das Erinnerungszeichen des K.I.R. 145 verursachte heftige Streitigkeiten, die das Projekt häufiger an den Rand des Scheiterns bringen sollten. Kriegerdenkmäler waren somit – wie sich im Folgenden zeigt – schon damals ein kontroverses Thema.¹⁵

2 Die Erinnerungszeichen in Oerlinghausen bis 1924

2.1 Das Gräberfeld auf dem evangelischen Friedhof 1915-1918

Eines der Oerlinghauser Erinnerungszeichen entstand bereits zu Zeiten des Krieges: ein kleines Areal auf dem evangelischen Friedhof mit zehn Gräbern der Verwundeten des K.I.R. 145, die in den beiden örtlichen Hilfslazaretten ihren Verletzungen erlegen waren. Oerlinghausen war von 1915 bis 1918 Standort eines Ersatzbataillons des Regiments gewesen.¹⁶ 1928 wurde eine Säule am Kopfende des Gräberfeldes aufgestellt. Dabei handelte es sich um die des demontierten Kriegerdenkmals an der Alexanderkirche. Sie wurde mit folgender Inschrift versehen:

„Zum ehrenden Gedenken des Königs-Infanterie-Regiment No. 145 und der hier ruhenden tapferen Gefallenen.“

¹⁵ Vgl. auch KATRIN SCHAPER, Wunsch und Ärgernis. Das 1922 errichtete Kriegerdenkmal im nordlippischen Stemen als Beispiel umstrittener Erinnerungsformen, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 82/2013, 53-68.

¹⁶ Ausführlich zu Oerlinghausen als Garnison des Ersatzbataillons des K.I.R. 145 s. HARTMANN 2024, 52-61.



Abb. 2: Gräberfeld mit Säule auf dem evangelischen Friedhof an der Rathausstraße, Oktober 2024
(Foto: Jürgen Hartmann)

2.2 Der Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof 1920

Das erste Kriegerdenkmal, das in Oerlinghausen nach 1918 gesetzt wurde, war ein vom Bielefelder Architekten Paul Löwenthal (1890-1943) entworfener Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof am Hang des Tönsbergs. Innerhalb der Synagogengemeinde war zu diesem Zweck Geld gesammelt worden.¹⁷ Löwenthal, selbst Frontkämpfer, fertigte den Entwurf aus Verbundenheit kostenfrei. Er wurde im Dezember 1941 mit seiner Frau Selma ins Ghetto Riga deportiert. Beide überlebten nicht. Umgesetzt wurde der Entwurf durch den Oerlinghauser Bildhauer Hans Lauer.¹⁸

Der Stein erinnert an die beiden jüdischen Gefallenen.¹⁹ Die schlichte Inschrift lautete:

„1914-1918

Die Synagogengemeinde Oerlinghausen ihren gefallenen Söhnen
Ernst Joachim Meyer und Albert Kulemeyer“

¹⁷ Vgl. Kassenbuch der Synagogengemeinde Oerlinghausen, 1866-1938, Blatt 74, in: ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND (ZA), B 1.34 Nr. 972.

¹⁸ Hans Lauer führte einige Entwürfe für Erinnerungszeichen aus, so unter anderem in Barntrup nach einem Entwurf von Dr. Karl Meier-Lemgo. LLZ vom 26. Dezember 1922.

¹⁹ Die Namen der beiden Oerlinghauser fanden sich außerdem auf den Ehrentafeln für die gefallenen jüdischen Lipper in der Detmolder Synagoge, bis diese im November 1938 durch die Nationalsozialisten zerstört wurde. S. JÜRGEN HARTMANN, Geschmähte Kameraden. Der Erste Weltkrieg, die jüdischen Soldaten und ihr Ringen um die versagte Ehre in Lippe, in: ROSENLAND, 24/2020, 2-55, hier 15 f.



Abb. 3: Gedenkstein der Synagogengemeinde für ihre Gefallenen, 1956
(Foto: Heinz Meyer)

Zur bescheidenen Weihefeier und Enthüllung am 6. September 1920 durch den Detmolder Prediger Moritz Rulf waren neben Deputationen des Dorfausschusses, des Kriegervereins und des Männer-Gesangvereins zahlreiche Einwohner erschienen.²⁰

2.3 Das Kriegerdenkmal in Helpup 1921

Das Erinnerungszeichen an der Kirche in Helpup wurde am 9. Oktober 1921 eingeweiht.²¹ Der Entwurf stammt vom Düsseldorfer Bildhauer Prof. Hubert Netzer.²² Die *Lippische Landes-Zeitung* schwärmte von dessen „edler Schlichtheit“.

Die Inschriften lauten:

„Rein war das Schwert /
Gross war die Tat /
Hoch steht die Not /
Hoff ich so hoff ich /
Auf Gottes Gebot.“

„Den im Weltkriege 1914-1918 gefallenen Helden des Kirchspiels Helpup /
Errichtet von seinen Gemeinden Währentrup – Wellentrup – Mackenbruch
und Greste“

²⁰ WESTFÄLISCHE ZEITUNG (WZ) vom 7. September und LLZ vom 8. September 1920, sowie ALLGEMEINE ZEITUNG DES JUDENTUMS vom 1. Oktober 1920. S. auch Programm der „Krieger-Gedenkstein-Weihe“, in: ZA, B 1.34 Nr. 971.

²¹ LLZ vom 11. Oktober 1921.

²² Zu Netzer (1865-1939) s. https://de.wikipedia.org/wiki/Hubert_Netzer (Aufruf: 6. August 2024).



Abb. 4: Entwurf des Denkmals in Helpup, noch mit trauernder Mutter oder Ehefrau, ca. 1921
(Kreisarchiv Lippe, K 7 Oerlinghausen B Nr. 474)

Das Denkmal erinnert an 22 gefallene und vermisste Soldaten. Die sozialdemokratische *Volks-
wacht* (Bielefeld) berichtete im Vorfeld der Einweihung von den entstandenen Differenzen:

„Um die Feier zu einer allgemeinen, frei von jedem parteiischen Charakter, zu gestalten, war [...] vereinbart worden, Fahnen nicht mitzubringen. Die Kriegervereine wollen sich jedoch an diese vernünftige Vereinbarung nicht halten, sondern der Feier einen nationalen Charakter geben. Die republikanisch gesinnte Bevölkerung wird nun die Ehrung der gefallenen Kämpfer in ihrem Sinne bereits um 2 Uhr begehen [...]“²³

Wie dieses Erinnerungszeichen ähnlich wie zahlreiche andere für nationalistische und republikfeindliche Bekundungen missbraucht wurde, zeigte sich in den Folgejahren. Im November 1924 sammelten sich der „Bürgerblock“, der Kriegerverein und der rechtsextreme Jungdeutsche Orden (Jungdo) zum Totensonntag unter schwarz-weiß-roten Fahnen.²⁴ Im März 1925 gesellte sich zu Kriegerverein und Jungdo noch der deutschnationale Wehrverband Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten).²⁵ Im November 1928, zehn Jahre nach Ende des Krieges, zelebrierte die Kirchengemeinde mit den örtlichen Kriegervereinen, dem Arbeitergesangverein und dem Männergesangverein eine große „Heldengedenkfeier“, zu welcher der Vorsitzende des Krieger-

²³ VOLKSWACHT vom 8. Oktober 1921.

²⁴ VOLKSWACHT vom 26. November 1924.

²⁵ LTZ vom 4. März 1925.

vereins aus Wellentrup ein pathetisches Schlusswort, gerichtet gegen den Versailler Vertrag, sprach:

„Wir hoffen, dass die deutsche Erde, die Euer Sterben heilig sprach, noch einmal frei der Ketten werde, noch einmal frei der Knechtschaft Schmach.“²⁶



*Abb. 5: Das Kriegerdenkmal in Helpup, Juli 2023
(Foto: Jürgen Hartmann)*

2.4 Das Kriegerdenkmal in Lipperreihe 1924

Anders als bei vielen anderen Erinnerungszeichen findet sich auf dem Friedhof in Lipperreihe ein Kriegerdenkmal aus Findlingen. Mit einer Bronzetafel für die 24 Gefallenen des Ortes versehen wurde es am 12. August 1928 eingeweiht.²⁷ Die Weiherede hielt Superintendent Wilhelm Tölle aus Oerlinghausen. Von wem der Entwurf stammt, ließ sich nicht feststellen. Die Inschriften lauteten:

„Gedenket /
derer die ihr /
Leben /
gaben!“

„Unseren Helden von 1914-18 in /
dankbarer Erinnerung gewidmet: Gemeinde Lipperreihe“

²⁶ LTZ vom 29. November 1928.

²⁷ WZ vom 24. Juli und LLZ vom 14. August 1928.

Die Namen der 24 Gefallenen sind ebenfalls aufgeführt.



*Abb. 7: Kriegerdenkmal in Lipperreihe, November 2024
(Foto: Jürgen Hartmann)*

3 Die Erinnerungszeichen an der Alexanderkirche 1926 und 1928

3.1 Die politische Gemengelage

Natürlich fanden auch in Oerlinghausen die Debatten und Auseinandersetzungen über das Gefallenengedenken während der Weimarer Republik nicht isoliert statt, sondern waren maßgeblich durch die politische und gesellschaftliche Situation beeinflusst. Seit den 1890er Jahren stellte sich das Industriedorf im lippischen Westen als sozialdemokratische Hochburg dar. Die SPD hatte den über einige Jahrzehnte dominierenden Linksliberalismus weitgehend abgelöst. Die Dominanz der beiden Richtungen, aber ebenso die Sehnsucht der Bevölkerung nach Frieden und politischer Veränderung, dokumentierten sich eindrucksvoll in den Ergebnissen der Wahlen zur Nationalversammlung und zum Lippischen Landtag im Frühjahr 1919. Über 88 Prozent der Wählerinnen und Wähler votierten für die beiden die Republik stützende SPD und Deutsche Demokratische Partei (DDP). Der zwölfköpfige Gemeinderat rekrutierte sich 1919 komplett aus einer gemeinsamen Liste.²⁸ Diese Zusammenarbeit endete 1921, als die DDP mit den örtlichen Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Deutschen Volkspartei (DVP) mit einer gemeinsamen Liste unter der Bezeichnung „Nichtsozialistische Wähler“ zur Kommunalwahl antrat.

²⁸ HARTMANN 2024, 70 f.

Letztlich standen sich wie während der wilhelminischen Zeit zwei Lager gegenüber. Auf der einen Seite das sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Milieu, das die neue Zeit und die Republik mit ihrer demokratischen Verfassung begrüßte. Auf der anderen Seite das „bürgerliche“ Milieu, das sich zwar in linksliberale bis deutschnationale Anhänger auffächerte, sich aber dennoch miteinander eng verbunden zeigte. Innerhalb dieses „bürgerlichen“ Milieus fanden sich weiterhin Kräfte, welche dem vergangenen Kaiserreich huldigten und die Republik und ihre demokratische Verfassung nicht anerkennen wollten. Sie akzeptierten weder die neuen Verhältnisse, noch die militärische Niederlage. Mit der „Dolchstoßlegende“ stellten sie Chronologie wie Tatsachen auf den Kopf, indem sie behaupteten, erst durch die Revolution sei es zur Niederlage an der Front gekommen. Demokraten und Sozialisten seien der „unbesiegten Armee“ in den Rücken gefallen. Dabei war es die Oberste Heeresleitung (OHL) mit Paul von Hindenburg, welche Anfang Oktober 1918 die Reichsregierung zu Waffenstillstandsverhandlungen drängte, als sie erkannt hatte, dass die erschöpften deutschen Streitkräfte den alliierten Durchbruch nicht mehr verhindern konnten. Von Hindenburg gehörte wider besseres Wissen zu den maßgeblichen Vertretern dieser Legende. Er, der sich nie von seiner monarchistischen Gesinnung löste, zeigte keinerlei Skrupel, 1925 und 1932 das Amt des Reichspräsidenten der geschmähten Weimarer Republik zu übernehmen.

Diese Kräfte hofften letztlich auf die Beseitigung der Schmach der Niederlage und des Friedensvertrages, auf eine „Revanche“ gegen das verhasste Frankreich und eine Wiederherstellung der früheren vermeintlichen Größe Deutschlands. Maßgebliche politische Vertreterin der Republik- und Verfassungsfeinde war die DNVP, die in Oerlinghausen mit einigen Mitgliedern präsent war. Ob eine Ortsgruppe bestand, ist nicht bekannt. Prominenter Akteur war der Arzt Dr. Leopold Martheus, dazu gesellte sich der Prokurist Wilhelm Hofbücker.²⁹ Anfangs eher schmerzlich und zögerlich in die „neuen Verhältnisse“ eingefügt hatte sich die DVP. Sie verfügte mit den ehemaligen nationalliberalen Unternehmern Carl Weber und Richard Müller sowie dem Kaufmann Fritz Blume über angesehene Vertreter. Müller war von 1921 bis 1928 ein führender Abgeordneter der DVP im Lippischen Landtag und ebenfalls über viele Jahre Stadtverordneter. Nach der „Gleichschaltung“ der Stadtverordnetenversammlung im April 1933 gehörte er der zweiköpfigen Fraktion der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, bestehend aus DNVP und Evangelischem Volksdienst, an.³⁰

Die zunehmend in der Wählerschaft an Rückhalt verlierende linksliberale DDP bot ein ebenso vielschichtiges wie indifferentes Bild. Manche Mitglieder der Partei waren weit davon entfernt, den Krieg wie Nationalkonservative, Deutschnationale oder Völkische als „Stahlgewitter“ zu verherrlichen oder der „Dolchstoßlegende“ zu folgen, andere entwickelten gar eine pazifistische Haltung. So trat am 16. November 1924 mit Harry Graf Kessler als Spitzenkandidat der DDP zur Reichstagswahl einer der prominentesten Pazifisten und Völkerbund-Anhänger Deutschlands in Oerlinghausen auf.³¹ Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), deren Vorsitzender der

²⁹ Zu Hofbücker s. auch HARTMANN 2024, 49 f.

³⁰ LLZ vom 27. April 1933. Die DVP hatte 1929/30 keine Skrupel, im Landtag von Thüringen gemeinsam mit anderen rechten Parteien wie der DNVP eine Koalition mit der NSDAP zu bilden.

³¹ Thema seiner Rede im Rathaussaal war „Deutschland am Scheidewege“. LLZ vom 15. und 16. November 1924. Zum Auftritt in Oerlinghausen siehe seinen Tagebucheintrag: ROLAND S. KAMZELAK U. A. (Hg.), Harry Graf Kessler, Das Tagebuch 1880-1937, Bd. 8 (1923-1926), Tübingen 2004, 532 f.

spätere Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde (DDP) war, bemühte sich im Juli 1926 mit einer Veranstaltung für ihre Ideen zu werben, weitere Aktivitäten sind nicht bekannt.³² Zahlreiche Mitglieder der DDP waren wiederum im örtlichen Kriegerverein tätig, der im Wesentlichen von deutschnationaler Gesinnung geprägt war.

Nach dem Attentat auf Reichsaußenminister Walter Rathenau (DDP) durch Anhänger der rechtsextremen Organisation Consul im Sommer 1922 zeigte sich die Oerlinghauser Ortsgruppe bei einer Kundgebung noch im Gleichklang mit SPD und Zentrum als Hüterin der Republik.³³ Und wie Graf Kessler waren einige Linksliberale ebenfalls engagierte Mitglieder des im Februar 1924 gegründeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer. Dieser Bund setzte sich aus Angehörigen der DDP und des katholischen Zentrums, vor allem aber der SPD zusammen. Dessen Reichsausschuss gehörte bis zu seinem Tod 1925 der bekannte DDP-Reichs- und Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Adolf Neumann-Hofer aus Detmold an. Von Deutschnationalen und Nationalsozialisten wurde das Reichsbanner als „Judenschutztruppe“ diffamiert. Ende Oktober 1924 hatte sich in Oerlinghausen eine Ortsgruppe mit 50 Mitgliedern gebildet.³⁴ 1930 vereinigte sich die DDP mit der Volkskonservativen Vereinigung zur Deutschen Staatspartei und verlor dadurch die meisten der noch verbliebenen linksliberalen Mitglieder. In der Volkskonservativen Vereinigung war zuvor der antisemitische Jungdo, der in Oerlinghausen seit 1921/22 über eine Bruderschaft (Ortsgruppe) verfügte, aufgegangen. Im Wesentlichen ordneten sich die DDP-Vertreter dem „bürgerlichen Lager“ mit DNVP und DVP zu. Später bestanden wenig Bedenken, mit Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten, wie im Frühjahr 1932 zu den Schulgemeindewahlen. Bedeutende Köpfe der DDP in Oerlinghausen waren die Lehrer Fritz und Karl Husemann, außerdem der Buchhalter Otto Arndt.

3.2 Kirchenvorstand und Kriegerverein als Bastionen des „alten Systems“

In Bezug auf das Gefallenengedenken spielte das „bürgerliche“ Milieu außerhalb der Parteien, das „bürgerliche“ Vorfeld, eine entscheidende Rolle. Damit sind hier nicht das Gesang-, Turn- oder Schützenvereinswesen gemeint, sondern der evangelische Kirchenvorstand und der Krie-

³² Als Redner trat der Schriftsteller und Journalist Heinrich Vierbücher auf. Vgl. VOLKSBLATT vom 20. Juli 1926. Der überzeugte Republikaner Vierbücher veröffentlichte 1930 ein Buch über den Völkermord an den Armeniern im Jahr 1915. Im sozialdemokratischen Milieu hatte der Pazifismus eine größere Strahlkraft entfaltet. Das örtliche Gewerkschaftskartell brachte im Januar 1923 Bertha von Suttners Drama „Die Waffen nieder!“ auf die Bühne. Im August 1924 fanden gleich zwei Anti-Kriegs-Veranstaltungen im Ort statt, eine des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen und eine weitere der SPD. Ende Juli 1931 holte der Gewerkschaftsbund einen Lichtbildervortrag zum Spielfilm „Im Westen nichts Neues“ nach Oerlinghausen. Der Streifen selbst konnte nicht gezeigt werden, weil das Kino im Essener Hof technisch noch nicht für Tonfilme gerüstet war und er nach zeitweisem Verbot in Deutschland trotz zahlreicher von den Zensurbehörden vorgegebenen Kürzungen erst ab September 1931 allgemein wiederzugelassen wurde. VOLKSBLATT vom 20. Juli und 1. August 1931.

³³ LLZ vom 4. und 8. Juli 1922.

³⁴ VOLKSBLATT (Detmold) und LLZ vom 30. Oktober 1924. Vorsitzender war der Sozialdemokrat Ernst Freitag. Eine Bielefelder Zeitung hetzte sogleich gegen die Ortsgruppe, da auch jüdische Bürger in ihr vertreten waren. S. BIELEFELDER GENERAL-ANZEIGER vom 5. November 1924. Die Aktivitäten erlahmten allerdings, die Ortsgruppe wurde im Mai 1928 neu gegründet. S. DAS REICHSBANNER, ZEITUNG DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD (REICHSBANNER) vom 20. Mai 1928.

gerverein in Oerlinghausen waren die Triebfedern und drückten dem Gedenken weitgehend ihren Stempel auf. Die politische Gemeinde mit ihrer sozialdemokratischen Mehrheit blieb weitgehend außen vor.

Zentrale Figur der Anfangsjahre war der Unternehmer Carl Weber, ehemals Parteigänger der Nationalliberalen, nun Anhänger der DVP. Er war einvernehmlich gewählter Vorsitzender des Gemeindeausschusses und Vorsitzender des Kirchenvorstandes. Dem Kirchenvorstand gehörten neben Weber weitere Nationalliberale oder Konservative aus dem Kaiserreich an. Innerhalb dieses Gremiums bestand eine große innere Verbundenheit mit dem alten monarchistischen System. Ein überkommendes Wahlrecht der evangelischen Landeskirche, das nach 1919 immer wieder in der Kritik stand³⁵, sicherte diesen Kräften ihren Einfluss. Dafür stand in erster Linie der Generalsuperintendent August Weßel in Detmold, ein Mitglied der DNVP und kurzfristig Landtagsabgeordneter, der sich hartnäckig gegen jegliche Demokratisierungstendenzen der Kirchenverfassung behauptete. Erst nach seinem Rücktritt konnte im Februar 1931 endlich eine überarbeitete Verfassung verabschiedet werden.³⁶ Wie Weßel standen zahlreiche lippische Geistliche nach 1918 weiter zu Schwarz-Weiß-Rot und nutzten ihre Positionen zu umtriebiger Agitation gegen Sozialdemokratie, Liberalismus und Republik. Völkisch gesinnte Pastoren wie Paul Ruperti in Lüdinghausen oder August Held in Sonneborn sind hervorstechende Beispiele. Wie der frühere Pastor Eduard Reber den Kampf gegen die Sozialdemokratie in Oerlinghausen unterstützt hatte, so positionierte sich der 1907 nachfolgende Pastor Wilhelm Tölle gegen sie. Tölle forcierte beispielsweise ein Verbot des Kirchenvorstands für Grabreden, das sich gegen die Sozialdemokraten richtete³⁷, und er mahnte sozialdemokratische Eltern am Grab ihrer Tochter zu häufigerem Kirchenbesuch.³⁸ Beides zog empörte Proteste nach sich.

Als feste Größe gehörte der im Dezember 1874 gegründete Kriegerverein Oerlinghausen zu diesem „bürgerlichen Milieu“. ³⁹ In ihm hatten sich schon während des Kaiserreichs vorwiegend Parteigänger der Konservativen und Nationalliberalen, aber ebenso einige Linksliberale der Fortschrittspartei gefunden. Der Verein verstand sich zu jener Zeit als bedingungslos kaisertreu

³⁵ Vgl. zu Kritik und Auswirkungen des rückständigen Wahlrechts u. a. LLZ vom 9. Januar 1926 sowie VOLKSBLATT vom 20. März 1929. Nach dem Wahlrecht zugelassen waren nur männliche Gemeindemitglieder ab 25 Jahren, und zwar nur jene, die sich in einem vorgegebenen Zeitraum direkt beim Pastor in die Wahlliste eintragen ließen. Die LLZ zeigte am Beispiel der Kirchengemeinde Falkenhagen die Problematik auf: Von 2.000 evangelischen Gläubigen hatten sich nur 28 in die Wahlliste eintragen lassen, darunter die 12 Kirchenvorstandsmitglieder. Vgl. LLZ vom 17. März 1926.

³⁶ S. dazu VOLKER WEHRMANN, Die Lippische Landeskirche 1684-1984. Ihre Geschichte in Darstellungen, Bildern und Dokumenten, hg. im Auftrag der Lippischen Landeskirche in Zusammenarbeit mit dem Lippischen Heimatbund, Detmold 1984, 206-209; HANS-PETER WEHLT, Generalsuperintendent D. August Weßel (1861-1941). Zwischen Summepiskopat und verfasster Landeskirche, in: STADT DETMOLD (Hg.), Krieg – Revolution – Republik, Detmold 1914-1933. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, bearb. von HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT, Bielefeld 2007, 375-413; online unter: <https://digitale-sammlungen.llb-detmold.de/urn/urn:nbn:de:hbz:51:1-31860> (Aufruf: 22. Oktober 2024)

³⁷ Vorausgegangen war die Bestattung des langjährigen Parteimitgliedes Karl Bracht. Zuvor hatte sich eine Ortsgruppe des Freidenkerverbandes gegründet, welcher dem Kirchenvorstand offenbar ein Dorn im Auge war. VOLKSBLATT vom 23. März 1927.

³⁸ VOLKSBLATT vom 13. Februar 1929.

³⁹ Vgl. Statut des Kriegervereins Oerlinghausen, Bielefeld 1875 (im Besitz des Verf.).

und als Bollwerk gegen die Sozialdemokratie.⁴⁰ Dafür stand der langjährige Erste Vorsitzende, der Gutsbesitzer Emil Steinmeister. Steinmeister war vor 1918 Mitglied der Konservativen Partei und des Alldeutschen Verbandes wie auch zweiter Vorsitzender des lippischen Ablegers des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gewesen. Nach dem Krieg war er Anhänger der DNVP und Mitglied des Kirchenvorstandes. Mitglieder des Kriegervereins waren auch die Unternehmer Carl Weber und Richard Müller (DVP).⁴¹ Ob sich uneingeschränkte Befürworter der Republik in seinen Reihen finden ließen, ist nicht bekannt. Denn selbst „gestandene“ DDP-Mitglieder wie der Lehrer Karl Husemann, viele Jahre Schriftführer, oder Otto Arndt, Rechnungsprüfer des Vereins, unterstützten eher die „nationale Sache“ als die Republik.⁴² Einige Mitglieder des Kriegervereins übernahmen später in der NSDAP oder in ihren Organisationen führende Funktionen.⁴³

Der Kriegerverein in Oerlinghausen erlebte nach dem Weltkrieg einen deutlichen Aufschwung. 1919 waren 35 neue Mitglieder hinzugekommen, 1920 folgten weitere 45 Eintritte. Der Verein wuchs damit auf 205 Mitglieder an.⁴⁴ Gegen Ende der 1920er Jahre allerdings war die Blütezeit des zunehmend in Konkurrenz zu deutschnationalen und nationalsozialistischen Organisationen stehenden Vereins weitgehend vorüber. Um einem „Erlöschen des Kriegervereinswesens“ vor Ort zu begegnen, durften ab 1930 auch Männer, die „niemals Soldat“ waren, Mitglied werden.⁴⁵ Ende 1933 verzeichnete der Verein noch 172 Mitglieder.⁴⁶ Als Steinmeister im Januar 1924 sein Amt als Vorsitzender nach 23 Jahren niederlegte, folgte auf ihn der Kaufmann Paul Bremer.⁴⁷ Von September 1927 bis Ende 1935 übernahm der Apotheker Dr. Carl Wachsmuth die Funktion.⁴⁸ Der Kriegerverein reihte sich im Frühjahr 1933 als einer der ersten Vereine in Oerlinghausen in den „nationalsozialistischen Aufbau Deutschlands“ ein.⁴⁹

⁴⁰ VOLKSWACHT (Bielefeld) vom 10. Februar 1892.

⁴¹ Weber trat vereinzelt mit Vorträgen in Erscheinung, unter anderem 1906 zu den „Pflichten des Soldaten dem Kaiser gegenüber“, vgl. WZ vom 2. Februar 1906. Müller referierte über die „wirtschaftlichen Schädigungen des Versailler Diktats“, vgl. WZ vom 6. März 1929.

⁴² Karl Husemann gehörte der DDP an, als Vertreter der Einheitsliste wurde er 1932 in die Stadtverordnetenversammlung und dort zum 2. Ratsherrn gewählt. Zum Mai 1933 trat er der NSDAP bei. S. Angaben Husemanns zu seiner Entnazifizierung, 6. Januar 1949, in: LANDESARCHIV NORDRHEIN-WESTFALEN (LAV NRW) ABT. RHEINLAND, NW 1072-LB Nr. 1474.

⁴³ Dazu zählte Otto Ehlbracht, der Ende 1935 den Vorsitz des in den Reichskriegerbund überführten Kriegervereins übernahm. Ehlbracht wurde später Ortsgruppenleiter der NSDAP in Oerlinghausen, s. u. a. LIPPISCHE STAATSZEITUNG (LSTZ) vom 7. November 1944.

⁴⁴ WZ vom 3. Februar 1920 und 14. Januar 1921.

⁴⁵ WZ vom 25. Juni 1930.

⁴⁶ WZ vom 11. Januar 1934.

⁴⁷ LLZ vom 19. Januar 1924. Paul Bremer, der 1941 starb, war ebenfalls in die NSDAP eingetreten. Vgl. Nachruf in der LSTZ vom 11. Mai 1941. Vor Steinmeister fungierte der Metzgermeister Wilhelm Kronshage über 27 Jahre hinweg als Vereinsvorsitzender.

⁴⁸ WZ vom 27. September 1927 und 15. Januar 1936.

⁴⁹ Der Kriegerverein rief bereits im März zu einem Fackelzug zum „Tag der nationalen Revolution“ auf. LLZ vom 21. März 1933. Die weiteren „bürgerlichen“ Vereine (u. a. Männergesangsverein Eintracht, Verkehrs- und Verschönerungsverein, Turnverein von 1863) folgten unter Ausschluss der jüdischen Mitglieder im Mai/Juni 1933. Vgl. UWE GARTENSCHLAEGER/JÜRGEN HARTMANN/HANS-CHRISTOPH SEIDEL, Eine rote Festung wird erobert. Der Nationalsozialismus in Oerlinghausen, Oerlinghausen 1986, 93; online verfügbar unter <https://digitale-sammlungen.llb-detmold.de/content/titleinfo/10041993> (Aufruf: 6. September 2024).

3.3 Exkurs: KPD und NSDAP

Der Vollständigkeit halber sei noch kurz auf die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) eingegangen. Die KPD ging in Oerlinghausen wie anderenorts aus einer kleinen Gruppe von Anhängern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) hervor. Eine kleine Ortsgruppe existierte ab 1921/22. Über einige Jahre stellte die Partei einen Abgeordneten in der Gemeindevertretung. 1924 bildete sich der Rote Frontkämpferbund (RFB). Er wurde 1929 verboten und bestand in verschiedenen Ausprägungen noch illegal fort. Einzelne Mitglieder gab es zwar in Oerlinghausen, eine Ortsgruppe aber offensichtlich nicht. Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Gefallenengedenken sind nicht dokumentiert.⁵⁰ Insgesamt war die KPD im Ort – ebenso wie die Ende 1931 gegründete Ortsgruppe der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) – unbedeutend.⁵¹

Die NSDAP und ihre Organisationen spielten in der Bergstadt ebenfalls erst in der Endphase der Weimarer Republik eine nennenswerte Rolle. Aktive Mitglieder gab es ab 1929, sie gehörten anfangs zur Ortsgruppe Leopoldshöhe. 1931 nahm die Intensität der Parteiarbeit zu, es bildete sich ein SA-Trupp. Einher gingen nun auch Bemühungen, das „Heldengedenken“ im nationalsozialistischen Sinn zu instrumentalisieren, so am Totensonntag 1931.⁵² Nach der Stadtverordnetenwahl vom Januar 1932 konnte die NSDAP gerade einmal zwei von zwölf Vertretern stellen.⁵³ Mit den erzielten 18,6 Prozent der Stimmen fuhr die Partei im Vergleich zu den anderen lippischen Städten ein schwaches Ergebnis ein. Dennoch lässt sich wie anderenorts in Oerlinghausen besonders ab 1932 eine zunehmende Erosion des „bürgerlichen Lagers“ feststellen.⁵⁴

3.4 Exkurs: Die Inschriften der neuen Glocken der Alexanderkirche 1924

Die Sichtweise des Kirchenvorstandes auf den verlorenen Weltkrieg war weitgehend von deutschnationaler Ideologie geprägt. Viele seiner Mitglieder waren zugleich Mitglieder des Oerlinghauser oder Senner (ab 1927: Lipperreier) Kriegervereins. Augenfällig wurde diese Einstellung, als das Gremium beim Bochumer Verein 1922 drei neue Glocken für die Alexanderkirche als Ersatz für die 1917 zur Einschmelzung für die Rüstungsindustrie abgeholten Glocken in Auftrag gab. Im Januar 1924 erfolgte die Installation. Die Vorstandsmitglieder hatten sich für die folgenden Inschriften entschieden:

⁵⁰ Zu den Mitgliedern gehörte August Weisheit, von 1932 bis 1933 Stadtverordneter (KPD). Er führte noch 1932/33 eine illegale RFB-Einheit im Raum Brackwede-Steinhagen. Zu Weisheits politischer Entwicklung s. JÜRGEN HARTMANN, Die ausgebliebene Revolution. Die lippische KPD und der Deutsche Oktober 1923, in: ROSENLAND, 17/2015, 18-42, hier 29 ff.

⁵¹ SOZIALISTISCHE ARBEITER-ZEITUNG, ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS vom 8. Januar 1932. Hier der Bericht über die erste öffentliche Versammlung in Oerlinghausen nach Gründung.

⁵² Dazu GARTENSCHLAGER/HARTMANN/SEIDEL 1986, 30.

⁵³ Die NSDAP verfügte Anfang 1932 nur über 21 Mitglieder in der Stadt. Vgl. GARTENSCHLAGER/HARTMANN/SEIDEL 1986, 23-34.

⁵⁴ Bereits im März 1932 verbündeten sich Vertreter der Einheitsliste von DDP bis DNVP ohne Bedenken mit Nationalsozialisten zu einer „Unpolitischen Christlichen Elternliste“ für die Schulgemeindewahl. S. VOLKSBLATT vom 3. März und LLZ vom 16. März 1932.

„1914-1918 /
Die Bronzeglocken nahm der Krieg /
Für Heimat, Ehre und den Sieg“ (große Glocke)

„Umsonst war Leid und Opfertod /
Das Volk zerbrach in Hungersnot“ (mittlere Glocke)

„Bring', Herr, das Volk durch schwere Zeit /
Lass es bestehn in Einigkeit“⁵⁵ (kleine Glocke)

Zur „Einigkeit“ aufzurufen war eine Kernformel auch der Inschriften vieler Kriegerdenkmäler. Man implizierte damit das scheinbare Augusterlebnis 1914 und damit das Gegenteil von dem, was angeblich die „Schmach“ im November 1918 herbeiführte: der Verrat der kämpfenden Truppe durch das „zerbrochene“, sich schwach zeigende Volk in der Heimat, welches sich von sozialistischen und demokratischen Politikern verleiten ließ. Nur Einigkeit könne, so der Tenor, das deutsche Volk durch die jetzige „schwere Zeit“ bringen, es „bestehen“ und hoffentlich „wieder groß und stark“ werden lassen.⁵⁶ Dementsprechend ist der Spruch als ein Reflex auf die zerrissene politische Landschaft und als eindringliche Mahnung nach nationaler Geschlossenheit und innerer Einheit zu interpretieren.⁵⁷ Der Terminus „deutsches Volk“ beinhaltete aus Sicht der Deutschnationalen und Deutschvölkischen auch den Ausschluss jeglicher „Fremdstämmiger“, also der jüdischen Deutschen.

3.5 Exkurs: Instrumentalisiertes Gedenken an einen Gefallenen des Reichswehr-Unglücks an der Weser 1925

Der Kirchenvorstand stieß sich in keiner Weise an einer extrem nationalistischen Vereinnahmung des Gedenkens durch Kriegervereine und antirepublikanische Organisationen, wie das folgende Beispiel veranschaulicht. Um 1921/22 hatte sich in Oerlinghausen eine Bruderschaft des Jungdo gebildet. Hervorgegangen aus den Freikorpsverbänden zeigte sich dieser Bund als nationalliberal, elitär und antisemitisch.⁵⁸ In Lippe agierten Ballei (Landesverband) wie Bruderschaften (Ortsgruppen) häufig in aggressiver Weise gemeinsam mit nationalistischen, völkischen und republikfeindlichen Verbänden.⁵⁹ In Horn und einigen anderen Orten des Landes betrieb der Jungdo in radikaler Weise antisemitische Hetze. Großmeister (Ortsvorsitzende) in

⁵⁵ LIPPISCHE POST (LP) vom 28. Januar 1924.

⁵⁶ S. dazu auch Georg Heil in der Einleitung zu seiner Webseite Kriegerdenkmäler in Lippe unter <http://www.kriegerdenkmäler-in-lippe.de> (Aufruf: 20. August 2024).

⁵⁷ DE LIBERO 2014, 159.

⁵⁸ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Jungdeutscher_Orden (Aufruf: 20. August 2024).

⁵⁹ JÜRGEN HARTMANN, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE, 60/1991, 149-198; DERS., Gegen die Juden und gegen die Republik! Die antidemokratische Rechte in Detmold 1914 bis 1933, in: STADT DETMOLD (Hg.), Detmold 1914-1933, Krieg – Revolution – Republik, bearb. von Hermann Niebuhr/Andreas Ruppert, Detmold 2007, 263-298; online unter: <https://digitale-sammlungen.llb-detmold.de/urn/urn:nbn:de:hbz:51:1-31860> (Aufruf: 22. Oktober 2024). Eine Aufarbeitung der Geschichte des Jungdo in Lippe wäre wünschenswert.

Oerlinghausen waren der Oberpostsekretär Gottfried Ruppe und der deutschnationale Prokurist Wilhelm Hofbücker.



Abb. 8: Jungdo-Bruderschaft Oerlinghausen bei der Hermannsfeier, 1925
(Lippische Landesbibliothek, BA DT-41-66)

Bei einer Reichswehrübung zur Überquerung der Weser am 31. März 1925 waren 80 Soldaten und ein Zivilist ums Leben gekommen.⁶⁰ An der Übung beteiligt war das Ausbildungsbataillon des Reichswehrregiments 18 in Detmold. Unter den 78 Verunglückten des so genannten Veltheimer Führungsglücks aus der Detmolder Garnison befand sich der Schütze Fritz Kassen aus Oerlinghausen. Sein Leichnam konnte erst spät geborgen werden. Zur Trauerfeier am 19. April hatte der Jungdo, dem der Verunglückte angehörte, über die Gemeindegrenzen hinaus mobilisiert. Vier Bruderschaften des Ordens, Abordnungen von fünf Kriegervereinen und eine Stahlhelmgruppe fanden sich neben Vertretern der Reichswehr und „bürgerlicher“ Vereine zu dieser Veranstaltung ein.⁶¹ Wie die *Westfälische Zeitung* berichtete, war der Sarg „mit dem schlichten Bartuch des Jungdeutschen Ordens mit dem schwarzen Kreuze auf weißem Felde bedeckt“. Einem Großmeister des Jungdo aus Bielefeld war problemlos zugestanden worden, eine Grabrede zu halten.⁶² Von republikanischer Seite wurde dieser „Rummel“, diese Demonstration deutschnationaler Gesinnung, nur eine Woche vor der Reichspräsidentenwahl als Provokation aufgefasst.⁶³

⁶⁰ S. https://de.wikipedia.org/wiki/Veltheimer_Führungsglück (Aufruf: 20. August 2024).

⁶¹ LTZ vom 22. April 1925. Fritz Kassen war dem Bericht zufolge einer von zehn Ordensbrüdern unter den 80 Opfern, was auf eine starke Verankerung des Jungdo innerhalb der Reichswehr hinweist. Auch der Bruder Richard Kassen, später kommissarischer Ortsgruppenleiter der NSDAP in Asemissen, war Mitglied des Oerlinghauser Jungdo von 1922 bis 1929. Bereits 1930 sympathisierte er mit den Nationalsozialisten, trat jedoch erst im Herbst 1932 der Partei bei. Vgl. NSDAP-Zentralkartei und OPG-Personalakte, 1932-36, in: BUNDESARCHIV, R 9361-I/55490 und 55491.

⁶² WZ vom 22. April 1925.

⁶³ VOLKSBLATT vom 22. April 1925.

3.6 Das Kriegerdenkmal (Entwurf Messmann/Meyer) 1926

Die 1919 aufgekommene Idee eines Erinnerungszeichens für die Gefallenen aus der Kirchengemeinde Oerlinghausen gewann im Frühjahr 1920 an Dynamik. Der Motor der Initiative, der Leinenfabrikant Carl Weber, sorgte als Vorsitzender der Kirchengemeinde dafür, dass diese einen Teil ihres Geländes an der Alexanderkirche zur Verfügung stellte.⁶⁴ Früher hatte diese Fläche als Friedhof gedient. Im Februar 1920 erfuhren die Bürger im Gottesdienst und über die Zeitungen von diesem Vorhaben: „Es ist vorgesehen, für jeden Gefallenen eine Gedenktafel zu errichten.“⁶⁵ Für das geplante Ehrenmal an der Kirche wurde – wie allgemein üblich – ein Denkmalsausschuss mit Weber als Vorsitzendem gebildet. Der Ausschuss setzte sich im Wesentlichen aus Vertretern des Kirchenvorstands und des Kriegervereins zusammen. Hinzu kam noch der Gemeindevorsteher August Reuter. Vertreter aus dem sozialdemokratischen Lager fanden sich in diesem Gremium nicht. Im Oktober stellte das Gremium erste Überlegungen an. Zur Finanzierung der „Sonderehrenstätte“ für die Gefallenen sollte eine Sammelliste von Haus zu Haus gehen.⁶⁶ Ein Aufruf des Ausschusses appellierte:

„Wie die Kirchengemeinde allen Gliedern unseres Gemeinwesens auf dem Friedhofe eine letzte Ruhe- und Gedächtnisstätte gewährt, so stellt sie auch für die Pflege des Andenkens an die etwa 150 Opfer des Krieges aus unserer Kirchengemeinde einen Platz in unmittelbarer Nähe der Kirche zur Anlage eines Ehrenfriedhofes zur Verfügung, auf dem jedem Toten eine Sonderehrenstätte bereitet werden soll. Nun lasst diesen Gedanken zur Tat werden! Ehrenpflicht aller Gemeindemitglieder ist es, dabei mitzuwirken! Die Ausgestaltung des Ehrenfriedhofes muss in würdiger Form den unauslöschlichen Dank der Gemeinde gegen ihre teuren Toten zum Ausdruck bringen. Dafür rufen wir alle unsere Mitbürger auf. Gebe Jedermann nach besten Kräften! Von der Höhe der Spenden hängt es ab, ob der Gedanke des Ehrenfriedhofes in einer Weise durchgeführt werden kann, wie sie den gebrachten Kriegsoffern entspricht. Gedenket der teuren Toten!“⁶⁷

Unterzeichnet war das betont sachlich gehaltene Flugblatt von Vertretern der Kirchengemeinde, der Gemeindevertretungen von Oerlinghausen, Asemissen und Senne, des Gutsvorstandes Niederbarkhausen, der Schulvorstände, der Oerlinghauser Ortsgruppe des Bundes Lippischer Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener, der Kriegervereine Asemissen, Oerlinghausen und Senne, der Turnvereine, der Feuerwehren, des VfB Oerlinghausen, der Gesangvereine Eintracht und Solidarität sowie des Vaterländischen Frauenvereins.

Carl Weber, einem patriarchalisch agierenden Ausschussvorsitzenden mit vielen Verbindungen, scheint bei der Auswahl von Künstlern weitgehend freie Hand zugestanden worden zu

⁶⁴ Zur Geschichte der Alexanderkirche s. ROLAND PIEPER, Evangelisch-reformierte Kirche Oerlinghausen (ehem. St. Alexander), hrsg. vom LIPPISCHEN HEIMATBUND, Reihe Lippische Kulturlandschaften, Heft 19, Detmold 2011.

⁶⁵ WZ vom 19. Februar 1920.

⁶⁶ WZ vom 1. und 16. Oktober 1920. Vgl. Vermerk des Ausschusses, 12. Oktober 1920, in: KREISARCHIV (KA) LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 5.

⁶⁷ Aufruf des Ausschusses, 12. Oktober 1920, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 474.

sein. Weber bat zwei renommierte Persönlichkeiten um einen gemeinsamen Entwurf für eine Ehrenmalsanlage. Es handelte sich um Gustav Messmann aus Lage und Paul Meyerkamp aus Bielefeld. Messmann war Architekt und von 1903 bis 1923 Stadtbaumeister in Lage. Er gehörte wie Weber der DVP an und saß ab 1924 als deren Vertreter in der Lagenser Stadtverordnetenversammlung und später von 1929 bis 1932 im Lippischen Landtag.⁶⁸ Meyerkamp war seit 1907 Gartendirektor der Stadt Bielefeld und Verfechter von zusammenhängenden Grünnetzen und städtischen Naherholungsgebieten. Mit dem Sennefriedhof, mit dessen Anlage 1911 begonnen worden war, hatte er sich einen Namen gemacht.⁶⁹

Das Vorhaben erlebte indes keinen guten Start. Das gesammelte Geld schrumpfte infolge der massiven Inflation auf ein Nichts.⁷⁰ Im Oktober 1921 lag der Wert der Mark nur noch bei einem Hundertstel des Wertes von 1914. Der Ausschussvorsitzende Weber bat deshalb im März 1922 Messmann und Meyerkamp um Überlegungen zur Reduzierung der veranschlagten Kosten.⁷¹ Der erste Vorschlag für die Gestaltung wurde von Weber zudem als „nicht sympathisch“ bezeichnet, da durch die vorgesehene Wegführung die Ruhe des Friedhofes beeinträchtigt würde.⁷² Er ist – ebenso wie die Kostenrechnung – nicht erhalten. Es scheint sich zu diesem Zeitpunkt nur um eine grobe Skizze gehandelt zu haben; bisher war überhaupt noch nicht geklärt, ob das Kriegerdenkmal als solches „ein Obelisk, Kreuz oder dergleichen“ sein sollte. Im April 1922 fragte der Kriegerverein offiziell nach dem Stand der Dinge und forderte die Unterrichtung der Einwohnerschaft.⁷³

Erst im August 1922 reichte Messmann den neuen Voranschlag ein. Die Kosten des Projektes lagen nun bei 176.800 Mark. Über Handzettel wandte sich der Ausschuss erneut an die Bürger und rief wiederum zu Spenden auf.⁷⁴ Im Frühjahr 1923 begann man mit gärtnerischen Arbeiten, „damit erst einmal der hässliche Platz verschwindet und die Einwohner der Gemeinde sehen, in welcher Weise die Ausführung des Kriegerehrenmals geplant ist.“⁷⁵ Für weitere Maßnahmen reichte das Geld nicht und noch immer fehlte ein Gesamtentwurf. Mit dem Tod des umtriebigen Gemeindeausschuss-, Kirchenvorstands- und Denkmalsausschussvorsitzenden Carl Weber im April 1923 stockte das Unterfangen. Weber hatte deutlich an der Spitze der Bestrebungen gestanden. Einige Monate später riss der Kriegerverein mit seinem Vorsitzenden Emil Steinmeister, ebenfalls Mitglied des Kirchenvorstands, die Initiative an sich. Der Verein hatte zuvor beklagt, dass seit einem Jahr nichts geschehen sei und übte nun Druck aus. Man müsste „endlich etwas Positives in der fraglichen Angelegenheit beschließen“. Sollte kein Impuls kommen, würde der Kriegerverein selbstständig tätig werden.⁷⁶

⁶⁸ Zu Gustav Messmann s. https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Messmann (Aufruf: 12. August 2024).

⁶⁹ Zu Paul Meyerkamp s. die Skizze von Till Wöhler unter <https://www.aknw.de/aktuelles/news/details/news/gartendirektor-paul-meyerkamp> (Aufruf: 12. August 2024).

⁷⁰ Vgl. Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für das Ehrenmal, 15. Oktober 1924, in: ARCHIV DER LIPPISCHEN LANDESKIRCHE, 04.15 Nr. 223. In der Niederschrift ist ein Überblick über die bisherigen Aktivitäten enthalten.

⁷¹ Weber an Messmann und Meyerkamp, 20. März 1922, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 5.

⁷² Weber an Messmann und Meyerkamp, 25. April 1922, EBD.

⁷³ Kriegerverein Oerlinghausen an Ausschuss, 2. April 1922, EBD.

⁷⁴ Spendenaufruf, 12. Oktober 1922, EBD.

⁷⁵ Ausschuss an Kirchenvorstand, 17. Februar 1923, EBD.

⁷⁶ Kriegerverein Oerlinghausen an Ausschuss, 7. Dezember 1923, EBD.

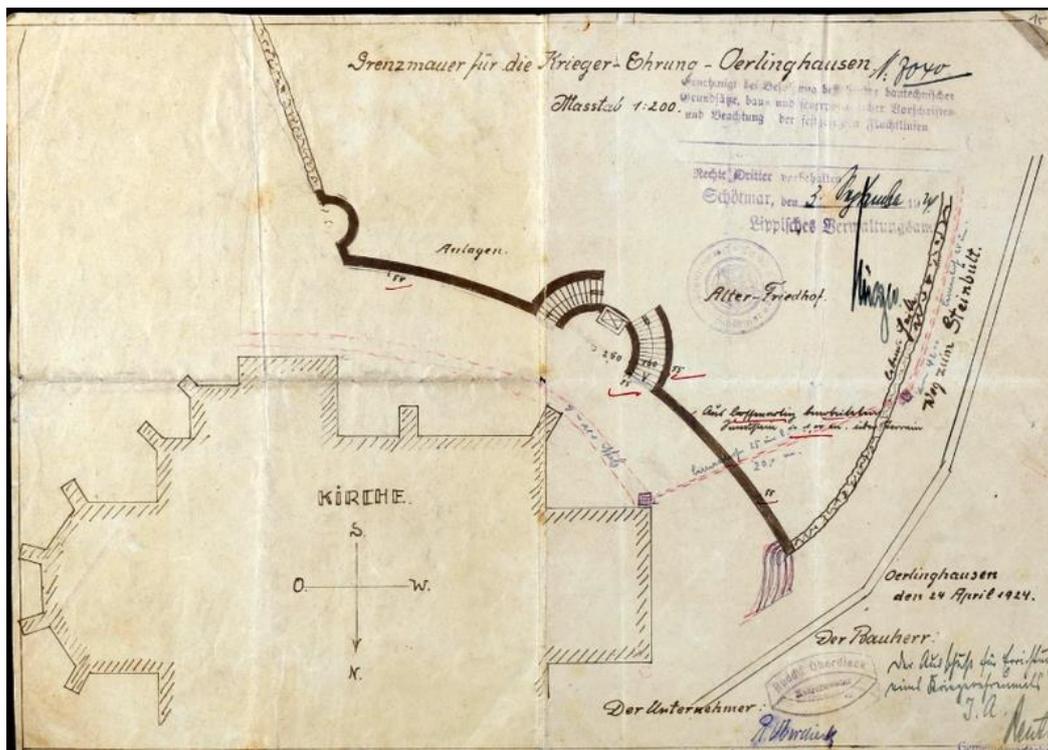


Abb. 9: Skizze des Areals für das Kriegerdenkmal bei der Kirche, 1924
(Kreisarchiv Lippe, K 7 Oerlinghausen B Nr. 5)

Den Vorsitz des Ausschusses hatte übergangsweise der Schulleiter Adolf Dreier übernommen. Wie bei Weber handelte es sich bei ihm um eine allgemein geachtete Persönlichkeit. Als Musikpädagoge, Kirchenorganist und Chorleiter stand er den örtlichen Gesangvereinen, mitunter auch dem Arbeitergesangverein, zur Seite. Wenig später übernahm der Gemeindevorsteher Reuter den Ausschussvorsitz. Im Herbst 1924 endlich lag der erwartete neue Entwurf von Messmann und Meyerkamp vor. Der Bau des Mals zum Gedenken konnte in Angriff genommen werden. Anders als in den neutral gehaltenen Verlautbarungen des Ausschusses für die Öffentlichkeit stößt man in den Sitzungsniederschriften auf andere Formulierungen. Hier wird die an die „Dolchstoßlegende“ angelehnte Intention deutlich, für die Mitglieder handelte es sich um ein Denkmal für „unsere Helden, die unbesiegt geblieben sind“.⁷⁷

Die Umsetzung des Entwurfs verlief in mehreren Etappen. Begonnen wurde mit der Herrichtung des Geländes. Noch Mitte 1925 fehlte die Baumbepflanzung, vor allem das Monument selbst. Wie zuvor mangelte es an Geld. Sonntag, der 21. Juni 1925, stand daher im Zeichen einer großen Sammlung, zu der eindringlich, jedoch abermals in neutraler Formulierung aufgerufen wurde:

„Noch immer harrt das Kriegerehrenmal der Kirchengemeinde Oerlinghausen der Vollendung. Gewiss, der Bau ist in den letzten beiden Jahren gut vorangekommen, aber die Aufbringung der Mittel für die bis heute geschaffene Anlage ist mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden gewesen

⁷⁷ Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für das Ehrenmal, 15. Oktober 1924, in: ARCHIV DER LIPPISCHEN LANDESKIRCHE, 04.15 Nr. 223.

und ist heute schwieriger denn je. Es darf nicht sein, dass die Fertigstellung des Denkmals wieder auf Jahre hinausgeschoben wird. Wir sind unseren gefallenen Helden ein äußeres Zeichen des Dankes schuldig! Die unvollendete Anlage mahnt uns täglich! Lasst diese Anlage nicht zur Anklage werden, als ob wir nicht genug Mittel übrig hätten für unsere teuren Toten. Die Pflege des Andenkens an die 150 Opfer des Krieges aus unserer Kirchengemeinde soll uns eine heilige Aufgabe sein. Darum opfere jedermann für das Kriegerehrenmal. Gebt freudig und viel! Gedenkt der für uns Gefallenen!“⁷⁸

Die fehlenden Mittel sollten nun verstärkt durch Veranstaltungen, darunter ein „Opfertag“⁷⁹ und ein musikalischer Abend⁸⁰, aufgebracht werden. Doch die im November 1925 sich im Denkmalsausschuss breit machende Hoffnung, den Volkstrauertag am 28. Februar 1926 bereits mit einer Gedächtnisfeier in der dann fertiggestellten Grünanlage samt Ummauerung begehen zu können, zerstob angesichts weiterer Verzögerungen, die Witterungseinflüssen geschuldet waren.⁸¹ Das Gedenken zum Volkstrauertag fand folglich wie bisher im Gottesdienst statt.⁸² Auch die Arbeiten an Kreuz und Schriftplatte an der Säule nach der Zeichnung Messmanns, die im Juli 1925 vom Oerlinghauser Bildhauer Heinrich Eikenberg und dem Maurermeister Rudolf Oberdiek begonnen worden waren, zogen sich wider Erwarten bis in den Oktober 1926 hinein.⁸³

Da entsprechende Unterlagen fehlen, ist das Motiv für den Entschluss, ein „unvollendetes“ Kriegerdenkmal einzuweihen, wahrscheinlich darin zu suchen, dass man schlichtweg nicht länger warten wollte. Die Säule als Mittelpunkt der Anlage war nur durch die Aufnahme von Schulden zu realisieren gewesen. Für die Namenstafeln fehlten noch die Mittel. Deren Realisierung schien angesichts der „schlechten wirtschaftlichen Lage“ in weite Ferne gerückt zu sein.⁸⁴ Die langersehnte Einweihung wurde nun für Sonntag, den 27. Juni 1926, angekündigt. Seit dem 1. April besaß Oerlinghausen Stadtrechte. Der jetzt als Bürgermeister tätige August Reuter hatte die Federführung der Organisation der nach dem Gottesdienst stattfindenden Veranstaltung übernommen. Neben den Kriegervereinen aus Oerlinghausen, Asemissen und Senne wurden die Freiwillige Feuerwehr, der Vaterländische Frauenverein und die Sport- und Gesangvereine der Stadt eingeladen, teilzunehmen und Kränze niederzulegen. Sowohl der Männergesangsverein Eintracht wie auch der Arbeitergesangsverein Solidarität sollten Lieder anstimmen.⁸⁵

Zur Veranstaltung am 27. Juni 1926 erschienen weit mehr als 1.000 Menschen und sammelten sich unterhalb der Alexanderkirche. Die Begrüßung am Denkmal mit der Inschrift „Unseren Helden“ übernahm Bürgermeister Reuter, die Rede hielt Pastor Wilhelm Tölle, für die musika-

⁷⁸ Aufruf zur Spende, 20. Juni 1925, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 474.

⁷⁹ WZ vom 18. Juni 1925.

⁸⁰ Ausschuss an Dreier, 28. November 1925, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 7.

⁸¹ Rundschreiben des Ausschusses, 23. Februar 1926, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 474.

⁸² WZ vom 3. März 1926.

⁸³ Mitteilung Reuters an den Ausschuss über Vertragsabschluss mit Eikenberg, 31. Juli 1925 sowie über die Beendigung der Arbeiten, 22. Oktober 1926, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 474.

⁸⁴ WZ vom 25. Juni 1926.

⁸⁵ Bürgermeister Reuter an die Gesangvereine, 9. Juni 1926, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 7.

lische Begleitung sorgte neben den beiden Gesangvereinen ein Schülerchor. Zum Abschluss erfolgten drei Salven und Trauergeläut vom Kirchturm.⁸⁶



Abb. 10: Die Einweihung des Kriegerdenkmals in Oerlinghausen, 1926
(Kreisarchiv Lippe, K 7 Oerlinghausen Bildarchiv Nr. 1365)

Die Weihefeier wurde, wie das sozialdemokratische *Volksblatt* berichtete, zu einem würdigen Ereignis ohne Beeinträchtigung durch nationalistische Zwischentöne.⁸⁷ Pastor Tölle habe es vermocht, sich „in seinen Worten der gegebenen Situation gut anzupassen.“ Der Kranz der Arbeitervereine war von einer großen schwarz-rot-goldenen Schleife geziert, die übrigen Kränze waren mit weißen Schleifen versehen: „Man wollte den neutralen Charakter der Feier anscheinend dadurch dokumentieren.“⁸⁸ Auf Symbole des wilhelminischen Deutschlands wie den schwarz-weiß-roten Fahnschmuck, der von den Gegnern der Republik gern in provozierender Weise verwendet wurde, war demnach verzichtet worden. Im lippischen Elbrinxen dagegen war erst wenige Wochen zuvor von der Gemeindevertretung das Niederlegen von Kränzen mit Schleifen in den Farben der Republik verboten worden, „um Hass zu vermeiden“.⁸⁹

Ohne die Steine mit den Namenstafeln blieb das Kriegerdenkmal jedoch unvollendet. Da durch die Errichtung des ersten Teils Schulden von rund 2.500 Mark entstanden waren und Zinsen

⁸⁶ WZ vom 29. Juni 1926.

⁸⁷ VOLKSBLATT vom 28. Juni 1926.

⁸⁸ EBD.

⁸⁹ REICHSBANNER vom 15. Mai 1926.

fällig wurden, war an eine Fertigstellung nicht zu denken. Im August 1927 bat der Magistrat der Stadt deshalb den Arbeitergesangverein, sich an einem großen Konzert im Oktober zu beteiligen, um das Problem zu lösen. Dem Bürgermeister war es gelungen, zwei Künstlerinnen aus Hannover zu gewinnen, die ihre Gagen spenden wollten. Reuter bedankte sich für die Bereitschaft der Arbeitersänger, denn „diese Zusage sichert uns ein volles Haus“.⁹⁰

3.7 Das neue Kriegerdenkmal (Entwurf Heilig) 1928

Innerhalb des Denkmalsausschusses entwickelten sich nun Querelen, in deren Verlauf Bürgermeister Reuter seinen Rücktritt als Vorsitzender und sein Ausscheiden aus dem Gremium erklärte. Vorausgegangen war dem im Herbst 1927 eine Sitzung, auf welche der Kriegerverein gedrängt hatte. Im Verein hatte der Apotheker Dr. Carl Wachsmuth mittlerweile die Funktion des Vorsitzenden übernommen.⁹¹ Über das große Konzert und weitere Sammlungen waren etwa 10.000 Mark in die Kasse gekommen, die eigentlich für die Namenstafeln und eine weitere Gestaltung des Areals vorgesehen waren. Unvermittelt kam es jedoch zu einer neuen Problemsituation. Die errichtete sechs Meter hohe Steinsäule wurde von Seiten des Kriegervereins und mehrerer Ausschussmitglieder nunmehr als ungeeignet erachtet, da sie sich in direkter und damit als störend empfundener Nähe zum Kirchturm befindet. Der Ausschuss beschloss nun, die Säulenspitze mit dem Kreuz zu entfernen und zu ersetzen.⁹² Wachsmuth hatte sich vom lippischen Landeskonservator Karl Vollpracht⁹³ beraten lassen. Offensichtlich im Gegensatz zu Reuter, der weiterhin mit Gustav Messmann zusammenarbeiten wollte, entschied der Ausschuss nach Empfehlung Vollprachts, weitere Künstler um Entwürfe für eine Neugestaltung zu bitten. Dabei handelte es sich um den Architekt Wilhelm Heilig (Langen bei Darmstadt) sowie die Bildhauer Ernst Paul Hinkeldey (Herford) und Waterbeck (Detmold)⁹⁴.

Auslöser für den Rücktritt Reuters war ein nicht mehr erhaltener Artikel des *Oerlinghauser Anzeigers* vom 21. Dezember 1927. In einem Brief an Wachsmuth empörte sich der Bürgermeister darüber, dass sich der Kriegerverein dem Artikel nach bereits für den Entwurf Heiligs ausgesprochen habe:

„Ich stimme mit Ihrem Vorgehen nicht überein und kann auch den Heilig’schen Entwurf nicht als die glücklichste Lösung der uns überkommenden Aufgabe ansehen.“⁹⁵

⁹⁰ Bürgermeister Reuter an AGV Solidarität, 26. August 1927, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 7. Ein Konzertbericht findet sich in der LLZ vom 20. Oktober 1927.

⁹¹ WZ vom 27. September 1927.

⁹² Niederschrift der Ausschusssitzung, 13. Juni 1928, in: ARCHIV DER LIPPISCHEN LANDESKIRCHE, 04.15 Nr. 223. Darin wurde die Entwicklung der vorangegangenen Monate zusammengefasst wiedergegeben.

⁹³ Zu Vollpracht s. [https://lippelex.de/index.php?title=Vollpracht, Karl \(1876-1957\)](https://lippelex.de/index.php?title=Vollpracht,_Karl_(1876-1957)) (Aufruf: 24. Oktober 2024).

⁹⁴ Wahrscheinlich Bernhard Joseph Waterbeck, Bruder des bekannteren Hannoveraner Bildhauers August Waterbeck.

⁹⁵ Bürgermeister Reuter an Kriegerverein (Wachsmuth), 22. Dezember 1927, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 7.

Reuter kritisierte den seines Erachtens schlechten Umgang mit Messmann und betonte, dass die Absicht des Ausschusses stets eine andere gewesen wäre als „der jetzt von Ihnen [Wachsmuth, JH] in den Vordergrund gerückte Gedanke.“ Er wolle sich der Absicht aber nicht hindernd in den Weg stellen und trete zurück.⁹⁶ Nähere Ausführungen zu seinem Protest machte Reuter nicht, so dass unklar bleibt, ob er sich daran stieß, dass der Entwurf plötzlich ein komplett neues Erinnerungszeichen vorsah oder er Heiligs Interpretation insgesamt ablehnte.

Wachsmuth bedauerte den Rücktritt, betonte, dass noch weitere Entwürfe ausstünden und appellierte an Reuter, weiterhin im Ausschuss mitzuwirken.⁹⁷ Dieser blieb bei seiner Haltung. Gegenüber Messmann erklärte Reuter: „Mir ist der geplante Umbau des hiesigen Kriegerehrenmals genau so überraschend gekommen wie Ihnen.“ Er habe sich „bis zum Äußersten gegen die Ideen des Architekten Heilig und des Baurats Vollpracht gesträubt, aber leider nichts erreicht“. Er habe ebenso auf das Ungewöhnliche der Pläne hingewiesen und darauf, dass man ein eingeweihtes Ehrenmal nun wieder zerstöre.⁹⁸

Der Auftrag, das Kriegerdenkmal neu zu gestalten, wurde wie von Reuter vermutet für 7.500 Mark an Wilhelm Heilig vergeben. Heilig hatte zuvor bereits einige solcher Projekte realisiert, unter anderem ein Regimentsdenkmal in Gleiwitz (1924), einige Erinnerungszeichen im Herzogtum Lauenburg sowie im nahen Schildesche (1924) und in Jöllenberg (1927).⁹⁹ Sein Entwurf für Oerlinghausen ließ sich in den Archiven nicht finden. Auf zeitgenössischen Fotografien sind nur Teile der später realisierten Anlage mit der Figur des Soldaten zu sehen. Eine Beschreibung der *Westfälischen Zeitung* vom Februar 1928 vermittelte den Lesern einen Eindruck des Vorhabens. Demnach sollte nach Demontage der bisherigen Säule an gleicher Stelle zur Talseite hin ein Sockel von 1,50 Meter Höhe installiert werden. In diesen sollten wiederum ein Kreuz und die Worte „Treue um Treue“ in Gold eingraviert werden. Außerdem beabsichtigte Heilig, die vorgesehenen Namenstafeln mit dem Spruch „Niemand hat größere Liebe“ zu umrahmen. Gänzlich neu war der Vorschlag, als Abschluss auf dem Sockel einen gleichschenkeligen Granitblock zu installieren, an dessen Spitze ein lorbeerumranktes Kreuz eingraviert würde. Auf der gegenüberliegenden Seite plante Heilig die Skulptur eines „2,16 Meter hohen Feldgrauen“ aufzustellen.¹⁰⁰ Auch dieser Entwurf sollte noch abgewandelt werden.

Zwischenzeitlich war der Denkmalsausschuss am 15. Januar 1928 erneut zusammengetreten. Unter den 25 erschienenen Männern befand sich neben verschiedenen Vereinsvertretern auch Siegfried Bornheim als Vorsitzender des Schutzverbandes für Handel und Gewerbe. Von diesem Verband erhofften sich die Beteiligten große Werbetätigkeit und damit erneute Spenden

⁹⁶ EBD.

⁹⁷ Wachsmuth an Reuter, 28. Dezember 1927, EBD.

⁹⁸ Reuter an Messmann, 28. Dezember 1927, EBD.

⁹⁹ WILHELM HABELER, Wilhelm Heiligs Werke im Kreise Herzogtum Lauenburg, in: LAUENBURGISCHE HEIMAT. ZEITSCHRIFT DES HEIMATBUNDES UND GESCHICHTSVEREINS HERZOGTUM LAUENBURG, 2/1927, 57-67, hier 57-62. Dabei handelte es sich um Denkmäler in Lauenburg, Ratzeburg und St. Georgsberg. Zum Denkmal in Schildesche s. BIELEFELDER ABEND-ZEITUNG (BAZ) vom 12. Juli 1924 und VOLKSWACHT vom 2. August 1924, zu jenem in Jöllenberg s. WZ vom 3. Dezember 1927.

¹⁰⁰ WZ vom 29. Februar 1928. Der steinerne „Feldgrau“ mit Schild befindet sich heute an der Rückseite des Kirchturms.

aus der Bevölkerung.¹⁰¹ Der Verband erklärte sich zudem bereit, die Abbruchkosten für die Messmannsche Säule zu übernehmen. Im Februar beschloss der Ausschuss, auf der vorgesehenen Tafel die Namen sämtlicher Gefallener aus dem Gebiet der Kirchengemeinde Oerlinghausen mit den Orten Asemissen, Greste, Bechterdissen, Oetenhausen und Lipperreihe aufzuführen. Dieses sollte unabhängig von der Konfession geschehen.¹⁰² Eine vom Ausschuss erstellte Namensliste wurde in den Geschäften und Wirtschaften ausgelegt, um Änderungen und Korrekturen vornehmen zu können. Ausgelegt wurde ebenfalls ein erneuter Spendenaufruf: „Es wird Zeit, dass unser Denkmal fertiggestellt wird.“¹⁰³ Offenbar wurden in der Folgezeit einige Nachbesserungen an der Namensliste vorgenommen. In einem erhaltenen Exemplar ohne Datum finden sich 193 Namen, darunter 93 aus Oerlinghausen. Auch die jüdischen Gefallenen Meyer und Kulemeyer sind darin eingetragen.¹⁰⁴ In späteren Gedenkreden war dann von 188 Gefallenen die Rede.

Ende Mai 1928 begannen die Umgestaltungsarbeiten. Teile des bisherigen Denkmals wurden abgebrochen. Die Spitze der ungeliebten Säule schaffte man auf den evangelischen Friedhof. Sie diente dort mit einer neuen Inschrift als Erinnerungsmal für die in den beiden Oerlinghauser Lazaretten verstorbenen und auf einem kleinen Gräberfeld bestatteten Soldaten des K.I.R. 145.¹⁰⁵

Etwa zwei Jahre nach Einweihung des ersten war das neue Erinnerungszeichen an der Kirche einschließlich der lang ersehnten Namenstafel fertiggestellt. Es sollte in einer „schlichten Feier“ am 24. Juni 1928 eingeweiht werden. Im Ausschuss hatte man sich darauf verständigt, von einer erneuten großen Veranstaltung unbedingt Abstand zu nehmen.¹⁰⁶ Zuvor, am 18. Juni, stellte Wilhelm Heilig in einem Vortrag im Rathaus sein Kriegerdenkmal vor. Die *Lippische Landeszeitung* berichtete davon ausführlich. Deutlich wird, dass der vier Monate zuvor in der *Westfälischen Zeitung* vorgestellte Ursprungsentwurf noch erhebliche Änderungen erfahren hatte:

„Der Hauptteil des Denkmals ist die Plastik, einen Feldgrauen in Überlebensgröße darstellend. Das Material ist Anröchter grüner Dolomit.“¹⁰⁷

Es handelte sich dabei um die Figur eines Kriegers mit Stahlhelm, der nach Heilig „mit ernstem Gesicht, ruhigen Linien, den Schild vor sich zur Abwehr [hält]“. Unterhalb der Skulptur befand

¹⁰¹ Einladung zur Ausschusssitzung am 15. Januar 1928, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 7.

¹⁰² WZ vom 2. Februar und VOLKSBLATT vom 20. Februar 1928.

¹⁰³ Aufruf, undatiert, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 7.

¹⁰⁴ Liste der im Krieg 1914-1918 gefallenen Soldaten in Oerlinghausen beheimatet, undatiert, in: ARCHIV DER LIPPISCHEN LANDESKIRCHE, 04.15 Nr. 19. Die dort genannten Zahlen: Oerlinghausen (93), Asemissen (16), Bechterdissen (9), Greste-Dahlhausen (13), Lipperreihe (25) und Oetenhausen (17). Als Summe der Gefallenen ist 190 eingetragen, die Addition ergibt jedoch 193 Namen. Mitunter war auch von 188 Opfern die Rede. Es kam später noch zu Korrekturen. Die jüdischen Gefallenen Ernst Joachim Meyer und Albert Kulemeyer sind als Ernst Meier und August Kulemeyer verzeichnet. Hinter Kulemeyer ist mit Bleistift „(Jude)“ vermerkt. Vgl. auch die Aufstellung in DIEKMANN 1936, 163 f. Dort sind für Oerlinghausen 92 Namen aufgeführt. Mit dem Denkmal auf dem Friedhof in Lipperreihe wurde 24 Opfern gedacht.

¹⁰⁵ WZ vom 13. Juni 1928.

¹⁰⁶ Vermerk aus der Sitzung des Ausschusses für das Ehrenmal, 21. Juni 1928, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 7.

¹⁰⁷ LLZ vom 24. Juni 1928.

sich die Namenstafel, rund drei Meter hoch und 1,74 Meter breit. Die allgemeine Inschrift, die „ungeschminkte Wahrheit“ (Heilig), lautete:

„Im Kampfe für Heim und Herd fielen 188 der Unsrigen.
Vergiß, Enkel, diese Männer nie, gedenke ihrer,
der Frauen, Greise und Kinder, der Jahre großer Not.“



*Abb. 11: Das neue Kriegerdenkmal mit dem „Feldgrauen“ vor Horizont, 1930
(aus: Deutscher Städteverlag, Die lippische Bergstadt Oerlinghausen, Hannover 1930, 5)*

Dieser Spruch sollte „den Enkeln verkünden, dass es Menschen gab, die ihr höchstes Gut, ihr Leben, für eine Idee gegeben haben“. Schließlich ging Wilhelm Heilig in seinem Vortrag auch auf die Intention seines Kriegerdenkmals ein. Möglicherweise waren es ebenjene „in den Vordergrund gerückte Gedanken“, an denen der Oerlinghauser Bürgermeister Anstoß genommen hatte:

„Der Krieger mit dem Schild, der von Pfeilen der angreifenden Feinde durchbohrt ist, verkörpert das Sinnbild unseres Abwehrkampfes gegen eine Welt von Feinden. Ein späterer Geschichtsforscher wird an einem solch' bildhaften Werk immer erkennen [...], dass wir nicht Angreifer, sondern Verteidiger waren. [...] Ich bin in allen meinen Arbeiten immer dieser Kriegsschuld entgegengetreten und habe in meinen Werken der Nachwelt zu sagen versucht: ‚Die Alleinkriegsschuld Deutschlands ist eine Lüge!‘“

Die sogenannte Kriegsschuldfrage wurde insbesondere von Deutschnationalen und Nationalsozialisten dazu genutzt, Demokraten als „Vaterlandsverräter“ zu verunglimpfen und die

Weimarer Republik in Frage zu stellen.¹⁰⁸ Mit dem Appell, „ungebrochen der wahren deutschen Freiheit“ zuzustreben, beschloss Heilig seinen Vortrag. Unzweifelhaft spielte der Architekt damit auf die „Ketten“ des Versailler Vertrags an, die es zu brechen galt.¹⁰⁹ Es handelte sich bei seinem Erinnerungszeichen also eher um ein nationalistisches Trotz- als ein Trostmahl.

Am 24. Juni 1928 legten in einer kleinen Feierstunde nur Vertreter der Kirchengemeinde, der Stadt, des Kriegervereins und der Gesang- und Turnvereine ihre Kränze am neuen Kriegerdenkmal nieder.¹¹⁰ Das sozialdemokratische *Volksblatt* hatte die Anlage nach der Abnahme durch den Landeskonservator Karl Vollpracht anfangs als „stimmungsvoll“ gelobt.¹¹¹

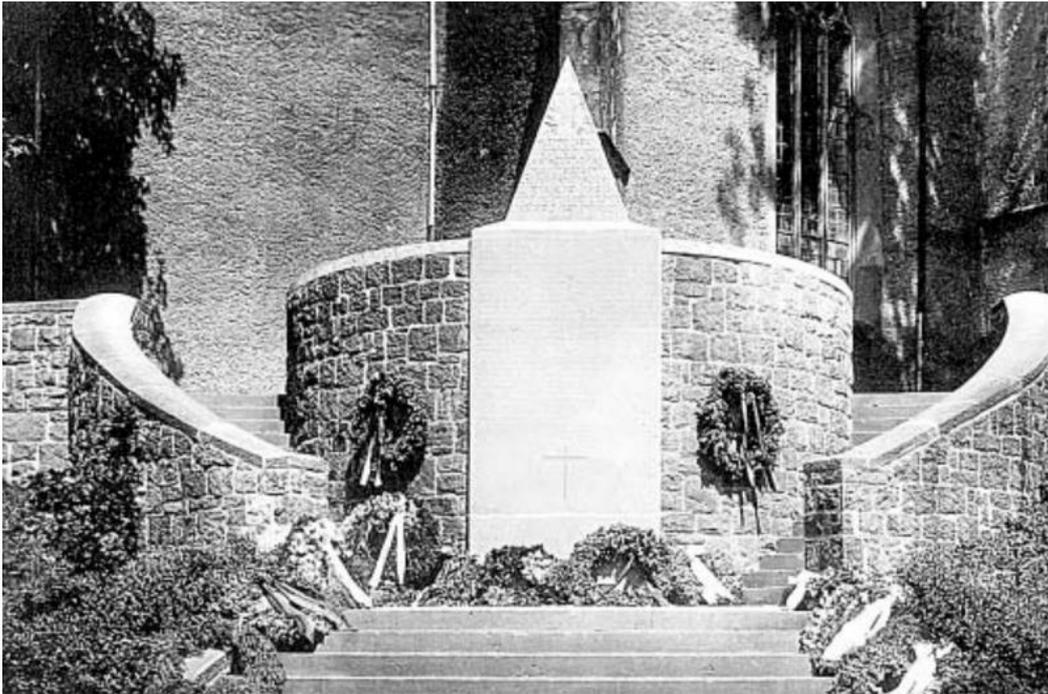


Abb. 12: Die große Namenstafel auf einer Ansichtskarte, ca. 1950er Jahre
(Sammlung Jürgen Hartmann)

Wenige Tage nach der offiziellen Übergabe berichtete diese Zeitung allerdings über kritische Stimmen, die nicht nur die hohen Kosten, sondern vor allem das Erscheinungsbild bemängelten:

„Abgesehen von der großen, schönen Tafel, worauf sämtliche Gefallenen aus der Kirchengemeinde verzeichnet sind, ist nicht einzusehen, inwieweit die neugeschaffene Figur besonders wirken soll. Es scheint, als wenn mit einigen tausend Mark, die doch auch mit aus der Arbeiterschaft aufgebracht worden

¹⁰⁸ S. dazu <https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegsschuldfrage> (Aufruf: 10. Oktober 2024). Im Zentrum stand der Art. 231 des Versailler Vertrages, der besagte: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

¹⁰⁹ S. DE LIBERO 2014, 201 f.

¹¹⁰ WZ vom 27. Juni 1928.

¹¹¹ VOLKSBLATT vom 20. Juni 1928.

sind, leichtgläubig verfügt worden ist. [...] Wohl selten ist an einem Denkmal so herumgebessert worden, und ebenso selten wird ein Denkmal in diesem Ausmaße so teuer zu stehen gekommen sein, wie es hier der Fall ist.“¹¹²

Das neue Kriegerdenkmal sorgte schon drei Jahre später erneut für Ärger. Der Dolomitstein, in welchen die Namen der Gefallenen eingemeißelt worden waren, war offenbar fälschlicherweise mit Salzsäure in hoher Konzentration behandelt worden. Die Namensinschriften bröckelten aus. Die Tafel musste deshalb ersetzt werden.¹¹³

4 Das Erinnerungszeichen für die Gefallenen des Königs-Infanterie-Regiments Nr. 145 (6. Lothringisches) auf dem Tönsberg 1930¹¹⁴

4.1 Der Regiments-Verband und die Konfliktlinien

Während der Jahre 1915 bis 1918 war Oerlinghausen Garnison des Ersatzbataillons des K.I.R. 145 gewesen.¹¹⁵ Um 1922 herum entstand bei dessen Angehörigen der Wunsch nach einem Denkmal für das Regiment und seine rund 3.500 Gefallenen. Nach der mit der militärischen Niederlage erfolgten Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich kam der ehemalige Garnisonsstandort Metz für ein solches Regimentsdenkmal nicht in Betracht. Konkreter wurden diese Überlegungen durch das 1923 – zur Zeit der Ruhrbesetzung – erschienene zweibändige Werk zur Regimentsgeschichte des Majors a. D. Friedrich Wilhelm Julius Isenburg.¹¹⁶ Aus Kostengründen war es zwei Jahre später als beabsichtigt erschienen. Geführt wurden die Diskussionen um das Regimentsdenkmal im Verband der Regimentsvereine des K.I.R. 145, der auch Herausgeber der Chronik Isenburgs war. Er bestand seit August 1905, der Sitz befand sich seit 1923 in Barmen. Sein Erster Vorsitzender war Ferdinand Frellöhr. Neun Regimentsvereine in Barmen, Berlin, Dortmund, Elberfeld, Essen, Heiligenhaus, Mülheim, Remscheid und Velbert sowie ein Verein der Offiziere (Berlin) mit insgesamt rund 630 Mitgliedern (Stand: 1923) waren darunter zusammengefasst.¹¹⁷ Es kamen im Laufe der folgenden Jahre weitere Vereinsgruppen – auch

¹¹² VOLKSBLATT vom 30. Juni 1928.

¹¹³ LLZ vom 3. September 1931.

¹¹⁴ Für die freundliche Bereitstellung des umfangreichen Materials, unter anderem der Zeitschriften des Regimentsverbandes, und viele wichtige Hinweise danke ich J. D. aus Frankfurt.

¹¹⁵ Zur Garnison Oerlinghausen s. HARTMANN 2024, 52-61. Zur Geschichte des Regiments s. auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Königs-Infanterie-Regiment_\(6._Lothringisches\)_Nr._145](https://de.wikipedia.org/wiki/Königs-Infanterie-Regiment_(6._Lothringisches)_Nr._145) (Aufruf: 20. Oktober 2024), sowie https://wiki.genealogy.net/IR_145 (Aufruf: 20. Oktober 2024).

¹¹⁶ [FRIEDRICH WILHELM] ISENBURG, Das Königs-Infanterie-Regiment (6. Lothring.) Nr. 145 im Großen Kriege 1914-1918, Bd. I: Von der Mobilmachung bis zum Abtransport zur Cambraischlacht (21. November 1917), Berlin 1923; Bd. II: Vom Eintreffen im Gebiet der 2. Armee (22. November 1917) bis zur Demobilmachung und Auflösung, Berlin 1923. Der Verfasser widmete das Werk Wilhelm II. „in tiefer Ehrfurcht und unwandelbarer Treue“. Zu Isenburg s. https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Wilhelm_Isenburg (Aufruf: 12. Januar 2024). Auf Basis dieser Chronik, ergänzt um einige Erinnerungen und weitere Fotografien, entstanden in Folge zu verschiedenen Anlässen immer wieder Broschüren, so 1926 mit dem Titel „Zum 1. Regimentstag in Essen am 15., 16. und 17. Mai 1926 in Essen“ und 1933 als „Festschrift zum Regiments-Appell mit Fahnenweihe des Gelsenkirchener Vereins am 17. und 18. Juni 1933“.

¹¹⁷ ISENBURG II 1923, 232 ff.

eine in Oerlinghausen – hinzu, so dass der Verband zu seiner Blütezeit Ende der 1920er Jahre etwa 1.500 Mitglieder aufwies.¹¹⁸

Gegen Mitte 1926 wurde ein Denkmalsausschuss gebildet, der sich intensiv mit der Frage befasste und dem Verband der Regimentsvereine Vorschläge unterbreiten sollte. Sein Wirken, insbesondere in den Jahren 1927 bis 1930, war von heftigen Konflikten und immer wieder in Frage gestellten Beschlüssen geprägt. Der Realisierung des „Ehrenmals“ auf dem Oerlinghauser Tönsberg gingen nicht untypische Diskussionen voraus, die beinahe zu einer Spaltung des Verbandes durch den Austritt einzelner Vereine geführt hätten. Die strittigen Punkte lagen in drei Bereichen: der Wahl des Standortes, der Auswahl des Entwurfes und zu einem geringeren Teil in der Finanzierung des Projekts. Sichtbar werden die divergierenden Interessen der einzelnen Regimentsvereine wie auch das Ansinnen der Stadt Oerlinghausen, möglichst einen eigenen Künstler durchzusetzen und den Tourismus zu beleben. Über die Grundsteinlegung im August 1929 hinaus blieb vor allem die Entwurfsfrage ein Konfliktthema, welches keine Befriedung fand und letztlich erst kurz vor der Einweihung im August 1930 nach zahlreichen Nachbesserungen und Kompromissen beigelegt werden konnte.

Die Kontroversen offenbarten unterschiedliche Vorstellungen vor allem verschiedener Gruppierungen des Regiments. Der mitgliederstarke Offiziers-Verein mit Sitz in Berlin unternahm mit seinem Vorsitzenden Generalmajor a. D. Willy von Livonius mehrere Anläufe, die Entscheidungs- wie Deutungshoheit an sich zu ziehen. Von Livonius war von 1912 bis 1914 Kommandeur des II. Bataillons des K.I.R. 145 gewesen, während des Krieges aber als Kommandeur anderer Regimenter im Einsatz, bevor er nach dem Krieg vom 31. Januar bis 15. April 1919 die Führung des sich in Abwicklung befindlichen K.I.R. 145 übernahm.¹¹⁹ Von Livonius verstand sich wie viele Kameraden im Offiziers-Verein als „Hüter der Traditionen“ und stand in unverbrüchlicher Treue zum ehemaligen Kaiser als Befehlshaber des Regiments. In diesem Selbstverständnis hatte er keine Hemmungen, an Gremien vorbei zu arbeiten, gefasste Beschlüsse zu unterlaufen und eigenmächtig zu handeln. In den Auseinandersetzungen stand ihm zumeist der Regiments-Verein in Berlin zur Seite.

Ein weiterer Graben verlief – wie von Zeit zu Zeit in einigen Diskussionen deutlich wurde – zwischen Offizieren und Frontsoldaten auf der einen und „frontunerfahrenen“ Angehörigen des Ersatzbataillons auf der anderen Seite. Vertreter des Ersatzbataillons fanden sich offenbar nur wenige in den Reihen des Verbandes.¹²⁰ Beim Regiments-Verband, der letztlich mehr als zwei Dutzend Vereine in verschiedenen Städten vertrat, handelte es sich also bei weitem nicht um ein einheitliches Gebilde. Abgesehen von diesen Konfliktlinien waren viele ehemalige

¹¹⁸ 1929/30 waren es 25 Vereine in Barmen (100 Mitglieder), Berlin (155), Bottrop (21), Buer (?), Dortmund (40), Duisburg (54), Düsseldorf (51), Elberfeld (75), Essen (98), Halberstadt (?), Hannover (16), Hamborn (17), Heilingenhaus (35), Köln (52), Linden/Ruhr (20), Merzig (?), Methler (?), Mülheim/Ruhr (85), Oerlinghausen (16), Opladen (18), Remscheid (80), Solingen (?), Steele (?), Velbert (28), Witten (35) sowie der Offiziers-Verein in Berlin (215).

¹¹⁹ Zu von Livonius s. https://de.wikipedia.org/wiki/Willy_von_Livonius (Aufruf: 8. August 2024).

¹²⁰ Darauf weist eine Notiz im Verbandsorgan DER KÖNIGS-INFANTERIST, REGIMENTSZEITUNG FÜR DIE KAMERADEN DES KÖNIGS-INFANTERIE-REGIMENTS NR. 145 (DER KÖNIGS-INFANTERIST) vom 1. Juni 1928 hin. Ein ehemaliger Angehöriger aus Radevormwald bat, diese Einheit in der Zeitung mehr zu berücksichtigen; es befänden sich nur wenige Kameraden in den Mitgliederlisten.

Soldaten aus verschiedener Motivlage auch keinem Regiments-Verein beigetreten und hatten damit in den Diskussionen keine Stimme. Nicht wenige lebten in wirtschaftlich schwachen Verhältnissen und vermochten den Mitgliedsbeitrag nicht aufzubringen, andere lehnten nach den Erfahrungen des Krieges den „nationalistischen Rummel“ ab oder sahen sich als überzeugte Republikaner, die mit Monarchisten und Republikgegnern wie von Livonius nichts zu tun haben wollten. Nicht per se waren die Mitglieder eines Regiments-Vereins sich einig in der Ablehnung der Weimarer Republik. Vor allem die Vereins-Gruppe Remscheid scheint sich zum Verdruss des Offiziers-Vereins wiederholt antimonarchistisch positioniert zu haben. Dennoch war sich der Großteil der Vereine und Mitglieder weitgehend einig in der Ablehnung der politischen Verhältnisse und der Intentionen des Völkerbundes und auch einig in der Hoffnung, eines Tages böte sich die Gelegenheit zur Revanche für den „schmachvollen Frieden“. Diese Haltung spiegelte sich unverkennbar im Grundtenor des Verbandsorgans.

Den Plan eines eigenen Organs hatte es bereits seit längerer Zeit gegeben. Im Mai 1926 erschien schließlich die erste Nummer von *Der Königs-Infanterist*, der *Regimentszeitung für die Kameraden des Königs-Infanterie-Regiments Nr. 145*, wie der Untertitel besagte. Redaktionell verantwortlich war der Regiments-Chronist Isenburg. Jährlich erschienen etwa vier Ausgaben. Im Wesentlichen fanden sich Vereinsnachrichten oder Protokolle von Verbandssitzungen im Blatt, dazu Erinnerungsberichte an die „ruhmreichen Taten“, vereinzelt auch Hinweise auf Jahrestage von Schlachten oder Suchmeldungen von Kameraden. Diese Zeitung bildete auch einen großen Teil der mit dem Erinnerungszeichen auf dem Tönsberg geführten Diskussionen ab.



Abb. 13: Kopf der Regimentszeitung des K.I.R. 145
(Sammlung J. D., Frankfurt)

Isenburg gehörte zu den erklärten Gegnern der Republik. Sein „Geist“ war bereits in eklatanter Weise im Schlusswort seiner Chronik zutage getreten:

„Man [...] erkennt die elenden Verführer, jene ‚Volksbeauftragten‘, die von niemandem, am allerwenigsten vom Volke, das diesen Ehrennamen verdient, beauftragt waren, sondern die vielmehr mit einer Handvoll Gesindel damals

die Gewalt an sich rissen. Seit fünf Jahren erträgt das geduldige deutsche Volk diese ‚Regierer‘, deren bombastische Versprechungen eitel Seifenblasen waren und deren windige Kartenhäuser gerade in diesen letzten Tagen des zehnten [sic!] Kriegsjahres in sich zusammenfallen. Lange genug hat es gedauert, ehe der dumme deutsche Michel das erkannt hat. Wir freuen uns daher, dass diese Erkenntnis da ist. Und so wollen wir hoffen, dass die Zeit nicht mehr fern ist, wo der letzte Deutsche all das Geschmeiß zum Teufel jagt, das innerhalb der Grenzen Deutschlands jeder Gesundheit im Wege steht.“¹²¹

Auch in Hinblick auf den „äußeren Feind“ und dessen Besetzung des Ruhrgebietes 1923 hoffte Isenburg auf „Gesundung“:

„Seht hin nach Rhein und Ruhr. Dort steht Deutschlands grimmigster und unversöhnlicher Feind. Ehe wir dieses Pack, diese Teufel in Menschengestalt nicht aus dem Lande gejagt haben, ehe gibt es für unser gequältes Vaterland keine Auferstehung.“¹²²

4.2 Die Standortfrage

Über die ersten Überlegungen um ein Regimentsdenkmal berichtete das Verbandsorgan in seiner zweiten Ausgabe im Juli 1926. Tatsächlich hatten Gedanken um den geeigneten Standort für das Regimentsdenkmal erst im Frühjahr im Zusammenhang mit den Plänen für eine Gedenkstätte der heimatlos gewordenen Regimenter der westlichen Grenzkorps in Lauterberg im Harz eingesetzt. Damals stand eine Beteiligung zur Debatte, gegen die sich aber der einflussreiche Offiziers-Verein im Verband aussprach. Zugleich wurde von dieser Seite die „offensichtliche Interessenlosigkeit von Mitgliedern des Vereins“ an der Denkmalsfrage in drastischen Worten beklagt.¹²³ Um das Projekt voranzutreiben, wurde am 16. Mai in einer Verbandsversammlung ein Denkmalsausschuss unter dem Vorsitzenden der Vereinsgruppe Barmen, Albert Helbig, gewählt.

Wie und wann genau Oerlinghausen als Standort ins Gespräch gekommen ist, lässt sich nicht eindeutig nachvollziehen. Ob der Denkmalsausschuss an den Bürgermeister herantrat oder es umgekehrt der Fall war, geht aus den Berichten der Verbandszeitung und den Akten nicht hervor. Möglicherweise ging der Impuls vom Regimentsverein Oerlinghausen oder von ehemaligen Angehörigen des Ersatzbataillons, vielleicht sogar vom letzten Kommandeur, Hauptmann a. D. von Wintzingerode, aus. Im Februar 1927 berichtete eine Duisburger Zeitung, dass sich bei der kommenden Verbandstagung entscheiden würde, ob das „Denkzeichen“ in Lauterberg oder Oerlinghausen errichtet werde.¹²⁴

¹²¹ ISENBURG II 1923, 195.

¹²² EBD.

¹²³ So in einem Artikel über die Versammlung des Offiziers-Vereins vom 15. Mai 1926 in Essen. Vgl. DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 1. Juli 1926.

¹²⁴ RHEIN-RUHR-ZEITUNG vom 5. Februar 1927.

Am 19. und 20. März 1927 besuchte der Denkmalsausschuss, darunter Walther Freiherr von Wintzingerode, den Ort, um sich einen Eindruck zu verschaffen. Bürgermeister Reuter und weitere Vertreter der Stadt wie auch verschiedener Vereine, darunter der Kriegerverein, „umgarnen“ die 14 Mitglieder des Gremiums mit einer aufwändigen Begrüßung am Bahnhof, gutem Essen und zahlreichen Aufmerksamkeiten.¹²⁵ Die Stadt unterbreitete außerdem ein großzügiges Angebot. Sie zeigte sich bereit, einen „sehr günstigen Platz“ auf dem Höhenzug des Tönsbergs kostenfrei zur Verfügung zu stellen.¹²⁶ Der *Oerlinghauser Anzeiger* war sich in seiner Ausgabe vom 21. März bereits sicher: „Das Denkmal der 145er kommt nach Oerlinghausen.“¹²⁷



Abb. 14: Der Denkmalsausschuss und die städtische Delegation, Oerlinghausen, 20. März 1927
 Darunter: Dr. Wachsmuth (1), von Wintzingerode (3),
 Bürgermeister Reuter (4), Frellöhr (5), Helbig (6).
 (Kreisarchiv Lippe, K 7 Oerlinghausen Bildarchiv Nr. 189)

Der Oerlinghauser Tönsberg war schon Ende des 19. Jahrhunderts als Standort für zwei Erinnerungszeichen im Gespräch. Der Kriegerverein Oerlinghausen beabsichtigte 1896 unter Beteiligung benachbarter Vereine ein „zu diesem herrlichen Platze unseres Landes passendes weithin sichtbares“ Kriegerdenkmal zu schaffen.¹²⁸ Im Frühjahr 1897 wurden Stimmen laut, welche die Errichtung eines Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Tönsberg anregten, nachdem zuvor

¹²⁵ Dazu Bericht „Denkmalstagung in Oerlinghausen“ in DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 1. August 1927.

¹²⁶ S. DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 1. Mai 1927.

¹²⁷ Der OERLINGHAUSER ANZEIGER erschien seit 1926 als so genanntes Kopfblatt der LIPPISCHEN NACHRICHTEN (Schötmar). Lokalredakteur war zuletzt (seit etwa 1929/30) Hermann Jahnke, welcher sich im November 1931 der NSDAP anschloss, zeitweise Ortsgruppenleiter in Oerlinghausen war und im Mai 1933 in die Pressestelle der nationalsozialistischen Landesregierung in Detmold wechselte. 1933/34 war er außerdem Verlagsleiter des NS-Organs Lippische Staatszeitung. In der Lippischen Landesbibliothek ist der Jahrgang 1931 des Oerlinghauser Anzeigers erhalten.

¹²⁸ LP vom 2. Oktober 1896.

Detmold in der Diskussion stand.¹²⁹ Der Tönsberg war ein mythisch befrachteter Ort. So hatte August Deppes 1884 erschienenes Werk „Die Teutoburg“ meinungsmutig die Varusschlacht am Tönsberg und in der nahen Senne lokalisiert.¹³⁰ Außerdem regten Überreste einer Wallburg aus der Jüngerer Eisenzeit (um 500 v. Chr.), eine alte Wasserquelle und die Ruine einer frühmittelalterlichen Kapelle die Phantasie vieler Forscher und Laienforscher wie auch Dichter an. Es rankten sich viele Legenden um die 333 Meter hohe Erhebung.¹³¹

Tatsächlich stellte der Denkmalsausschuss kurz nach seinem Besuch in Oerlinghausen die Weichen für den Standort Tönsberg, war aber noch abhängig von der Bestätigung durch die Verbandsversammlung im April. Das sozialdemokratische *Volksblatt* begrüßte diese Empfehlung, verlieh aber auch skeptischen Stimmen Ausdruck: „Man weiß, wie Denkmalseinweihungen in der Regel vor sich gehen.“ Die örtliche SPD hatte trotzdem ihre Zustimmung zum Bau, gerade auch in Hinblick auf den Fremdenverkehr, gegeben: „Wir glauben nicht, dass man Oerlinghausen dazu zu benutzen wagt, nationalistischen Aufzügen Vorschub zu leisten.“¹³²

Die Verbandsversammlung erklärte sich am 24. April 1927 in Bottrop per Beschluss mit dem Standort Oerlinghausen einverstanden.¹³³ Nicht alle Mitglieder zeigten sich darüber erfreut. Max Bender vom Regimentsverein Köln kritisierte die Entscheidung in einem ausführlicheren Beitrag („Unser Denkmal“) im Regimentsorgan. Darin deutete er Vorbehalte gerade „älterer Kameraden“ gegen Oerlinghausen an und brachte als Alternative den Standort der Traditionskompanie ins Spiel. Dabei handelte es sich um Halberstadt mit der 13. Minenwerfer-Kompanie des I.R. 12 der Reichswehr.¹³⁴ Benders Missbilligung stand am Beginn einer Reihe immer wieder auftauchender kritischer Beiträge im *Königs-Infanterist*, deren Inhalte bei Erscheinen nicht selten durch Gremienbeschlüsse schon Erledigung gefunden hatten. Die wenig geschickte Redaktion des Blattes führte dazu, dass für viele Mitglieder der tatsächliche Sachstand in der Denkmalsangelegenheit kaum mehr klar zutage trat. Isenburg als Redaktionsverantwortlicher gab im Geschehen keine glückliche Figur ab. Mitunter vermittelten seine einleitenden Worte zu verspätet eingereichten und längst obsoleten Themen, die er dennoch in die Ausgabe aufnahm, den Eindruck, als Mitglied des mächtigen Offiziers-Vereins vorwiegend dessen Interessen zu folgen.¹³⁵

Die Stadt war bemüht, weiterer Kritik am Standort mit großzügigen Gesten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Oktober berichtete der *Königs-Infanterist* über die Bereitschaft Oerling-

¹²⁹ LLZ vom 31. März und LP vom 6. April 1897. Zum 100. Geburtstag von Kaiser Wilhelm I. im März 1897 war bereits ein Stein in Meinberg eingeweiht worden.

¹³⁰ AUGUST DEPPE, Die Teutoburg, Heidelberg 1884. Ein Th. (Theodor) Deppe, möglicherweise verwandt, stellte ebenfalls die These auf, dass sich das Sommerlager des Varus im Jahre 9 v. Chr. auf dem Tönsberg befunden habe. S. WZ vom 3. Februar 1899.

¹³¹ Zum Tönsberg und den dortigen Grabungsbefunden s. DANIEL BÉRENGER/ELKE TREUDE, Die Wallburg auf dem Tönsberg bei Oerlinghausen, Kreis Lippe, in: ALTERTUMSKOMMISSION FÜR WESTFALEN (Münster), Frühe Burgen in Westfalen, 27/2007; ANDREAS RAHNS, Der Tönsberg bei Oerlinghausen. Lippische Kulturlandschaften, H. 7/2007.

¹³² VOLKSBLATT vom 5. April 1927.

¹³³ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 1. Mai 1927.

¹³⁴ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 1. August 1927.

¹³⁵ Seine parteiische Schriftleitung wurde erheblich kritisiert, so dass er diese 1927/28 kurzzeitig niederlegte. S. dazu DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 1. Juni 1928.

hausens, „in jedem Jahre erholungsbedürftige ehemalige Königs-Infanteristen für mehrere Wochen aufzunehmen.“¹³⁶ Bürgermeister Reuter versprach während einer Versammlung in Duisburg sogar noch 5.000 Reichsmark der Stadt für das Denkmal.¹³⁷ Einwände gegen den Standort Oerlinghausen waren damit vom Tisch – vorerst.

4.3 Die Finanzierungsfrage

Nahezu sämtliche Verbandsvertreter waren sich einig, dass ein kleines Denkmal auf dem Berg „nicht denkbar“ sei, da es in sichtbarer Konkurrenz zum großen Hermannsdenkmal nicht „lächerlich“ wirken dürfe.¹³⁸ Zu jener Zeit war der Tönsberg noch weitgehend frei von Baumbewuchs. Mitte 1927 befasste sich der Denkmalsausschuss mit einer Schätzung der Kosten für ein solches „angemessenes“ Erinnerungszeichen. Ausgehend von notwendigen rund 30.000 Reichsmark appellierte der Ausschussvorsitzende Helbig in der Regimentszeitung mit drastischen Worten an die Spendenbereitschaft:

„Wenn es schon beschämend ist, dass wir, nachdem fast alle Regimenter ein Denkmal errichtet haben, so spät kommen, so ist es Ehrensache, dass die Vereine sowie alle Königsinfanteristen sich aufrufen für die Beschaffung des Geldes zu sorgen.“¹³⁹

Der Ausschuss richtete an die Mitgliedschaft daraufhin den Appell, pro Kopf 10 Reichsmark zu spenden. Diese Kopfpauschale zog mürrische Einwände nach sich. Der bereits genannte Max Bender erinnerte daran, dass in einzelnen Vereinen der Anteil der Erwerbslosen bei 20 bis 30 Prozent liege und man auf diese Weise auf nur etwa 11.000 Reichsmark komme, was für ein „eindrucksvolles“ und „imposantes“ Denkmal – „keine kitschige Schablone“ – zu wenig sei. Er plädierte dafür, bei den vielen ehemaligen Kameraden zu werben, die „durch politische Verhetzung jeglichen kameradschaftlichen Geist vermissen lassen“ und nicht Mitglied seien.¹⁴⁰

Die Mitteleinwerbung in den eigenen Reihen verlief schleppend. Im Regimentsorgan wurden regelmäßig die ausstehenden Beträge, die Kopfpauschalen, für die Vereinsgruppen aufgelistet und angemahnt. Einige Vereine steuerten Einnahmen aus Veranstaltungen und Spendensammlungen bei. Bis Juni 1929 waren allerdings erst 17.300 Reichsmark aufgebracht. Selbst der lautstark agierende Offiziers-Verein hatte nicht mehr als die Kopfpauschale seiner rund 200 Mitglieder aufgebracht. 5.000 Reichsmark stammten außerdem von der Stadt Oerlinghausen. In Anzeigen warb der Verband in jeder Ausgabe seines Organs: „Kameraden! Spendet für Euer Denkmal!“¹⁴¹ Im Februar 1930 lag man bei 20.100 Reichsmark und erreichte wenig später die von Stadtbaurat Theodor Streich aus Bielefeld, selbst Angehöriger des K.I.R. 145, neu kalkulier-

¹³⁶ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Oktober 1927.

¹³⁷ EBD.

¹³⁸ EBD.

¹³⁹ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 1. August 1927.

¹⁴⁰ EBD.

¹⁴¹ S. beispielsweise DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 1. Juni 1928.

ten 21.000 Reichsmark.¹⁴² Selbst nach Einweihung Ende August 1930 waren noch Außenstände von Regimentsvereinen zu verzeichnen. Darum konnte das „Ehrenmal“ in einem Detail nie vollendet werden. Erst 1934 wurde die Schuldenlast getilgt.

4.4 Der Streit um die Entwürfe

In den Reihen des Verbandes herrschten höchst unterschiedliche Auffassungen darüber vor, wie das Regimentsdenkmal auszusehen und zu wirken hatte. Einig war man sich darin, dass „zum Entwurf und zur Ausführung nur anerkannte Künstler von Ruf in Frage kommen und jede Dilettantenarbeit, und mag sie noch so gut gemeint sein, von vornherein ausscheidet“.¹⁴³ Mehrere Architekten und Bildhauer, einige von ihnen hatten ähnliche Projekte bereits realisiert, wurden im Herbst 1928 angefragt. Parallel erfolgte ein Aufruf über das Verbandsorgan, unentgeltliche Entwürfe und Kostenvoranschläge beim Ausschussvorsitzenden einzureichen.¹⁴⁴ Bürgermeister Reuter hatte mit Berthold Müller-Oerlinghausen einen Sohn seiner Stadt, der sein Atelier in Berlin-Charlottenburg unterhielt, ins Gespräch gebracht.¹⁴⁵

Bevor jedoch überhaupt ein erster Entwurf eingegangen war, artikulierten bereits Mitglieder des Offiziers-Vereins ihren Anspruch an ein „würdiges Denkmal“. Oberstleutnant a. D. Max von Frantzius aus Göttingen mahnte im Regimentsblatt an, dass ein ausgewählter Künstler zwar Gewähr für eine „äußere Gestaltung“ bieten könnte, aber nicht dafür,

„[...] dass aus dem Denkmal auch ein Geist zu uns spricht, wie wir alte Frontsoldaten es erwarten. Ich habe Denkmäler und Entwürfe gesehen, die nichts weiter als Schmerz und hoffnungslose Trauer zum Ausdruck bringen. Besonders bezeichnend für diese Art ist das Denkmal in Frankfurt a. M.: eine in fassungslosem Schmerz zusammengebrochene weibliche Gestalt, darunter als einzige Gedenkschrift nur die Worte: ‚Den Opfern‘! – Aus solchem Werk spricht nur unfruchtbarer, ödester Pazifismus. Es ehrt nicht die Gefallenen, sondern bemitleidet sie nur.“¹⁴⁶

Dementsprechend forderte von Frantzius, offensichtlich geprägt von unbändigem Drang nach einer Revanche für die Niederlage:

¹⁴² DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 25. Februar 1930.

¹⁴³ EBD.

¹⁴⁴ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 15. Oktober 1928.

¹⁴⁵ Zu Müller-Oerlinghausen (1893-1979) s. https://de.wikipedia.org/wiki/Berthold_Müller-Oerlinghausen (Aufruf: 22. August 2024). Der in Oerlinghausen geborene Künstler wurde nicht Mitglied der NSDAP, konnte aber als Mitglied der Reichskammer der bildenden Künste innerhalb der Reichskulturkammer (RKK) seiner Arbeit als Bildhauer nachgehen und nahm in dieser Zeit auch offizielle Aufträge (u. a. Büste Hitlers im Sitz des Generalgouvernements in Krakau) an. S. Dokumente der RKK, in: BUNDESARCHIV, Bestand ehem. Document Center, Unterlagen zu Berthold Müller-Oerlinghausen.

¹⁴⁶ OBERSTLEUTNANT A. D. FRANTZIUS, „Und dennoch“, in: DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 15. Oktober 1928.

„Deshalb muss unser Denkmal einfach und wuchtig versinnbildlichen den deutschen Krieger von 1914-18 in seinem kriegerischen Geist, seinem Heldenmut und zuversichtlichem Trotz. Das versteht jedermann, es erhebt den Beschauer und belebt in ihm den Stolz auf deutsche Taten, den Glauben an die Zukunft und die Hoffnung auf den Tag, der trotz allem kommen muss, um uns aus unwürdiger Knechtschaft zu führen und Genugtuung für alle erlittene Schmach zu verschaffen.“¹⁴⁷

Dem Denkmalsausschuss waren bis zum Januar 1929 15 Entwürfe zugeleitet worden. Während einer Sitzung in Oerlinghausen am 20. Januar nahm der Ausschuss fünf davon in die engere Wahl.¹⁴⁸ Bevor die Entwurfsfrage jedoch geklärt wurde, einigte man sich auf den Termin für die feierliche Grundsteinlegung. Dieser wurde für den 18. August 1929, dem Jahrestag der Schlacht bei Gravelotte/Saint Privat von 1870, anberaumt.¹⁴⁹

Keiner der 15 Entwürfe konnte in den eingereichten Ursprungsvarianten in den Archiven ermittelt werden. Auch wurde auf den Abdruck der fünf in die engere Wahl genommenen Entwürfe im Regimentsblatt – angeblich wegen der Klischee-Kosten – verzichtet. Den Dokumenten zufolge handelte es sich bei den fünf in Auswahl genommenen um Entwürfe folgender Künstler: Hans Dammann (Berlin), Fritz Lücken (Elberfeld), Josef Krämer (Duisburg), Hubert Fischer (Dortmund) und Berthold Müller-Oerlinghausen (Charlottenburg).¹⁵⁰ Besonders bei Dammann handelte es sich um einen vielgefragten Bildhauer, der bereits zahlreiche Kriegerdenkmäler realisiert hatte.¹⁵¹ Müller-Oerlinghausen hatte noch kein solches Projekt vorzuweisen.

Dem Ausschuss schwante augenscheinlich, dass jede getroffene Entscheidung auf Kritik stoßen würde. So verständigte man sich darauf, die eingesetzte Jury um einige Fachleute zu erweitern. Gegenüber Isenburg ließ Reuter bereits seine eigenen Präferenzen durchblicken. Seiner Meinung nach kämen nur die Entwürfe Dammanns und Müller-Oerlinghausens in Betracht. Lücken aus Elberfeld wäre noch ein Konkurrent, da vom dortigen Regimentsverein vorgeschlagen. Aber die Vorschläge Krämers und Fischers würden wohl ausscheiden.¹⁵² In der städtischen Akte

¹⁴⁷ EBD.

¹⁴⁸ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 15. Februar 1929. Auch die Presse in der Region berichtete, s. WZ vom 23. Januar 1929.

¹⁴⁹ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 18. April 1929. Dieser Tag sei gewählt worden, „weil er durch die Schlacht [...] ein geschichtlich denkwürdiger Tag ist.“

¹⁵⁰ Dammann war vom Offiziers-Verein in Berlin und Lücken vom Regimentsverein Elberfeld ins Spiel gebracht worden. Krämer und Fischer waren selbst Angehörige des Regimentsverbandes.

¹⁵¹ In Ostwestfalen-Lippe stammen von Dammann die Kriegerdenkmäler in Enger und Hüllhorst, sowie in Paderborn (1934). Dieses für das Infanterie-Regiment Nr. 158 (7. Lothringisches) geschaffene Erinnerungszeichen ließ der CDU-geführte Stadtrat 1950 als revanchistisches und unzeitgemäßes Kriegerdenkmal abgetragen. Es folgten heftige Proteste von Bürgern und ehemaligen Regimentsangehörigen, so kam es 1955 zu einer zweiten offiziellen Einweihung des „Trotzmals“. Vgl. DE LIBERO 2014, 37. Das Denkmal wurde im Mai 2024 im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Paderauenparks von der Stadt Paderborn abgebaut und eingelagert. S. https://www.paderborn.de/guiapplications/newsdesk/publications/Stadt_Paderborn/109010100000278831.php (Aufruf: 18. Oktober 2024).

¹⁵² Reuter an Isenburg, 8. April 1929, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 6. Krämer und Fischer waren Mitglieder eines Regimentsvereins der 145er.

finden sich Schreiben einiger Künstler an Reuter, in denen sie vor der Jury-Sitzung noch einmal kurze Erläuterungen abgaben. Vergleichsweise ausführlich sind die Schreiben von Berthold Müller-Oerlinghausen, der im Januar sogar zwei Entwurfs-Varianten eingereicht hatte. In einem Brief erläuterte er die Variante 1, die aus einem „Ehrenhof“ für rund 1.000 Menschen und einer Siegfriedsfigur bestehen sollte:

„Den Mittelpunkt des Ehrenhofs bildet eine überlebensgroße Monumentalfigur, ein fallender Siegfried. [...] Siegfried ist von dem Speer Hagens getroffen, in dem Rücken steckt noch das Geschoss. Der Oberkörper bäumt sich durch, durch den Schmerz nach rückwärts gezogen, der rechte Arm fest aufgestützt hält ihn noch aufrecht, während er mit der linken Hand den Speer aus der Wunde zu reißen versucht. [...] In der Siegfriedsgestalt verkörpern sich gleichsam alle deutschen Tugenden: Mut, Stärke, Tiefe des Gemüts, und alles Helle und Lichte. Sie war ein Symbol der Sonne. Er wird durch Hagen zu Fall gebracht, in dem sich die heimtückischen Mächte der Finsternis verkörpern. Aber wie die Sonne nur scheinbar durch Nacht und Nebel verdrängt wird, so ist auch die Siegfriedsgestalt ein Symbol der unbesiegbaren Kraft des deutschen Volkes, das trotz des tragischen Endes des Weltkrieges sich wieder zu neuer Blüte erheben wird.“¹⁵³

Neben dieser unmissverständlichen Glorifizierung der „Dolchstoßlegende“ hatte Müller-Oerlinghausen noch eine Variante 2, die einen Tiger als Mittelpunkt hatte, eingereicht. Dazu finden sich nur wenige weitere Angaben Müller-Oerlinghausens. Ganz kurz vor der Jury-Sitzung reichte er allerdings noch eine dritte Idee ein:

„Variante 3 stellt zwei marschierende Infanteristen dar, die sich die Hand reichen. Ein Bild der bei den 145ern so lebendig gepflegten Kameradschaft.“¹⁵⁴

Auch Hans Dammann hatte einen Entwurf mit einem Königstiger präsentiert, der für das Regiment stand. Im Zentrum von Fritz Lückens Entwurf stand dagegen eine hohe Säule mit einem Adler.

Zur Sitzung der Jury in Oerlinghausen am 21. April 1929 wurden als Sachverständige Dr. August Hoff, Leiter des Kunstmuseums in Duisburg und Dozent an der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf, und Professor Hermann Hosaeus, Dozent an der Technischen Hochschule Berlin (Architektur) und Experte für den Reichskriegerbund, geladen. Letzterer war wegen eines Unfalls verhindert. Für ihn rückte kurzfristig der Bielefelder Stadtoberbaurat Friedrich Schultz in das Gremium. Neben Hoff und Schultz wirkten Bürgermeister Reuter, der Vorsitzende des Denkmalsausschusses, Albert Helbig, sowie Generalmajor a. D. Paul Thümmel aus Bielefeld, der zeitweise zum Regimentsstab des K.I.R. 145 gehört hatte und Mitglied des Offiziers-Vereins war.

¹⁵³ Müller-Oerlinghausen an Bürgermeister Reuter, April 1929, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 6.

¹⁵⁴ Müller-Oerlinghausen an Bürgermeister Reuter, 19. April 1929, EBD.

Die Vorschläge wurden durch Reuter anonymisiert vorgelegt. Im Protokoll der Sitzung sind die Entwürfe kurz umschrieben, dazu findet sich die Einschätzung der Jury. Der Entwurf 1 – dabei kann es sich nur um den Dammanns gehandelt haben – wurde als „gotischer Pfeilerrundbau mit Tigerfigur“ bezeichnet. Er erschien der Jury nicht ursprünglich und markant genug. Entwürfe 2 und 3 sind Krämer und Fischer zuzuordnen. Beim Entwurf 2 handelte es sich um eine Rundhalle mit einem Fahnenträger auf einer Kuppel. Er erschien wegen der kleinen Abmessungen für die „Berglandschaft“ nicht geeignet. Der Entwurf 3 sah ein dreieckiges Steinprisma mit Eckpfeilern und einer Kriegerfigur vor. Die Jury erachtete ihn zwar als der Landschaft gerecht werdend und von hohem geistigem Gehalt, jedoch auch als „fremd wirkend“. Der Entwurf 4 (Lücken) mit einem ein Schwert schützenden „deutschen Aar“ fand dagegen Anklang. Er sah eine Ehrenhalle von rund 60 Quadratmetern Größe vor, darin einen Steinpfeiler mit der Plastik des Adlers. Die Jury attestierte eine „feierliche Wirkung durch eine Art Weiheraum“, befürchtete allerdings sehr hohe Kosten für die Ausführung. Entwurf 5 (Müller-Oerlinghausen) – umschrieben als „Weihebezirk umgeben von Mauern und Toren“ – mit einer „Plastik von Bedeutung“ erinnere an einen mittelalterlichen Burgeingang und fordere zu „angenehmer Stille“ auf. Es geht aus der Niederschrift der Sitzung nicht hervor, über welche der mittlerweile drei Varianten einer Plastik des gebürtigen Oerlinghausers in welcher Weise debattiert wurde. Die Jury empfahl jedenfalls einen Königstiger. Müller-Oerlinghausens Entwurf wurde einstimmig an Platz 1 gesetzt – allerdings mit Änderungswünschen. Lücken mit seinem Adler-Entwurf rückte an die zweite Stelle.¹⁵⁵

Hinter den Kulissen am Ausschussvorsitzenden Helbig vorbei lancierte Reuter in den folgenden Tagen das Jury-Ergebnis bei Müller-Oerlinghausen. Darüber hinaus sandte er nach Bitte des Offiziers-Vereins diesem eine Kopie der Niederschrift.¹⁵⁶ Weder der Ausschuss noch die Regimentsvereine hatten bis dahin Kenntnis, geschweige denn über das Votum der Jury entschieden. Die folgenden Wochen und Monate waren von heftigen Zerwürfnissen geprägt.

Mit einem offiziellen Schreiben vom 21. Mai teilte der Offiziers-Verein – auch im Namen des Regimentsvereins Berlin – dem Denkmalsausschussvorsitzendem Helbig zu dessen Überraschung mit, dass man sich schon mit der Jury-Einschätzung sowie den Entwürfen befasst habe. Man billige den Entwurf Müller-Oerlinghausens, aber mit einer erheblichen Einschränkung:

„Das in der Mitte des Ehrenhofes zu errichtende, eigentliche Denkmal soll dem Bildhauer Prof. Dammann in Berlin übertragen werden.“¹⁵⁷

Beide Berliner Vereine sahen sich also nur mit der „Wehrmauer“ aus Müller-Oerlinghausens Entwurf einverstanden. Weder dessen Siegfrieds- noch dessen Tigerfigur fanden ihre Gnade. Aber auch Dammann sollte bei der Tigerplastik noch einmal Hand anlegen. Sie sei so zu überarbeiten, „dass er [der Tiger, JH] – waidwund auf der Fahne liegend – sich auf den Vorder-

¹⁵⁵ Protokoll der Jury-Sitzung, 21. April 1929, EBD.

¹⁵⁶ Bürgermeister an Müller-Oerlinghausen, 26. April 1929, sowie Bürgermeister an Offiziers-Verein, 8. Mai 1929, EBD.

¹⁵⁷ Offiziers-Verein an Denkmalausschuss, 21. Mai 1929, EBD.

pranken leicht erhebt und in Kampfstellung mit fletschendem Gebiss den Willen zum Ausdruck bringt, die Fahne zu verteidigen und gegen jeden Angreifer zum Sprung auszuholen.“ Dieses symbolisiere den „nie erlahmenden Kampfgeist“ des Regiments.¹⁵⁸ Das Erinnerungszeichen sollte nach Vorstellung der Berliner Vereine folglich eine Kombination der Entwürfe Müller-Oerlinghausens und Dammanns darstellen. Damit würde ein Sohn der Stadt Oerlinghausen berücksichtigt, aber das eigentliche Denkmal würde „ein bewährter, erstklassiger Künstler schaffen“. Dammann böte die Gewähr dafür.¹⁵⁹

Innerhalb des Verbandes entstand großer Unmut, der sich anfangs daran entzündete, dass der Offiziers- und der Berliner Verein bereits nicht nur die Entscheidung der Jury, sondern teilweise sogar die Entwürfe kannten. Bisher waren aber weder der Verbandsvorsitzende Frellöhr noch die Vorsitzenden der Regimentsvereine informiert worden. „Kolossale Verbitterung mache sich bemerkbar“, die durch die Indiskretion verursacht worden sei. Nicht nur der Ausschussvorsitzende Helbig, auch Bürgermeister Reuter wurden der Herausgabe der Jury-Unterlagen an den Offiziers-Verein bezichtigt.¹⁶⁰

Am 9. Juni 1929 stand eine Sitzung in Essen an, um die Jury-Empfehlung zu behandeln. Reuter erachtete es als glücklicher, dieser fernzubleiben und stattdessen den weiteren Teilnehmer aus der Stadt, den Vorsitzenden der Oerlinghauser 145er, Paul Kochsiek, zu instruieren. Schriftlich informierte er diesen über den entstandenen Ärger, erklärte jedoch, die Position des Offiziers-Vereins inhaltlich zu teilen. Er beabsichtige nicht, Werbung für Müller-Oerlinghausen zu machen. Er zweifele jedoch daran, dass dieser nur „die Mauer machen“ wolle, was vom künstlerischen Standpunkt her gesehen außerdem „nicht einwandfrei“ sei. Reuter behauptete abschließend, dass nicht er das Gutachten weitergegeben habe, sondern nannte Thümmel als Verdächtigen.¹⁶¹

Die Tagung des Ausschusses in Essen, zu der die Vorsitzenden der Regimentsvereine geladen waren, verlief erwartungsgemäß stürmisch. Anders als der Offiziers- und der Berliner Verein vorgeschlagen hatten, fand letztlich aber nicht ein Tiger, sondern ein Infanterist als Figur im Zentrum mit 9 zu 5 Stimmen eine Mehrheit. Möglicherweise ging der Infanterist auf eine Anregung des Remscheider Vereins zurück.¹⁶² Die fünf in die Auswahl genommenen Künstler wurden aufgefordert, bis zum 10. Juli entsprechend überarbeitete Entwürfe einzureichen. Dieses Tagungsergebnis wurde sämtlichen Mitgliedern des Verbandes in der Nummer 15 des *Königs-Infanterist* vom 28. Juni mitgeteilt. Die Redaktion (Isenburg) ließ es zu, dass neben diesem kurzen Bericht der Vorsitzende des Offiziers-Vereins seinen Standpunkt im Regimentsorgan

¹⁵⁸ EBD.

¹⁵⁹ So in den Erläuterungen, die seitens des Offiziers-Vereins wenige Wochen später im Verbandsorgan zu lesen waren. Vgl. VON LIVONIUS, Unser Denkmal, in: DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 28. Juni 1929.

¹⁶⁰ Karl Wagner an „Kameraden“, 1. Juni 1929, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 6. Eine Abschrift dieses Protest-Rundschreibens war von Helbig dem Bürgermeister zugeleitet worden.

¹⁶¹ Bürgermeister an Kochsiek, 8. Juni 1929, EBD.

¹⁶² Vgl. Bast an Wilhelm Theis (Abschrift), undatiert (ca. Juni 1929), in: EBD. Der bekannte Remscheider Architekt Ernst Bast, wahrscheinlich auch Mitglied des Verbandes, sprach sich gegen einen martialischen Tiger und die „Hohenzollern-Insig-nien“ aus. Er plädierte für einen schlichten, feldgrauen Infanteristen. Ernst Bast (1880-1967) hatte 1924/25 das Mal im Ehrenhain Reinshagen (Remscheid) geschaffen. Theis war Vorsitzender des Regimentsvereins Remscheid.

ausführlich darlegen durfte.¹⁶³ Inhaltlich war diese Stellungnahme weitgehend deckungsgleich mit dem Schreiben des Vereinsvorsitzenden von Livonius an Helbig vom 21. Mai 1929.

Noch etwas gelang dem Offiziers-Verein: An Ausschuss und Verband vorbei hatte von Livonius Dammann bereits beauftragt, einen entsprechenden Entwurf mit einem „Königstiger“ und der Regimentsfahne in den Klauen zu fertigen. Darüber hinaus brachte es der Verein unter Schützenhilfe Isenburgs fertig, dass der Ausgabe eine Abbildung des von Dammann angefertigten Modells beigelegt wurde.¹⁶⁴ Den ehemaligen Regimentskameraden machte von Livonius zugleich unmissverständlich klar:

„Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Verbandsdisziplin heißt nicht, dass Vereine mit wenigen Mitgliedern dasselbe Stimmrecht mit einer Stimme haben sollen wie die Vereine mit zahlreichen Angehörigen mit auch nur einer Stimme. Wir Berliner Vereine verlangen die Abstimmung nach Kopfbzahl innerhalb der Vereine und Zusammenzählung aller Stimmen im Verbands. Eine so wichtige Angelegenheit wie die Schaffung eines Regiments-Denkmal kann unmöglich der Entscheidung einiger weniger Persönlichkeiten vorbehalten bleiben. Da soll jeder Königs-Infanterist mitsprechen dürfen.“¹⁶⁵

In derselben Ausgabe wurde bereits offiziell zur Grundsteinlegung am 18. August 1929 nach Oerlinghausen eingeladen.

Vier der fünf erneut angeschriebenen Künstler beteiligten sich mit überarbeiteten Entwürfen, in deren Mittelpunkt wie vorgegeben ein Infanterist stand. Fritz Lücken hatte sich dem „Hereinreden in Entwürfe“ verweigert.¹⁶⁶ Die folgende Verbandsvertreterversammlung in Mülheim am 28. Juli 1929 sorgte nicht für Klarheit, sondern verschärfte die ohnehin verfahrenere Situation. Eigentlich war eine Entscheidung für einen der modifizierten Entwürfe vorgesehen. Den Vertretern wurde die Gelegenheit geboten, sich mit allen – alten wie neuen – Entwürfen zu befassen. Nach dem Protest der Berliner Vereine wollte die Versammlung jedoch den Beschluss vom 9. Juni mit der Festlegung auf einen Infanteristen als Plastik nicht bestätigen. Stattdessen beschloss sie, nach Veröffentlichung des Entwurfs Dammanns ebenfalls die weiteren Vorschläge in der Regimentszeitung zu publizieren. Dieses sollte vor der endgültigen Abstimmung am 17. August in Oerlinghausen geschehen.¹⁶⁷

Die Verwirrung innerhalb des Verbandes nahm weitere Dimensionen an, weil aus zeitlichen Gründen der Drucklegung die Entwürfe in die Ausgabe vom 12. August nicht mehr aufgenommen werden konnten. Wenige Tage vor der Grundsteinlegung und der vorgeschalteten weiteren Versammlung unterrichtete Bürgermeister Reuter die Oerlinghauser Stadtverordneten über die verfahrenere Lage und das „Missfallen in Verbandskreisen“. Er wollte sich Rückendeckung

¹⁶³ VON LIVONIUS, Unser Denkmal, in: DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 28. Juni 1929.

¹⁶⁴ EBD. Von Livonius verweist auf eine „beiliegende Abbildung“, die sich allerdings in der dem Verf. vorliegenden Ausgabe nicht finden ließ.

¹⁶⁵ EBD.

¹⁶⁶ Lücken an Bürgermeister, 6. Juli 1929, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 6.

¹⁶⁷ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 12. August und 27. Oktober 1929.

für die Versammlung am 17. August holen. Er rekapitulierte in seinen Ausführungen das Geschehen in Mülheim von Ende Juli. Die von Müller-Oerlinghausen vorgeschlagene Siegfriedsfigur mit dem Speer im Rücken sei von mehreren Teilnehmern als „eine Verherrlichung der Dolchstoßlegende“ aufgefasst und abgelehnt worden. Reuter wollte sich am 17. August noch einmal für die Berücksichtigung des Jury-Urteils stark machen, sah aber wenig Hoffnung für die Realisierung des ursprünglichen Müllerschen Entwurfs. Darum wolle er für den damals an Platz 2 gesetzten Entwurf Lückens votieren. Der neue vom Offiziers-Verein favorisierte Vorschlag Dammanns fand nicht seinen Zuspruch:

„Man kann Herrn Müller nicht zumuten, die Mauer zu bauen und für das eigentliche Denkmal die Figur eines anderen Bildhauers zu wählen. Dammann hat deshalb für die Tigerfigur einen ganz neuen Sockel aus Klinkersteinen vorgesehen. Dieser Sockel allein soll 12.000 bis 20.000 RM kosten. Ich kann mich für diesen Entwurf nicht erwärmen, weil er nach meiner Ansicht mit der Ehrung der Gefallenen nichts zu tun hat, sondern vielmehr eine politische Demonstration darstellt. Ich habe mich deshalb gegen diesen Entwurf ausgesprochen.“¹⁶⁸

Die vorgesehene Grundsteinlegung am 18. August 1929 sah Reuter aufgrund des „unsicheren Standes der ganzen Denkmalsfrage“ zwar in Frage gestellt. Andererseits aber sei „dann in der ganzen Sache schon etwas geschehen“ und die Sammeltätigkeit würde noch einmal angeregt.

Der Termin konnte wegen der bisher erfolgten Planung nicht mehr abgesagt werden. Wie von einigen Mitgliedern des Denkmalsausschusses vorhergesehen, gelang es auch nicht mehr, die Entwürfe wie beschlossen rechtzeitig im Regimentsorgan zu präsentieren. Man versandte deshalb Fotografien an die Regimentsvereine, die allerdings zum großen Teil nicht in der Lage waren, sie vor der Ausschusssitzung in Oerlinghausen am 17. August 1929 noch zu besprechen und ihr Votum abzugeben. Selbst diese dann als Aussprache gedachte Sitzung verlief ungeordnet. Von einigen Regimentsvereinen nahmen Vertreter teil, von anderen wiederum nicht. Der Ausschuss wollte allerdings unbedingt einen Schritt weiterkommen. Reuters formales Festhalten an der im April von der Jury festgelegten Rangfolge erwies sich als völlig obsolet. Während der Debatte zogen überraschenderweise Fischer und Krämer ihre Entwürfe zugunsten von Müller-Oerlinghausens Entwurf „Ehrenhof mit Tiger“ zurück. Dieser wurde schließlich angenommen – jedoch wiederum mit Einschränkungen. Der Künstler wurde aufgefordert, für den Innenausbau „neue Modelle zu bringen“, welche dann von einer Sachverständigen-Kommission erneut begutachtet werden sollten.¹⁶⁹ Der deutliche Versuch des Denkmalsausschusses, das Projekt mit einem einzigen Künstler zu verbinden und das Jury-Urteil vom April zumindest ansatzweise zu berücksichtigen, sollte wiederum nicht von Erfolg gekrönt sein.

¹⁶⁸ Manuskript des Vortrags Reuters für die Stadtverordneten, undatiert (Anfang August 1929), in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 803.

¹⁶⁹ „Ein Wort zur Aufklärung!“, in: DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 27. Oktober 1929.

4.5 Die Grundsteinlegung am 18. August 1929

Auch die Grundsteinlegung für das Erinnerungszeichen auf dem Tönsberg sorgte nicht für ein neues, einigendes „Augusterlebnis“, wie manche es sich erhofft hatten. Einige Hundert ehemaliger 145er waren der Einladung gefolgt und hatten sich zu diesem Tag in der Bergstadt eingefunden. Die Presse berichtete von „reichem Fahنشmuck“ in der Stadt und auf dem Festplatz.



*Abb. 15: Die Grundsteinlegung für das Regimentsdenkmal auf dem Tönsberg, August 1929
(Sammlung J. D., Frankfurt)*

Am Sonntagvormittag erfolgte die Grundsteinlegung auf dem Bergrücken mit einem Waldgottesdienst, in dem von evangelischer Seite Superintendent Wilhelm Tölle¹⁷⁰ und von katholischer Seite Kaplan Josef Wittler aus Minden sprachen. Tölle nahm in seiner Rede Bezug auf das „Augusterlebnis“ 1914, als die Nation von „heiliger Glut“ ergriffen gewesen sei, und stellte diesem die heutige „Zeit tiefster Schmach und Schande“ gegenüber. Statt jedoch über Trauer und Kriegsnöte zu reden, verklärte er den Krieg zu einem heiligen Opfergang:

„Alle Regimenter waren von dem gleichen Opfermut erfüllt, alle von dem einen Wissen und Vorsatz beseelt: ‚Wir siegen oder sterben hier den schönen Tod der Freien‘. In diesem Opfergedanken liegt die sittliche Größe des Krieges. Ach, was für Riesenopfer sind in jenen Jahren von den einzelnen Regimentern gebracht, von den Freiwilligen-Regimentern, die mit dem Deutschlandliede auf den Lippen bei Langemarck in den Tod gingen; von den

¹⁷⁰ Wilhelm Tölle war seit November 1907 Pastor in Oerlinghausen und seit 1925 Superintendent. Tölle begrüßte im Mai 1933 die „gottgegebenen Führer“ Adolf Hitler und Paul von Hindenburg, die nun zu einer „wahren Volksgemeinschaft“ aufriefen, wie es sie zuletzt 1914 gegeben habe. Vgl. REINHARD WULFMAYER, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, 109.

kriegserprobten Regimentern an der Lorettohöhe, in der Hölle von Verdun und an der Somme. Sie alle gaben, was sie konnten geben, die Seele Gott, der Heimat Blut und Leben, jene zwei Millionen Menschen, die auf den Schlachtfeldern in allen Weltteilen ihr Leben ließen für ihre Freunde, in ihrer Liebe zu Volk und Vaterland getreu bis in den Tod.“¹⁷¹

Kaplan Wittler blieb dem gleichen Tenor verhaftet:

„Kein Feind hat uns besiegt, sondern nur die wirtschaftliche Not; und das ist nicht entehrend.“

Wittler verklärte das künftige Denkmal zum „steinernen Protest gegen die zahlreichen inneren Feinde, die unser Volks- und Familienleben zu vergiften drohen.“ Er pries es zugleich als „Wahrzeichen der Einigkeit“ und hoffte auf das „Morgenrot einer schöneren Zukunft“.¹⁷²

Die Feuerwehrkappelle intonierte mit dem Männergesangverein Eintracht das Niederländische Dankgebet, fester Bestandteil des Großen Zapfenstreichs unter Kaiser Wilhelm II. und später mit Vorliebe von den Nationalsozialisten bei Großveranstaltungen eingesetzt. Generalmajor a. D. Paul Thümmel war als Vertreter des Offiziers-Vereins an Stelle des Vorsitzenden, von Livonius, erschienen. Er blickte auf die Geschichte des Regiments zurück und nannte die durch den Verband ermittelte Zahl der Gefallenen, nicht ohne – „Augusterlebnis“ hin oder her – die militärische Rangordnung einzuhalten: 101 Offiziere sowie 3.487 Unteroffiziere und Mannschaften.¹⁷³

Zum Abschluss der Veranstaltung auf dem Tönsberg folgten kernige, deutschnationale Denksprüche:

„Sie sind gestorben, damit Deutschland lebe!“
„Seid einig und stark, deutsch bis ins Mark!“
„Im Glauben an ein einiges, großes Deutsches Reich!“¹⁷⁴

4.6 Der weitere Streit um das Regimentsdenkmal

Die scheinbare Einigkeit während der feierlichen Grundsteinlegung war von kurzer Dauer. Das Regimentsorgan brachte Ende Oktober nach einem zweiseitigen Bericht über das Ereignis eine Zusammenfassung der Geschehnisse seit der Jury-Sitzung vom April in Oerlinghausen unter

¹⁷¹ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Dezember 1929. Text der Rede Tölles auch in KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 6.

¹⁷² EBD.

¹⁷³ WZ vom 20. August 1929. Die von Thümmel genannte Zahl wurde zur Weihefeier auf 3.536 Gefallene korrigiert. Ein Gefallenenverzeichnis erschien erst zehn Jahre später, s. RUDOLF KRÜLL (Hg.), Ehrenliste der auf dem Felde der Ehre gebliebenen Kameraden des ehem. Königs-Infanterie-Regiments (6. Lothr.) Nr. 145, Düsseldorf 1939. Der Band wurde im Selbstverlag des Kyffhäuserbundes publiziert.

¹⁷⁴ EBD.

dem Titel „Ein Wort zur Aufklärung!“. Gegen Ende des vom Regimentsangehörigen Christians aus Barmen verfassten Überblicks ließ sich in gesperrt gedruckter Schrift lesen:

„Der Gedanke oder Glaube, dass mit der Oerlinghauser Sitzung das Denkmal an Müller vergeben sei, ist irrig.“¹⁷⁵

Nach Ansicht des Verfassers blieben nach der Sitzung vom 17. August nur zwei Entwürfe zur Entscheidung: der „Königstiger“ von Dammann und der „Müllersche Ehrenhof mit Tiger“, denn dessen Infanterist dürfte ebenfalls „wohl als ausgeschieden zu betrachten sein.“¹⁷⁶

Von Livonius und sein Offiziers-Verein agitierten nach der Grundsteinlegung weiter unermüdlich gegen den Beschluss.¹⁷⁷ Gegenüber Thümmel diskreditierte er noch einmal Müller-Oerlinghausens Tiger-Entwurf als Dutzendware; intern seien sogar Urteile wie „laufender Hund“ gefallen. Dammanns Vorschlag dagegen habe viel Zuspruch erfahren. An dem Beschluss, einen Infanteristen in den Mittelpunkt zu stellen, meldete von Livonius formale Zweifel an. Sowohl der Offiziers- als auch der Regimentsverein Berlin würden über einen Austritt aus dem Verband nachdenken. In dem Schreiben verschaffte von Livonius seinem Ärger in deutlichen Worten Luft. Die Stadt Oerlinghausen habe bei der Gestaltung des Regimentsdenkmals überhaupt nicht mizureden. Der ehemalige Kommandeur schäumte außerdem, weil sich nicht alle Regimentsvereine mit der Darstellung der Hohenzollern-Zeichen einverstanden sahen. Als maßgeblichen Quertreiber erachtete er den Regimentsverein Remscheid. Dieser hätte sich bei anderer Gelegenheit bereits verbeten, dass er Briefe des ehemaligen Kaisers aus dessen Exil in Doorn verlas.¹⁷⁸ Von Livonius zeigte sich mit dem Oerlinghauser Beschluss gänzlich unzufrieden und kündigte Thümmel an, dass die Offiziere der Weihe des Denkmals im August 1930 fernbleiben wollten, wenn es bei diesem Beschluss bliebe.¹⁷⁹

Mit einer Note an den Denkmalsausschuss vom 3. Oktober 1929 legte der Offiziers-Verein auch offiziell Protest dagegen ein, dass dieser Müller-Oerlinghausen den Auftrag für drei neue Entwürfe erteilte. Gleichzeitig verlangte er ultimativ, dass Dammann der Auftrag für die Tiger-Plastik übergeben werde.¹⁸⁰ Die Auseinandersetzungen um das Denkmal im Verband setzten sich damit in unverminderter Schärfe fort. Ein sichtlich überforderter Verbandsvorsitzender Frellöhr stellte fest:

„Neuerdings ist die brennende Frage, welches Denkmal gebaut werden soll, in ein Stadium geraten, das als sehr verworren und unerquicklich bezeichnet werden muss.“¹⁸¹

¹⁷⁵ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 27. Oktober 1929.

¹⁷⁶ EBD.

¹⁷⁷ Vgl. die zahlreichen Schreiben von Livonius an Bürgermeister, September-Dezember 1929, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 6.

¹⁷⁸ Von Livonius an Thümmel, 7. September 1929, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 6.

¹⁷⁹ EBD. S. auch KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C NR. 14.

¹⁸⁰ Offiziers-Verein an Denkmalsausschuss, 3. Oktober 1929, in: K 7 Oerlinghausen B Nr. 6.

¹⁸¹ Regimentsverband (Frellöhr) an Bürgermeister, 29. Oktober 1929, EBD.

Zugleich unterminierte er die Bedeutung des Denkmalsausschusses und die bisher getroffenen Entscheidungen mit einem neuen Vorschlag:

„Die Denkmalsfrage hat sich damit in einer Weise zugespitzt, die es unumgänglich erscheinen lässt, dass sich ein geeigneter Kameradenkreis einmal gründlich damit auseinandersetzt.“¹⁸²

Aus welchen Personen dieser Kreis sich zusammensetzen sollte, dazu machte Frellöhr keine Angaben. Weitere Sprengkraft entfaltete die Denkmalausschusssitzung am 17. November in Barmen. Noch immer waren die Entwürfe nicht in der Regimentszeitung präsentiert worden. Zur Überraschung des anwesenden Bürgermeisters Reuter wurde der Sitzung in Oerlinghausen vom 18. August nun aus formalen Gründen nachträglich jegliche Beschlusskraft aberkannt.¹⁸³ Damit standen nur noch zwei Entwürfe zur Wahl: Dammanns Ensemble mit dem Tiger und Müller-Oerlinghausens Monument mit dem Infanteristen. Reuter schien vom übergriffigen Vorgehen des Offiziers-Vereins mittlerweile stark verärgert und machte gegenüber von Livonius seinerseits deutlich:

„Ich habe [...] in Barmen erklärt, dass der Dammann'sche Tiger für die Stadt Oerlinghausen nicht annehmbar sei. Diese Erklärung habe ich gegeben, nachdem ich die Meinung der städtischen Körperschaften 2 Tage vor der Sitzung einwandfrei festgestellt habe.“¹⁸⁴

Selbst der bislang reservierte und ersichtlich auf einen ersten Auftrag dieser Art hoffende Müller-Oerlinghausen verlor die Geduld. Gegenüber Reuter kündigte er einen deutlichen Leserbrief an die Regimentszeitschrift an, von dem ihn der Bürgermeister nur mit der Aussage abhalten konnte, er habe dem Verband während der Sitzung in Barmen ein Ultimatum gesetzt: Wenn der Tiger realisiert werden sollte, dann müsse sich der Verband einen anderen Standort für das Denkmal suchen.¹⁸⁵

Am 8. Dezember 1929 fand die Sitzung einer neu zusammengesetzten Jury in Oerlinghausen statt. Vertreten waren Generalmajor a. D. Thümmel (Bielefeld), der Oberbaurat Schultz (Bielefeld), Professor Rieckert (Bielefeld), der lippische Landeskonservator Karl Vollpracht, der Museumsdirektor Dr. August Hoff (Duisburg), der ehemalige Regimentsangehörige Stadtbaurat Theodor Streich (Bielefeld), der Denkmalsausschussvorsitzende Helbig und Bürgermeister Reuter. Zu den Entwürfen Dammanns und Müllers waren zuvor Gutachten vom Denkmalsberater des Kyffhäuserbundes, Professor Hermann Hosaeus aus Berlin, und vom Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob eingeholt worden. Übereinstimmend urteilten die beiden Gutachter, dass sich der Entwurf Dammanns auch durch Änderungen nicht verbessern ließe. Die Jury schloss sich dieser Aussage einhellig an und einigte sich auf Müller-Oerlinghausens Hauptentwurf, hatte aber wiederum mehrere Änderungsvorschläge. Diese beinhalteten die Umlei-

¹⁸² EBD.

¹⁸³ Protokoll der Denkmalsausschusssitzung, 17. November 1929, EBD.

¹⁸⁴ Bürgermeister an von Livonius, 27. November 1929, EBD.

¹⁸⁵ Bürgermeister an Müller-Oerlinghausen, 28. November 1929, EBD.

tung des Höhenweges am „Ehrenmal“ vorbei, die Schaffung eines Plateaus mit einer niedrigen Einfassungsmauer als „Weihebezirk“, die Errichtung einer raumbildenden Architektur drum herum, die Fertigung einer Plastik als Totenmal im Inneren, sowie eine Beschränkung des Zugangs zu „diesem geheiligten Bezirk“. Der vom Charlottenburger Künstler vorgeschlagene Sarkophag mit dem aufgebahrten Infanteristen fand die Zustimmung der Jury.¹⁸⁶ Ein Großteil der Vorgaben basierte letztlich auf den Ideen Streichs, so dass künftig vom Entwurf Streich-Müller die Rede war. Dieser sollte nun den Vereinen zur Annahme empfohlen werden.

Die Entwürfe Dammanns und Müller-Oerlinghausens wurden am 20. Dezember 1929 mit jeweiligen Erläuterungen als Beilagen in der Regimentszeitschrift veröffentlicht – allerdings noch ohne die Entscheidung der Jury, die bis Redaktionsschluss nicht vorlag.¹⁸⁷



*Abb. 16: Neuer Entwurf von Hans Dammann, 1929
(Der Königs-Infanterist vom 20. Dezember 1929)*

Als Erläuterung zu Dammanns „Königstiger“ vor einer rund 20 Meter breiten Abschlussmauer findet sich:

„[...] Inmitten der Tiger, der die Fahne des Regiments schützend birgt. Unbeugsame Kraft geht von der Gestalt des Tieres aus. Der Sockel, an dem die Ehreninschrift und die Schlachtennamen erhaben in Bronze angebracht sind, ist bankartig gestaltet. Der Tiger nebst Fahne würde echte, schwere Gussbronze. Bei diesem Projekt ist die Plastik, also das, was etwas äußert und zu Herzen geht, der Kernpunkt. Die Architektur, die ja stets nur totes Gestein sein

¹⁸⁶ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 25. Februar 1930.

¹⁸⁷ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Dezember 1929.

kann und dem Beschauer nichts zu sagen imstande ist, ist nur notwendiges Beiwerk. [...]“¹⁸⁸

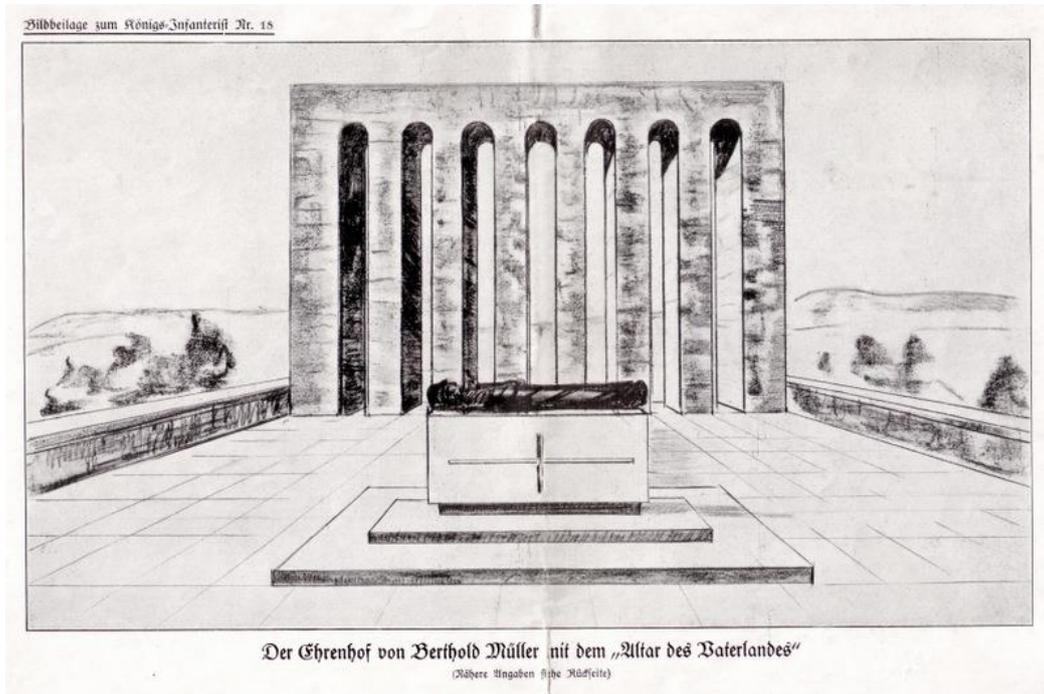


Abb. 17: Neuer Entwurf von Berthold Müller-Oerlinghausen, 1929
(Der Königs-Infanterist vom 20. Dezember 1929)

Die erläuternden Worte zum Entwurf Müller-Oerlinghausens waren weitaus pathetischer:

„[...] In die Mitte seines Ehrenhofes stellt der Künstler diesmal einen ‚Altar des Vaterlandes‘. Auf einem großen rechteckigen Block ruht ein überlebensgroßer Königsinfanterist aus Bronze, auf dem Altar des Vaterlandes als Opfer dargebracht. Einer, als Symbol für die Millionen, die zur Verteidigung des Vaterlandes starben. Unter freiem Himmel ruhend, erwartet unser toter Kamerad gleichsam die Wiederauferstehung unseres Vaterlandes, ein mahndes Symbol zur Sammlung der Kräfte. [...]“¹⁸⁹

Den Schluss des „Ehrenhofes“ sollte eine elf Meter breite Bogenwand bilden. Der Künstler hatte sich sogar zu dem Vorschlag verstiegen, einen Gefallenen aus einem Kriegsgrab in Frankreich oder von einem deutschen Soldatenfriedhof zu exhumieren und im Sockel beizusetzen. Damit würde das Denkmal zu einer „wahren Weihestätte“.

Bei der Verbandstagung in Barmen am 2. Februar 1930 wurden den Teilnehmern die Gutachten und das Jury-Ergebnis zu beiden Entwürfen vorgestellt. Das Jury-Mitglied Theodor Streich, Stadtbaurat und selbst Regimentsangehöriger, erläuterte der Versammlung die Entscheidung. Er erblicke nunmehr im nachgebesserten Entwurf Müller-Oerlinghausens „ein königliches Denkmal“. Jeder, der den Denkmalsbereich betrete, sei sogleich ergriffen. Streich selbst hatte die

¹⁸⁸ EBD.

¹⁸⁹ EBD.

„tempelartige Anlage“ als „raumbildende Architektur“ entworfen. In der anschließenden Debatte sprach sich tatsächlich die große Mehrheit der Anwesenden für den Entwurf Streich-Müller aus. Im Regimentsorgan war zu lesen:

„Sie versprechen sich von der Annahme eine glückliche Lösung der Denkmalsfrage. Die Teilnehmer vertrauen darauf, dass die noch abseitsstehenden Kameraden sich den Tatsachen nicht verschließen und nunmehr alle unter Hintenansetzung persönlicher Wünsche sich auf einer Linie finden werden.“¹⁹⁰

Von Livonius, der bereits einen gegenlautenden Schriftsatz zur Verlesung vorbereitet hatte, wurde einstimmig ersucht, davon Abstand zu nehmen. In der Sitzung wurde nun endlich auch der Termin für die Einweihung des Erinnerungszeichens festgelegt. Es sollte Sonntag, der 31. August 1930, in Erinnerung an den Vortag der schweren Gefechte bei Dannevoux (Schlacht um die Maas-Übergänge 1914), sein.

Trotz aller Mahnungen und Versuche, Einigkeit herzustellen, setzte sich der Zwist fort. In der gleichen Ausgabe des Regimentsorgans, in welcher von der Barmener Tagung berichtet wurde, fand sich die Erwiderung „eines Frontsoldaten“. Der namentlich nicht genannte Schreiber rügte die Zusammensetzung der Jury, in der nur zwei Regimentsangehörige vertreten gewesen seien. Er kritisierte jedoch vor allem die Stadt Oerlinghausen und ihren Vertreter, den Bürgermeister, für die Ablehnung des Dammannschen Entwurfs:

„Die Wiedergabe der alten Fahne unseres Regiments [Hohenzollern-Insig-nien!] an dem Denkmal war offenbar Stein des Anstoßes für Oerlinghauser Parteibonzen!“¹⁹¹

Er folgerte weiter:

„Es ist jedenfalls sehr merkwürdig, dass diese Kommission nun auf einmal künstlerische Gründe für die Ablehnung des Königstigers fand, obwohl die wahren Gründe durch die erwähnte Erklärung des Bürgermeisters und auch durch Äußerungen Oerlinghauser Bürger am Tage der Grundsteinlegung als rein politische oder richtiger parteipolitische gekennzeichnet waren.“

Statt eines Königstigers habe man nun den Entwurf Müllers ohne einen „klaren Gedanken“ vorliegen:

„Ob der Feldgraue vor dem Feind gefallen oder an Altersschwäche gestorben, sagt es uns nicht.“¹⁹²

¹⁹⁰ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 25. Februar 1930.

¹⁹¹ EBD.

¹⁹² EBD.

Sein Beitrag gipfelte im Aufruf:

„Darum: Los von Oerlinghausen!“¹⁹³

Die Vertreter- und Denkmalsausschusssitzung in Essen am 9. März 1930 vermochte wiederum keine Ruhe in die „stürmische Denkmalsfrage“ zu bringen. Der Entwurf Streich-Müller setzte sich zwar mit 1.275 gegen 587 Stimmen durch. Dabei handelte es sich aber wieder einmal um einen abgeschwächten Kompromissvorschlag, nachdem Kritik an der gewählten Plastik laut wurde. Der Künstler sollte Freiheit bei der Plastik erhalten, der Entwurf jedoch letztlich noch von einem fünfköpfigen Ausschuss abgenommen werden. Unter den 1.275 Dafür-Stimmen befanden sich die 500, mit denen die Stadt Oerlinghausen als Standortgemeinde ausgestattet worden war.¹⁹⁴

Bereits in der nachfolgenden Ausgabe der Regimentszeitung fanden sich neben dem Bericht über die Versammlung in Essen zwei umfangreiche Stellungnahmen gegen den Beschluss. Beide stammten von Vertretern des Offiziers-Vereins. In seinen „ruhigen Gedanken zur stürmischen Denkmalsfrage“ sprach Major a. D. Hans Harney zwar von Versäumnissen auf allen Seiten, holte aber zugleich zu einem Rundumschlag aus. Er bemängelte nun die Wahl Oerlinghausens als Standort, die leider durch die Grundsteinlegung besiegelt worden sei:

„Es ist sicher, dass einem großen Teil von uns der gewählte Standort nichts sagen kann, denn es verbindet uns mit ihm keine Friedensidee und nur sehr zweifelhafte Kriegserinnerungen. Ersatzdepots während des Krieges sind ebenso wenig Erinnerungsstätten für Kriegstaten der kämpfenden Truppe, wie es Übungsplätze, Lazarette und Strafanstalten für den Garnisonsort der Friedenstruppe sind.“¹⁹⁵

Die Stadt Oerlinghausen hätte seines Erachtens außerdem überhaupt nicht mitstimmen dürfen. Zugleich mahnte er:

„Wir Feldsoldaten hoffen, dass man bei der Ausführung des Denkmals wenigstens denjenigen Teil, mit welchem der Heldentod der gefallenen Kameraden sinnfällig vor Augen gestellt werden soll, unter Vermeidung unglücklicher moderner Verzerrungen und unter Vermeidung weichlicher Sentimentalitäten in einem Sinnbild verkörpert, das auch zu uns verständlich spricht.“¹⁹⁶

Oberstleutnant a. D. Max von Frantzius äußerte sich in ähnlicher Weise:

¹⁹³ EBD.

¹⁹⁴ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 30. April 1930. Somit lautete das eigentliche Stimmresultat 775 zu 587.

¹⁹⁵ EBD.

¹⁹⁶ EBD.

„Mir ist dies eine Bestätigung meiner Überzeugung, dass die erdrückende Mehrheit der Frontkämpfer ein Denkmal haben will, das die Erinnerung an das heldenmütige Kämpfen unserer Toten auch für kommende Geschlechter wachhält und dass die Mehrheit gegen einen solchen Entwurf (Königstiger) sich neben den 500 Stimmen Oerlinghausen in der Mehrzahl aus Vertretern zusammensetzte, deren Jahrgang es nicht mehr vergönnt war, an dem Lebenskampf Deutschlands aktiv teilzunehmen. Möge diese Erkenntnis ein Grund mehr für den neuen fünfköpfigen Abnahmeausschuss sein, jeden Entwurf abzulehnen, der nicht dem Willen der Frontkämpfer voll Rechnung trägt.“¹⁹⁷

Die Zeit drängte aufgrund des festgesetzten Einweihungstermins. Mit dem Bau des Außenbereiches wurde im Frühjahr 1930 begonnen. Noch immer fehlte allerdings Geld.¹⁹⁸ Am 7. Mai 1930 tagte der Denkmalsausschuss in Oerlinghausen. Vor Eintritt in die Tagesordnung besichtigten die Mitglieder die Baustelle und den vorgesehenen Festplatz. Ein Mitglied berichtete im Anschluss im Regimentsorgan:

„Wie kam uns erst jetzt wieder zum Bewusstsein, wie recht der Denkmalsausschuss gehandelt hat, hier oben in dem herrlich gelegenen Teutoburger Wald einen Gedenkplatz für seine gefallenen Kameraden zu schaffen.“¹⁹⁹

In der Ausgabe des *Königs-Infanterist* vom 20. Juni 1930 wurde das vorläufige Festprogramm abgedruckt und zur Teilnahme nach Oerlinghausen eingeladen. Daneben fand sich aber mit der Stellungnahme des Berliner Regimentsvereins erneut ein Wermutstropfen. Der Vorsitzende Neugebauer begründete darin den Austritt des Berliner Vereins aus dem Regimentsverband:

„Leider aber fand der Königstiger bei der Gemeinde [gemeint ist: Stadt, JH] Oerlinghausen keinen Anklang, für die scheinbar andere Momente ausschlaggebend waren und die sich deshalb in ihren Hoffnungen getäuscht sah. Vermutlich spielte hier die Auswahl der Person des Künstlers eine große, wenn nicht die größte Rolle, was von verschiedenen Seiten zu spät erkannt wurde.“²⁰⁰

Neugebauer unterstellte der Stadt Oerlinghausen massive Beeinflussung und von vornherein geplant zu haben, „das Denkmal im Wege der Verhandlungen nach den Wünschen der Gemeinde als Reklameschaustück und Anzugsobjekt für den Fremdenverkehr auszugestalten und die Ausführung dem Künstler Berthold Müller, einem Oerlinghauser Bürger, zu übertragen.“²⁰¹ Überraschenderweise zeigte sich der Offiziers-Verein, der bis zuletzt gegen den Entwurf Müller-Oerlinghausens Front gemacht hatte, plötzlich besänftigt. Die Hohenzollern-Insignien sollten nun doch sichtbar sein. Außerdem waren zwei kleinere Königstiger-Skulpturen an

¹⁹⁷ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 30. April 1930.

¹⁹⁸ HELBIG, Unser Denkmal, in: DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 30. April 1930.

¹⁹⁹ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Juni 1930.

²⁰⁰ NEUGEBAUER, Welche Gründe veranlassten den Verein Berlin aus dem Verbands auszuscheiden?, EBD.

²⁰¹ EBD.

den Seiten des Weges zum Eingang vorgesehen. Von Livonius rief in einem Appell an die Regimentskameraden deshalb zur Teilnahme an der Denkmalsweihe auf:

„Für die Verfechter des Königstigers-Entwurfes lag der Hauptgedanke in der vom Tiger verteidigten Regimentsfahne. Vornehmlich um die Bedenken zu entkräften, dass der Stadt Oerlinghausen unsere Fahne mit den Hohenzollern-Emblemen nicht passe, hat nun der Denkmalsausschuss in sehr glücklicher Weise die Regimentsfahne mit allen Einzelheiten wie Aar, Krone usw. auch für den Königsinfanteristen übernommen. [...] Damit sind unsere Forderungen erfüllt dahingehend, dass einmal das Denkmal zeigen soll, wie und wofür unsere Kameraden gestorben sind – nämlich in Treue bis zum Tode für alles, was uns durch die Fahne heilig war, und ferner, dass es in Verbindung mit der Ehrenhalle die Erinnerung an das heldenmütige Kämpfen unserer Toten auch für kommende Geschlechter wachhält [...]“²⁰²

Genugtuung konnte von Livonius noch in anderer Hinsicht empfinden. Das Regimentsorgan meldete nämlich:

„Als Vertreter unseres Allerhöchsten Regiments-Chefs hat Se. Königliche Hoheit Prinz Oskar von Preußen sein Erscheinen zugesagt.“²⁰³

Von Livonius hatte seiner ungetrübten Verehrung für die Hohenzollern bereits in einem Bericht über seinen Besuch bei Wilhelm II. im Haus Doorn 1929 freien Lauf gelassen.²⁰⁴ Prinz Oskar war es indes mit seinem Auftritt bei der Enthüllung des Denkmals für die Gefallenen des Augustaner Garderegiments im Oktober 1925 in Potsdam gelungen, reichsweit für erheblichen Protest zu sorgen, weil er die anwesenden Regimentsangehörigen an ihren Fahneneid auf den Kaiser „erinnerte“.²⁰⁵ Gerade diese Einweihungsfeier galt Demokraten als Skandal und eine „unerhörte Herausforderung der Republik“. In der Festschrift zu diesem Ereignis war zudem von „deutscher Wiedergeburt“ und vom Tag, an welchem Vergeltung für einen Sieg geübt werde, der nicht durch Waffen, sondern durch „die satanische Macht der Lüge und Verleumdung, der Verführung und Vergiftung unseres Volkes“ errungen worden sei, die Rede. General a. D. Sixt von Arnim wetterte darin gegen die Republik und betonte zugleich die „unwandelbare Treue zum Monarchen“.²⁰⁶

Prinz Oskar war wiederholt als Teilnehmer von Zusammenkünften in Erscheinung getreten, in denen lautstark die Gegnerschaft zur Weimarer Republik artikuliert wurde.²⁰⁷ Das liberale *Berliner Tageblatt* hielt Ende 1927 fest:

²⁰² DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Juni 1930.

²⁰³ EBD., s. auch WZ vom 25. August 1930.

²⁰⁴ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 15. Februar 1929.

²⁰⁵ „Skandal bei der Augustanerfeier“ lautete die Überschrift eines Artikels im BERLINER TAGEBLATT vom 13. Oktober 1925.

²⁰⁶ S. dazu ausführlich DE LIBERO 2014, 51-56.

²⁰⁷ S. beispielsweise BERLINER TAGEBLATT vom 12. Januar 1926 (Morgenausgabe) und KARLSRUHER TAGEBLATT vom 15. April 1928.

„Es dürfte schwer sein, zu entscheiden, welcher der Prinzen aus der Familie Hohenzollern am peinlichsten bemüht ist, politisch hervorzutreten, und man braucht nur darauf hinzuweisen, dass beispielsweise der Prinz August Wilhelm²⁰⁸ und der Prinz Oskar gern an Stahlhelmversammlungen teilnehmen, in denen der Republik Kampf bis aufs Messer angekündigt wird.“²⁰⁹

4.7 Die endgültige Version des Regimentsdenkmals

Ab April 1930 machte die Errichtung des Denkmals sichtbare Fortschritte. Die Presse überschlug sich in Lobeshymnen. Das Erinnerungszeichen auf dem Tönsberg hinterlasse bereits von weitem den „Eindruck eines griechischen Tempels“.²¹⁰ Es entstehe ein „Ehrenmal von ganz besonders tief empfundener künstlerischer Eigenart und selten packender Wirkung“.²¹¹ Auch das sozialdemokratische *Volksblatt* erkannte „ein Ehrenmal von besonderer Eigenart“.²¹² Ende Juni 1930 meldeten die Zeitungen, dass das Denkmal beinahe vollendet sei. Die Bauarbeiter installierten den in Essen aus Bronze gegossenen Infanteristen.²¹³ Am 9. Juli wurde eine Urne mit einer Liste der Namen sämtlicher Gefallener des K.I.R. 145 in den Grundstein gemauert. Neben Generalmajor a. D. Thümmel und Bürgermeister Reuter nahmen Baurat Streich, der Kriegervereinsvorsitzende Wachsmuth, der Vorsitzende des Oerlinghauser Vereins der 145er Kochsiek und Maurermeister Oberdiek an der kleinen Zeremonie teil.²¹⁴

Zu jener Zeit befasste sich der Denkmalsausschuss mit drei Entwürfen für den Spruch, der in die vier Architraven, also die horizontalen Balken des Säulen-Umlaufs, eingraviert werden sollte. Die drei Vorschläge lauteten:

„Brüder, ihr starbt für uns /
Einig wollen wir streben /
Zu neuer Macht das Vaterland zu heben“
(Stadtbaurat Theodor Streich)

„Wanderer, stehe still /
Denk an die tausend Helden /
Sie starben für dies Land /
Und auch für Dich“
(Bürgermeister August Reuter)

²⁰⁸ Prinz August Wilhelm von Preußen („Prinz Auwi“) war mit dem 1. April 1930 in die NSDAP eingetreten.

²⁰⁹ BERLINER TAGEBLATT vom 13. Dezember 1927 (Morgenausgabe). Das zentrale SPD-Organ berichtete 1932, dass Prinz Oskar gar als möglicher Präsidentschaftskandidat der Harzburger Front aus NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Reichslandbund und Alldeutscher Verband gehandelt wurde. VORWÄRTS vom 18. Februar 1932.

²¹⁰ WZ vom 20. Mai 1930.

²¹¹ WZ vom 1. August 1930.

²¹² VOLKSBLATT vom 5. August 1930.

²¹³ WZ vom 30. Juni 1930.

²¹⁴ DIEKMANN 1936, 123.

„Der Heimat heiligen Boden schirmend /
Starbet ihr Tapferen unbesiegt /
Des Opfers Größe ehrend /
Hemme den Schritt, Du Wanderer“
(Bildhauer Berthold Müller-Oerlinghausen)

Welche Diskussionen es gab und wie die Entscheidung letztlich getroffen wurde, ist nicht mehr nachvollziehbar. Die schließlich in roten Lettern angebrachte „Mahnung“ lautete an Müller-Oerlinghausens Vorschlag orientiert und die „Dolchstoßlegende“ der „unbesiegten Armee“ aufgreifend:

„Wanderer hemme den Schritt /
Schirmend der Heimat heiligen Boden /
Starben die Tapferen unbesiegt /
Beuge Dich vor des Opfers Größe“



*Abb. 18: Architrav mit der an die „Dolchstoßlegende“ angelegten Formel „unbesiegt“ (invicti).
Auf der Ansichtskarte (1930) finden sich auf den Sockeln im Eingangsbereich
die zur Einweihungsfeier aus Gips modellierten Königstiger.
(Sammlung Jürgen Hartmann)*

Die Inschrift verstärkte noch den Eindruck einer altertümlichen Tempelanlage, scheint sie doch dem Epigramm am Thermopylen-Denkmal entlehnt zu sein, welches in deutscher Übersetzung lautet:

„Wanderer, kommst du nach Sparta /
Verkünde dorten, du habest /

uns hier liegen gesehn /
wie das Gesetz es befahl“

In der Schlacht bei den Thermopylen 480 v. Chr. hielten wenige griechische Truppen einen Engpass besetzt und der anrückenden persischen Übermacht über mehrere Tage stand. Diese Schlacht diente später immer wieder als „Beispiel für einen heroischen Opfertod“.²¹⁵

Wenige Tage vor der großen Einweihungszeremonie war das „Ehrenmal“ weitgehend fertiggestellt. In der „Tempelanlage“ lag nun auf einem Sarkophag, dem „Altar des Vaterlandes“, ein gefallener Soldat aufgebahrt, in seinen Händen ein Gewehr haltend. Teilweise war der Körper von einer Regimentsfahne bedeckt. Es handelte sich somit um die klassische plastische Darstellung eines liegenden Toten auf einem Steinsarg, einen so genannten Gisant. Deutlich treten Müller-Oerlinghausens gestalterische Anleihen für die Plastik am Kriegerdenkmal im Münchener Hofgarten hervor, welches 1924 eingeweiht und 1928 vollendet wurde. Der liegende tote Soldat, der von Bernhard Bleeker erschaffen wurde, inspirierte offenbar den Oerlinghauser Künstler.²¹⁶ Eine recht ähnliche Figur findet sich mit dem 1928/29 erbauten Gefallenental in Berlin-Schmargendorf. Es handelt sich auch hier um die Bronzeskulptur eines aufgebahrten Infanteristen mit Helm, Mantel, Koppel und Patronentasche, der teilweise durch eine Zeltbahn abgedeckt ist.²¹⁷ Ein 1934 errichtetes „Ehrenmal“ in Kleve mit einem von Ewald Mataré geschaffenen „Toten Krieger“ wurde 1938 von den Nationalsozialisten des Nachts abgebrochen. Im Jahr zuvor waren Werke von ihm als „entartete Kunst“ beschlagnahmt worden.²¹⁸

Der etwa 1,50 Meter hohe Kenotaph Müller-Oerlinghausens trägt auf der vorderen Seite in großen Lettern die Inschrift „Das Königs Inf Rgt 145 seinen gefallenen Helden“, darunter ein eingraviertes Kreuz. Auf der Rückseite ist zu lesen:

„Es fielen vom Königs-Infanterie-Regiment Nr. 145
111 Offiziere 125 Feldwebel und Vizefeldwebel
3.300 Unteroffiziere und Mannschaften“

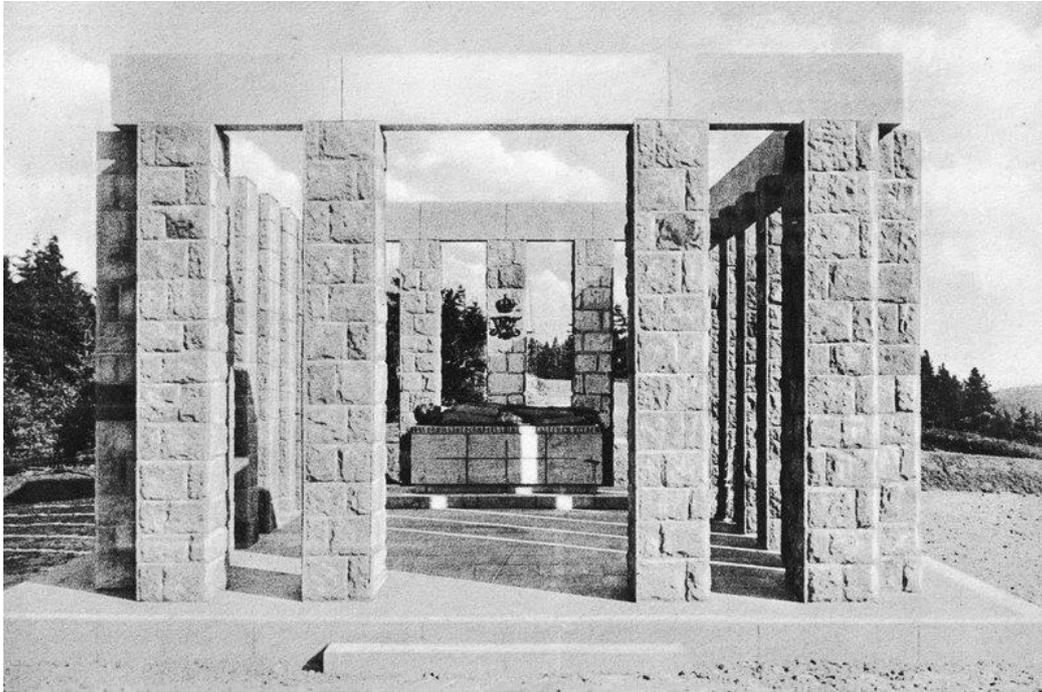
²¹⁵ S. dazu [https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_bei_den_Thermopylen_\(Perserkriege\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_bei_den_Thermopylen_(Perserkriege)) (Aufruf: 15. Oktober 2024).

²¹⁶ Dazu FRANK HENSELEIT, Der Bildhauer Bernhard Bleeker (1881-1968), Leben und Werk, Bd. I: Textband. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Augsburg, 2005, 174. S. außerdem [https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegerdenkmal_im_Hofgarten_\(München\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kriegerdenkmal_im_Hofgarten_(München)) (Aufruf: 1. Oktober 2024). S. ebenso die ähnliche Skulptur in Höhmühlbach (Pfalz): http://www.denkmal-projekt.org/2012/hoehmuehlbach_gem-rieschweiler-muehlbach_lk-suedwestpfalz_wk1_w2_rhein-pf.html (Aufruf: 1. Oktober 2024).

²¹⁷ Ich danke Pauline Ahrens von der Bildhauerei in Berlin (Hochschule für Technik und Wirtschaft) für Erläuterungen zum Kriegerdenkmal in Schmargendorf. Das Denkmal befindet sich an der evangelischen Kreuzkirche, Hohenzollerndamm/Forckenbeckstraße. S. dazu http://www.denkmal-projekt.org/2014/schmargendorf_kreuzkirche_stadtbez-charlottenburg-wilmersdorf_berlin.html und http://www.denkfried.de/wp/?page_id=34128 (Aufruf: 1. Oktober 2024).

²¹⁸ Zu Mataré s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ewald_Mataré (Aufruf: 25. Oktober 2024). Für den Hinweis danke ich Joachim Kleinmanns.

Auf der Regimentsfahne, welche den bronzenen Gefallenen teilweise verhüllt, findet sich der Wahlspruch der Truppenfahnen der Preußischen Armee „pro gloria et patria“ (Für Ruhm und Vaterland). Eine Säule an der Kopfseite des „Ehrenmals“ ist mit den bronzenen Insignien der Hohenzollern versehen.



*Abb. 19: Das „Ehrenmal“ auf dem Tönsberg, Ansichtskarte von 1938
Im Hintergrund die Säule mit den Insignien von Wilhelm II.
(Sammlung Jürgen Hartmann)*

Abgesehen vom übertrieben nationalistischen Pathos der Architraven-Inschrift sorgt die tempelartige Architektur für eine „Heiligsprechung“ der Gefallenen. Somit handelt es sich in keiner Weise um ein Denkmal der Trauer und des Trostes oder gar um eine steinerne Mahnung zu Frieden und Völkerverständigung. Noch deutlicher zum Ausdruck kommen sollte die Intention des „Ehrenmals“ schließlich in den Reden zur Einweihung am 31. August 1930.

Das Regimentsmal blieb allerdings in einem Detail unvollendet. Den Eingang zum „Heiligtum“ sollten eigentlich zwei wachende Königstiger flankieren. Aber die Mittel waren knapp und daher wurden für den Tag der Weihe auf den Sockeln zwei Gipsmodelle platziert. Der Plan, sie in den nachfolgenden Monaten als Bronzeskulpturen zu installieren, wurde nie verwirklicht.²¹⁹

4.8 Die Einladung zur Weihefeier

Die Vorbereitungen zur Einweihung liefen auf Touren. In Oerlinghausen waren es vor allem Bürgermeister Reuter, der Kriegervereinsvorsitzende Wachsmuth und der Vorsitzende der Oerlinghauser Vereinigung der ehemaligen 145er Kochsiek, welche die Aufgaben der Organi-

²¹⁹ Die Mittel für die Königstiger fehlten noch im Frühjahr 1933, da es weiterhin Außenstände bei einigen Vereinen gab. S. DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Februar 1933.

sation vor Ort, vor allem die aufwändige Quartierbeschaffung für die Regimentsangehörigen, übernahmen. Sie standen in engem Kontakt mit dem Verbandsvorsitzenden Frellöhr und dem Denkmals- und Festausschussvorsitzenden Helbig. Die Einladung zur großen Veranstaltung streifte in versöhnlichem Ton die zahlreichen Hürden der vergangenen Jahre:

„Unsere alte Garnison Metz ist uns genommen. Deshalb haben wir als Standort unseres Denkmals den Ort gewählt, in welchem in den Kriegsjahren das Ersatzbataillon des Regiments lag, die Stadt, aus der dann so manche Kameraden ins Feld gerückt sind. – Dort oben auf dem Tönsberge, mitten im Teutoburger Walde, ist nun ein Ehrenmal entstanden, das in schlichter, aber erhebender Weise an unsere teuren Toten und an unser stolzes Regiment verkündet. Es hat lange gedauert, bis wir uns über den Standort und über die Form des Denkmals einigten. Nun ist es endlich soweit, dass über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg eine, unseren gefallenen Helden würdige Ehrung geschaffen wurde, bei deren Weihe wir uns die Hand reichen wollen mit dem Gelöbnis alter unwandelbarer Treue zu unserem Regiment.“²²⁰

4.9 Exkurs: Der „Zeppelin-Skandal“

Das Interesse in der Bevölkerung stieg gewaltig, als Zeitungen verkündeten, dass ein Zeppelin am 31. August den Tönsberg überfliegen würde. Erstmals berichtete die in Bielefeld erscheinende *Westfälische Zeitung* davon am 21. Mai. Als Datum des Überfluges mit Ziel Bielefeld war hier jedoch noch der 6. oder 7. September genannt.²²¹ Im Juni fragte der Bürgermeister deshalb bei der Luftschiffbau in Friedrichshafen an. Er habe gehört, dass der Zeppelin am 31. August in Bielefeld landen solle. „Das Motorengeräusch des ‚Graf Zeppelin‘ würde dieser Feier eine gewaltige Sinfonie sein“, schrieb Reuter und bat darum, einen Kranz über dem Denkmal abzuwerfen. Dieser Kranz würde zur Verfügung gestellt.²²² Sechs Wochen benötigte die Gesellschaft, um schließlich eine Absage zu senden. Man könne die genaue Route aus meteorologischen Gründen nicht bestimmen, Vorrang habe auf jeden Fall die pünktliche Landung in Bielefeld. Außerdem wolle man keinen Präzedenzfall schaffen.²²³ Bekanntgegeben wurde diese Absage allerdings nicht. Noch am 5. August war in Zeitungen zu lesen, dass der Oerlinghauser Unternehmer und Politiker Richard Müller als Passagier des Zeppelins veranlassen wolle, „dass das Luftschiff Oerlinghausen überfliegt.“ Dabei beabsichtige er, direkt über der Weihefeier einen Kranz aus der Gondel abzuwerfen.²²⁴ Die *Westfälische Zeitung* aus Bielefeld gab in ihrer Ausgabe vom 7. August den Brief eines Unbekannten aus Friedrichshafen wieder, der deutliche Zweifel an einem Überflug des Tönsbergs anmeldete.²²⁵ Am Vortag der Denkmalsweihe kritisierte das Blatt in scharfer Weise den *Oerlinghauser Anzeiger*.²²⁶ Dessen „unverantwortlicher und irrefüh-

²²⁰ Einladung zur Weihe, undatiert (ca. Juni 1930), in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 14.

²²¹ WZ vom 21. Mai 1930.

²²² Bürgermeister Reuter an Luftschiffbau, 18. Juni 1930, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 14.

²²³ Luftschiffbau Friedrichshafen an Bürgermeister, 29. Juli 1930, EBD.

²²⁴ WZ vom 5. August 1930.

²²⁵ WZ vom 7. August 1930.

²²⁶ EBD.

render Nachricht“, das Luftschiff würde die Bergstadt überfliegen, stehe die deutliche Absage der Flugleitung entgegen.²²⁷ Tatsächlich überflog der in Bielefeld landende Zeppelin Oerlinghausen nicht. Die *Lippische Landes-Zeitung* verkündete „Auf Bielefelds Verbot wird Oerlinghausen nicht überflogen“.²²⁸ Einen Tag später legte das Blatt mit „Zeppelins Rache“ nach. Für die vorschnelle Meldung des *Oerlinghauser Anzeigers* sei durch die Luftschiffführung „Vergeltung geübt“ worden.²²⁹ Die *Westfälische Zeitung* sah sich aufgrund der herrschenden Stimmung unter einigen Oerlinghauser Bürgern nach der Weihe noch einmal zu einer Klarstellung genötigt: „Die Bielefelder Zeitungen sind schuldlos“.²³⁰

Ungetrübt von dieser Entwicklung zeigte Reuter sich äußerst umtriebig und ließ keine Gelegenheit verstreichen, um für das Großereignis und somit die Stadt Oerlinghausen zu werben. Zwei Wochen vor der Weihe bat er sogar die Westdeutsche Rundfunk AG, den Termin in einer ihrer Sendungen bekannt zu geben. Die sandte ihm ein Angebot über Funkwerbung zu, welches Reuter mit dem Vermerk „zu teuer!“ abheftete.²³¹

4.10 Die Einweihung des Regimentsdenkmals am 31. August 1930

Bereits ab Samstagvormittag, 30. August, strömten die ehemaligen Regimentsangehörigen zu Hunderten in die Stadt. Sämtliche Betten in der Sommerfrische waren ausgebucht. Hinzu kamen mit Feldbetten eingerichtete Säle, allein im Gasthof Scherenkrug wurden 100 Mann untergebracht. Auch Privatpersonen nahmen Gäste auf. Viele der Besucher reisten mit dem Zug bis zum Bahnhof Oerlinghausen an, andere kamen in Gruppen in geliehenen Lastwagen, was für größere Verkehrsprobleme in der Stadt sorgte. Im Rathaus erhielten die Gäste ihr Quartiersbillet und das Festabzeichen, ein schwarz-weiß-rotes Bändchen mit dem Aufdruck „Denkmalsweihe und Regiments-Appell / Oerlinghausen, 31. August 1930“. Die Stadt versank in einem „Meer aus Fahnen, Flaggen und Wimpeln“ und das gesamte Wochenende war begleitet von „Hohenzollernwetter“, wie die Regimentszeitung anschließend berichtete.

Am Samstagabend um 19 Uhr startete das Programm mit dem Antreten auf dem Marktplatz. Der Kriegervereinsvorsitzende Wachsmuth begrüßte die Gäste. Dann formierte sich ein Zug bestehend aus den Regimentsvereinen unter Begleitung eines Tambourkorps und der Kapelle des Ausbildungsbataillons des in Detmold stationierten I.R. 18 zum Festplatz. Begleitet war das Geschehen von Böllerschüssen vom Tönsberg. Das Hauptzelt auf der Festwiese war mit rund 2.000 Menschen gefüllt. Versammelt hatten sich bereits die ehemaligen Kommandeure Hermann von der Heyde, Willy von Livonius und Franz von Huth. Dabei waren auch der Vorsitzende des Regimentsverbandes, die Vorsitzenden der einzelnen Regimentsvereine, der Bürgermeister, Berthold Müller-Oerlinghausen und Theodor Streich wie der letzte Kommandeur des Ersatzbataillons, Walther Freiherr von Wintzingerode.

²²⁷ WZ vom 30. August 1930.

²²⁸ LLZ vom 2. September 1930.

²²⁹ LLZ vom 3. September 1930.

²³⁰ WZ vom 6. September 1930.

²³¹ Vorgang Westdeutsche Rundfunk AG/WERAG GmbH, August 1930, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 14.

In der Uniform der Liegnitzer Königsgrenadiere erschien nun Prinz Oskar. Nach einer kurzen Begrüßung des Verbandsvorsitzenden Frellöhr, die mit drei „Hurras“ für den Prinzen schloss, überbrachte Oskar von Preußen die Grüße seines Vaters an die Anwesenden. Das Regiment möge „einst in altem Stolz wiedererstehen“. Seine kurze Rede schloss mit einem gegen die Republik gerichteten Appell, alle Kameraden sollten sich in den Dienst des Vaterlandes stellen, „um dieses wieder hochzubringen“.²³² Die folgenden vielfach sperrigen Reden des Abends waren ebenfalls von deutschnationalen und monarchistischen Tönen durchtränkt. Willy von Livonius bedauerte, dass der Kaiser heute in ihrer Mitte fehle. Dieser sei „der Ärmste von allen Kameraden [...], da grausames Feindesdiktat ihn hindere, heute unter uns zu sein und mit uns deutsche Luft zu atmen.“²³³ Immerhin hatte Frellöhr im Namen des Regimentsverbandes wenige Stunden zuvor ein Telegramm an „Kaiser Wilhelms Majestät, Doorn“ gesendet und dem „Allerhöchsten Regiments-Chef“ anlässlich der Denkmalsweihe „treue Ehre“ gelobt. Noch am Abend traf eine kurze Dankesantwort ein.²³⁴ Um Mitternacht fand ein Nachtappell statt, der bleibenden Eindruck bei vielen kaisertreuen Gästen hinterließ:

„Hell strahlt der ‚Pudding‘ – die alte Windmühlenruine auf dem Tönsberg – durch die Nacht, hell erleuchtet auf ihr, von Scheinwerfern bestrahlt, die schwarz-weiß-rote Fahne.“²³⁵

Die Fahne des Kaiserreichs war als eindeutige Provokation vom Besitzer des Gutes Niederbarkhausen, Major a. D. Siegfried von Lentzke, einem Anhänger der Deutschnationalen, aufgezogen worden.²³⁶

Der folgende Sonntag, der 31. August, gehörte zu den heißesten Tagen des Jahres in Oerlinghausen. Um 6 Uhr weckten Trompetenklänge Gäste wie Bewohner. Ab 9 Uhr sammelten sich die Regimentskameraden mit Fahnen und Standarten, sowie Honoratioren und Vertreter verschiedener Vereine und Organisationen auf dem Marktplatz. Von dort setzte sich eine halbe Stunde später ein langer Zug den Tönsberg hinauf in Bewegung. In der Berichterstattung ist von einigen tausend Menschen die Rede, die sich am „Ehrenmal“ sammelten.

²³² DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 4. Oktober 1930.

²³³ EBD.

²³⁴ Der ehemalige Kaiser erhielt im Anschluss ein Fotoalbum der Einweihung zuleitet. Es befindet sich heute im MUSEUM HUIS DOORN (Niederlande), Objectnr. HuDF-A074, online unter: <https://kenniscentrumhuis-doorn.nl/collection/albums/a074> (letzter Aufruf: 22. Oktober 2024)

²³⁵ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 4. Oktober 1930.

²³⁶ Siegfried von Lentzke hatte 1899 die Gutserbin Paula Tenge geheiratet. Zu seinem deutschnationalen „Gebaren“ s. VOLKSBLATT vom 5. Mai 1923. 1928 und 1932 kandidierte von Lentzke auf der „Bürgerlichen Liste“ für die Gemeindevertretung in Asemissen. VOLKSBLATT vom 27. Januar 1928. Der Windmühlentumpf befand sich in von Lentzkes Besitz. Im Mai 1930 untersagte er der Stadt, dort den städtischen Wimpel zu hissen. 1931 sah ihn das Volksblatt als „Nazianhänger“, der vor einem Volksentscheid Druck auf Lieferanten ausgeübt habe, s. VOLKSBLATT vom 23. Juni 1931.



Abb. 20: Der Aufmarsch zur Weihefeier, vorbei am jüdischen Friedhof, 31. August 1930
(Kreisarchiv Lippe, K 7 Oerlinghausen Bildarchiv Nr. 2377)

Den Auftakt der Weihe in brütender Hitze machte der Domprediger Homberg aus Paderborn, der es sich nicht nehmen ließ, sein Eisernes Kreuz I. Klasse am Rock zu tragen. Er erinnerte an „deutsche Treue, Liebe und Ehre“, mahnte im deutschnationalen Sinne zur „Einigkeit“ und beklagte die „Fesseln des Versailler Vertrags“:

„Ihr [die Toten, JH] seid früh vollendet und euer junges Leben ist hingelegt auf den Altar des Vaterlandes. [...] Ihr habt nicht umsonst gelebt. Ihr seid die Mahner, zu sagen, was Deutschland einst groß und stark gemacht hat. [...] von drüben winkt der Hermann mit seinem Schwert: Deutschlands Einigkeit, meine Stärke! Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. Wir wollen frei sein, wie die Väter waren, lieber den Tod als in der Knechtschaft schmachten, Deutschland, mein Vaterland, dir ewige Treue!“

Die Ansprache des nachfolgenden Redners, des evangelischen Pfarrers von Bruch aus Mülheim, wurde bis auf die Charakterisierung als „tiefempfundene Worte“ nicht in der Regimentszeitung wiedergegeben. Ein Rabbiner oder jüdischer Prediger war nicht eingeladen worden, ebenso kein Vertreter des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF), obwohl das K.I.R. 145 auch jüdische Gefallene zu beklagen hatte.²³⁷

²³⁷ Darunter: Simon Abraham aus Bendorf, Kamillus Eppstein aus Metz, Dr. Hans Jacoby aus Elberfeld, Achilles Klein aus Düppingheim, Alfred Marum aus Wanne, Willi Meyer aus Danzig, Salomon Moses aus Köln, Friedrich Stahl aus Münster und Adolf Weißfeld aus Solingen. Vgl. REICHSBUND JÜDISCHER FRONTSOLDATEN (Hg.), Die jüdischen Gefallenen des Deutschen Heeres, der Deutschen Marine und der Deutschen Schutztruppen 1914-1918. Ein Gedenkbuch, 3. Auflage, Berlin 1933.



Abb. 21: Ansprache während der Weihefeier (Redner unbekannt), 31. August 1930
(Sammlung J. D., Frankfurt)

Zwei Wochen vor der anstehenden Reichstagswahl verlieh der ehemalige Regimentskommandeur von der Heyde seiner tiefen Abneigung gegen die Republik und seiner Sehnsucht nach Revanche in schwülstigen Worten Ausdruck:

„Heilig, dreimal heilig ist das Land, auf dem sich zu ehrendem Gedächtnis gefallener Helden ein Denkmal erhebt. [...] Wohl ihnen, dass sie ruhen unter dem kühlen, grünen Rasen, denn sie brauchten Deutschlands tiefste Erniedrigung, Deutschlands größte Schmach nicht mitzuerleben. Doch wir, denen ein gleiches Helden-Ende nicht beschieden war, wir haben die heilige Pflicht, dafür zu sorgen, dass ihre Zuversicht nicht zuschanden werde und ihre Opfer nicht vergeblich gebracht sind. [...] Nun aber haben sich große Teile des deutschen Volkes von ihrem einstigen kaiserlichen Herrn abgewandt, der jetzt, fern der Heimat, in Stille und Einsamkeit sein Leben verbringt. [...] Wir sind ein Volk geworden ohne Recht und ohne Wehr, ein bettelarmes Volk in Not und Elend, auf Generationen hinaus unseren habgierigen Feinden in harter Frohn versklavt. [...] damit dereinst aus Schutt und Trümmern Deutschland zu neuer Macht und Herrlichkeit erstehe.“

Im Anschluss an von der Heydes Ansprache wurden die Fahnen gesenkt, es folgten drei Ehrensalven, zwanzig Briefftauben wurden freigesetzt und das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ erscholl. Nach zahlreichen Kranzniederlegungen übergab Frellöhr das Denkmal in die Obhut der Stadt. Die Weihe endete mit dem Deutschland-Lied. Prinz Oskar wohnte dem theatralischen Schauspiel ohne Redeanteil bei. Gegen Mittag erfolgte der Abstieg zur Festwiese, wo Erbsen-

suppe und ein Kaffeetrinken auf die Besucher warteten. Das Festprogramm endete am Nachmittag mit einem Musikzug. Die vielen tausend Besucher machten sich auf ihren Heimweg.



*Abb. 22: Bürgermeister Reuter im Gespräch mit Prinz Oskar, 31. August 1930
(Sammlung J. D., Frankfurt)*

4.11 Die Nachwehen der Weihefeier

Die Einweihung des „Ehrenmals“ für die Gefallenen des K.I.R. 145 war vorüber. Die Teilnehmer hatten ein großes Wiedersehen mit vielen ehemaligen Kameraden aus den Schützengräben erlebt. Insgesamt war es jedoch ein Ereignis, welches weniger ein Gedenken an die im Krieg umgekommenen 3.536 Soldaten des Regiments, sondern vielmehr eine trotzig Huldigung von Heldentum, Kaisertrübe und nationalistischem Pathos darstellte. Die militärische Niederlage war die Erniedrigung, der Versailler Vertrag die Schmach – beides galt es zu revidieren, um „Deutschlands Größe“ wieder herzustellen. Es war ein vergiftetes Gedenken, ganz nach Fasson der schwarz-weiß-roten Kräfte, für die ein von Livonius wie ein von der Heyde standen. Sie waren sich mit vielen anderen Beteiligten einig in der Ablehnung der Republik und in ihrer Hoffnung auf den Tag der Revanche beziehungsweise der Rache. Um echte Trauer um die Gefallenen, um Frieden und vielleicht sogar um Völkerverständigung ging es ihnen dabei nicht.

Die regionale Presse berichtete ausführlich und wohlwollend über die Einweihung des Regimentsdenkmals, vereinzelt sogar mit mehreren Fotografien.²³⁸ Im sozialdemokratischen *Volksblatt* fiel die Berichterstattung über die Weihe weniger euphorisch aus. In seiner Ausgabe vom 3. September berichtete es über den Vormittag auf dem Tönsberg und vom starken Fremden-

²³⁸ WZ vom 1. September, LLZ, LTZ und LP vom 2. September 1930.

verkehr in der Stadt. Fünf- bis sechstausend Menschen seien dort – auch wegen des angekündigten „Zepp“ – zusammengekommen. Aber:

„Die Einweihung stand unter der Devise ‚Schwarz-Weiß-Rot‘. Das bewiesen nicht allein die am Rock getragenen Abzeichen, sondern auch die von Herrn v. Lentzke auf der Windmühle auf dem Tönsberg aufgezogene schwarz-weiß-rote Fahne. Damit ist der Tschintara gekennzeichnet. Die Arbeiterschaft hat für diesen Zinnober nur ein Lächeln über und wird am 14. September [anstehende Reichstagswahl, JH] schon die notwendige Antwort geben.“²³⁹

Am folgenden Tag kritisierte das lippische SPD-Organ unter dem Titel „Reichswehr bei monarchistischem Klimbim“ die Teilnahme der Kapelle des Detmolder Reichswehrbataillons – vor allem wegen der gleichzeitigen Teilnahme des Ex-Prinzen und dessen „provokatorischer Rede“: „Als hätten wir keinen 9. November 1918 gehabt.“ Das *Volksblatt* schloss mit der Frage, wie sich das Reichswehrministerium dazu stelle, dass Angehörige der Reichswehr an einem „monarchistischen Rummel“ teilnahmen.²⁴⁰



Abb. 23: Kritischer Artikel zur Teilnahme von Prinz Oskar und der Reichswehr
(*Volksblatt* vom 4. September 1930)

Diese Frage wurde im Ausland ebenfalls aufgeworfen. Das niederländische *Rotterdamsch Nieuwsblad* berichtete über die „monarchistische Propaganda-Rede“ des Prinzen und merkte an:

„Vraag: Is de rijksweeer republikeinsch?“²⁴¹

Diese Frage war durchaus berechtigt. So war es schon 1925 beim Staatsbegräbnis für den liberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten Adolf Neumann-Hofer zu einem Eklat in der Landeshauptstadt Detmold gekommen, als der Kommandeur des Reichswehrbataillons sich weigerte, die Militärkapelle spielen zu lassen. Als Begründung diente ihm, dass die Abordnung des republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dessen Ehrenmitglied der Verstorbene gewesen war, im Trauerzug hinter der Kapelle und vor dem Sarg marschieren sollte. Diese Reihenfolge stand bei Begräbnissen unter Teilnahme von Kriegervereinen bei der Reichswehr immer außer Frage. Bei der anschließenden Kranzniederlegung hatte nach Insistieren der Reichswehrkapelle das Reichsbanner ebenfalls zurückzustehen.²⁴² Dagegen zeigte die Kapelle keinerlei Bedenken, Ständchen für Angehörige des Fürstlichen Hauses darzubieten.²⁴³ Über-

²³⁹ VOLKSBLATT vom 3. September 1930.

²⁴⁰ VOLKSBLATT vom 4. September 1930.

²⁴¹ ROTTERDAMSCH NIEUWSBLAD vom 23. September 1930.

²⁴² VOLKSBLATT vom 25. Mai 1925.

²⁴³ VOLKSBLATT vom 16. September 1925.

haupt zeigten sich die Reichswehr und das in Detmold stationierte Bataillon mit seiner Kapelle als wenig verlässliche Stützen der Republik. Zu den bis 1932 stattfindenden Verfassungsfeiern am 11. August am Lippischen Landtag oder im Landestheater versuchte das Bataillon regelmäßig, die Teilnahme einer Ehrenkompanie wie auch der Musikkapelle unter teilweise fadenscheinigen Begründungen zu vermeiden. 1931 verweigerte der Standortälteste recht offen die Abordnung der Ehrenkompanie, was aber aufgrund der Beschwerde des Landespräsidenten Heinrich Drake beim Reichswehrminister nicht von Erfolg gekrönt war. An der letzten Verfassungsfeier 1932 im Detmolder Landestheater beteiligte sich die Reichswehrkapelle schon nicht mehr.²⁴⁴

5 Gefallenengedenken in Oerlinghausen in der Endphase der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

Über Schändungen oder Entweihungen von Kriegerdenkmälern in Lippe bis 1933 ist wenig bekannt. Vielerorts wurden jedoch niedergelegte Kränze mit schwarz-rot-goldenem Schmuck gestohlen oder beschädigt.²⁴⁵ In Oerlinghausen hatten Unbekannte im September 1929 die Abschlussplatte des Grundsteins für das Regimentsdenkmal auf dem Tönsberg völlig zertrümmert, so dass diese ersetzt werden musste. Ob ein politisches Motiv dahinterstand, ist unklar.²⁴⁶

In den Jahren nach der Errichtung waren wie anderenorts die Erinnerungszeichen in der Stadt immer wieder Orte eines einseitigen Gedenkens, bei dem antirepublikanische und revanchistische Botschaften im Mittelpunkt standen. Nationalistische und völkische Gruppierungen nutzten diese Orte in ihrem Sinne, wie die Historikerin Loretana de Libero festhält:

„Die Trauer um die Millionen von Toten, der Wahnsinn eines jahrelangen männermordenden Krieges vermochte nicht die vielfältigen Feindbilder aus den Köpfen zu löschen. [...] Wollten die Betroffenen aber weder vergeben noch vergessen, wurden die Wunden zwangsläufig offen gehalten, die ‚heißen‘ Gefühle weiter geschürt. Der Weltkrieg endete nicht im Denkmal, der Krieg wurde mittels Denkmal weitergeführt, nicht nur nach innen für oder gegen den Staat oder einzelne Gruppierungen, sondern auch als Demonstration, ja als gewollte Provokation nach außen über die Schlagbäume hinweg. Das Erinnerungszeichen diente häufig nicht nur als bloßer Gedächtnisort, sondern als politisches Instrument, um den äußeren oder inneren Feind als Verursacher des Leids oder als Sündenbock zu schmähen.“²⁴⁷

²⁴⁴ S. ANDREAS RUPPERT/HANSJÖRG RIECHERT, *Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945*, Bielefeld 2001, 60-66, hier 64 ff. In Oerlinghausen fanden wie in anderen Orten ebenfalls Verfassungsfeiern statt, hier zumeist im Rathaus. Ruppert/Riechert weisen zu Recht darauf hin, dass diese Feiern ein „Barometer zum Stand der Akzeptanz von Verfassung und Republik“ gewesen seien. In Lage lehnte die Bürgerliche Einheitsliste 1929 die vorgesehenen Mittel von 100 RM für die Verfassungsfeier ab. Vgl. VOLKSBLATT vom 3. August 1929.

²⁴⁵ In Detmold wurden die Schleifen in den Farben der Republik am vom Landespräsidium niedergelegten Kranz einfach entfernt. REICHSBANNER vom 1. Juli 1926.

²⁴⁶ WZ vom 1. Oktober 1929.

²⁴⁷ DE LIBERO 2014, 249.

Beispiele dafür finden sich auch in Oerlinghausen. Im August 1928 fand hier der 49. Abgeordnetentag des Lippischen Kriegerbundes mit rund 700 Teilnehmern statt. Dessen Vorsitzender, August Caesar, stand schon zu jener Zeit im Ruf, der NSDAP nahe zu stehen. Am Kriegerdenkmal bei der Alexanderkirche sammelte sich der Festzug, Caesar hielt eine Ansprache. Dem *Volksblatt* zufolge geißelte er von „wenig Geist“ durchdrungen vor allem den „Schmachfrieden“. Ähnlich bissige Kritik rief die Rede Karl Husemanns (DDP), des Stadtverordneten der Einheitsliste und Schriftführers des Kriegervereins, hervor, der die Kriegervereine als Vorbilder für die Jugend betrachtete. Am Ende dieser Veranstaltung stand das lautstarke „Bekanntnis zur schwarz-weiß-roten Fahne.“²⁴⁸

Das Erinnerungszeichen an der Alexanderkirche trat in den folgenden Jahren im Bewusstsein der Oerlinghauser Bevölkerung gegenüber dem „Ehrenmal“ auf dem Tönsberg in den Hintergrund. Zu offiziellen Anlässen wie zu den Volkstrauertagen und Totensonntagen fanden sich noch Amts- und Würdenträger ein, Parteien und Vereine legten an beiden Erinnerungszeichen Kränze nieder. Im November 1931 erreichte der „Kampf ums Gedenken“ einen vorläufigen Höhepunkt. Mit dem Anwachsen der NSDAP und der Gründung eines SA-Trupps in Oerlinghausen ging der massive Versuch einher, das Gefallenengedenken zum Volkstrauertag zu vereinnahmen. Um Ausschreitungen und Zusammenstöße zu verhindern und angesichts eines bevorstehenden landesweiten Demonstrationsverbots, wurde es NSDAP und SA untersagt, eine Massenveranstaltung am Kriegerdenkmal an der Alexanderkirche sowie am „Ehrenmal“ auf dem Tönsberg durchzuführen. 800 SA-Leute aus Lippe und dem Ruhrgebiet waren zu dieser Kundgebung angekündigt und auch erschienen. Nur zwei Nationalsozialisten durften am 9. November 1931, der nicht nur Volkstrauertag, sondern zugleich achter Jahrestag des Hitler-Putsches war, Kränze niederlegen. Parallel zu diesem „Sturm auf Oerlinghausen“ – so titelte die *Lippische Landes-Zeitung* – fanden in Sälén Gegenveranstaltungen von SPD und KPD statt.²⁴⁹

Am 22. November 1931 beging wiederum der Oerlinghauser Kriegerverein mit Vertretern des Regimentsverbandes der 145er mit einem gemeinsamen Gottesdienst und Kranzniederlegungen an der Kirche und auf dem Tönsberg den Totensonntag.²⁵⁰ Einen der seltenen Kontrapunkte stellte ein Jahr später eine Veranstaltung des republikanischen Reichsbanners unter schwarz-rot-goldenen Fahnen dar. Zu dieser Gedenkfeier am Kriegerdenkmal an der Alexanderkirche hatte man den Lemgoer Schulleiter Dr. Ulrich Walter geladen, der über die Schrecken des Krieges sprach. Zum Abschluss erklang das „Friedenslied“.²⁵¹

Mit dem Frühjahr 1933 und der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten sahen viele Mitglieder des Regimentsverbandes des K.I.R. 145 sowie des Oerlinghauser Kriegervereins ihre

²⁴⁸ VOLKSBLATT vom 25. August 1928.

²⁴⁹ OERLINGHAUSER ANZEIGER vom 5., 7. und 9. November und LLZ vom 7. und 10. November 1931. Vgl. GARTENSCHLAGER/HARTMANN/SEIDEL 1986, 30.

²⁵⁰ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Februar 1932.

²⁵¹ VOLKSBLATT vom 23. November 1932. Walter war auch Hauptredner bei der ersten Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die während des Nationalsozialismus ermordeten und umgekommenen Juden aus Lippe in Lemgo im Oktober 1948.

fortwährend artikulierte Sehnsucht erfüllt. Der Verbandsvorsitzende Frellöhr beschwor auf der Titelseite des Verbandsorgans:

„Der 30. Januar 1933 ist ein historischer Tag in der Geschichte des Nachkriegsdeutschlands, er ist ein heiliger Tag! 14 Jahre nach der verbrecherischen Revolte des 9. November 1918 hat der Wille unseres greisen Reichspräsidenten, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg uns eine autoritäre, nationale Führung beschert. Als die Kunde von der endlich erreichten Einigung der nationalen Kräfte die deutschen Gaue durcheilte, bewegte ein großes dankbares Gefühl das deutsche Volk. Auch wir Königs-Infanteristen haben diesen Tag erlebt, der uns allen Erfüllung des jahrelang heißersehnten Zieles brachte. [...] Wir stehen auf gegen die Mächte der Zersplitterung, des Klassenkampfes und des reinen Materialismus und wir wollen weiter kämpfen für ein sauberes, starkes, freies und glückliches Reich, für ein schwarz weiß rotes Deutschland!“²⁵²

Kaum verhohlen rief Frellöhr dazu auf, bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 der NSDAP die Stimme zu geben. Nicht anders verhielt es sich mit dem Kriegerverein in Oerlinghausen. Dieser rief zu einem Fackelmarsch zum „Tag der nationalen Revolution“ am 21. März auf, der mit einem „Flammenfeuer“ am Windmühlenstumpf auf dem Tönsberg endete. Der Vorsitzende Dr. Wachsmuth „hielt eine packende Rede im Sinne des erwachsenen [sic] Deutschlands“.²⁵³ Im Juni verkündete der Verein statt der Gleichschaltung die „Einschaltung“ ins nationalsozialistische Leben und den nationalsozialistischen Aufbau.²⁵⁴ Ab November hatte schließlich jedes Mitglied bei Veranstaltungen die Hakenkreuzbinde zu tragen.²⁵⁵

Die Nationalsozialisten machten den Volkstrauertag 1934 zum „Heldengedenktag“. Die Heldenverehrung war damit fortan staatlich verordnet. Auf die jährliche Wiedersehensfeier der 145er war 1933 aufgrund der Ereignisse verzichtet worden. Der neue, nationalsozialistische Bürgermeister Friedrich Möller wusste noch nicht zu sagen, ob es diese 1934 geben würde.²⁵⁶ De facto fand ein solches Treffen sämtlicher Regimentsvereine bis 1945 nicht mehr statt. Nur einzelne Vereine folgten den Einladungen des Kriegervereins zu „Totengedenkfeiern“ oder ähnlichen Veranstaltungen in den folgenden Jahren.²⁵⁷ Etwas größer begangen wurden die „Heldengedenktage“. Der NSDAP gelang es, diese mit Beflaggung der Stadt und breiterer Beteiligung zu inszenieren.²⁵⁸ Am 12. März 1939, ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn, beging die Ortsgruppe der Partei die Gedenkfeier im Saal des Stadthotels. Mit dabei waren die SA, die SS

²⁵² DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Februar 1933.

²⁵³ WZ vom 22. März 1933.

²⁵⁴ LLZ vom 14. Juni 1933.

²⁵⁵ LLZ vom 9. November 1933.

²⁵⁶ Bürgermeister Möller an Guzmann (Regimentsverein Schwerte), 25. August 1933, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 14.

²⁵⁷ S. u. a. WZ vom 7. August 1934, 1. August 1935, 24. Juli 1936, 30. Juni 1937 und 14. Juni 1938.

²⁵⁸ 1935 nahmen ehemalige Soldaten und Frontkämpfer in Uniform Aufstellung neben dem „Feldgrauen“ an der Kirche, nachmittags zog man zum Regimentsdenkmal. LStZ vom 19. März 1935.

und die Kriegerkameradschaft. Die Stadt war – wie die Presse schrieb – in ein „Flaggenmeer“ getaucht. Eine Delegation legte Kränze an den Kriegerdenkmälern nieder.²⁵⁹

Während des Krieges nahm die Zahl der Veranstaltungen stetig ab. Die wenigen Gedenkveranstaltungen dienten nun der „moralischen Mobilisierung“. Im Januar 1940 fand eine kleine „Gedenkstunde“ am Regimentsdenkmal auf dem Tönsberg statt, nach einer kurzen Ansprache beschloss man diese mit dem Gelöbnis der unverbrüchlichen Treue zum „Führer“.²⁶⁰ Vor dem Weihnachtsfest 1940 erschien auch die letzte Ausgabe der Zeitung der 145er. Im Geleitwort gratulierte der Kommandeur des I. Bataillons des Infanterie-Regiments 12, des Traditionsbataillons, „aus dem Felde“ zum 50. Geburtstag des K.I.R. 145. Redaktionsleiter Isenburg verkündete, zu einer Felddivision eingezogen worden zu sein und nur noch über wenig Zeit für die Herausgabe des Blattes zu verfügen. Er wünschte ein gesegnetes Fest: „Vom Frieden wollen wir nicht reden, sondern nur vom Sieg!“²⁶¹ In den Jahren 1941 bis 1944 gedachte man bereits nicht mehr der Gefallenen des Ersten, sondern der des gegenwärtigen Weltkrieges. Die Ortsgruppenleiter ließen sich nicht nehmen, dabei auf bis zum Schluss auf die „überragenden Leistungen“ der Wehrmacht hinzuweisen.²⁶²

Die Kriegswende 1942/43, eingeläutet mit der Niederlage bei Stalingrad, ging einher mit einer letzten Mobilisierung verfügbarer Ressourcen – Menschen wie Material – im Reichsgebiet. Wie 1917 wurde im Rahmen von Metallsammlungen auch an die Bronze vorhandener Denkmäler gedacht. Ende Januar 1943 hielt der Oerlinghauser Bürgermeister Möller fest, dass der Infanterist des „Ehrenmals“ auf dem Tönsberg „vorläufig zurückgestellt“ sei.²⁶³ Pflegemaßnahmen an den Erinnerungszeichen waren jedoch bereits seit einiger Zeit ebenfalls zurückgestellt worden. Im April 1944 wendete sich das Oerlinghauser Pfarramt an die Stadt, die NSDAP-Ortsgruppe sowie den Kriegerverein und berichtete vom „unwürdigen Zustand“ der Anlage um das Kriegerdenkmal an der Alexanderkirche, die zunehmend zu einem Spiel- und Abfallplatz verkomme:

„[...] Trotz allen unseren Ausgaben (auch für die bauliche Instandhaltung haben wir in den letzten Jahren manches an Geld ausgegeben) und trotz aller Bemühungen verlottert der Platz immer mehr. Die Anlage wird allmählich mehr und mehr eine Verunehrung unserer gefallenen Helden. [...] Das Ganze wird zum Müllhaufen herabgewürdigt: alte Gefäße werden in die Fichten und Baumhecken geschleudert, gewisse Herrschaften aus umliegenden Häusern laden ihre Asche und sonstigen Unrat dort ab [...].“

Die Situation bereitete der Kirchengemeinde aus naheliegenden Motiven Sorge:

„Angesichts der Opfer in dem gegenwärtigen Krieg und der Tatsache, dass gerade auch an dieser Stelle viele Soldaten und Heimaturlauber vorbeikom-

²⁵⁹ LStZ und WZ vom 14. März 1939.

²⁶⁰ LStZ vom 2. Februar 1940.

²⁶¹ DER KÖNIGS-INFANTERIST vom 20. Dezember 1940.

²⁶² LStZ vom 31. Januar 1941, 17. März 1941, 7. November 1942, 6. November 1943 und 7. November 1944.

²⁶³ Vermerk des Bürgermeisters, 26. Januar 1943, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 14.

men, wäre es wünschenswert, wenn alle interessierten Stellen mit dazu beitragen würden, dass gerade in Kriegszeit die Ehrenmalsanlage in würdigen Zustand versetzt wird.“²⁶⁴

Schluss

Beim Absturz eines britischen Mosquito-Bombers auf dem Tönsberg am 27. Februar 1945²⁶⁵ und bei den dreitägigen Kampfhandlungen Anfang April 1945 hatte das Regimentsdenkmal Schäden erlitten. Im Sommer 1949 rief der Bürgermeister die Bürger dazu auf, Geld für die Behebung zu spenden.²⁶⁶ Auf diese Weise kamen 1.500 DM zusammen. In einer Ratssitzung im Dezember protestierte der Vertreter der KPD gegen die beabsichtigte Restaurierung des Mals, da er in diesem „eine Verherrlichung des Krieges“ sah. Er wies zugleich auf die vielen dringenden sozialen Aufgaben hin. Mit dieser Einstellung stand er allerdings allein. Der Rat übertrug die künftige Betreuung des „Ehrenmals“ der Heimatpflege und dem Verschönerungsverein.²⁶⁷



*Abb. 24: Treffen der K.I.R.-Veteranen am Regimentsdenkmal, 1965
Kranzniederlegung durch Friedrich Isenburg
(Sammlung J. D., Frankfurt)*

Die Veteranen des K.I.R. 145 trafen sich in der Folgezeit weiterhin regelmäßig am „Ehrenmal“ und gedachten mit Vertretern der Stadt und verschiedener Vereine sowie später einem regelmäßigen Ehrenzug der Bundeswehr aus Augustdorf ihrer Gefallenen. Im Mai 1965 reiste zum

²⁶⁴ Ev.-ref. Pfarramt Oerlinghausen an Stadt, 24. April 1944, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen B Nr. 217.

²⁶⁵ S. dazu Eintrag KE 10381 (10364) in der Zentralkartei der Meldestelle des Dulag-Luft Wetzlar, 27. Februar 1945, in: NATIONAL ARCHIVES (USA), German and Captured American Documents, NAID 142693799.

²⁶⁶ Aufruf „an alle Bürger Oerlinghausens“, 1. Juli 1949, in: KA LIPPE, K 7 Oerlinghausen C Nr. 14.

²⁶⁷ FREIE PRESSE vom 29. Dezember 1949.

75-jährigen „Geburtstag“ des Regiments die Kaisertochter Viktoria Luise an. Als Vertreter der „Offiziersabordnung“ war der ehemalige Regimentschronist Isenburg zugegen.²⁶⁸

1976 lebten noch etwa 65 Regimentsangehörige, viele von ihnen konnten aus Alters- oder gesundheitlichen Gründen an den Treffen nicht mehr teilnehmen.²⁶⁹ 1978, 60 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges, fand Dr. Curt Roß als einer der letzten noch lebenden Offiziere und organisatorischer Kopf der Veteranen, in seiner Ansprache mahnende Worte wie sie vorher über Jahrzehnte hinweg nicht zu vernehmen waren:

„Unsere vorausgegangenen Brüder werden uns einmal fragen, ob wir genug dafür getan haben, dass ihr Opfer den Sinn erhalten hat, dass sich solche Gewaltsamkeit nicht wiederhole. Wir sind dankbar dafür, dass auch nach unseren Tagen dieses Mahnmal in der Obhut der Stadt [...] seine Aufgabe erfüllen wird, zur Versöhnung über den Gräbern aufzurufen, und wir hoffen, dass diese Botschaft doch einmal ihre Verwirklichung findet.“²⁷⁰

Ende des Jahres verstarb Roß. Für das Gedenken im Folgejahr hatte er noch eine Rede vorbereitet, die nun vom Regimentsangehörigen Werner Brune verlesen wurde. Darin hieß es:

„Die Menschen müssen immer wieder an die Folgen und Nutzlosigkeit gewaltsamer Auseinandersetzungen erinnert werden, wie sie sich in zahllosen Soldatengräbern eindringlich darbieten.“²⁷¹

Jahr um Jahr wurden zum Volkstrauertag Kränze der Stadt, des Schützenvereins und der wenigen noch lebenden Ehemaligen des Regiments niedergelegt. Vertreter der Bundeswehr waren ebenfalls zugegen. Aussöhnung, Versöhnung und die Hoffnung auf Frieden in der Welt standen nunmehr im Mittelpunkt der Ansprachen.²⁷² 1988 sprach Bürgermeister Horst Steinkühler in seiner Rede „die historischen Tiefpunkte des Miteinanders der Völker“ an.²⁷³ Gepflegt wird das Denkmal seit vielen Jahren von der Reservistenkameradschaft Oerlinghausen.²⁷⁴ Mit Paul Kochsiek starb 1994 im Alter von 93 Jahren der letzte Oerlinghauser Regimentsangehörige.²⁷⁵ 1999 diskutierte der Stadtrat über das Gedenken speziell am Erinnerungszeichen auf dem Tönsberg. Hintergrund war ein Bürgerantrag, der sich kritisch damit auseinandersetzte. Beschlossen wurde, dass künftig eine Informationstafel auf die Geschichte des Regimentsdenkmals hinweisen sollte.²⁷⁶ Der Vorschlag, bei der Inschrift der Kranzschleifen die bisherige „Zum ehrenden

²⁶⁸ WZ vom 29. Mai 1965. S. ebenso Festschrift des ehem. K.I.R. 145 anlässlich des 75. Geburtstages dieses Regiments, Wilhelmshaven o. J. [1965]; sowie die Broschüre „Großes Treffen des ehem. K.I.R. 145 am 26. und 27. Mai 1965 in Bielefeld und Oerlinghausen“, o. O., o. J. [1965].

²⁶⁹ NEUE WESTFÄLISCHE (NW) vom 30. August 1976.

²⁷⁰ Diese Worte finden sich seit mehreren Jahren auf einer von der Stadt Oerlinghausen am Regimentsdenkmal errichteten kleinen Informationstafel.

²⁷¹ NW vom 2. September 1979.

²⁷² S. das Zitat aus einer Rede des Bürgermeisters Horst Steinkühler 1984 in der NW vom 26. Juli 1985.

²⁷³ NW vom 15. November 1988.

²⁷⁴ NW vom 18. August 2009 sowie <https://www.rk-oerlinghausen.com> (Aufruf: 22. Oktober 2024).

²⁷⁵ NW vom 9. September 1994.

²⁷⁶ Der Tafeltext enthält einen Auszug der Rede von Dr. Curt Roß, die dieser 1978 an dieser Stelle hielt.

Gedenken“ durch „Mahnendes Gedenken“ zu ersetzen, erhielt nicht die nötige Mehrheit.²⁷⁷ Die im Bürgerantrag vorgebrachte Kritik fand 2005 eine Fortsetzung in einer konträren Diskussion anlässlich des Tages des offenen Denkmals. Der ehemalige Pfarrer Helmut Albrecht brachte das unterhalb der Kirche vom Künstler Bruno Buschmann geschaffene Mahnmal für die Toten der beiden Kriege als beispielhaft ins Gespräch ein.²⁷⁸



*Abb. 25: Das 1957 errichtete Mahnmal für die Gefallenen der beiden Weltkriege von Bruno Buschmann, Juli 2024
(Foto: Jürgen Hartmann)*

Dieses Mahnmal, eine trauernde Mutter mit zwei Kindern, war 1957 in Umgestaltung der 29 Jahre zuvor vom Architekten Heilig geschaffenen Gedenkanlage errichtet worden. Der „Feldgraue“ wurde im Zuge dieser Maßnahme an die Rückseite des Kirchturms versetzt. Hinzu kam eine Gedenktafel für die Opfer beider Weltkriege:

„1914/1918
1939/1945
Haltet Frieden
Unseren Gefallenen und Vermissten
zum Gedenken“

²⁷⁷ NW vom 23. Januar 1999.

²⁷⁸ NW vom 30. September 2005.



Abb. 26: Der an den Kirchturm versetzte „Feldgraue“, Februar 2024
(Foto: Jürgen Hartmann)

In den Jahren zwischen 2009 und 2017 sammelten sich einige Male rechtsextreme Gruppen am Regimentsdenkmal auf dem Tönsberg. Geschichtsvergessen unter Ausblendung der Tatsache, dass das Mal an Gefallene des Ersten Weltkrieges – darunter jüdische Gefallene – erinnert, wurden an diesem Ort in von historischer Sachkenntnis ungetrübten Reden der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS gedacht und Kränze niedergelegt.²⁷⁹

Die Diskussion um das „Ehrenmal“ auf dem Tönsberg findet auch deshalb weiterhin in unregelmäßigen Abständen ihre Fortsetzung und ist bislang nicht abgeschlossen. Seit Ende 2020 liegt ein Antrag der CDU-Fraktion im Stadtrat vor, der eine „Aufwertung“ des Regimentsdenkmals vorsieht. Durch geeignete Informationen seien das Mal und „die damit verbundenen geschichtlichen Hintergründe noch deutlicher ins Bewusstsein der Bürger zu rücken.“²⁸⁰

Wie also umgehen mit einem kriegsverklärenden Denkmal, das wenig als Friedensmahnmal taugt, sondern in politischer Instrumentalisierung den Soldatentod zu einem heiligen Opfer verklärte und aggressive Heimatideologie und Revanchegeleüste beschwor? Reicht eine erklärende Informationstafel oder ist gar über ein „ergänzendes Umgestalten“ nachzudenken?²⁸¹ Letztlich

²⁷⁹ S. beispielsweise NW vom 20. November 2009 und 22. November 2017.

²⁸⁰ Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oerlinghausen, 23. November 2020, online unter https://ratsinfo.oerlinghausen.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZZfT6qGha6BOMcv2w1UX0y5ls91WXZcNcFPk7I7ogUIT/Antrag_der_CDU-Fraktion_Aufwertung_Ehrenmal_auf_dem_Toensberg.pdf (Aufruf: 20. Oktober 2024) sowie NW vom 10. Dezember 2020.

²⁸¹ Zur Diskussion s. aktuell auch NORBERT GÖTTLER/ELISABETH TWOREK, Kriegerdenkmäler in Oberbayern. Von der Heldenverehrung zum Friedensmahnmal, Regensburg 2023; außerdem den Bericht zur Tagung „Verehrt – verach-

dienen die Kriegerdenkmäler, so der Historiker Reinhart Koselleck, weiter zur Identitätsstiftung, „sei es nun durch Erinnerung, Abgrenzung, oder auch der Förderung von Diskursen, die gesellschaftliche Identitäten bestätigen oder hinterfragen“.²⁸²



*Abb. 27: Das Regimentsdenkmal des K.I.R. 145 auf dem Tönsberg
mit Berthold Müller-Oerlinghausens Skulptur des gefallenen Soldaten, 2023
(Foto: Joachim Kleinmanns)*

tet – vergessen – verstanden? Kriegerdenkmäler als Zeichen (in) der Zeit“ in Münster vom 31. August/1. September 2023, online unter: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-143278> (Aufruf: 22. Oktober 2024).

²⁸² REINHART KOSSELECK, Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: ODO MARQUARD/KARLHEINZ STIERLE (Hg.), Identität. Poetik und Hermeneutik, Bd. 8, München 1979, 255-276. Außerdem DERS./MICHAEL JEISMANN (Hg.), Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne, München 1994.

Die Familie Blank in Horn

von Andreas Ruppert

*In Erinnerung an David Blank
(1943 – 2023)*

Am 25. August 1857 „feierte die hiesige israelitische Gemeinde ein für sie wichtiges und seltenes Fest, nämlich das einer Synagogen-Einweihung“.¹ Nach dem Abriss der baufälligen alten Synagoge waren die Gottesdienste in einem Privathaus abgehalten worden, und zwar in dem „des Herrn Blank“. In jenem Haus wurde nun feierlich Abschied genommen, mit einer Rede des Vorbeters und Lehrers Schöndorff², der auf den Frieden und die Eintracht hinwies, in der „Juden und Christen glücklich zusammenleben“. Danach brachte man die Thora in einem Festzug zum neuen Gotteshaus. Der Bürgermeister erhielt die Schlüssel, ihm waren somit das Recht und die Ehre zugestanden, die Synagoge für die Gemeinde aufzuschließen. Die Weihe des Gotteshauses nahm dann Landrabbiner Dr. Henoeh Fahrenbach vor. Dem schloss sich ein Festessen im Hause Blank an. Ein abendlicher Ball in einem Festzelt, auf dem die Familienkapelle Hochfeld aus Höxter zum Tanz aufspielte, beschloss diesen außergewöhnlichen Tag. Die *Sonntagspost* hebt in ihrem Bericht hervor, dass Magistrat, Geistliche und angesehene Bürger an den Feierlichkeiten teilgenommen hatten. Ihr Bericht endet mit dem Wunsch: „Möge dieses friedliche Verhältnis nie gestört werden!“

David Blank nahm somit 1857 eine herausgehobene Stellung in der kleinen jüdischen Gemeinschaft ein. Das ist erstaunlich, denn er lebte erst seit vier Jahren in Horn. Die Beschwörung des friedlichen Zusammenlebens durch die *Sonntagspost* galt keiner Schimäre, sie war aber auch keine Beschreibung der damaligen Wirklichkeit. Sie zeigte eine Möglichkeit des Zusammenlebens.

David Blank kommt nach Horn

David Blank war am 6. Januar 1817 in Gestorf – heute Ortsteil der Stadt Springe – im Königreich Hannover geboren, wo seine Eltern ein Geschäft betrieben. Mit seiner aus Steinheim stammenden Ehefrau Johanna³, die er 1852 geheiratet hatte, war er im Herbst 1853 nach Lippe gekommen.

¹ Bericht der in Lemgo herausgegebenen Wochenzeitung DIE SONNTAGSPOST vom 6. September 1857.

² Der aus Westfalen stammende Lehrer Schöndorff war schon im März 1846 nach Horn gekommen, s. den Visitationsbericht für 1846 des Landrabbiners Dr. Henoeh Fahrenbach vom 22. Januar 1847, LANDESARCHIV NRW ABT. OSTWESTFALEN (im Folgenden: LAV NRW OWL), L 79 Nr. 3944. Er war nach mehreren anderen Stellen, u. a. in Oerlinghausen, zuletzt wieder nach Horn zurückgekehrt.

³ Johanna (hebr. Channa) Blank geb. Hochheimer, geb. vermutlich am 21. Juli 1831 in Steinheim, Westfalen, gest. 22. November 1867 in Horn. Kinder aus dieser Ehe waren Rosalie (Rivka), geb. am 7. August 1854 in Horn, gest. am 7. Juni 1873 in Horn; Sophie (Sara), geb. am 6. Januar 1857 in Horn, gest. am 7. Januar 1886 in Horn; Selma, geb. am 1. April 1861 in Horn, gest. am 23. Juli 1950 in Tel Aviv; Julius (Jehuda), geb. am 25. Juni 1863 in Horn, gest. am 23. August 1906 in Niederzwehren bei Kassel; und Rebekka, geb. in Horn, weitere Daten zu ihr sind nicht bekannt.

In Gestorf hatte Blank einen landwirtschaftlichen Betrieb geführt, mit dem Erlös aus dessen Verkauf wollte er in Horn den so genannten Kotzenbergschen Hof⁴ übernehmen und in gleicher Weise landwirtschaftlich tätig werden. Der Hof in der Stadtmitte von Horn war nebst einer Scheune und einem Feldstück mit Acker und Wiese von seinem Besitzer Meier Schönlau aus Remmighausen in der Form einer Versteigerung zum Kauf oder zur Pacht angeboten worden. Der entsprechende Aufruf im *Fürstlich-Lippischen Regierungs- und Anzeigebblatt* vom 4. Juni 1853 beschreibt als Hauptstück:

„der an hiesiger Mittelstraße belegene s.g. v. Cotzenbergsche Hof, bestehend aus einem großen zur Anlage einer Brennerei, Bierbrauerei und Gastwirthschaft geeigneten Wohnhause, nebst dahinter belegenen Stallungsgebäuden, Hofraum und Garten“.⁵

Blanks Gründe für die Übersiedlung nach Lippe sind nicht bekannt, möglicherweise spielte dabei die größere Nähe zu Steinheim und zur Familie seiner Frau eine Rolle, deren Vater als Kornhändler tätig war. Nicht mehr zu eruieren ist, wie der Kontakt zum Verkäufer zustande kam, auch der Verkauf selbst und der Kaufpreis sind nicht dokumentiert. Dass dennoch einige Informationen über den Käufer vorliegen, ist der Tatsache geschuldet, dass für die Aufnahme Blanks als lippischer Staatsangehöriger die Genehmigung der Hochfürstlichen Regierung ebenso wie deren Konzession zum Betrieb eines Gewerbes notwendig war. Ein entsprechender Antrag wurde allerdings nicht von Blank selbst gestellt, sondern am 11. September 1853 vom Verkäufer Meier Schönlau. Schönlau hatte im Rahmen eines Konkursverfahrens den Kotzenbergschen Hof erst vor wenigen Jahren gekauft, der sich aber für ihn als Verlustgeschäft erwiesen hatte.⁶ Er schien froh, in Blank einen Interessenten gefunden zu haben, der den gewünschten Kaufpreis akzeptiert hatte. Schönlau lobte Blank in hohen Tönen und fügte entsprechende Anlagen bei, zum einen eine Schätzung des Blankschen Hofbesitzes in Gestorf,⁷ zum anderen ein „Führungszeugnis“ der dortigen Ortsvorsteher, das erweist, dass Blank ebenso wie schon seine Eltern in Gestorf einen tadellosen Ruf hatte.⁸ Von daher waren Widerstände nicht zu erwarten.

Da sich Blank in Horn niederlassen wollte, holte die lippische Regierung vor ihrer Entscheidung eine Stellungnahme des dortigen Magistrats ein, Schönlaus Gesuch und die erwähnten Anlagen wurden im Original beigelegt. Dina van Faassen hat in einem Beitrag zur Stadtgeschichte gezeigt, wie sehr sich die Ämter (Zünfte) in Horn und ihnen folgend die politischen Vertreter der Stadt über Jahrhunderte immer wieder gegen den Zuzug von Juden gewehrt und sie nur

⁴ Die Geschichte dieses Gebäudes und seiner Besitzer wird in einem Sammelband dargestellt, der im Zusammenhang mit der Renovierung der gesamten Anlage durch die Stadt Horn in Vorbereitung ist.

⁵ FÜRSTLICH-LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT vom 4. Juni 1843 mit der Ausschreibung durch das Stadtgericht Horn vom 2. Juni 1853; für die Versteigerung waren drei Termine angesetzt.

⁶ S. seinen Antrag vom 11. September 1853 in LAV NRW OWL, L 77A Nr. 5389, darin: „der Kotzenbergsche Hof nebst der damit verbundenen Schuldenlast wirkt wie ein Hemmschuh auf mein Fortkommen, und alle meine Bemühungen, mich davon zu befreien, sind vergeblich gewesen.“

⁷ LAV NRW OWL, L 77A Nr. 5389.

⁸ EBD.

mit großem Widerwillen akzeptiert hatten.⁹ Allerdings war es seit den Umwälzungen am Ende des 18. Jahrhunderts zu Veränderungen im Bewusstsein und in der Gesetzgebung der deutschen Länder gekommen. Aus der Antwort von Bürgermeister August Schierenberg vom 4. Oktober 1853 erhält man den Eindruck, dass diese Veränderungen in Horn nicht allgemein angekommen waren, wenn man auch gesetzliche Regelungen hinnehmen musste. Juden wurde unterstellt, mit „Schachern“, also unlauterem Gewinnstreben, die Bürger übervorteilen zu wollen. Nach Meinung des Horner Magistrats gehörte das zum jüdischen Wesen, und man versicherte sich in dieser Einschätzung nicht nur der Stadtverordneten, sondern zitierte auch den Antragsteller Schönlau, der Gleiches gesagt hatte. Von dem avisierten David Blank forderte man deshalb die Zusage, auf „Handel und Schachern“ zu verzichten.¹⁰

Die Widerstände werden auch benannt. Es sind die Konkurrenzängste der im Krameramt zusammengeschlossenen Einzelhändler und auch die der Angehörigen der Brauer-Innung, die befürchteten, daß die Braugerechtigkeit, die dem Kotzenbergschen Hof ehemals zustand, reaktiviert werden könnte. Dass Blank ein erfahrener Landwirt war, kam in solchen Überlegungen nicht vor. Den Schlussspunkt der Hornschen Argumentation setzte die angebliche Sorge für die ärmeren Mitbürger, die dadurch beeinträchtigt würden, dass der neue Hofbesitzer Land dazu kaufen oder pachten wolle. Welche Chancen dem ärmeren Bevölkerungsteil durch solchen Kauf oder solche Pacht genommen würden, ist nicht ausgeführt. Es handelt sich um ein weit verbreitetes Muster: Dass nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse und staatlicher und städtischer Abgabendruck verantwortlich für große soziale Ungleichheit waren, sondern die Juden.

Die Regierung ließ sich auf diese Argumentation ein und untersagte Blank kaufmännische Geschäfte, die mit denen des Krameramtes kollidierten. Sie ließ ihm aber zugleich die Möglichkeit offen, für eventuellen Handel mit seinen eigenen Produkten eine eigenständige Konzession zu beantragen.¹¹ Vom 1. November 1853 datiert die Entscheidung der Hochfürstlichen Regierung dass der Aufnahme Blanks, nach Ausweis seines hinreichenden Vermögens und seines tadellosen Rufes „in den hiesigen Unterthanenverband“ nur noch die Entlassung aus dem hanoverschen Untertanenverband entgegenstehe.¹² Im Salbuch der Stadt Horn zum Jahr 1854 ist David Blank dann als Besitzer des Hofes, zweier Gärten und mehrerer Ländereien eingetragen.¹³

⁹ DINA VAN FAASSEN, „Hat die Schutzgelder an die Kammer geschickt“ - Jüdisches Leben in Horn vom Spätmittelalter bis zur Zeit der Weimarer Republik, in: JENS BUCHNER (Hg.), StadtGeschichte - Horn 1248-1998, Horn - Bad Meinberg 1997, 482-513.

¹⁰ LAV NRW OWL, L 77A Nr. 5839. Die Gleichsetzung jüdischer Identität mit dem Schachern war allerdings kein Zeichen besonderer Rückständigkeit in Horn, sie gehörte und gehört zum festen Bestandteil antisemitischer Agitation jeder Couleur, von Rechts bis Links.

¹¹ EBD.

¹² EBD. § 9 des Heimaths-Gesetzes vom 2. März 1841 nennt die Entlassung „aus seinem früheren Unterthanen-Verbande“ als Bedingung für die Aufnahme eines „Ausländers“ in Lippe. Unter „Polizeisachen“ und „Bürgeraufnahmen und Entlassungen aus dem Bürgerverband, An- und Abmeldungen“ im Stadtarchiv Horn wurde David Blank, Oeconom aus Gestorf, unter dem 1. November 1853 genannt; in der Liste der von 1855 bis 1857 Eingewanderten erscheint er ebenfalls, hier zitiert nach HANS VENNEFROHNE (Bearb.), Bürgerbuch der Stadt Horn in Lippe 1840-1886 und weitere Einwohnerverzeichnisse 1664-1886, Horn 1992, 34 u. 155.

¹³ LAV NRW OWL, L 101 C I Nr. 635, Bl. 1140-1141, Bl. 1618.

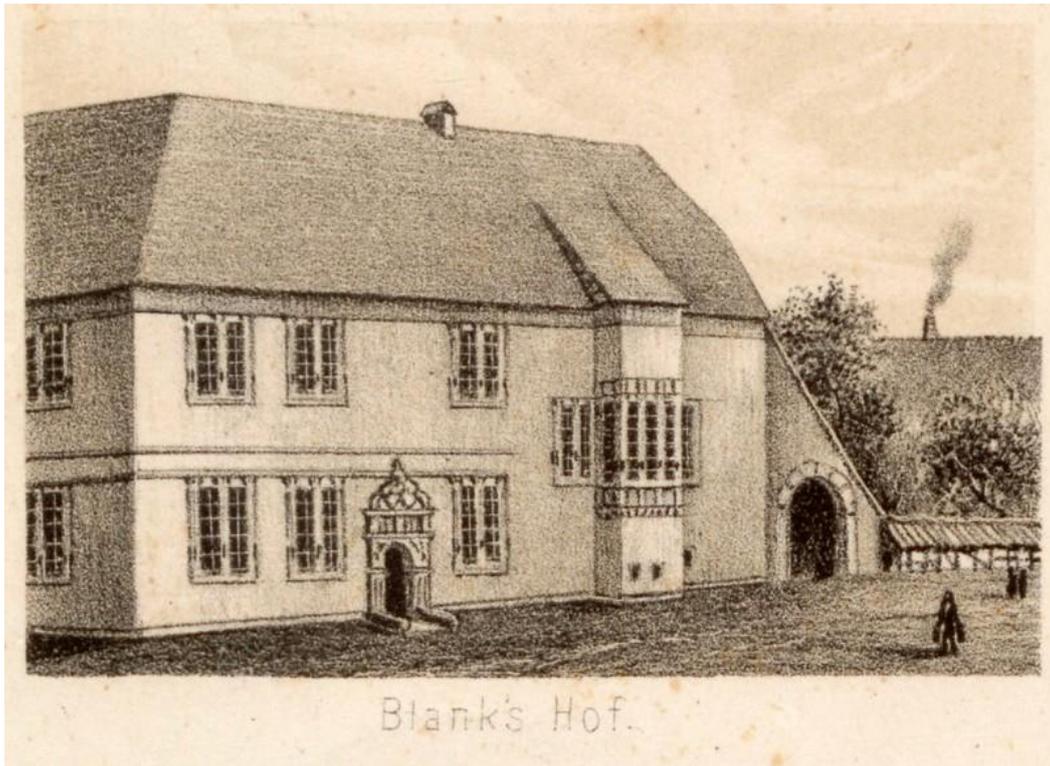


Abb. 1: „Blanks Hof“ – Ausschnitt aus einer Lithografie von Adalbert Müller
mit sieben Abbildungen aus Horn und Umgebung, um 1860
(Lippische Landesbibliothek, 8 H 2)

Den Anzeigen im *Fürstlich-Lippischen Regierungs- und Anzeigenblatt* nach zu urteilen, erwies sich David Blank als moderner Unternehmer und hatte schon bald die beiden großen Zweige des jüdischen Landhandels, den Vieh- und den Kornhandel, in seiner Hand zusammengefasst. 1862 bot er verschiedenes Vieh ebenso zum Verkauf an wie Ackergeschirr.¹⁴ Ende 1864 ließ er sich vom Stadtgericht als Kornhändler ins neu angelegte Firmenregister eintragen.¹⁵ In der Stadt besaß er Grundstücke, so hatte er 1863 das baufällige Haus der Witwe des Maurers Schlüter gekauft und abgerissen. Das Grundstück grenzte direkt an die Synagoge und wurde zum Teil von der jüdischen Gemeinde mitbenutzt. Blank gestattete der Gemeinde die weitere Nutzung gegen einige Zugeständnisse beim geplanten Neubau.¹⁶ In den Gemarkungen Horns und umliegender Dörfer verfügte er zudem über Äcker und Wiesen, ohne dass erkennbar ist, ob er sie selbst bewirtschaftete oder verpachtete. Wie weit seine unternehmerischen Interessen reichten, zeigt 1871 der Hinweis in einer Gewerbeakte auf eine zusammen mit der Fa. Lenzberg aus Lemgo in Schlangen betriebene Ziegelei.¹⁷

¹⁴ FÜRSTLICH LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, Anzeige vom 1. Februar 1862.

¹⁵ FÜRSTLICH LIPPISCHES REGIERUNGS- UND ANZEIGEBLATT, Meldung vom 4. Januar 1865.

¹⁶ Verhandlung vom 10. Juli 1863 vor dem Stadtgericht Horn, s. LAV NRW OWL, L 88 Stadtgericht Horn Fach 5 Bd. III, Vertrag Nr. 72; von den 12 anwesenden Gemeindemitgliedern stimmten 10 dem Vertrag zu.

¹⁷ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 1450, mit dem Hinweis, dass die Ziegelei demnächst verpachtet werden solle.

Horn. Am 12. Februar sollen bei dem Unterzeichneten 2 Pferde, ca. 50 Schaafe und Hammel, 2 Ackerwagen und verschiedenes Ackergeräth meistbietend verkauft werden.
 Kauflustige wollen sich Morgens 10 Uhr an Ort und Stelle einfinden.
 Horn den 26. Jan. 1862.
 D. Blank.

Abb. 2: Anzeige im Fürstlich-Lippischen Regierungs- und Anzeigeblatt vom 1. Februar 1862

Horn. In nächster Woche erhalte ich eine Parthie
Kartoffeln,
 welche bei sofortiger Abnahme etwas billiger wie später berechnet werden.
 Reflectanten wollen gefälligst ihre Bestellungen baldigst machen und dabei womöglich die leeren Säcke mitschicken.
 D. Blank.

Abb. 3: Anzeige im Fürstlich-Lippischen Regierungs- und Anzeigeblatt vom 2. Februar 1874

Fol. 59
 Horn i Lippe, den 1. Januar 1894.
 Getreide-, Mehl-, Futtermittel und Kunstdünger. **Rechnung** Porzellan, COLONIAL- und Kaffeewaren.
 für Melchiorgesellschaft Horn
 von D. Blank.
 1893.
 Die 9. Sta. 11. 9. Linnach 8. 00
 ...
 D. Blank.
 Horn, 25. Juli 1894.

Abb. 4: Rechnung der Fa. D. Blank vom 1. Januar 1894 (Ausschnitt)
 (Archiv David Blank)

Am 22. November 1867 verstarb Johanna Blank an Tuberkulose; ein Jahr später, am 9. Dezember 1868, heiratete David Blank in Gestorf Rahel Abrahamson aus einer dort ansässigen jüdischen Familie.¹⁸

¹⁸ Rahel Abrahamson, geb. am 30. Juni 1843 in Gestorf, gest. am 16. Juli 1924 in Horn. Ihr erstes Kind, das keinen Vornamen trägt, war am 4. Juni 1869 geboren und am 11. Juni 1869 verstorben; weitere Kinder waren Isidor, geb. am 25. September 1870 in Horn, vor 1935 in Afrika verstorben; Salli (Salomon) geb. am 7. Mai 1873 in Horn, gest.

Der Verkauf von „Blanks Hof“

Am Morgen des 7. Mai 1864 brach in Horn bei einem Bäcker ein Brand aus, der innerhalb von nur drei Stunden 49 Häuser zerstörte und 11 Häuser stark beschädigte.¹⁹ Betroffen war der Stadtkern zwischen Kirche, Rathaus und Burg. Der Brand war ein Schock für die Bewohner und eine Belastung für die Stadt. Doch erkannten Magistrat und Stadtverordnete darin auch die Chance zu einer Neugestaltung der bisher eng bebauten und durch eine krumme Straßenführung geprägten Fläche. Eine Baukommission trieb die Planungen voran.²⁰ Die meisten Häuser wurden neu aufgebaut, einzelne Besitzer verzichteten auf einen Neubau und überließen ihre Flächen der Stadt. Das Rathaus wurde an anderer Stelle neu gebaut, und zwischen Rathaus und Blanks Hof entstand der neue, auffällig weite Marktplatz.

Der Neubau des Rathauses war beschlossen, für Planung und Durchführung war der Steinhheimer Architekt Wilhelm Lakemeier vorgesehen, dessen Kostenvoranschlag sich auf 19.700 Taler belief. Da bot überraschend David Blank an, der Stadt seinen Hof und eine Fläche am Holzkamp für 12.000 Taler zu verkaufen, damit das Gebäude nach einer Renovierung als Rathaus genutzt werden könne. Stadtsyndicus Franz Hausmann²¹, der Vorsitzende des Stadtgerichts, hatte diesen Vorschlag am 18. Februar 1865 Bürgermeister August Schierenberg übermittelt, der ihn mit einer Stellungnahme dem Magistrat und den Stadtverordneten weiterleitete. Das Angebot wurde abgelehnt.

Hausmann verwies auf die schlechte Finanzlage der Stadt, die es sinnvoll erscheinen lasse, den Vorschlag Blanks anzunehmen. Nach einer Renovierung reiche das Gebäude sicher für die nächsten 20 Jahre als Rathaus aus, da tatsächlich nur wenige Räume benötigt würden – für einen Sitzungssaal und für eine ratsbezogene Gaststätte. Sollte aber Blank für seinen Hof selbst eine Schankkonzession erhalten, wäre das eine schwere Konkurrenz für die im neuen Rathaus geplante Gaststätte. Zuletzt verwies Hausmann darauf, dass der Blanksche Hof ein besonders wertvolles Gebäude sei und in den Besitz der öffentlichen Hand gehöre.²² Damit war er seiner Zeit weit voraus.

Schierenberg zeigte sich verärgert über die Einmischung und die Störung der bisherigen Planungen. 1854 habe es eine Untersuchung des Hofes mit dem Ergebnis gegeben, dass wegen des Alters des Gebäudes von einem Kauf dringend abgeraten wurde, später habe ein Blomberger Baumeister das Gebäude samt der Fläche am Holzkamp auf einen Wert von höchstens 7.000

am 10. September 1942 in Theresienstadt; Ida, später verh. Ikenberg, geb. am 11. April 1876, ermordet 1944 in Auschwitz.

¹⁹ HANS VENNEFROHNE, Der große Brand in Horn 1864 und seine Folgen, Horn – Bad Meinberg 1994.

²⁰ „Schon bald wurde in den Beratungen deutlich, daß man den radikalen Kahlschlag, den das Zentrum erlitten hatte, nutzen wollte, um dem Innern der Stadt ein neues Gesicht zu geben.“ VENNEFROHNE 1994, 14.

²¹ Franz Hausmann, geb. 26. Februar 1818 in Horn, gest. am 30. Dezember 1877 daselbst, war Jurist und liberaler Politiker; seit 1845 war er Syndikus (Stadtrichter) in Horn. Von 1847 bis 1851 und wieder seit 1876 war er Abgeordneter im Lippischen Landtag, von 1867 bis zu seinem Tod als Mitglied der Deutschen Fortschrittspartei Abgeordneter erst im Reichstag des Norddeutschen Bundes, dann im deutschen Reichstag. Seit 1882 erinnert ein Denkmal auf dem Marktplatz in Horn an ihn.

²² KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 1194, Nr. 28-34 (Diskussion um den Ankauf des Blankschen Hofes als Ersatz für das Rathaus).

Talern geschätzt.²³ Das Hauptproblem waren die Kosten für die notwendige Sanierung. Schierenberg appellierte an Magistrat und Stadtverordnete: „Lassen Sie uns der Stadt was Dauernendes, Würdiges bauen, dann hat die Stadt Gewinn, nicht aber durch den Ankauf des alten Gebäudes, welches 3 – 400 Jahre gestanden hat.“²⁴ Das neue Rathaus wurde von Lakemeier gebaut.

Über das dokumentierte Geschehen hinaus sind weitere Aspekte zu beachten, etwa die Widersprüche zwischen den handelnden Personen. Es gab eine Konkurrenz der Zuständigkeiten zwischen dem Bürgermeister einerseits und dem Stadtrichter andererseits. Konflikthaft dürfte auch das Verhältnis zwischen Blank und jenem Bürgermeister gewesen sein, der 1853 seine Ansiedlung in Horn verhindern wollte. Zuletzt bleiben auch Blanks Motive für einen Verkauf unbekannt - hatte er sich, wie schon Schönlau, mit dem Kauf verhoben und den Hof inzwischen als ein Fass ohne Boden erkannt?

Im Frühjahr 1878 war „Blanks Hof“ Geschichte. David Blank und seine Frau Rahel verkauften das Wohnhaus, die Nebengebäude und zwei Gärten an den Maurermeister Heinrich Vialon. Ausgenommen waren die Scheune sowie ein noch nicht vermessener Teil des einen Gartens, die beide an den Maurer Schönlau in Horn verkauft waren. Das neue Grundbuch des Amtsgerichts Horn, in das neun Jahre später das Gebäude aufgenommen wurde, enthält in Abschrift auch den Kaufvertrag vom 26. Januar 1878. Er war seinerzeit von Carl Neubourg „als Verwalter des Stadtgerichts“ protokolliert und beglaubigt worden.²⁵

Der Kaufpreis betrug 20.700 Mark,²⁶ wobei eine Teilsumme von 6.000 Mark innerhalb der nächsten fünf Tage fällig wurde, während die Restsumme als Darlehen mit einem Zinssatz von vier Prozent und mit einer Hypothek als Sicherheit ausgesetzt war. Die Verkäufer hatten das Recht, das Wohnhaus noch bis zum 1. April 1878 zu benutzen. Für ein weiteres Jahr stand ihnen die Nutzung einer Fünfstückwohnung im Obergeschoss und die des Kornbodens zu. Damit begann für den einstigen Kotzenbergschen Hof ein neues Kapitel, da der Käufer Vialon 1887 als „jetzt Gastwirth“ genannt ist.

Im April 2019 tauchte bei Freilegungsarbeiten im Gebäude eine Erinnerung an die ehemaligen jüdischen Bewohner auf: ein Notizbuch, in das ein Kind oder eine Jugendliche auf 32 Seiten kurze Texte eingetragen hatte, darunter mehrere jüdische Gebete und ein „Purimliedlein“; ein Text ist ausdrücklich zum 1. Mai 1871 angelegt. Materiell ist dies neben den Grabsteinen auf dem jüdischen Friedhof die einzige Erinnerung an die jüdischen Bewohner des Kotzenbergschen Hofes.²⁷

²³ VENNEFROHNE 1994, 31-32.

²⁴ VENNEFROHNE 1994, 32.

²⁵ LAV NRW OWL, D 23 B Detmold – Horn-Bad Meinberg Blatt 4842.

²⁶ Nach einer Schätzung in wikipedia entsprach 1 Mark im Jahre 1873, als die Mark für das Deutsche Reich eingeführt wurde, heutigen 7,30 Euro, sodass der Kaufpreis ca. 151.000 Euro betragen haben dürfte. S. https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_W%C3%A4hrungsgeschichte (Aufruf: 11. Mai 2023).

²⁷ Das Notizbuch wird in der Bauverwaltung der Stadt Horn aufbewahrt. Den Fund als wertvoll erkannt und ihn bewahrt zu haben, ist dem Polier Johannes Saggel der Fa. Büse aus Brakel zu verdanken.

„Blanks Ecke“

David Blank besaß ausweislich des Grundbuchs mehrere Immobilien in Horn, darunter das Wohnhaus Nr. 182 in der Heerstraße, dazu auch mehrere Gärten und Wiesen. 1884 wurden das Wohnhaus in der Mittelstraße 35 und die Scheune in der Nr. 36 meistbietend zum Verkauf angeboten; es handelte sich um das Eckgrundstück der Mittelstraße zur Straße Im Ort, das später im Volksmund „Blanks Ecke“ heißen sollte. Verkäufer waren mehrere Erben des Kaufmanns Christian Wolff in Horn, die von dem Kaufmann Eduard Determann und dem Kornhändler Carl Wagener als Curatoren und Bevollmächtigte vertreten wurden. David Blank hatte mit 8.000 Mark den höchsten Preis geboten und bekam den Zuschlag. Der Kaufvertrag datiert vom 27. Januar 1885, die Umschreibung im Grundbuch erfolgte am 5. November des Jahres.²⁸

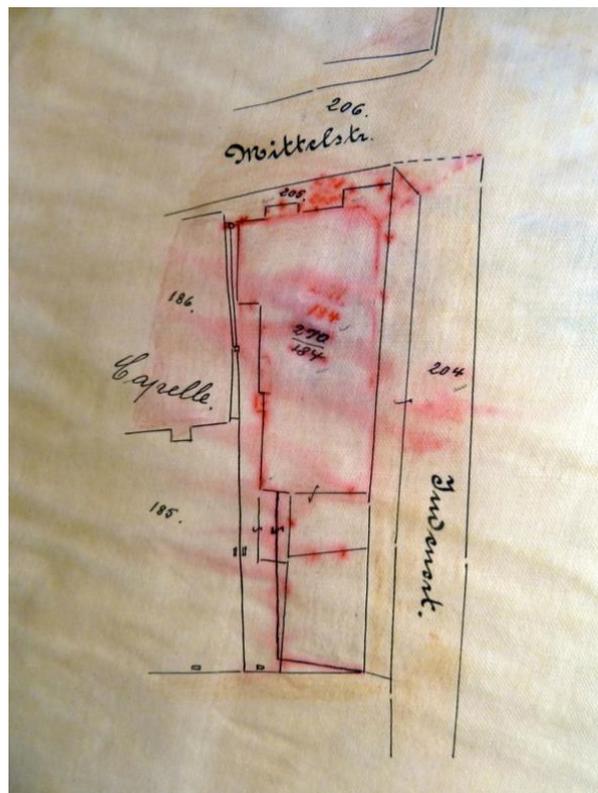


Abb. 5: Plan des Eckgebäudes Mittelstraße – Im Ort (im Plan „Judenort“)
(LAV NRW OWL, D 23 B Horn – Bad Meinberg Blatt 4670 Bd. 1)

Das Gebäude Mittelstraße 35 wurde zum Lebensmittelpunkt der Familie Blank und Sitz der Firma David Blank. Diese feste Etablierung provozierte aber auch Neid, der gegenüber einer jüdischen Familie schnell in offene Aggressivität umschlagen konnte. Blank gab selbst einmal einen Hinweis auf seine Neider, als er in der *Lippischen Landes-Zeitung* vom 15. März 1878 in einer Anzeige dem von „nachbarschaftlichen Freunden“ gestreuten Gerücht widersprach, er habe seinen Kornhandel aufgegeben.²⁹ Selbst war er 1882 im Zusammenhang mit einem Kon-

²⁸ LAV NRW OWL, D 23 B Horn – Bad Meinberg Blatt 4670 Bd. 1.

²⁹ Nach Auskunft von Jürgen Hartmann waren solche lancierten Falschmeldungen über jüdische Konkurrenten nicht selten.

kursverfahren straffällig geworden und vom Landgericht in Detmold zu einer zweiwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt worden.³⁰

David Blank war ein tatkräftiger Mann, der sich innerhalb weniger Jahre einen festen Platz nicht nur in der jüdischen Gemeinde, sondern auch in der Hornschen Geschäftswelt und in der Stadtgesellschaft geschaffen hatte. Seit 1856 gehörte er zu den wahlberechtigten und wählbaren Bürgern und wurde in der Stadtverordnetenwahl vom 24. Juni 1867 zu einem der 12 Stadtverordneten gewählt.³¹ Über seine politische Orientierung oder eine Bindung an eine Organisation ist dabei nichts zu erkennen. Beim turnusmäßigen Ausscheiden von einem Drittel der Gewählten ist er zum 24. Juni 1870 wieder ausgeschieden. Sechs Jahre später, am 1. Dezember 1876, wurde er zum stellvertretenden Stadtverordneten gewählt, ein Jahr später, am 5. Dezember 1877, schied er aus diesem Gremium wieder aus.³²

Parallel dazu ist seine herausgehobene Stellung in der Synagogengemeinde zu sehen. Im Januar 1861 war er zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt worden, während Vorsteher Abraham Aschoff noch aus einer alteingesessenen Familie stammte. Wann David Blank selbst Vorsteher wurde, ist nicht mehr zu erkennen, aber schon im Sommer 1859 war er es, der mit Landrabbiner Dr. Henoch Fahrenbach um die Einführung von Synagogenstatut und Gemeindeordnung korrespondierte. Am 30. Juli 1879 war es ebenfalls Blank, der der Regierung in Detmold meldete, dass das neue Statut ab dem 1. Januar 1880 in Kraft trete. Im Juni 1880 wurde Blank, der Horn zudem in verschiedenen Gremien der Landjudenschaft präsentierte, zum Vorsteher wiedergewählt, sein Vertreter war Mendel Jacobsberg aus Meinberg. Im Januar 1883 wurde Blank als Vorsteher bestätigt und übte das Amt bis zu seinem Tod am 25. September 1886 aus. Vier Wochen später fand eine Ersatzwahl statt, in der der bisherige Stellvertreter zum Vorsteher gewählt wurde.³³

David Blank begegnete in der Stadtgesellschaft auch Widerständen bis hin zu offener Feindschaft. Die Konkurrenten, die schon bei seiner Ansiedlung in Horn unruhig geworden waren, sind es geblieben und haben mit hinterhältigen Mitteln wie der oben genannten Falschmeldung in der Presse versucht, ihm geschäftlich zu schaden. Politisch wird man ihn, auch wenn er in der überschaubaren Kommunalpolitik nicht auffiel, als links-liberal einordnen und Franz Hausmann nahe stehend einschätzen können. Dem gegenüber stand eine Gruppe Konservativer, als deren Vertreter der langjährige Bürgermeister Schierenberg anzusehen ist. Zuletzt bleibt eine antisemitisch geprägte Gruppe, die namentlich nicht zu erfassen ist, sich aber einmal, bei der Reichstagswahl vom 16. Juni 1898, zu erkennen gab, als der Kandidat der Deutschsozialen

³⁰ Bericht der LIPPISCHEN LANDES-ZEITUNG (im Folgenden: LLZ) vom 30. Oktober 1882; der Zusammenhang ist nicht zu klären, da aus dem Jahr 1882 keine Gerichtsunterlagen überliefert sind.

³¹ KREISARCHIV LIPPE, K 7 Stadt Horn Nr. 144 Bd. 1/1.

³² KREISARCHIV LIPPE, K 7 Stadt Horn Nr. 144 Bd. 1/2. Das Procedere der Wahlen der Stadtverordneten und ihrer Stellvertreter war in der Städteordnung für das Fürstenthum Lippe vom 16. Mai 1843 geregelt.

³³ Alle Angaben nach LAV NRW OWL, L 79.20 Nr. 3934; s. auch die Hinweise in KLAUS POHLMANN (Bearb.), Vom Schutzjuden zum Staatsbürger jüdischen Glaubens. Quellensammlung zur Geschichte der Juden in einem deutschen Kleinstaat (1650-1900), Lemgo 1990, 399 ff..

Reformpartei, Max Liebermann von Sonnenberg, in Horn 29 Stimmen bekam.³⁴ Zu David Blanks Lebzeiten stellte sie noch keine direkte Bedrohung dar.

Nach David Blanks Tod führte seine Frau Rahel das Geschäft weiter. Zum 1. Januar 1891 wurde die Firma handelsrechtlich in eine Gesellschaft umgewandelt, am 24. Februar nahm Rahel Blank Julius, Davids Sohn aus erster Ehe, als Gesellschafter auf.³⁵ 1895 wird das Geschäft in der Mittelstraße 35 als „Colonialwaren- und Getreidehandlung“ benannt, d. h. mit den Schwerpunkten Detailhandel im Ladengeschäft und Getreidegroßhandel. Beschäftigt waren damals vier männliche und drei weibliche Personen.³⁶ Die Firma „D. Blank“ hatte immer mehrere Angestellte und Lehrlinge, die zuweilen über Zeitungsinserate angeworben wurden. Rahel Blank schied zum 4. Februar 1901 aus der Firma aus, an ihre Stelle trat ihr Sohn Salli Blank.³⁷

Das Interesse der Familie Blank an ihrer jüdischen Identität im Rahmen einer weitgehenden Assimilation zeigte sich, als am 8. Januar 1899 in Lage auf Anregung von Heinemann Vogelstein ein „Lippischer Landesverein zur Pflege der jüdischen Geschichte und Literatur“ gegründet und Julius Blank zum Schatzmeister gewählt wurde.³⁸

Wie ihr Vater waren auch Julius und Salli Blank in der städtischen Selbstverwaltung engagiert. In der Liste der wahlberechtigten Bürger wird 1897 erstmals Julius Blank in der II. Wählerklasse geführt; in der „Hauptliste der stimmfähigen Bürger“ aus den Jahren 1904 bis 1906 werden Julius und Salli Blank genannt. Bei einer Neuwahl von sechs Stadtverordneten wurde am 26. November 1901 Julius Blank gewählt. Über seine politische Ausrichtung ist nichts bekannt, doch spricht die spätere Platzierung einer Todesanzeige im *Berliner Tageblatt* für eine links-liberale Ausrichtung.³⁹ In der Stadtverordnetenversammlung hatte er mehrmals das Amt des stellvertretenden des Schriftführers inne. An den Sitzungen im Juli 1906 und einer im August 1906

³⁴ Die Wahlergebnisse in der LLZ vom 17. Juni 1898. Die Konservative Partei hatte 9 Stimmen erhalten, die Nationalliberale Partei 96, die Freisinnige Volkspartei 63, Sozialdemokraten 15 und das Zentrum 1 Stimme. Liebermann, der von 1890 bis 1911 Mitglied im Reichstag war, erhielt für seine Deutschsoziale Reformpartei in Lemgo 12 Stimmen, in Detmold 10, in Lage 4 und in Barntrup zwei Stimmen, keine Stimme gab es für ihn in Blomberg und in Salzuflen. Sein 1899 angenommenes Programm sah in der „Vernichtung des Judentums“ die „Lösung der Judenfrage“. Bei anderen Reichstagswahlen waren die Antisemiten in Lippe nicht angetreten. Peter Steinbach weist allerdings darauf hin, dass sie wegen des stark antisemitischen Charakters der lippischen Konservativen auch chancenlos gewesen wären, s. PETER STEINBACH, Lippische Kommunalverwaltung im 19. Jahrhundert, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN 42/1973, 58-90, hier 82, Fußnote 116.

³⁵ Meldung des Fürstlichen Amtsgerichts Horn vom 24. März 1891 im AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 4. April 1891.

³⁶ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 589, Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895.

³⁷ Mitteilung des Fürstlichen Amtsgerichts Horn vom 4. Februar 1901 im AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTUM LIPPE vom 9. Februar 1901.

³⁸ Bericht in der ALLGEMEINEN ZEITUNG DES JUDENTUMS vom 20. Januar 1899. Dort wird nur „Blank“ genannt, wegen des Alters ist vermutlich Julius gemeint. Der Verein zählte bei der Gründung 40 Mitglieder, über seine Entwicklung liegen keine weiteren Informationen vor.

³⁹ Die Anzeige in KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 144 Bd. 2.

fehlte Blank wegen Krankheit, am 19. August ist er gestorben.⁴⁰ An seiner Trauerfeier nahmen Vertreter der Bürgerschaft teil, Bürgermeister Fritz Spelge legte einen Kranz nieder.⁴¹

Die Wahl von Julius Blank kann als Zeichen der gesellschaftlichen Integration gewertet werden. Gleichzeitig blieb ein antisemitischer Unterton in der Stadtgesellschaft immer vorhanden, auch wenn er sich bis zum Weltkrieg nur selten offen zeigte. Wie weit man dabei gehen konnte, ohne Sanktionen befürchten zu müssen, zeigt sich etwa darin, dass der Betreiber des Ratskellers, Emil Meyer, 1897 sein Hotel in Zeitungsanzeigen als „judenreines Hotel“ in „empfehlende Erinnerung“ bringen konnte⁴² – ein Hotelier, der im Rathaus der Stadt offen rassistisch agierte. Dass in seinem Haus wenige Jahre später auch das *Israelitische Familienblatt* ausgelegt wurde, zeigt eine Veränderung im Geschäftssinn, kaum aber in der Gesinnung des Betreibers.⁴³

Nach dem Tod von Julius war Salli Blank alleiniger Geschäftsinhaber, er repräsentierte über mehr als drei Jahrzehnte die Firma „David Blank“ und die Familie.⁴⁴ Sein Bruder Isidor war 1890 nach Afrika ausgewandert.⁴⁵ Salli Blank zeichnete die gleiche Tatkraft und Dynamik aus wie seinen Vater. Zwischen 12905 und 1912 wurde das traditionell im Fachwerkstil errichtete Wohnhaus und Ladengeschäft in der Mittelstraße 35 abgerissen und ein historistisch inspirierter Neubau errichtet. Ihn hat vermutlich der Detmolder Architekt Louis Blecher geplant, der auch die neue Synagoge in der Lortzingstraße in Detmold entworfen hatte.⁴⁶ Das Ladengeschäft wies nun

⁴⁰ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 145 Bd. 2/3. Julius Blank war zuletzt Patient in der kleinen, 1897 gegründeten Privat-Heil- und Pfliganstalt für Nerven- und Gemütskranke Neuemühle in Niederrzwehren bei Kassel; dort wurde er am 19. August 2006 zuletzt lebend gesehen und am 23. August tot in der Fulda aufgefunden, s. Eintrag vom 24. August 1906 im Sterbebuch des Standesamtes Niederrzwehren. Todesanzeigen erschienen in der LLZ vom 24. August und im BERLINER TAGEBLATT vom 25. August 1906; ein Bericht zum Begräbnis folgte in der LLZ vom 27. August 1906. Angaben zur Heilanstalt s. HANS LAEHR, Die Anstalten für Psychisch-Kranke in Deutschland, Österreich, der Schweiz und den baltischen Ländern, Berlin, 7. Aufl. 1912, 139-140.

⁴¹ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 144, Bd. 2

⁴² So in Anzeigen vom 13. April 1897 im LIPPISCHEN VOLKSBLATT oder vom 12. Juni 1897 in der LIPPISCHEN TAGESZEITUNG.

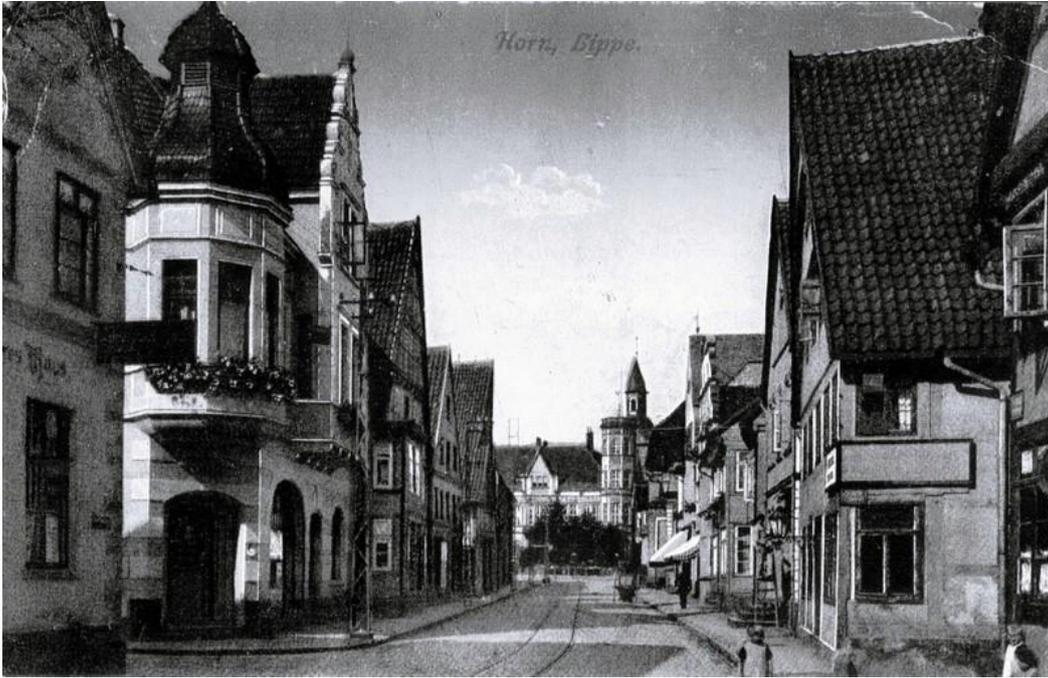
⁴³ Anzeige im ADRESSBUCH FÜR DAS FÜRSTENTHUM LIPPE, Detmold 1901, Inseratenanhang, 249.

⁴⁴ Meldung des Fürstlichen Amtsgerichts Horn im AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTHUM LIPPE vom 24. Oktober 1906; Salli Blank war der alleinige Erbe seines Bruders. Am 10. Juli 1912 übertrug Salli Blank seiner Frau Gretchen die Prokura, Meldung des Fürstlichen Amtsgerichts vom 12. Juli 1912, veröffentlicht im AMTSBLATT FÜR DAS FÜRSTENTHUM LIPPE vom 17. Juli 1912.

⁴⁵ Gesuch um Genehmigung der Auswanderung und Meldung zur Entlassung aus der lippischen Staatsangehörigkeit im April 1890, s. LAV NRW OWL, L 77 A Nr. 4807. 1935 war Isidor schon verstorben, nach Aussage seines Bruders gegenüber einem Buchprüfer, s. dessen Meldung an das Finanzamt Detmold vom 8. März 1935, LAV NRW OWL, D 26 Bielefeld-Innenstadt Nr. 26.

⁴⁶ Die Zeitangaben zu Abriss und Neubau schwanken, die deutlichen Erhöhungen der Gebäudesteuer machen 1905 als Terminus post quem wahrscheinlich, s. LAV NRW OWL, L 101 C IV Nr. 89 (freundlicher Hinweis von Roland Linde). Blecher wird als Architekt genannt von DINA VAN FAASSEN, Horn – Bad Meinberg – Horn, in: KARL HENGST U. URSULA OLSCHESKI (Hg.), Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe. Die Ortschaften und Territorien im heutigen Regierungsbezirk Detmold, Münster 2013 (E-Book Münster 2021), 456-463, hier 462. Da Quellenangaben fehlen, die knappen Angaben zudem ansonsten fehlerhaft sind, muss die Aussage unbestätigt bleiben. Der 1879 in Dillenburg geborene Blecher hatte an einigen Bauten in Detmold mitgewirkt und war verantwortlich für den Bau der 1907 eingeweihten Detmolder Synagoge, s. PETER WAGNER, Die Jüdische Gemeinde baut sich eine Synagoge, in STADT DETMOLD (HG.), Detmold um 1900. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bearb. von Hermann Niebuhr u. Andreas Ruppert. Bielefeld 2004, 135-156. Insofern ist eine Beauftragung durch Salli Blank gut vorstellbar. Blecher ist 1909 in die USA ausgewandert und 1962 in San

große Schaufenster zur Mittelstraße und zur Straße Im Ort auf. Modern könnte man von das Stadtbild prägenden Ankerbauten sprechen: vom Marktplatz mit dem ehemals so benannten „Blanks Hof“ bis zu „Blanks Ecke“.⁴⁷ Auch der Neubau zeigt, dass die Familie 50 Jahre nach ihrer Ansiedlung in Lippe in der Mitte der Hornschen Gesellschaft angekommen war.



*Abb. 6: Blick in die Mittelstraße, links das Gebäude Nr. 35, um 1925
(S/W-Repro einer von Jürgen Liesen, Horn, freundlicherweise zur Verfügung gestellten farbigen Ansichtskarte)*

Ein weiteres in der Kaiserzeit wichtiges Merkmal für deutsche Identität war der Einsatz im Ersten Weltkrieg. Jüdische Deutsche waren sich dessen bewusst und haben entsprechend gehandelt, nicht ahnend, dass es ihnen später niemals anerkannt würde, sie im Gegenteil verleumdet und für die Niederlage mitverantwortlich gemacht werden würden.⁴⁸ Zu Salli Blanks Einsatz in diesem Krieg liegen keine Dokumente vor, nach Aussagen seines Sohnes Fritz war er drei Jahre an der Ostfront im Einsatz gewesen. In Horn gehörte er dem Krieger- und Landwehrverein an.⁴⁹

Francisco gestorben. In der Bauverwaltung der Stadt Horn sind aus dem Jahr 1928 im Rahmen von Umbauten Aufrisse und Pläne zum Gebäude erhalten, s. BAUVERWALTUNG HORN, Akten 7801-050. Nach dem Krieg gehörte das Grundstück der Sparkasse Horn. Die Hausnummer änderte sich 1933 von „Mittelstraße 35“ zu „Adolf-Hitler-Str. 45“, 1945 zur Mittelstraße 45, zuletzt Mittelstraße 50.

⁴⁷ 1957 wurde das alte Gebäude abgerissen und durch einen schmucklosen Neubau ersetzt, s. BAUVERWALTUNG HORN, Akten 7801-050. Dort ist heute eine Gedenktafel für das einstige Geschäft Blank („Blanks Ecke“) angebracht, s. Abb. 15.

⁴⁸ Zu den jüdischen Kriegsteilnehmern aus Lippe s. JÜRGEN HARTMANN, Geschmähte Kameraden. Der Erste Weltkrieg, die jüdischen Soldaten und ihr Ringen um die versagte Ehre in Lippe, in: ROSENLAND 24/2020, 2-55. Jüdische Kriegsgegner gab es in den Reihen der Zionisten, die allerdings in Lippe keine Rolle spielten, s. entsprechende Erfahrungen des aus Lage stammenden Zionisten Hugo Rosenthal, s. HUGO ROSENTHAL (JOSEF JASHUVI), Lebenserinnerungen. Hg. von MICHELINE PRÜTER-MÜLLER/PETER WILHELM A. SCHMIDT, Bielefeld 2000.

⁴⁹ Der Einsatz an der Ostfront wird auch im Bericht des Rechtsanwalts Dr. Max Ostwald, Dortmund, an den Landesverband Rheinland-Westfalen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens vom 3. September 1934 bestätigt, s. WIENER LIBRARY, London, MF 55/101/2970. Zu diesem Bericht s. weiter unten.

Auch in der Synagogengemeinde nahm Salli Blank, wie früher sein Vater, eine herausragende Stellung ein. 1920 wurde er zum Vorsteher gewählt, sein Vertreter war der Kaufmann Jakob Hirschfeld. Beide wurden drei Jahre später wiedergewählt.⁵⁰ Er vertrat demgemäß auch die Gemeinde Horn im Landesverband der lippischen Synagogengemeinden.

Das Geschäft florierte in seinem Kernbereich, dem Kornhandel, aber die wirtschaftliche Aktivität der Firma ging deutlich darüber hinaus. Zahlreiche Hypothekenaufnahmen, die im Grundbuch beim Amtsgericht Horn verzeichnet sind, zeigen, dass Salli Blank eine moderne Wirtschaftsweise betrieb, in der Schatzbildung nicht angesagt war und das Kapital eigene Bewegungen ausführen musste. In den Akten der Finanzverwaltung lassen sich zudem zahlreiche Grundstückskäufe durch Blank erkennen.⁵¹ Dass seine Erfolge in der lippischen Geschäfts- und Handelswelt grundsätzlich positiv gewertet wurden, zeigt sich darin, dass er bei der am 16. Januar 1910 in Lage erfolgten Gründung des Landesverband Lippe des liberalen „Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie“ in den Vorstand gewählt wurde.⁵² Im gleichen Jahr, am 27. November 1910, hatten sieben Einzelhändler in Detmold einen Ortsverein der Handelskette „Edeka“ gegründet, in deren Aufsichtsrat Salli Blank später auch vertreten war.⁵³



Abb. 7: Anzeige im Israelitischen Familienblatt vom 18. März 1915

⁵⁰ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 571; die Gewählten wurden am 14. Februar 1920 bzw. am 20. April 1923 von Bürgermeister Spelge „mittels Handschlag an Eidesstatt“ verpflichtet. S. auch die entsprechenden Meldungen an die Lippische Regierung in LAV NRW OWL, L 79 Nr. 3934.

⁵¹ Ein Beispiel für Blanks Immobilienerwerb findet sich in Kohlstädterheide (heute Teil der Gemeinde Schlangen). Dort waren 1910 der Landwirt und Gastwirt Wilhelm Kästing und drei seiner Kinder an Typhus gestorben. Die schwangere Witwe Friederike und ihre drei Söhne waren gezwungen, ihr Grundstück – Kolonat 57 (heute an der Haustenbecker Straße) – zu verkaufen. Käufer war am 28. Februar 1911 Salli Blank, der das Grundstück schon im folgenden Monat aufteilen ließ und die einzelnen Flächen über einen längeren Zeitraum weiterverkaufte. Freundliche Mitteilung von Frau Margit Lenniger, der Urenkelin des Ehepaares Kästing.

⁵² Bericht in der LIPPISCHEN TAGES-ZEITUNG vom 17. Januar 1910. Der Hansabund war am 12. Juni 1909 in Berlin gegründet worden, am 31. Dezember 1934 löste er sich auf.

⁵³ Über Blanks Aktivität in der Edeka ist nichts bekannt, die NS-Zeitung LIPPISCHER KURIER meldete am 20. April 1933 seinen zum 25. März des Jahres erfolgten Austritt aus dem Aufsichtsrat. Am 18. April 1933 hatte sich die Gesellschaft „gleichgeschaltet“.



Abb. 8: Anzeige im Israelitischen Familienblatt vom 1. Oktober 1930

Am 6. Oktober 1907 hatte Salli Blank in Bad Oeynhausen Margarethe Eichenberg aus Adelebsen geheiratet.⁵⁴ Das Ehepaar hatte mit Albert, Fritz und Hildegard drei Kinder.⁵⁵ Albert war als Nachfolger in der Firmenleitung vorgesehen. Er erhielt eine Schulbildung bis zur Obersekundarreife, danach suchte sein Vater für ihn zum 1. Oktober 1924 eine Lehrstelle in einem ähnlich strukturierten Betrieb.⁵⁶ Nach einem entsprechenden Aufenthalt in Göttingen kehrte Albert 1934 nach Horn zurück und arbeitete im Geschäft seines Vaters mit.

Friedliches Zusammenleben?

In Rückblicken wird gerne die Harmonie betont, die in so vielen Kommunen zwischen nicht-jüdischen und jüdischen Einwohnern geherrscht habe. Solche „Erinnerungen“ haben mit der historischen Wirklichkeit weniger zu tun als mit dem Bemühen in der Nachkriegszeit, die NS-Zeit als „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte darzustellen. Mitgliedschaften im Schützenverein oder im Turnverein werden ebenso als Beweise präsentiert wie das Engagement jüdischer Bürger bei der kommunalen Selbstverwaltung. Es ist wichtig, diese Momente als Möglichkeiten hervorzuheben, sie dürfen aber das gesellschaftliche Unterfutter von Neid, rassistischem Ressentiment und Aggressivität verschleiern, das es immer auch gab. Hauptsächlich waren ökonomische Gründe für diese Haltung verantwortlich, die Angst vor einer überlegenen Konkurrenz, während eine traditionell konfessionelle oder eine moderne rassistische Argumentation anfangs nicht offen zu erkennen sind. Alles das änderte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Die

⁵⁴ Margarethe, später meist als Grete oder Gretchen erwähnt, war am 22. Oktober 1883 in Adelebsen geboren und am 20. April 1944 in Theresienstadt gestorben.

⁵⁵ Albert Blank, geb. 28. Februar 1909 in Horn, gest. 8. Juni 1977 in Buenos Aires, Argentinien. Fritz Blank, geb. am 29. September 1914 in Horn, gest. am 22. April 1977 in Philadelphia, USA. Hildegard, geb. am 3. März 1923 in Horn, ermordet 1944 in Auschwitz, vom Amtsgericht Bielefeld am 11. September 1948 für tot erklärt.

⁵⁶ Albert Blank hatte nach der Rektorschule in Horn von 1921 bis 1924 das Gymnasium Leopoldinum in Detmold besucht, die Obersekundarreife erhielt er mit Konferenzbeschluss vom 4. April 1924, s. LAV NRW OWL, D 9 Detmold 1 Nr. 1220; zur Lehrstellensuche s. die Anzeige im ISRAELITISCHEN FAMILIENBLATT vom 7. August 1924.

Ressentiments erhielten eine neue Brisanz, als sich der Konkurrenzkampf mit der anschwellenden antisemitischen, rassistisch begründeten Ideologie zu einem explosiven Gemisch verband.

Offene antisemitische Attacken begannen schon in der Endphase des Ersten Weltkriegs, die Hetzer brauchten nicht auf den 30. Januar 1933 zu warten, wie es ein nach dem Zweiten Weltkrieg gepflegter Mythos sehen möchte. Der in Detmold lebende völkische Autor Friedrich Fischer unterhielt mit seiner für kurze Zeit herausgegebenen Zeitschrift *Die Fackel* ein eigenes Hetzorgan.⁵⁷ Auch Salli Blank in Horn entging seinen Attacken nicht. In Nr. 7 vom Oktober 1920 wurde ihm Warenschieberei vorgeworfen, aber in einer Form, die juristisch nicht angreifbar war – denn noch hätte sich Blank vor Gericht gegen solche Lügen erfolgreich wehren können. In Horn lassen sich die Anhänger des Jungdeutschen Ordens (Jungdo) als Vorreiter antisemitischer Ausfälle ausmachen. Dieser Wehrverband gehörte zu den völkischen Vorfeldorganisationen, die der NSDAP den Weg bereiteten. Da der Jungdo von der NS-Regierung trotz ideologischer Schnittmengen verboten wurde, konnten sich seine Anhänger nach 1945 als NS-Opfer stilisieren und ihr Weltbild weiterpflegen.⁵⁸ Über ihre Aktivitäten in Horn berichtete schon 1922 die sozialdemokratische Tageszeitung *Volksblatt*.⁵⁹ Eine führende Rolle im Hornschen Jungdo spielte der Postmeister Anton Höck. Im Frühjahr 1923 hatte er nicht nur antisemitische Hetzplakate an seinem Postgebäude geduldet, sondern nach Zeugenaussagen mehrere vom Absingen antisemitischer Lieder begleitete Umzüge von Mitgliedern des Jungdo bewusst am Geschäft Blank vorbeigeführt. Salli Blank hatte Höck deshalb in der Post aufgesucht, zur Rede gestellt und als Lügner und Schürzenjäger beschimpft.⁶⁰

Dies führte zu einem Verfahren vor dem Amtsgericht.⁶¹ Dort kam auch zur Sprache, dass Höck in einem Vortrag jüdische Kriegsteilnehmer verunglimpft und ihnen in der in antisemitischen Kreisen üblichen, alle Fakten ignorierenden Weise vorgehalten hatte, dass sie nicht an der Front gestanden hätten. Dies war nicht nur eine Unverfrorenheit den Hornschen jüdischen Gefallenen gegenüber, deren Namen bekannt waren, sondern auch gegenüber Salli Blank persönlich.⁶² Die Lügen, Verleumdungen und Beleidigungen eines Staatsbediensteten wogen allerdings in der Waagschale des Gerichts weniger schwer als die Schimpfworte Blanks gegenüber diesem Postmeister.⁶³

⁵⁷ Zu Fischer, der sich Fischer-Friesenhausen nannte, und seinen gerichtsnotorischen Umtrieben in Detmold s. WOLFGANG MÜLLER, Moritz Rülff – ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE 57/1988, 365-432, hier 390-402. Müller nennt den Autor „einen der übelsten antisemitischen Schriftsteller Deutschlands“.

⁵⁸ Zum Jungdeutschen Orden s. KLAUS HORNING, Düsseldorf 1958. Für seinem Wirken in Lippe liegt viel Material vor, das bisher nicht ausgewertet wurde.

⁵⁹ So in der Ausgabe vom 8. Juli 1922.

⁶⁰ S. den Bericht in der LLZ vom 3. April 1925.

⁶¹ Sitzung des erweiterten Schöffengerichts in Detmold vom 28. Januar 1925, s. den Bericht in der LLZ vom 29. Januar 1925.

⁶² Zu den jüdischen Gefallenen aus Lippe s. HARTMANN 2020, darin u. a. die Anzeige der Israelitischen Gemeinde Horn für ihren am 14. November 1914 in Frankreich gefallenen Lehrer und Prediger, den Kriegsfreiwilligen Berthold Bloch, in der LLZ vom 30. November 1914.

⁶³ Berichte zum Verfahren in der LLZ vom 29. Januar und 3. April 1925. Höck brachte die grundlegende Verlogenheit seiner Organisation mit der Aussage auf den Punkt, er sei kein Antisemit, aber der Jungdo nehme keine Juden auf.

Hier werden verschiedenen Strukturelemente deutlich: die antisemitische Praxis eines völkischen Wehrverbandes, die offensichtlich als „normale“ Haltung akzeptiert wurde; die Bereitschaft eines betroffenen jüdischen Bürgers, sich zur Wehr zu setzen; die mangelnde Unterstützung durch nichtjüdische Bürger; zuletzt ein Gericht, das in der Ehre eines Postbeamten ein höheres Rechtsgut sah als in der Ehre eines jüdischen Ladenbetreibers – denn Salli Blank wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, während es gegen Höck kein Verfahren gab.⁶⁴ Dass der Beamte Höck sich um Verfassung und Republik nicht scherte, demonstrierte er öffentlich ein Jahr später, als er sich weigerte, am Verfassungstag an seinem Gebäude die Reichsflagge aufzuziehen.⁶⁵

Nach dem 30. Januar 1933

Die Behandlung der Familie Blank lässt sich im Nachhinein als schrittweise soziale, ökonomische und zuletzt physische Zerstörung ihrer Existenz erkennen. Eine Diskussion um die Frage, ob der Mord von Anfang an so geplant war, ergibt wenig Sinn – er war unter antisemitischen Gruppen von Anfang an als Möglichkeit und auch als Wunsch mitgedacht. Veranstaltet als konzertierte Aktion mit vielen Beteiligten, von hasserfüllten Einzelnen wie dem Postmeister Anton Höck, dem Ortsgruppenleiter und Gendarmerie-Meister Heinrich Jürgens⁶⁶, dem Ortsgruppenpropagandaleiter und Volksschullehrer Wilhelm Bruns⁶⁷ und dem Kreisorganisationsleiter und Handelsvertreter Gottfried Lückhoff⁶⁸, mit Organisationen wie dem Jungdeutschen Orden, der NSDAP, dem Reichsnährstand und über Banken, Sparkassen und zuletzt mit der

⁶⁴ Selbst Höcks Schmähung als „Schürzenjäger“ war nicht aus der Luft gegriffen, erwähnten doch weibliche Anhänger des Jungdo vor Gericht entsprechende Übergriffe.

⁶⁵ S. den Bericht im VOLKSBLATT vom 13. August 1924.

⁶⁶ Jürgens, geb. am 26. November 1890 in Holzhausen-Externsteine, gest. 5. Februar 1967 daselbst, war zum 1. April 1932 in die NSDAP eingetreten; zu seiner Laufbahn in der Gendarmerie s. die Personalakte in LAV NRW OWL, D 99 Nr. 16438. Jürgens war für die Ermordung abgestürzter amerikanischer Flieger verantwortlich, konnte aber untertauchen, während die drei Männer, die seine Anordnungen ausgeführt hatten, von einem amerikanischen Gericht verurteilt und hingerichtet wurden. Dazu STEFAN WIESEKOPSIEKER, Täter oder Opfer? Der Schötmaraner Kaufmann Gustav Deppe und seine Beteiligung an den Hohenhauser Fliegermorden am 5. August 1944, in: ROSENLAND 28/2023, 139-157. Seit 1952 lebte Jürgens unbehelligt als Gendarmerie-Hauptmann i. R., d. h. mit Bezug seiner Pension, in Horn.

⁶⁷ Bruns, geb. am 10. Juni 1888 in Bega, am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten, war 1937 als Lehrer wegen unsittlicher Annäherung an Schülerinnen aufgefallen. Entgegen allen Versuchen seitens der Ortsgruppe und der Landesschulbehörde, die Zeuginnen als Lügnerinnen zu diffamieren und sie durch „ergänzende“ Hinweise auf Kontakte zu Juden zu belasten, wurde er am 23. September 1937 vom Landgericht Detmold zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und war dadurch nicht nur beruflich ruiniert, sondern auch für die NSDAP nicht mehr tragbar. S. seine Personalakte in LAV NRW OWL, D 99 Zug. 13/1967 B 197.

⁶⁸ Lückhoff, geb. am 1. Oktober 1888 in Elberfeld, gest. am 26. Januar 1960 in Hiddesen, war am 1. August 1930 der NSDAP beigetreten. In Horn war er Organisationsleiter der NS-Ortsgruppe, im April 1934 Stadtverordneter, seit März 1936 bei der Kreisleitung Detmold, später Lippe als Propagandaleiter und als Organisationsleiter angestellt, s. Angaben zur Person u. a. in LAV NRW OWL, L 113 Nr. 346, 387, 977. Im Entnazifizierungsverfahren verurteilte ihn die 12. Spruchkammer des Spruchgerichts Hiddesen wegen der Zugehörigkeit zur Gruppe der Politischen Leiter zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe, die mit der vorherigen Internierungshaft abgegolten war. Die milde Strafe wurde mit „seiner geringen Kenntnis von der Judenverfolgung“ begründet, s. LAV NRW RHEINLAND, NW 1072-LB Nr. 1631, s. https://dfg-viewer.de/show/?tx_dlfid=https%3A%2F%2Fwww.landesarchiv-nrw.de%2Fdigitalisate%2FAbt_Rheinland%2FNW-Bestaende%2FNW_1072-LB%2F%7E016%2FNW_1072-LB-01631%2Fmets.xml.

Finanzverwaltung als einer Reichsbehörde, deren Handlungen aktenmäßig nachvollziehbar blieben.

Wie in allen lippischen Städten mit der Ausnahme Oerlinghausens war die NSDAP bei den Kommunalwahlen vom 10. Januar 1932 auch in Horn stärkste Kraft geworden. Sie erhielt allerdings mit fünf Mandaten nur eins mehr als die SPD, die eins verloren hatte, während eine Unpolitische Liste zwar drei Mandate erreichte, aber vier verloren hatte.⁶⁹ Der Trend verstärkte sich bei der Landtagswahl vom 15. Januar 1933, als die beiden rechtsradikalen Parteien NSDAP und DNVP auch in Horn zusammen die absolute Mehrheit der Stimmen erhielten.⁷⁰ Eine weitere Steigerung zeigte sich bei der schon nicht mehr freien Reichstagswahl vom 5. März 1933.⁷¹ Ihr Ergebnis erhöhte den auf die kommunalen Selbstverwaltungsorgane ausgeübten Druck zur Selbstgleichschaltung so stark, dass in Horn am 14. März zwei Nationalsozialisten neben zwei bürgerlichen Abgeordneten in den Stadtrat gewählt wurden.⁷² Das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 brachte diese Entwicklung zum Abschluss, nun brauchten die Antisemiten in Horn keinerlei Zurückhaltung mehr zu üben.

Die Angriffe richteten sich gegen alle 25 jüdischen Einwohner, aber bevorzugt gegen Salli Blank – als den Besitzer des größten Geschäfts und als jemanden, der sich zu wehren bereit war. Die Angriffe und Blanks Verteidigung sind dokumentiert: in Berichten der Presse, von der *Lippischen Staatszeitung* bis zum *Stürmer*, in den Unterlagen der Kreisleitungen Detmold und Lippe der NSDAP⁷³ und im Schriftwechsel des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV).⁷⁴ Deutlich wird die schrittweise Zerstörung jüdischer Existenz in Horn, aber auch die Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes.

Dabei taten sich mehrfach einfache Bürger hervor, die die Kundschaft von jüdischen Geschäften zählten, die solche Kunden denunzierten, die überhaupt jeden Kontakt eines Nichtjuden mit

⁶⁹ Ergebnis der Kommunalwahl laut LLZ vom 12. Januar 1932: NSDAP 570, SPD 538 und Unpolitische Liste 400 Stimmen.

⁷⁰ Ergebnis der Landtagswahl in Horn laut LLZ vom 16. Januar 1933: NSDAP 675, SPD 490, DVP 134, DNVP 122, KPD 104, Deutsche Staatspartei 19 Stimmen.

⁷¹ Ergebnis in Horn laut LLZ vom 6. März 1933: NSDAP 852, SPD 463, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (die ehemalige DNVP) 143, DVP 93, KPD 74, Zentrum 36, Evangelischer Volksdienst 24 und Deutsche Staatspartei 10 Stimmen.

⁷² S. den Bericht der LLZ vom 15. März 1933. Die SA hatte durch eine Besetzung des Rathauses und die vorläufige Absetzung von Bürgermeister Ullrich die Neuwahl des Stadtrates erzwungen. Neue Räte waren der Steinbruchbesitzer Johannes Becker und der Landwirt Friedrich Heithecker, die beiden Stadträte der NSDAP waren der Sparkassenrendant R. Köller und der Maurer Jöstingmeier. Der Pressebericht schließt mit dem Satz: „Horn hat seine Ruhe wieder.“

⁷³ LAV NRW OWL, BESTAND L 113 NSDAP und NS-Organisationen in Lippe; s. auch den zu diesem Bestand angelegten Spezialnachweis Antisemitismus.

⁷⁴ Ab dem 21. Oktober 1935 Centralverein der Juden in Deutschland, ab August 1936 Jüdischer Central-Verein. Die Lippe und Ostwestfalen betreffende Korrespondenz befindet sich im Bestand MF 55 doc der WIENER LIBRARY in London. Für die uneigennützig Überlassung seiner vielen dort ausgewerteten Daten sei Jürgen Hartmann gedankt. Zum Bestand s. JÜRGEN HARTMANN, Der Bestand „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)“ in der Wiener Library in London und seine Bedeutung für die lippische Regionalgeschichtsforschung, in: ROSENLAND 13/2012, 43-50; zum CV in Lippe s. DERS., Auf verlorenem Posten. Der Detmolder Centralverein und der jüdische Abwehrkampf gegen den Antisemitismus 1918 bis 1933, in: ROSENLAND 22/2019, 2-47.

einem jüdischen Händler den Vertretern der NSDAP meldeten. Der Aktenbestand der lippischen NSDAP ist voll mit solchen Denunziationen.⁷⁵ Der Kontakt der Ortsgruppe Horn zur Kreisleitung in Detmold war eng, da der oben genannte Gottfried Lückhoff Funktionen in beiden ausübte. Namen und Fotos der Angeprangerten erschienen dann oft im „Stürmerkasten“, wie er auch in Horn in der Mittelstraße stand.⁷⁶

Der erste direkte Schlag gegen jüdische Geschäfte in Horn war der reichsweite April-Boycott, der in Lippe allerdings schon zwei Wochen zuvor einsetzte. Den jüdischen Familien sollte die Lebensgrundlage so weit beschnitten werden, dass sie sich zu einer Auswanderung gezwungen sahen. Auch die Synagogengemeinde in Horn versuchte, den angekündigten Maßnahmen durch besondere Anpassungsgesten zu entgehen. Gegenüber der Lippischen Landesregierung protestierten ihre beiden Vorsteher, Walter Sondermann und Jakob Hirschfeld, am 29. März 1933 in einem Schreiben gegen „die von unverantwortlichen Elementen in Szene gesetzte Hetze gegen Deutschland“, verwiesen auf ihre Bereitschaft, sich zum Wohle Deutschlands einzusetzen und auf die vier jüdischen Weltkriegsgefallenen, und baten „höflichst, von den Boykottmaßnahmen in unserer kleinen Stadt, wo einer den anderen kennt, absehen zu wollen.“ Kann man in dieser Haltung noch einen Akt verzweifelter Hilflosigkeit erkennen, so stellt die Reaktion der Landesregierung eine Bankrotterklärung des Staates gegenüber der NSDAP dar. Im Randvermerk schrieb der zuständige Sachbearbeiter, „daß es sich bei dem Boykott um eine Angelegenheit der Partei handle und daß deshalb die Regierung auf den Umfang der Aktion keinen Einfluß hat.“⁷⁷

Aufschlussreich ist eine Aussage, die der nach dem Zweiten Weltkrieg in Karlsruhe lebende Ernst Michel in einem Interview machte. Michel, 1916 geboren, war 1933 Lehrling in Horn, und zwar mit einiger Wahrscheinlichkeit in der Fa. Blank. Gefragt, wo er am 1. April 1933, dem Tag des „Judenboycotts“, gewesen sei, erinnerte er sich:

„Da war ich Lehrling in Horn, einer Kleinstadt in der Nähe von Detmold, in einem jüdischen Geschäft. Wir haben da alles Mögliche verkauft: Getreide, Drogerieartikel, Lebensmittel, Textilien, Farben, praktisch alles für den täglichen Bedarf.“⁷⁸

⁷⁵ Aus Schwalenberg sind z. B. Listen erhalten, in denen minutiös die Besuche von Kunden eines Geschäfts mit jüdischem Inhaber festgehalten wurden, s. LAV NRW OWL, L 113 Nr. 995.

⁷⁶ Damals Adolf-Hitler-Str. 30, s. Schreiben des CV-Landesverband Ostwestfalen und Nachbargebiete, an die Lippische Landesregierung vom 28. Mai 1935, in: WIENER LIBRARY, London, MF 55/101/2970 (dort irrtümlich mit der Hausnummer 31).

⁷⁷ Schreiben samt Randvermerk in LAV NRW OWL, L 80.14 Nr. 377.

⁷⁸ BETTINA WENKE, Interviews mit Überlebenden. Verfolgung und Widerstand in Südwestdeutschland. Stuttgart 1980, 142-182, hier 144-145. Michel, am 21. Mai 1916 in Nieder-Weisel (heute Stadtteil von Butzbach in Hessen) geboren und am 23. März 2000 in Frankfurt am Main gestorben, war im Oktober 1933 nach Straßburg emigriert - vielleicht spielte dabei eine Rolle, dass dort schon emigrierte Angehörige der Familie Blank lebten. Da Michel in Frankreich keine Arbeitsgenehmigung bekam, ging er 1934 nach Karlsruhe. Er wurde im November 1938 nach Dachau deportiert, später mit den badischen Juden in das französische Internierungslager Gurs, von dort über Drancy nach Auschwitz, das er wie auch weitere Lager überlebte und nach Karlsruhe zurückkehren konnte. Zu Michel s. <https://collections.arolsen-archives.org/de/search/person/79479378?s=Michel%20Ernst&t=2924592&p=8>,

Michel bestätigt, dass der Boykott eine ökonomische Wirkung gehabt habe, allerdings nicht so dramatisch, um die nach seiner Aussage damals unter Juden verbreitete Meinung zu erschüttern, es werde „nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird.“ Diese Haltung dürfte mehr eine Hoffnung als eine Überzeugung ausgedrückt haben.

Im Sommer 1933 hatte das NS-Hetzblatt *Lippischer Kurier* schon triumphiert und verkündet: „Sally gibt das Rennen auf“⁷⁹ – aber Salli Blank gab nicht auf. Wieweit jüdische Einwohner tatsächlich schon als angreifbar ohne eigenes Risiko galten, zeigt die Anzeige wegen „Beleidigung der NSDAP“, die ein 23jähriger Kaufmann am 12. April 1934 bei der Gendarmerie in Horn erstattete. Sein Ziel war es offensichtlich, sich über die Anzeige gegen einen jüdischen Kaufmann zu profilieren. Basis der Anzeige war die Eigendynamik eines Gerüchts: Der Anzeigende hatte von einem anderen Kaufmann etwas *gehört*, was dieser von der Frau eines Landwirts *gehört* habe, die es wiederum von ihrem Manne *gehört* hatte. Dieser habe Blank bei einer gelegentlichen Rechnungsbegleichung gefragt, ob er denn überhaupt noch bei ihm kaufen könne; Blank habe geantwortet, dass die Hetze gegen ihn von Leuten betrieben werde, die selbst „Pleitemacher“ seien. Der aufnehmende Gendarmeriebeamte W. vernahm die Beteiligten und schloss seine Protokolle mit dem Vermerk, es liege keine strafbare Handlung vor. Der Oberstaatsanwalt in Detmold kam zum gleichen Ergebnis. Noch schien Blanks Vertrauen berechtigt, von dem die Äußerung zitiert wird: „Gesetzlich wäre die Judenhetze nicht zulässig“.⁸⁰

Für einen weiteren Schritt in die Ausgrenzung zeichnete der Krieger- und Landwehrverein verantwortlich, der Blank am 1. November 1933 aufforderte, seinen Austritt zu erklären.⁸¹ Wenn man berücksichtigt, welch hohen Stellenwert die „Kriegerkameradschaft“ in der deutschen Gesellschaft seit 1870/71 hatte, ist kaum eine größere Demütigung vorstellbar. Drei Jahre später schloss sich Salli Blank dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) an, dessen Stimme in der NS-Zeit aber keinerlei gesellschaftliches Gewicht mehr hatte.⁸²

Am 3. September 1934 berichtete Dr. Max Ostwald, Rechtsanwalt in Dortmund und Berater des CV, an den CV-Landesverband Rheinland-Westfalen:

„Herr Blank ist Alleininhaber der Firma D. Blank, Horn in Lippe. Es handelt sich um das größte Geschäft am Platze. Dasselbe vertreibt Lebensmittel aller Art, insbesondere auch Getreide, Futter- und Düngemittel im Klein- und Großverkauf. Es handelt sich um ein sehr altes Geschäft. Herr Blank, der 62

s. auch einen Bericht über seine Verfolgungszeit in den BADISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN vom, 28. September 2007.

⁷⁹ LIPPISCHER KURIER vom 27. Juli 1933.

⁸⁰ Der Vorgang in LAV NRW OWL, D 21 B Nr. 393.

⁸¹ Das Schreiben findet sich unter <https://www.blankgenealogy.com/showmedia.php?mediaID=268> (Aufruf: 7. März 2024). Deutlich wird die perfide Haltung, für den Vereinsausschluss des „Kameraden“ diesem selbst die Verantwortung zu übertragen.

⁸² S. die Meldung von Emil Weinberg, Vorsitzender der RjF-Ortsgruppe Herford vom 19. Dezember 1936 an die Gestapo Herford über Zugänge, darunter aus Lippe Samuel Valk und Arthur Buchholz aus Detmold sowie Salli Blank aus Horn, s. LAV NRW OWL, M 4 A Nr. 27. Zum RjF s. HARTMANN 2020.

Jahre alt ist, hat dieses bereits von seinem Vater ererbt. Herr Blank war 3 ¾ Jahre auf dem östlichen Kriegsschauplatz als Frontsoldat. Herr Blank erfreute sich stets des größten Ansehens und das mit Recht. Dennoch wird seit dem vorigen Jahre ein systematischer Boykott gegen ihn betrieben, dieser hat besonders in den letzten Wochen wiederum stark eingesetzt. Im Einzelnen gebe ich folgende Tatsachen an: Ein Nachbar des Herrn Blank ist diesem offenbar besonders feindlich gesinnt. Er passt genau auf die Leute auf, die in das Geschäft gehen und dieses verlassen. Die Leute werden angesprochen und aufgefordert, nicht mehr bei Blank zu kaufen. Auch soll den Leuten bereits gedroht worden sein, sie würden beim Verlassen des Geschäfts fotografiert. Die Zeitungsfrau spricht die aus dem Geschäft kommenden Kunden an und erklärt ihnen, sie würde dafür sorgen, dass ihre Namen in die Zeitung kämen, wenn sie weiter noch bei Blank kauften. Der Ortsgruppenleiter – ein Gendarmerie-Wachtmeister – hat den Fuhrmann der Firma Blank aufgefordert, keine Fuhren mehr für diese Firma auszuführen. In den Versammlungen der politischen Verbände, insbesondere der Frauenschaft, werden die Leute namentlich vorgelesen, welche noch bei der Firma Blank kaufen.“⁸³

Im gleichen Brief berichtet Ostwald von einer „Inschutzhaftnahme“ von Albert Blank, zusammen mit einem zu Besuch weilenden Verwandten und von Salli Blank. Tatsächlich waren Salli Blank, sein Sohn Albert und Hans Eichenberg, ein Verwandter aus Adelebsen, am 20. August morgens um 2 Uhr in Schutzhaft genommen und nach Detmold gebracht worden; am 23. August wurden alle drei mittags um 12 Uhr entlassen.⁸⁴ Der Grund: Sie hatten am Abend des 19. August 1934 im Radio die Ergebnisse der Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches gehört, danach belagerte ein Mob das Haus, bis die Kriminalpolizei aus Detmold die Verhaftungen vornahm.⁸⁵

Bei der Frage, was zu tun sei, zeigte sich die Hilflosigkeit von Blank, aber auch die des CV in den Überlegungen, ob es sinnvoll sei zu intervenieren, und wer auf welcher Ebene angesprochen werden könne. Klar war allen Beteiligten, dass eine Eingabe bei der Lippischen Landesregierung sinnlos sei. „Chef der Lippischen Landesregierung“ war der Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg Lippe, der Gauleiter des Gaus Westfalen-Nord, Dr. Alfred Meyer. Er hatte den Kreisleiter des Kreises Detmold, später des aus den Kreisen Detmold und Lemgo zusammengelegten Kreises Lippe Adolf Wedderwille, zu seinem uneingeschränkten Stellver-

⁸³ WIENER LIBRARY, London, MF 55/101/2970.

⁸⁴ S. das Haftbuch der Detmolder Justizvollzugsanstalt, LAV NRW OWL, D 22 Detmold Nr. 6169. Für Salli und Albert Blank wird als Beruf „Kaufmann“ angegeben, Hans Eichenberg (geb. am 1. Oktober 1911 in Adelebsen, gest. am 22. Januar 1975 in Buenos Aires) wird als „Korrespondent“ mit Wohnsitz in Laren, Nord-Holland, genannt.

⁸⁵ Die Volksabstimmung erfolgte nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg um die Frage der Zusammenlegung der Ämter von Reichspräsident und Reichskanzler zum neuen Amt „Führer und Reichskanzler“; sie ergab im Reich eine Zustimmung von 89,93 %, im Wahlkreis Westfalen-Nord von 84,19 %. Horn wies 2027 Ja-Stimmen gegenüber 137 Nein-Stimmen auf, s. LLZ vom 20. August 1934.

treter gemacht. Wedderwille, ein antisemitischer Scharfmacher der ersten Stunde, hielt in Lippe praktisch die Fäden der Landesregierung in der Hand.⁸⁶

Beim CV scheint die Illusion bestanden zu haben, auf höchster Ebene noch Stellen gegeneinander ausspielen zu können. Gegenüber dem Reichswirtschaftsminister konnte man darauf hinweisen, dass die antisemitischen Aktionen vor Ort nicht nur gegen einschlägige Bestimmungen verstießen, sondern tatsächlich auch den Wirtschaftsablauf störten. Aber jede rationale Argumentation war sinnlos, wenn sie sich gegen den Kern der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ richtete. Auch wurde von der Zentrale des CV darauf hingewiesen, dass es sich beim Geschehen in Horn nicht um einen Einzelfall handele, sondern „nur um einen Fall unter vielen.“⁸⁷ Es war ein resigniertes Eingeständnis der Tatsache, dass die Hetze inzwischen Alltag geworden war, ohne dass eine Möglichkeit der Gegenwehr bestand.

Antisemitismus wurde nun auch regelmäßig als Verstärkung bei Denunziationen eingesetzt, die sonst nicht ausgereicht hätten, um Jemanden zu belasten, wie etwa eine frühere SPD-Mitgliedschaft oder die Zurückhaltung bei den diversen Spendensammlungen der Partei. Hier wird deutlich, dass sich untergeordnete Funktionäre und einfache Mitglieder der NSDAP aus Horn, aber auch aus umliegenden Dörfern auf diesem Wege in der Partei profilieren wollten.⁸⁸ Ortsgruppenleiter Jürgens etwa beklagte sich im Mai 1934, dass ein Auftrag beim Straßenbau an einen Unternehmer vergeben wurde, der kein Parteimitglied sei – und fügte hinzu, dass dieser Mann noch „bei dem Juden Blank“ einkaufe. Bemerkenswert ist, dass die Tochter des Angeprangerten den Kauf damit verteidigt habe, dass „die Juden auch leben müssten.“⁸⁹ Eine ähnliche Begründung liegt auch von einem Landwirt aus Heiligenkirchen vor, der angesichts des Vorwurfs des Handels mit Blank gesagt haben soll, „er habe früher mit dem Juden gehandelt und halte es für seine Pflicht, das auch heute zu tun.“⁹⁰ Ein Denunzierter aus Horn, als Sozialdemokrat bekannt, verwies zudem auf ein schwer widerlegbares Argument: bei Blank seien die Futtermittel „wesentlich billiger“.⁹¹

Im Sommer 1935 stieß die *Lippische Staatszeitung* eine neue antisemitische Kampagne an, die darauf abzielte, die Kommunen dazu zu bringen, jüdisches Leben durch den Erlass so genannter „Ortsjüdensatzungen“ so weit wie möglich einzuschränken. Die enge Absprache der öffentlichen Verwaltung mit der NSDAP zeigt sich in einem Rundschreiben der NS-Kreisleitung Detmold vom 9. August 1935 an ihre Ortsgruppen, in dem ebenfalls ein aggressiveres Vorgehen gegen die jüdischen Bewohner gefordert wurde.⁹² Deutlich wird erneut, wie auf regionaler und lokaler Ebene vorgeprescht und keinesfalls „nur“ auf Anordnungen „von oben“ gehandelt

⁸⁶ Zu Wedderwille s. ANDREAS RUPPERT, Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: LIPPISCHE MITTEILUNGEN AUS GESCHICHTE UND LANDESKUNDE 60/1991, 199-229.

⁸⁷ So im Schreiben von Dr. Hans Reichmann, Syndikus des CV, vom 27. Mai 1935 an den Landesverband Ostwestfalen und Nebengebiet, in: WIENER LIBRARY, London, MF 55/101/2970.

⁸⁸ Aktenkundig sind Fälle u. a. aus beiden Vahlhausen, aus Leopoldstal und aus Feldrom, s. LAV NRW OWL, L 113 Nr. 463.

⁸⁹ Schreiben Jürgens' an die Kreisleitung vom 25. Mai 1934, LAV NRW OWL, L 113 Nr. 387.

⁹⁰ Februar 1937, Vorgang in LAV NRW OWL, L 113 Nr. 479.

⁹¹ Kreisleiter Wedderwille an die Ortsgruppenleitung Horn vom 6. September 1935, LAV NRW OWL, L 113 Nr. 463.

⁹² Rundschreiben in LAV NRW OWL, L 113 Nr. 263.

wurde. Die erste Satzung dieser Art erließ in Lippe am 10. August 1935 die Stadt Schötmar.⁹³ In sechs Punkten wurden Verbote ausgesprochen, während der siebte weitere mögliche Verschärfungen androhte. Jürgen Hartmann weist darauf hin, dass „sämtliche Städte und Gemeinden, auch jene ohne jüdische Bevölkerung, ... ähnliche oder gleichlautende Beschlüsse“ fassten.⁹⁴ Am 16. August 1935 bekannten sich dann auch in Horn Bürgermeister und Rat offiziell zu diesem neuen Schritt des antisemitischen Terrors. Jüdischen Bürgerinnen und Bürgern wurde der Grunderwerb in Horn ebenso verboten wie die Nutzung der öffentlichen Badeanstalt, der Zuzug von Juden wurde nicht mehr gestattet, städtische Vergünstigungen wurden ihnen verweigert und Handwerker, die weiterhin für jüdische Kunden arbeiteten, wurden von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen.⁹⁵ Dass sich die Stadt dabei „nur“ in eine an sie herangetragene Kampagne einreihete, entbindet sie nicht von ihrer Verantwortung. Dass sich von den Beteiligten später jemand dieser Verantwortung gestellt habe, ist nicht überliefert.⁹⁶

Zum Terror, dem die Familie Blank ausgesetzt war, gehörten Schmierereien an ihrem Geschäfts- und Wohnhaus, eingeworfene Scheiben und auch die alltägliche Repression gegen Kundinnen und Kunden, denen weiterhin gedroht wurde, ihre Fotos würden im „Stürmerkasten“ erscheinen. So wurden bei Blank in der Nacht vom 17. zum 18. August 1935 zwei Scheiben eingeschlagen, eine in der Mittelstraße, die andere Im Ort. Am Nachmittag des 17. August stand Gottfried Lückhoff mit einer Kamera bereit, um Kunden des Geschäfts zu fotografieren. Am gleichen Nachmittag war an einer Schaufensterschreibe ein Zettel mit der Aufschrift „Jude Blank Rassen-schänder“ angebracht – laut Meldung des Gendarmerie-Hauptwachtmeisters W. vom 22. August wurde jedoch kein Täter festgestellt, weder für das Anbringen des Zettels noch für die spätere Zerstörung der Scheiben.⁹⁷

Ein Dokument zeigt in besonderer Weise das noch lange bestehende Vertrauen Salli Blanks in den Rechtsstaat, aber auch, dass dieses Vertrauen keine Grundlage mehr hatte. In einem zweiseitigen Schreiben vom 28. Juni 1935 wandte er sich zuletzt doch einmal beschwerdeführend an den lippischen Polizeichef in Detmold. Er beklagte sich über die Aufstellung des „Stürmerkastens“ mit der Inschrift „Wer bei Juden kauft und mit ihnen handelt, ist ein Feind der Nation“. Auf einem Zettel seien Personen aufgelistet worden, die in jüdischen Geschäften eingekauft oder mit Juden Skat gespielt hatten. Angebracht war der Zettel von Lehrer Wilhelm Bruns auf Geheiß des Ortsgruppenleiters. Blank beklagt die starken Einbußen jüdischer Geschäfte und bittet darum, dass sich solches nicht wiederhole und die Inschrift am „Stürmerkasten“ entfernt werde – mit dem Hinweis auf den Beamtenstatus von Bruns und Jürgens, der ihnen eine Einmischung in wirtschaftliche Zusammenhänge verbiete. Adressat des Schreibens war der kommissarische Landespolizeiführer Paul Faßbach, gleichzeitig Führer der SA-Brigade 65 in Detmold, der es in Abschrift an die Lippische Landesregierung, an den Kreisleiter Wedderwille

⁹³ LIPPISCHE STAATSZEITUNG vom 11. August 1935.

⁹⁴ JÜRGEN HARTMANN, zitiert nach einem unveröffentlichten, vom Verf. freundlicherweise zur Verfügung gestellten Manuskript, in dem die Zusammenhänge erläutert werden.

⁹⁵ LIPPISCHE STAATSZEITUNG vom 16. August 1935. Die Redaktion ließ der Meldung ein „Gedicht“ folgen, in dem Blank sowie ein Bauer aus Schönemark und ein Hornscher Ratsherr diffamiert werden.

⁹⁶ Der für den Erlass verantwortliche Bürgermeister Friedrich Ullrich leitete nach seiner Entlassung aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft seit 1950 als Stadtdirektor die Stadtverwaltung Horn.

⁹⁷ KREISARCHIV LIPPE, K7 STADT HORN Nr. 666; s. auch die Berichte in WIENER LIBRARY, London, MF 55/101/2970.

und an die Stapostelle Bielefeld, Außenstelle Detmold weiterleitete. Eine Antwort Faßbachs an Blank ist nicht überliefert, allerdings die Freude des Kreisleiters über den Niedergang der jüdischen Geschäfte in Horn.⁹⁸

Der Kampf gegen den „Stürmerkasten“ wurde auch im Sommer 1935 noch vom CV-Landesverband Ostwestfalen und Nebengebiete unterstützt, dessen Vertreter von Salli Blank regelmäßig über die Verhältnisse in Horn unterrichtet wurden. Interventionen beim Reichsinnenministerium und beim Reichswirtschaftsministerium waren jedoch ergebnislos geblieben, sodass zuletzt wieder auf die Polizei in Lippe verwiesen wurde.⁹⁹

Im Rückblick verwundert das fortbestehende Vertrauen Salli Blanks in den Rechtsstaat. Bei aller erlebten Alltagsaggression scheint er bis 1935 die Hoffnung gehabt zu haben, dass die Justiz einerseits, das Wirtschaftsleben andererseits von solchen Attacken frei bleiben würden. Dass er 1935 noch mehrere rein geschäftliche Zivilverfahren am Amtsgericht Horn durchführen konnte, hat ihn möglicherweise in dieser Einschätzung ebenso bestärkt wie die bis 1935 unauffällige Behandlung seiner Firma durch das Finanzamt Detmold.¹⁰⁰ Er war auch noch keineswegs bereit, sein Geschäft aufzugeben – noch im Frühjahr 1935 suchte er per Annonce im *Israelitischen Familienblatt* eine Mitarbeiterin.¹⁰¹



Abb. 9: Anzeige im *Israelitischen Familienblatt* vom 7. März 1935

Der Boykott jüdischer Geschäfte zeigte in Horn noch eine Besonderheit. Hier wurden nicht nur Geschäfte mit jüdischen Inhabern boykottiert, sondern jüdische Kundschaft sollte auch von Geschäften mit nicht-jüdischen Inhabern ferngehalten werden. Juden durften nicht nur nicht mehr verkaufen, sondern auch nicht mehr kaufen oder bestimmte Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Dr. Hans Davidsohn, Rechtsanwalt in Herford und seit 1936 Syndikus des CV-Landesverbandes Ostwestfalen und Nebengebiete¹⁰², teilte der Zentrale des Verbandes am 22. August 1935 mit:

⁹⁸ Vorgang in LAV NRW OWL, L 113 Nr. 463. Zu Faßbach s. L 80 I Pers. Nr. 431 und D 70 D Nr. 10 (bei Letzterem handelt es sich um Kopien aus dem Bundesarchiv).

⁹⁹ S. entsprechende Korrespondenzen in WIENER LIBRARY, London, MF 55/101/2970.

¹⁰⁰ In den Zivilprozessregistern des Amtsgerichts Horn sind für das Jahr 1935 mehrere Klagen Blanks aufgeführt, in den Jahren 1936 und 1937 wird Blank nicht mehr genannt, s. LAV NRW OWL, D 23 Horn Nr. 616, 617 und 618. Zur den Finanzamtsprüfungen s. D 26 Bielefeld-Innenstadt Nr. 77; in die Akte waren nach Blanks Umzug nach Bielefeld Unterlagen des Finanzamtes Detmold übernommen worden.

¹⁰¹ S. entsprechende Anzeige vom 7. März 1935.

¹⁰² Im gleichen Jahr 1936 wurde der Landesverband Ostwestfalen und Nebengebiete dem Landesverband Rheinland-Westfalen zugeschlagen. Zu Davidsohn s. VOLKER BECKMANN, Dr. jur. Hans Davidsohn. Ein Leben für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, in: HISTORISCHES JAHRBUCH FÜR DEN KREIS HERFORD, 29/2022, 214-234.

„In Horn i. L. sind durch die Partei seit dem 15. August ds. Js. sämtlichen Handwerken, soweit sie ein offenes Ladengeschäft haben, d. h. also insbesondere Bäcker, Fleischer, Friseure und dergl. mehr, sowie bei sämtlichen sonstigen Ladengeschäften Schilder mit folgenden Aufschriften verteilt: ‚Deutsches Geschäft‘. Darunter Stempel der Ortsgruppe. Darunter wiederum: ‚Kein Verkauf an Juden‘.“¹⁰³

Er betonte allerdings auch, dass dies nicht im Interesse der nichtjüdischen Betriebe lag, wobei nicht zu entscheiden ist, ob sie solche Boykottmaßnahmen grundsätzlich nicht billigten oder ob es ihnen vor allem um die entgangenen Einkünfte ging. Solcher Zwiespalt ist auch aus den lippischen Bädern bekannt, wo man einerseits die ortsansässigen Juden vertreiben, der Einnahmen durch jüdische Kurgäste aber nicht entbehren wollte. Dass Salli Blank auch jetzt noch dagegen vorzugehen versuchte und die Mittel des Rechtsstaates einsetzte, lässt immer wieder den aufrechten Gang und die unbeirrte Tapferkeit dieses Mannes erkennen.

Eine belastbare Aussage über die Haltung Hornscher Bürgerinnen und Bürger ist schwer zu treffen. Es gibt Hinweise darauf, dass bei weitem nicht alle den Terror mitgetragen haben. Ein Offizier des Schützenvereins, der Stadtsekretär Heinrich U., opponierte beim Schützenfest 1935 gegen Maßnahmen und Aussagen des Ortsgruppenleiters.¹⁰⁴ Es waren nichtjüdische Einwohnerinnen und Einwohner, die sich beim Ortsgruppenleiter und beim Lehrer Bruns über Verunglimpfungen beschwerten; es waren nichtjüdische Handwerker, die sich gegen den „passiven Boykott“ wandten. Auch die Bereitschaft einzelner Emigranten, nach dem Weltkrieg Kontakt zu ehemaligen Nachbarn und Schulfreunden aufzunehmen, verweist auf ein nicht-antisemitisches Milieu in Horn. Erstaunlich ist auf der anderen Seite die Haltung des reformierten Pfarrers Wilhelm Weege, der sich beim Kreisleiter über die Bloßstellung seiner Frau im „Stürmerkasten“ beklagte und darauf verwies, dass seine Söhne in HJ und SA aktiv seien.¹⁰⁵

Den entscheidenden Schlag gegen das Geschäft Blank schilderte Fritz Blank 20 Jahre später so:

„Im Jahre 1935 entzog der Reichsnährstand meinem Vater das Recht mit Getreide zu handeln, womit das Rückgrat des Geschäfts gebrochen war. Das Ladengeschäft ging ebenfalls infolge des Boykotts ein.“¹⁰⁶

Tatsächlich bat Salli Blank im Herbst 1935 das Finanzamt Detmold um Stundung der im Dezember fälligen Rate der Einkommensteuer mit der Begründung, dass er kein Einkommen, sondern nur Verluste habe: „Aus den Ihnen bekannten Gründen liegt mein Geschäft fast ganz

¹⁰³ WIENER LIBRARY, London, MF 55/101/2970.

¹⁰⁴ So im der Kreisleitung übersandten „Bericht über das diesjährige Schützenfest“ des Ortsgruppenleiters Jürgens vom 16. Juni 1935, s. LAV NRW OWL, L 113 Nr. 387. Der Genannte habe sich dagegen verwahrt, dass Juden nicht beim Schützenfest mitmarschieren sollten, und habe die Boykottaufrufe als „Geschäftsschädigung“ bezeichnet. Zu Heinrich U. s. auch die Entnazifizierungsakte in LAV NRW RHEINLAND, NW 1072-LB (SBE Berufungsausschuss Regierungsbezirk Detmold), Nr. 597.

¹⁰⁵ Schreiben Weeges an Kreisleiter Wedderwille vom 25. Februar 1936, LAVNRW OWL, L 113 Nr. 473.

¹⁰⁶ Zitiert im Schreiben der Rechtsanwälte Daltrop und Dr. Kastrop, Bielefeld, an den Regierungspräsidenten/Dezernat für Wiedergutmachung in Detmold vom 30. Januar 1958, in LAV NRW OWL, D 1 BEG Nr. 8658.

still und habe ich dadurch fast keine Einnahmen.“¹⁰⁷ Acht Monate später meldete er dem Finanzamt: „Ich halte mein Geschäft nur aufrecht, um es bei passender Gelegenheit verpachten zu können.“¹⁰⁸ Die formalen Konsequenzen zog Blank in zwei Schritten erst später. Zum 1. Januar 1937 hatte er den Geschäftszweig „Getreide-, Futter- und Düngemittel“ gewerbepolizeilich abgemeldet, das Geschäft war an die Lippische Hauptgenossenschaft in Lage für eine monatliche Pacht von 90 RM verpachtet. Das noch weiter geführte Geschäft für „Kolonialwaren, Haushaltsgegenstände, Manufakturen“¹⁰⁹ wurde zum 1. Dezember 1938 geschlossen, sodass die Firma David Blank in Horn erloschen war.¹¹⁰

1936 hatte Blank aber noch als Angeklagter vor dem Amtsgericht Horn gestanden. Ihm wurde vorgeworfen, Lebensmittel verkauft zu haben, über deren Zustand er nicht ausreichend informiert habe. Hintergrund war der Versuch der NSDAP, die seit Jahrzehnten bestehende Geschäftsbeziehung zwischen dem Gut Hornoldendorf und der Fa. Blank zu unterbinden. Blank lieferte dem Gut Lebensmittel, die für das den Gutsarbeitern zustehende Verpflegungsdeputat verwendet wurden, und organisierte den Verkauf des auf dem Gut geernteten Getreides. Anlass der Klage war eine Beschwerde der Landarbeiter über eine Lieferung von als „ungenießbar“ bewerteten Erbsen. Ein in der Urteilsbegründung deutlich erkennbarer Konflikt zwischen Gutsverwalter und Landarbeitern wurde nun zu einem Konflikt zwischen „deutschen Arbeitern“ und einem jüdischen Geschäftsinhaber umgedeutet. Die Landarbeiter hatten sich beim Reichsnährstand beklagt, der ihre Eingabe an die NS-Kreisleitung in Detmold weitergab, die sodann die Kriminalpolizei mit Ermittlungen beauftragte.

Der Tatbestand war unbestritten – etwa 17 Prozent der von Blank en detail in seinem Ladengeschäft in Horn und en gros unter anderem an das Gut Hornoldendorf verkauften Erbsen waren vom Erbsenwickler, einer Schmetterlingsart, angefressen worden. Sie waren dadurch allerdings laut einem Gutachter weder ungenießbar noch schädlich und waren von Blank zu einem angemessenen Preis angeboten worden. Amtsgerichtsrat Aldegarmann verurteilte Blank am 3. November 1936 mit Verweis auf dessen „ausgezeichnete Vermögensverhältnisse“ zu einer Strafe von 600 RM.¹¹¹ Seine Urteilsbegründung weist deutliche ideologische Elemente auf. *Der Stürmer* griff die Verurteilung auf, es ist davon auszugehen, dass der Fall auch im „Stürmerkasten“ in Horn dargestellt wurde.¹¹² Blank legte, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Hirschfeld aus Detmold und Dr. Kamp aus Bielefeld, Berufung beim Landgericht in Detmold ein. Das Gericht unter Landgerichtsrat Dr. Sander prüfte den Sachverhalt, wertete ihn als einen „Grenzfall der Strafbarkeit“, hob das vorherige Urteil auf und sprach Blank am 7. August 1937 frei.¹¹³ Auffällig ist in der Begründung das Fehlen jeglicher NS-affiner Formulierungen; sie betont, dass

¹⁰⁷ LAV NRW OWL, D 26 Bielefeld-Innenstadt Nr. 77, Schreiben Blanks vom 13. November 1935.

¹⁰⁸ EBD., Schreiben o. D., mit Eingangsstempel 14. Juli 1936.

¹⁰⁹ EBD., Erklärung Blanks vor dem Finanzamt Detmold am 18. Januar 1937.

¹¹⁰ Auskunft des Ordnungsamtes Horn vom 18. März 1958 im Entschädigungsverfahren Fritz Blank, s. LAV NRW OWL, D 1 BEG Nr. 5168. Die Abmeldung an das Finanzamt Detmold war schon mit Schreiben vom 29. November 1938 erfolgt, D 26 Bielefeld-Innenstadt Nr. 77.

¹¹¹ Das Verfahren in LAV NRW OWL, D 23 Horn Nr. 846.

¹¹² DER STÜRMER, Nr. 6, Februar 1937. Die ganze Ausgabe zielte darauf ab, jüdische Lebensmittelhändler als „Volksvergifter“ darzustellen.

¹¹³ LAV NRW OWL, D 20 B Nr. 5874.

die Erbsenlieferung von der Gutsverwaltung geprüft und akzeptiert worden war, und führte damit den Konflikt wieder auf seinen innerbetrieblichen Ursprung zurück. Unterschiedliche Bewertung von Sachverhalten im Instanzenzug der Gerichte ist Justizalltag, aber vielleicht hat gerade diese „Normalität“ Blank in seiner verhängnisvollen Einschätzung bestätigt, dass der Rechtsstaat in Deutschland selbst 1937 noch funktioniere.

Wie eine Atempause erscheinen in den Jahren 1935 bis 1938 Reisen des Ehepaars Blank und Tochter Hildegard in die Schweiz, um dort Fritz Blank zu besuchen.¹¹⁴ Ob sie dabei Überlegungen zu einer Emigration angestellt haben, ist nicht bekannt.

Die drei Kinder Albert, Fritz und Hildegard des Ehepaars Blank



*Abb. 10: Albert Blank, undatiert
(Archiv David Blank)*

Unterschiedlich reagierten die drei Kinder des Ehepaars Blank auf die zunehmenden Repressalien. Albert sah für jüdisches Leben in Deutschland keine Perspektive mehr und wanderte im Februar 1938 mit seiner Frau Irmel, geb. Bacharach, aus Northeim, nach Argentinien aus.¹¹⁵

¹¹⁴ Hinweise auf diese Reisen und Fotos finden sich im eindrucksvollen, von einer ARBEITSGRUPPE DES ABENDGYMNASIUMS BIELEFELD im Juni 2013 erstellten Text „Das Leben der Hildegard Blank“, s. <https://silo.tips/download/das-leben-der-hildegard-blank> (Aufruf: 21. Februar 2024).

¹¹⁵ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 619, Liste ehemaliger jüdischer Einwohner, darin Albert Blank mit dem Vermerk „21.2.38 nach Buenos Aires“. Die Liste wurde nach einer Anfrage des Oberkreisdirektors des Kreises Detmold vom 16. Mai 1946 in Verfolg einer Fragenliste der Landesregierung nach den Verhältnissen der jüdischen Einwohner in der NS-Zeit erstellt, die am 30. Mai 1946 vom Stadtdirektor beantwortet wurde. Albert Blank hatte



Abb. 11: Fritz Blank (Mitte) in einer Gruppe jüdischer Pfadfinder, undatiert
(Archiv David Blank)

Der zweite Sohn Fritz hatte am 3. März 1933 am Gymnasium Leopoldinum in Detmold sein Abitur abgelegt¹¹⁶ und scheint auch im Geschäft des Vaters mitgearbeitet zu haben. Er hatte Freunde in Bielefeld und engagierte sich dort und in Lippe im Jüdischen Jugendbund (später Jüdischer Pfadfinderbund).¹¹⁷ Am 23. März 1933 wurde er wegen „marxistischer Gräuelpropaganda“ in Bielefeld in „Schutzhaft“ genommen, er soll Zeitungen in Lippe und in Nachbargebieten über Vorgänge in Lippe informiert haben.¹¹⁸ Der nationalsozialistische Sprachgebrauch „marxistisch“ verweist immer auf die Sozialdemokratie, und mit den „Vorgänge“ waren vermutlich die Angriffe der SA vom 11. März 1933 gemeint, mit der Schließung der sozialdemokratischen Tageszeitung *Volksblatt* und der Verhaftung ihres Chefredakteurs Felix Fechenbach. Viele Jahre später erinnerte sich Ernst Heilbrunn:

„On 22nd March (1933) my close friend and former school friend, Fritz Blank from Horn, came to celebrate my birthday with us. There was a knock at the door while we were in the middle of having coffee and cake. Three sinister looking men had appeared to arrest Fritz for his political “activities” in Detmold. He was just as “active” as I was. Only in the two and a half years

seine Verlobung in der Ausgabe vom 30. August 1935 in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU angezeigt, ein Zeichen für seine Hinwendung zum Zionismus (Hinweis von Jürgen Hartmann).

¹¹⁶ Nach der Hermannschule in Bad Meinberg hatte er von 1929 bis 1933 das Detmolder Gymnasium besucht, das Abitur erhielt er durch Konferenzbeschluss vom 3. März 1933, s. LAV NRW OWL, D 9 Detmold 1 Nr. 1220. In der Akte steht eine Beurteilung vom 9. Dezember 1931 (im Jahrgang Unterprima): „Gut begabt. Fleißig. Strebsam. Stark politisch interessiert. Da noch sehr jung, im Urteil trotzdem sicher, wenn auch noch etwas vorschnell.“

¹¹⁷ Mitteilung seines Sohnes David Bank, mit ergänzenden Hinweisen von Jürgen Hartmann.

¹¹⁸ Berichte in der LIPPISCHEN TAGES-ZEITUNG vom 24. März und in der LLZ vom 25. März 1933; s. auch den Vermerk über die Inschutzhaftnahme zum 6. April 1933 in LAV NRW OWL, D22 Detmold Nr. 6169.

which had passed I had disappeared from the Lippe scene. So it affected him alone".¹¹⁹

Nach zwei Wochen Haft in Horn – im Feuerwehrgerätehaus, in dem er nach Aussagen von Zeugen Misshandlungen ausgesetzt war¹²⁰ – wurde Fritz Blank ins Gerichtsgefängnis nach Detmold überführt und blieb dort bis zum 8. Mai. Am 10. Mai meldete er sich nach Bielefeld ab.¹²¹ Nach der Aussage seiner Mutter emigrierte er im August 1933 nach Straßburg und im Oktober des folgenden Jahres in die Schweiz. Dazu noch einmal Ernst Heilbrunn:

„he ... came to live with us in Bielefeld. He worked in the Katz Textile Company for a short time only. For friends from Horn, sent by the police who were friendly towards him, warned him of a new arrest. He went immediately to an uncle in Straßburg to escape.“¹²²

Nach Straßburg war zuvor schon Albert Abrahamson aus Gestorf, ein enger Verwandter seiner Großmutter, emigriert, sodass hier eine familiäre Anlaufstelle vorlag. In der Schweiz studierte er an der Universität Zürich und wurde in zwei Fächern, Botanik und Chemie, promoviert.¹²³ Wie er in der Schweiz, wohin er im Oktober 1934 verzogen war,¹²⁴ seinen Lebensunterhalt finanzierte, bleibt unklar – dokumentiert sind die regelmäßigen Versuche seiner Eltern, ihn mit Geld von ihrem deutschen Sperrkonto zu unterstützen.¹²⁵ Im Herbst 1938, noch vor den Ereignissen vom 9./10. November, wurde ihm die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen.¹²⁶ Am 22. September 1939 berichtete Salli Blank dem Oberfinanzpräsidenten in Münster, dass Fritz beabsichtige, nach Australien auszuwandern.¹²⁷

¹¹⁹ Brief Heilbrunns vom April 1983, der Textauszug wurde ohne weitere Angaben von David Blank zur Verfügung gestellt, Email vom 30. September 2020.

¹²⁰ Eine eigenwillige Schilderung von Verhaftung und Misshandlung Blanks liefert WALTER E. CAPELLE, *Juden in Horn – Bad Meinberg. Eine Dokumentation über die vergangenen 150 Jahre 1837 – 1987*, Horn-Bad Meinberg 1988. Die 31 Seiten umfassende Schrift ist in jeder Hinsicht unzulänglich.

¹²¹ Fritz Blank hat später in seiner Familie nicht über diese Erfahrungen gesprochen, Aussage seines Sohnes David in Horn im Mai 2010, s. LIESELOTTE MARIß, *Tante-Emma-Läden in Horn*, Lage 2011, 39.

¹²² Wie Fußnote 119.

¹²³ CAPELLE 1988 macht ihn zum Juraprofessor, wie es dann ungeprüft übernommen wurde, s. JENS BUCHNER, *Horn im Nationalsozialismus. Der Alltag einer Kleinstadt im Zeichen des Hakenkreuzes*, in: BUCHNER 1997, 516-453, hier 425; s. auch DINA VAN FAASSEN 2021, 458; eine dort ebenfalls erwähnte Aktivität in der französischen Résistance ist nirgends belegt.

¹²⁴ Angabe von Grete Blank im Schreiben an den Oberfinanzpräsidenten/Devisenstelle in Münster vom 20. Dezember 1939, LAV NRW MÜNSTER, L 001a Nr. 465.

¹²⁵ Daten nach eigener Aussage Blanks, im Entschädigungsantrag vom 14. September 1955, in KREISARCHIV LIPPE, K 2 BEG Kreisverwaltungen Detmold/Lemgo Nr. 845.

¹²⁶ Bekanntmachung vom 13. Oktober 1938, in DEUTSCHER REICHSANZEIGER UND PREUßISCHER STAATSANZEIGER, Nr. 242 vom 17. Oktober 1938.

¹²⁷ S. LAV NRW MÜNSTER, L001a Nr. 465. Nach Auskunft seines Sohnes David hatte Fritz ein australisches Visum, konnte es aber wegen des Kriegsbeginns nicht nutzen; später verzichtete er, da seine berufliche Qualifikation in Australien nicht gefragt war.



*Abb. 12: Grete, Hildegard und Salli Blank, undatiert
(Archiv David Blank)*

Tochter Hildegard erhielt ebenfalls eine bessere Schulbildung und besuchte das Lyzeum in Detmold¹²⁸. Ihre Zeugnisse erweisen sie als durchschnittliche Schülerin, erst das Abgangszeugnis zu Ostern 1938 wies schlechte Noten auf und spiegelt damit ihre Lage als nicht mehr erwünschte Schülerin.¹²⁹ Hildegard blieb bei ihren Eltern, eine berufliche Perspektive eröffnete sich ihr nach dem Geschehen vom November 1938 in Deutschland nicht mehr. Sie ist mit ihren Eltern nach Bielefeld verzogen, von hier ist eines der letzten Lebenszeichen überliefert. Sie war wohl nicht zur Zwangsarbeit im dortigen Lager im „Schloßhof“ verpflichtet, jener „Notgemeinschaft am Rande der Stadt bei letztlich völliger Schutzlosigkeit“¹³⁰, hatte aber Kontakte zu dort

¹²⁸ Im Gebäude des ehemaligen Lyzeums erinnern zwei Tafeln mit Texten und Fotos an die jüdischen Schülerinnen, unter ihnen auch Hildegard Blank.

¹²⁹ Die Zeugnisse in STADTARCHIV DETMOLD, S 8 Stadtgymnasium (als Nachfolger des ehemaligen Lyzeums). Ende 1938 war jüdischen Kindern der Besuch öffentlicher Schulen untersagt. Zum Schulabschluss wurden den Schülerinnen Hanna Sondermann, Hildegard Blank und Hilde Valk vom Landesverband der Synagogengemeinden im Land Lippe Buchgeschenke überreicht, s. ZENTRALARCHIV ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER JUDEN IN DEUTSCHLAND, B 1/34 Nr. 837.

¹³⁰ DAGMAR BUCHWALD/MARTIN DECKER, „Möglichst billig neue Heime nach dem Vorbild von Bielefeld“ – Das jüdische Lager Schloßhof 1940 bis 1943, in: BÄRBEL SUNDERBRINK (Hg.), Der Schloßhof. Gutshof – Gasthaus – Jüdisches Lager, Bielefeld 2012, 114-145, hier 115.

lebenden jungen Juden. Ein Gruppenbild zeigt sie mit drei jungen Bewohnern, es ist die letzte überlieferte Fotografie von Hildegard Blank.¹³¹

Der 9./10. November 1938 und die Folgen

Auch in Horn waren die Synagoge und die jüdischen Geschäfte an jenem 9. und 10. November 1938 den Angriffen der von Staat und Partei aufgehetzten Einwohner ausgesetzt. Die Kreisleitung Lippe der NSDAP¹³² berichtete am 12. November 1938 der Gauleitung Westfalen-Nord in Münster zu den Ereignissen, dass in Horn „3 jüdische Geschäfte vollkommen demoliert“ wurden, die Inneneinrichtung der Synagoge sei „ebenfalls zertrümmert“.¹³³ Zu den zerstörten Objekten gehörte „Blanks Ecke“. Genauer ist der Bericht, den die Gendarmerie-Abteilung Detmold am 18. November über die Gestapo-Außenstelle Detmold an die Gestapo in Bielefeld übersandte. In der Synagoge in Horn waren die Scheiben eingeschlagen und das gesamte Inventar zerstört.¹³⁴ Über Blanks Geschäft wird das Gleiche berichtet, sämtliche Fensterscheiben waren zerstört, der Laden und das Büro verwüstet, die Wohnung seien zerstört, der Lagerraum weise erhebliche Schäden auf. Die Stadtverwaltung Horn bestätigte 12 Jahre nach Kriegsende die Zerstörungen im Ladengeschäft und in der Wohnung.¹³⁵

In gesondertem Schreiben mit gleichem Datum listete der Gendarmerie-Meister die jüdischen Männer auf, die in Horn, Schlangen, Haustenbeck und Lipperode in Schutzhaft genommen worden waren. Unter ihnen war Salli Blank, für ihn wird angefügt, dass er sich wegen „Aderverkalkung“ (vermutlich hatte er einen Schlaganfall erlitten) im Landkrankenhaus in Detmold befinde. Die Deportation in das Konzentrationslager Buchenwald blieb ihm dadurch erspart.

Nach der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, mit zerstörter Synagoge, geplünderten Geschäften und zwei Toten (Julie Hirschfeld, die in ihrem Haus die Treppe heruntergestoßen wurde, und Max Sondermann, der an seinen Misshandlungen im KZ Buchenwald verstarb), war dem Ehepaar Blank klar, dass es in Horn keine Zukunft mehr für jüdisches Leben geben konnte. Die Angriffe zeigten unmittelbare Wirkung, schon der Gendarmerie-Bericht sagte: „Blank beabsichtigt, das Geschäft nicht weiter zu führen und steht in Verkaufsverhandlungen“.

¹³¹ Fotografie aus dem Nachlass von Paul Hoffmann, dem einzigen Überlebenden der vier Abgebildeten, abgedruckt in BUCHWALD/DECKER 2012, 125.

¹³² Zum 1. April 1938 waren die Kreisleitungen Detmold und Lemgo zum Kreis Lippe vereinigt worden. Kreisleiter war Adolf Wedderwille.

¹³³ Abschrift in LAV NRW OWL, M1IP Nr. 1106.

¹³⁴ EBD. Im Bericht heißt es: „Die Höhe des entstandenen Schadens kann nicht genau angegeben werden, wird auf einige tausend Mark geschätzt“. Eine Auflistung der zerstörten Werte liegt im Entschädigungsantrag der Jewish Trust Corporation for Germany vom 26. Februar und vom 25. September 1958 vor, darin wird der Schaden mit 69.000 DM angegeben, LAV NRW OWL, D 1 Nr. 5783.

¹³⁵ Schreiben des Stadtdirektors vom 23. Februar 1957 an das Amt für Wiedergutmachung bei der Stadtverwaltung Bielefeld; der Schaden wurde dabei auf 25.000 – 30.000 DM geschätzt, s. LAV NRW OWL, D 1 BEG Nr. 8658.

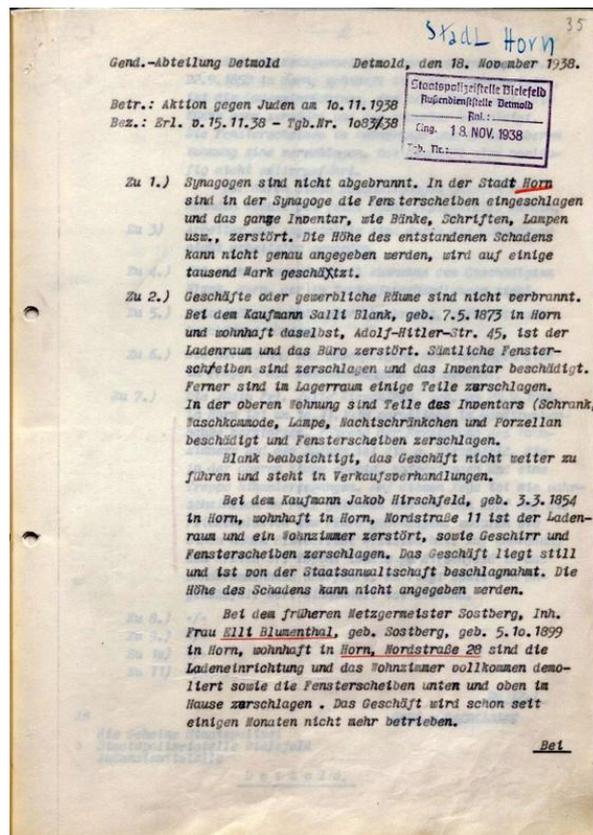


Abb. 13: Meldung der Gendarmerie Detmold zu den Zerstörungen vom 9./10. November in Horn, 18. November 1938 (LAV NRW OWL, M1 IP Nr. 1106)

Zwei Wochen später, am 24. November 1938, war der Kaufvertrag für das Haus in der Mittelstraße 35 - inzwischen Adolf-Hitler-Straße 45 -, ausgefertigt.¹³⁶ Blank verkaufte das Haus samt Inventar und einem Schuppen am Bahnhof an die Spar- und Darlehenskasse für einen Betrag von 40.000 RM; davon gingen 5.500 RM an Hypothekenverpflichtungen ab, dazu kam ein Barbetrag von 2.000 RM für das Inventar und den Schuppen. Im Vertrag verpflichtet sich Blank, die zerstörten Fensterscheiben und die Schaufensterscheibe seines Ladens „auf seine Kosten“ einsetzen zu lassen. Hier wird der dann bis zur Deportation beibehaltene reichsweit zu beobachtende Mechanismus deutlich, nach dem Juden gezwungen waren, für die ihnen von Dritten zugefügten Schäden selbst aufzukommen.¹³⁷

Allerdings machte die Stadt Horn von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch und übernahm das Grundstück zum festgelegten Kaufpreis. Der Preis wurde auf ein Sperrkonto gezahlt, über das der Verkäufer nicht frei verfügen konnte. Gleichzeitig wurden dem Reich, vertreten durch das Finanzamt Bielefeld, sofort 25.000 RM „als zu leistende Sicherheit für die von mir und meiner Ehefrau zu errichtende Judenvermögensabgabe und sonstiger noch fällig werdender Steuern und Abgaben“ abgetreten.¹³⁸ Die Familie Blank war in die Mühle der deutschen Ausplünderung geraten, in der jede Nutzung des Kontos selbst für kleinste Beträge zu demütigenden Bittbriefen zwang und die Zustimmung einer Verwaltungsbehörde erforderte.

¹³⁶ Vorgänge in LAV NRW OWL, D 23 B Horn – Bad Meinberg Blatt 4670 Bd. 1.

¹³⁷ Schwierigkeiten gab es bei der Bezahlung des mit der Instandsetzung beauftragten Malermeisters aus Horn, da Salli Blank nicht mehr frei über seine Konten verfügen konnte, s. LAV NRW MÜNSTER, L001a Nr. 465.

¹³⁸ Salli Blank in einem Schreiben vom 25. April 1939, s. LAV NRW OWL, D 27 Nr. 2541.

Zum 1. Januar 1939 hatte Salli Blank für die Finanzverwaltung eine Aufstellung seines Vermögens vorgenommen, es betrug damals 84.868,45 RM.¹³⁹ Allerdings konnte die Familie damit nichts mehr anfangen. Am 25. Oktober 1939 verfügte der Oberfinanzpräsident Westfalen eine Sicherungsanordnung für ihr Vermögen. Von da an musste jede Kontobewegung bewilligt werden. Nur Zahlungen an nichtjüdische Dritte konnten problemlos abgewickelt werden, Einnahmen dagegen blieben gesperrt. Einnahmen aus seinem Geschäft waren Salli Blank aber schon länger nicht mehr möglich. Am 27. Januar 1939 schrieb der Gendarmerie-Meister W. in einem Vermerk für den Bürgermeister: „In Horn sind alle jüd. Einzelhandelsgeschäfte geschlossen“,¹⁴⁰ und am 1. April meldete der *Staatsanzeiger für das Land Lippe* das schon oben erwähnte Erlöschen der Firma David Blank in Horn.

Die verschiedenen Vermögensaufstellungen, wie sie sich im Aktenbestand der Oberfinanzdirektion Westfalen spiegeln, zeigen, dass die monatlich notwendigen Auslagen die laufenden Einnahmen nun bei weitem überstiegen. Das konnte zwar noch durch Verkäufe von Grundstücken oder die Auflösung von Hypotheken¹⁴¹ ausgeglichen werden, aber auch über diese Einnahmen konnte das Ehepaar Blank nicht frei verfügen.

Gerade die Grundstücksverkäufe machten das Finanzamt Bielefeld hellhörig, das nun eine geplante Emigration vermutete. Obwohl die Auswanderung von Juden seit 1933 offiziell angestrebt worden war, entstand nun gegenüber der Familie Blank der Verdacht, dass dabei dem Reich ein materieller Schaden entstehen könnte. Das Finanzamt informierte von seinem „Verdacht“ im März 1939 mehrere Behörden: die Zollfahndungsstelle Dortmund, die Reichsbank in Bielefeld, den Oberpräsidenten Westfalen, den Oberbürgermeister Bielefeld, das Hauptzollamt Bielefeld, die Zentrale Steuerfahndungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Berlin, und die Gestapo, hier die Leitstelle Bielefeld.¹⁴² Deutlich wird hier an einem Einzelfall die bürokratische Struktur der Verfolgung. Es war mit den beteiligten Behörden ein engmaschiges Überwachungsnetz, aus dem es kein Entkommen gab, weder bei der Ausplünderung noch, nur wenig später, bei Deportation und Mord. Selbst über den längst emigrierten und ausgebürgerten Sohn Fritz Blank wurden von Grete Blank noch Angaben verlangt.¹⁴³ Nach dem Scheitern des NS-Staates konnten sich alle Beteiligten darauf berufen, in diesem Gefüge nur „kleine Rädchen“ ohne Einblickmöglichkeit in den Zusammenhang gewesen zu sein. Mancher an der Ausplünderung beteiligte Beamte wirkte später auch an der Rückabwicklung der Maßnahmen seiner Behörde mit – irgendwie „verstrickt“ aber nie verantwortlich.

¹³⁹ Mitgeteilt im Schreiben an den Oberfinanzpräsidenten Münster vom 2. November 1939, mit Hinweis auf die inzwischen eingetretenen Verringerungen. Das Vermögen mit Immobilien, Bankguthaben, Aktien Außenständen, Hypotheken wurde mit 128.405,51 RM angegeben, dem Verpflichtungen gegen Privatleuten und Banken sowie die Judenvermögensabgabe von 25.000 RM gegenüberstanden, LAV NRW MÜNSTER, L 001a Nr. 465.

¹⁴⁰ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 666.

¹⁴¹ Dazu gehörte auch eine Hypothek auf dem Hof Schönlau in Remmighausen, der im Dezember 1939 von Leopold zur Lippe, dem letzten lippischen Fürsten, gekauft worden war. Im März 1940 wurden von der Fürstlichen Verwaltung 19.967,50 RM an Blank überwiesen, s. Schreiben der Fürstlichen Verwaltung an den Oberfinanzpräsidenten/Devisenstelle vom 15. März 1940, LAV NRW MÜNSTER, L 001a Nr. 465.

¹⁴² EBD.

¹⁴³ In ihrem Schreiben van an den Oberfinanzpräsidenten/Devisenstelle vom 10. Dezember 1939 erwähnt Grete Blank Pläne ihres Sohnes zur Auswanderung nach Australien, EBD.

Konkrete Pläne für eine Emigration des Ehepaares Blank sind nicht bekannt, allerdings war sie nach der Erfahrung des 9. November 1938 thematisiert worden. Die Auswanderung von Hildegard Blank wurde sogar als kurz bevorstehend genannt.¹⁴⁴ Sie kam nicht mehr zustande, wobei die Gründe nicht mehr zu klären sind. Noch 1941 hatte Hildegard Blank in Detmold Nähkurse bei Hertha Berghausen besucht, die der Vorbereitung für das Leben im Ausland dienen sollten.¹⁴⁵ Vielleicht waren die Wege inzwischen versperrt, vielleicht hatte sich die Tochter auch entschieden, bei ihren Eltern zu bleiben. Eine Lösung gab es nicht. Fred Sondermann aus Horn erwähnte 1969, dass seine Mutter nie verwunden habe, dass sie ihre Mutter in Horn zurücklassen musste.¹⁴⁶

Bielefeld, Theresienstadt, Auschwitz

Die drei in Horn lebenden Familienmitglieder zogen am 21. November 1938 nach Bielefeld, in das Haus Falkstraße 17, das David Blank 1937 für seine Frau Grete gekauft hatte.¹⁴⁷ Ihre Gründe dafür sind nicht bekannt, aber solche Umzüge waren ein zeittypisches Phänomen. Juden waren in kleineren Gemeinden in besonderer Weise der Gehässigkeit vieler „Mitbürger“ ausgesetzt und erhofften sich in einer Großstadt eine gewisse Anonymität. Ihren Peinigern aus Horn konnte die Familie Blank allerdings auch in Bielefeld nicht entkommen. Am 3. Dezember 1938 informierte der lippische NSDAP-Kreisorganisationsleiter Hermann Rehm die Bielefelder Kreisleitung über den Umzug mit dem Hinweis, Blank solle seine Lagerbestände dorthin geschafft haben und versuche, sie dort „unter der Hand“ zu verkaufen. Er solle überwacht werden.¹⁴⁸ Verheerend aber sollte werden, dass Blank auch der deutschen Finanzverwaltung nicht entgehen konnte.

Als die Familie Blank nach Bielefeld verzog, war sie immer noch wohlhabend.¹⁴⁹ Die Akten des Oberfinanzpräsidenten in Münster zeigen, wie gnadenlos, indes immer auf Korrektheit bedacht, die Beraubung, Ausbeutung und zuletzt Erpressung des Ehepaares vor sich ging. Unproblematisch war eine Verfügung weiterhin nur, wenn nichtjüdische Empfänger aus den Konten bedient werden sollten: Handwerkerrechnungen, Hypotheken usw.; unproblematisch war es auch, als einer Verwandten in Adelebsen der Betrag von 4.190 RM überwiesen werden sollte,

¹⁴⁴ Hinweis im Schreiben der Zollfahndungsstelle Dortmund an den Oberfinanzpräsidenten Münster – Devisenstelle – vom 10. Dezember 1938 mit genauer Angabe der Vermögensverhältnisse als Basis für die „Sicherungsanordnung“, LAV NRW MÜNSTER, L001a Nr. 465.

¹⁴⁵ Die Kurse waren vermutlich von der Reichsvereinigung angeboten worden; aktenkundig wurde Hildegard Blanks Teilnahme wegen Komplikationen bei der Bezahlung von gesperrten Konten, ebd.

¹⁴⁶ FRED SONDERMANN, „Return“ – Bericht über die Wiederbegegnung mit seiner Heimatstadt Horn im Jahre 1969, in: ROSENLAND 11/2010, 2-13, hier 9.

¹⁴⁷ LAV NRW OWL, D 23 B Bielefeld Bd. 45 Bl. 24; Salli Blank hatte das Haus als Bevollmächtigter seiner Frau in einer Zwangsversteigerung erworben; der Kaufvertrag über 22.000 RM datiert vom 21. Mai 1937, der Eintrag ins Grundbuch vom 13. Juli 1937. Das Umzugsdatum wird in einer Mitteilung der Bundesvermögensstelle Bielefeld an die Oberfinanzdirektion Münster genannt, s. deren Schreiben an Fritz Blank vom 4. Dezember 1954, LAV NRW MÜNSTER, L001a Nr. 465.

¹⁴⁸ LAV NRW OWL, L 113 Nr. 995.

¹⁴⁹ S. die o. g. Vermögensaufstellung vom 1. Januar 1939, in LAV NRW MÜNSTER, L001a Nr. 465.

denn anders hätte die Mittellose die auch ihr auferlegte „Judenvermögensabgabe“ nicht bezahlen können.¹⁵⁰

Ende 1939 geriet das Ehepaar Blank durch ein Devisenvergehen noch in anderer Weise in das Räderwerk der Finanzverwaltung. Im November 1939 hatte ein jüdisches Ehepaar aus Krefeld, das nach England emigrieren wollte, Devisen und andere Werte in Koffern illegal nach Holland geschafft. Dortige Zollbeamte hatten die deutschen Behörden vertraulich darüber informiert, die Ehefrau wurde verhaftet und gezwungen, den Rücktransport der Koffer zu veranlassen. Da illegale finanzielle Transaktionen vorher mehrfach erfolgreich von einem holländischen Mittelsmann durchgeführt worden waren, hatte sich auch Grete Blank aus Bielefeld – wie ihre Verbindung nach Krefeld zustande kam, ist nicht bekannt – an der Aktion beteiligt. Sie wollte ihrem Sohn Fritz außer Kurs gesetzte inländische Goldmünzen im Wert von 110 RM und ausländische Goldmünzen im Wert von 60 RM zukommen lassen. Die Aktion misslang, weil der Mittelsmann ausgefallen war und das Krefelder Ehepaar dann auf eigene Faust gehandelt hatte. Da es sich rechtlich um einen leichteren Fall von Devisenvergehen handelte, wurde die Strafsache in einem sogenannten Unterwerfungsverfahren geklärt. In der Unterwerfungsverhandlung am 6. September 1940 vor dem Finanzamt Bielefeld wurden Grete Blank zwei Vergehen vorgehalten: die genannten Goldmünzen „der zuständigen Reichsbankstelle nicht angeboten zu haben“ und sie „ohne Genehmigung der Devisenstelle einem Inländer zugunsten eines Ausländers ausgehändigt zu haben“. Für beide Vorwürfe wurde eine Geldstrafe von jeweils 500 RM verhängt, dazu kamen je 250 RM Ersatz „anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Monaten“. Salli Blank, der seine Frau vertrat, stimmte zu, am 14. Oktober 1940 bestätigte das Finanzamt Münster-Stadt der Devisenstelle beim Landesfinanzamt den Eingang der Zahlung.¹⁵¹

In einem letzten vom Reich erzwungenen Rechtsakt wurde die Familie noch einmal gedemütigt und betrogen. Anfang 1942 konnte Salli Blank noch ein Vermögen von 74.324 RM angeben.¹⁵² Während das Reich das Vermögen von Emigranten durch die „Reichsfluchtsteuer“ minimieren bzw. bei illegaler Auswanderung beschlagnahmen konnte, bedurfte die Ausplünderung der nach Theresienstadt Deportierten eines anderen Rechtstricks, da die Stadt im Reichsgebiet lag – die Deportierten mussten sich im „Altersghetto“ Theresienstadt einkaufen. So sollten sie einerseits in Sicherheit gewiegt werden, sodass keine Unruhe unter den für die Deportation längst Vorgesehenen entstehen sollte, gleichzeitig konnte sich das Reich das noch verbliebene Vermögen auf scheinbarem Weg aneignen. Es gehörte zur Perfidie der Verfolgungsbehörde, dass der Abschluss dieser Verträge von Vertretern der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland verhandelt und vollzogen wurde, die damit gezwungenermaßen zu Handlangern bei dieser Erpressung wurden.¹⁵³ Auch das Ehepaar Blank war gezwungen, für sich und Tochter Hildegard einen „Heimeinkaufsvertrag“ zu unterschreiben.

¹⁵⁰ An den Oberfinanzpräsidenten Münster gerichtete entsprechende Bitte Salli Blanks vom 7. März 1939, der auch entsprochen wurde, s. LAV NRW MÜNSTER, L001a Nr. 465.

¹⁵¹ Verfahren in LAV NRW MÜNSTER, L 001a Nr. 465.

¹⁵² So in seiner Vermögenaufstellung für den Oberfinanzpräsidenten/Devisenstelle Westfalen vom 30. Januar 1942, s. LAV NRW MÜNSTER, L 001a Nr. 465.

¹⁵³ Zur Problematik s. JÜRGEN HARTMANN, Die Bezirksstelle Westfalen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Bielefeld 1939 bis 1943, in: ROSENLAND 25/2021, 68-152.

Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Deportation blieb der Familie Blank kein Spielraum. Am 28. Juli 1942 wurde der Vertrag von Salli Blank einerseits, Adolf Stern und Carl Heumann als Vertretern der Bezirksstelle Westfalen der Reichsvereinigung andererseits unterschrieben. Der Kaufpreis von 7.200 RM wurde am 26. Oktober 1942 als „verbucht“ gestempelt – zu einem Zeitpunkt, als Salli Blank schon nicht mehr am Leben war.¹⁵⁴ Drei Tage nach Unterzeichnung des Vertrags wurden Salli, Margarethe und Hildegard Blank in einem in Münster eingesetzten und über Bielefeld geleiteten Deportationszug nach Theresienstadt verbracht.¹⁵⁵ Salli verstarb dort am 10. September 1942, Grete am 20. April 1944.¹⁵⁶



*Abb. 14: Hildegard Blank, undatiert
(Archiv David Blank)*

Hildegard wurde am 6. Oktober 1944 aus Theresienstadt nach Auschwitz deportiert, wo sie wahrscheinlich sofort nach der Ankunft in einer der Gaskammern im Lager Auschwitz II (Birkenau) ermordet wurde. Von ihrem Transport von 1.550 Personen gab es nur 5 Überlebende,

¹⁵⁴ BUNDESARCHIV, R 8150 Nr. 574 Bl. 292 u. 293; durch die Heimeinkaufsverträge flossen dem Reich mehrere 100 Millionen RM zu.

¹⁵⁵ Transport XI/1 vom 31. Juli 1942, sie haben in der Eingangsliste in Theresienstadt, die identisch ist mit der von der Gestapo angelegten Transportliste, die Nummern 42, 43 und 44, s. https://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_wfn_420731.html (Aufruf: 30. Oktober 2024).

¹⁵⁶ Todesfallanzeige des Ältestenrates des Ghettos Theresienstadt vom 10. September 1942 zu Salli Blank, s. <https://www.holocaust.cz/de/datenbank-der-digitalisierten-dokumenten/dokument/82234-blank-sally-todesfall-anzeige-ghetto-theresienstadt/> (Aufruf: 21. Februar 2024); Angabe zu Grete Blank aus der Opferdatenbank zu Theresienstadt, s. <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/> (Aufruf: 21. Februar 2024).

von 113 Deportierten liegen keine Nachrichten vor.¹⁵⁷ Hildegard Blank wurde durch Beschluss des Amtsgerichts Bielefeld vom 11. September 1948 für tot erklärt.¹⁵⁸ In der Akte befand sich als ihr letztes Lebenszeichen eine am 16. August 1944 aus Theresienstadt an den Bruder Fritz in Zürich gerichtete Postkarte – sie wurde vom Landesarchiv in Detmold ihrem auf der Karte erwähnten Neffen David Blank, dem Sohn von Fritz Blank, zurückgegeben.¹⁵⁹

Salli Blanks Schwester Ida, seit 1900 mit Josef Ikenberg in Nieheim verheiratet, war mit dem gleichen Zug nach Theresienstadt deportiert worden. Sie wurde am 15. Mai 1944 nach Auschwitz gebracht und dort ermordet. Ihr Mann war schon am 20. November 1942 in Theresienstadt verstorben.¹⁶⁰

Am 2. Dezember 1942 wurde dem Oberpräsidenten Westfalen vom Oberfinanzpräsidenten in Münster eine Meldung über von „Reichsfeinden“ eingezogene Vermögen gemacht, dazu zählten auch das Grundstück der Eheleute Blank in Bielefeld mit einem Einheitswert von 16.900 RM, wie es der Angabe in Salli Blanks eigener Vermögensaufstellung von 1940 entsprach, und ein Garten im Nordfeld in Horn zum Einheitswert von 100 RM – während Salli Blank noch einen Wert von 1.200 RM angegeben hatte. Der Stand des beweglichen Vermögens wurde gleichzeitig auf 71.795 RM geschätzt.¹⁶¹ Der Oberfinanzpräsident verbuchte über Salli Blanks Tod hinaus weiterhin Einnahmen aus dessen Vermögen. Vom 30. September 1942 bis zum 31. Juli 1944 liefen 62.320,84 RM an Außenständen ein, die verbucht und an die Reichshauptkasse abgeführt wurden.¹⁶² Das Grundstück Falkstraße 17 in Bielefeld wurde vom Finanzamt Bielefeld verwaltet, die Mieteinnahmen flossen der Finanzhauptkasse zu. Am 3. März 1945 wurde das Haus bei einem Bombenangriff so stark beschädigt, dass es nicht mehr bewohnt werden konnte.

Zum vom Reich beschlagnahmten Vermögen der im Juni 1943 aufgelösten Reichsvereinigung gehörten auch die Friedhöfe. Der Friedhof in Horn mit den Gräbern und Grabsteinen auch von Angehörigen der Familie Blank wurde am 13. Juni 1944 für 1.170 RM der Stadt Horn verkauft. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass einzelne Grabsteine noch jüdische Eigentümer hätten, aber „nach den bisherigen Erfahrungen ist mit Ansprüchen der Eigentümer nicht zu rechnen“.¹⁶³ Die „Erfahrungen“ hatte Wilhelm Börger, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium,

¹⁵⁷ Transport Eo-799, www.blankgenealogy.com (Aufruf: 21. Februar 2024).

¹⁵⁸ LAV NRW OWL, D 23 Bielefeld Nr. 1925.

¹⁵⁹ Fritz Blank hat Anfang 1945 mehrere Versuche unternommen, über Verbindungen in der Schweiz die Freilassung seiner Mutter und seiner Schwester aus Theresienstadt zu erreichen. Er wusste nicht, dass beide nicht mehr am Leben waren (Angaben nach ARBEITSGRUPPE „BLANK“ 2013). In der Postkarte erkundigt sich Hildegard nach dem Wohlergehen ihrer drei Angehörigen in Zürich, die Bedingungen in Theresienstadt werden gemäß den Zensurbestimmungen nicht angesprochen.

¹⁶⁰ Beide wurden vom Amtsgericht Steinheim für tot erklärt, s. LAV NRW OWL, D 23 Steinheim Nr. 157; zu Josef Ikenberg s. auch die Todesfallanzeige des Ältestenrates im Ghetto Theresienstadt vom 20. November 1942, s. <https://www.holocaust.cz/de/datenbank-der-digitalisierten-dokumenten/dokument/88925-ikenberg-josef-todesfallanzeige-ghetto-theresienstadt/>.

¹⁶¹ Der ganze Vorgang ist enthalten in einer Meldung des Oberpräsidenten an den Regierungspräsidenten Minden vom 7. Januar 1943, s. LAV NRW OWL, M1IP Nr. 1453.

¹⁶² Auflistung im Schreiben der Oberfinanzdirektion Münster an Dr. Fritz Blank in Montreal (Canada) vom 4. Dezember 1954, LAV NRW MÜNSTER, L 001a Nr. 465.

¹⁶³ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 1375.

SS-Brigadeführer, Honorarprofessor an der Universität Köln und Reichsredner der NSDAP auf einer Veranstaltung in Horn Anfang Dezember 1942 verdeutlicht: „Sie wissen genau so gut wie ich: wir haben die Juden erschlagen, erschossen und vergast.“¹⁶⁴

Die Ansprüche der Erben

Albert und Fritz Blank haben nach dem Ende der NS-Herrschaft Rückerstattungs- und Entschädigungsansprüche gestellt. Das Amtsgericht Bielefeld hatte ihnen am 7. Oktober 1950 einen Erbschein ausgestellt.¹⁶⁵ Für Rückerstattungen kamen zuerst das Grundstück in der Falkstr. 17 in Bielefeld und der erwähnte Garten im Nordfeld in Horn in Frage. Mit Beschluss des Wiedergutmachungsamtes beim Landgericht Detmold vom 17. Juli 1951 wurde das Grundstück Falkstraße 17 den Erben zurückgegeben, der Eintrag im Grundbuch erfolgte zum 3. März 1952. Am 5. Dezember 1952 wurde es von Fritz Blank an den Bielefelder Kaufmann Willy Krause verkauft, der Eintrag im Grundbuch erfolgte am 27. Mai 1953.¹⁶⁶

Fritz Blank stellte, auch im Namen seines Bruders, weitere Rückerstattungsanträge. Vor der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Bielefeld wurden in dem Zusammenhang mehrere Vergleiche geschlossen. So trat der Antragsteller am 16. Januar 1952 die Ansprüche an Rückerstattung aus dem Hausverkauf in Horn, Mittelstraße 45, gegen eine Zahlung von 70.000 DM an die Stadtparkasse Horn ab;¹⁶⁷ für die beschlagnahmten Feldmühle-Aktien erhielt er am 15.9.1959 5.682 DM;¹⁶⁸ für den Schmuck erhielt er im Vergleich vom 16. März 1959 2077,94 DM;¹⁶⁹ für den Hausrat am 27. Oktober 1959 6.000 DM.¹⁷⁰ Für seinerzeit bestehende Hypothekenforderungen erhielt der Antragsteller durch Beschluss der Wiedergutmachungskammer vom 12. Mai 1959 1.505,59 DM.¹⁷¹ Unbekannt ist der Ausgang des Antrags von Albert Blank vom 28. Dezember 1949 auf Rückerstattung des Gartens im Nordfeld in Horn.¹⁷²

Um die Höhe der Entschädigung für erlittenes Unrecht und Behinderungen im beruflichen Fortkommen wurde gerungen, da die Beweislage schwierig war. Letzten Endes wurden die Brüder in mehreren Geldzahlungen entschädigt, deren Höhe unterschiedlich ausfiel. So erhielt Fritz etwa 150 DM für die erlittene Schutzhaft im Frühjahr 1933, während die Behörde in der Emi-

¹⁶⁴ Aussage des öffentlichen Anklägers im Verfahren gegen Gottfried Lückhoff vor der 12. Spruchkammer des Spruchgerichts in Hiddesen, vom 9. März 1948, s. Fußnote 68. Zum Auftritt Börgers s. auch den Bericht der LIPPISCHEN STAATSZEITUNG vom 7. Dezember 1942.

¹⁶⁵ S. LAV NRW OWL, D 1 BEG Nr. 8658.

¹⁶⁶ LAV NRW OWL, D 23 B Nr. 446490. Zur Geschichte des Hauses nach Kriegsende bis zur Rückgabe an die Erben und Verkauf durch Fritz Blank s. LAV NRW MÜNSTER, L 001 Nr. 3046 und 3073 sowie LAV NRW OWL, D 27 Nr. 2541, 217 und 7060.

¹⁶⁷ LAV NRW OWL, D 20 A Nr. 9656.

¹⁶⁸ LAV NRW OWL, D 20 A Nr. 9647.

¹⁶⁹ LAV NRW OWL, D 20 A Nr. 9648.

¹⁷⁰ LAV NRW OWL, D 20 A Nr. 9649.

¹⁷¹ LAV NRW OWL, D 20 A Nr. 9650.

¹⁷² LAV NRW OWL, D 20 B Nr. 3588.

gration und in den Lebensbedingungen in Frankreich und in der Schweiz keine besondere Härte erkennen konnte.¹⁷³

Albert Blank wurde für den Verlust der Arbeit im väterlichen Geschäft eine Entschädigung von 6.828 DM zugesprochen. Wegen der Kosten seiner Auswanderung wurde ihm später noch ein Betrag von 370 DM zugesprochen.¹⁷⁴ 1966 kehrte er nach Deutschland zurück und erhielt vom Regierungspräsident Detmold eine Soforthilfe für Rückwanderer in Höhe von 5.850 DM. Ein Jahr später einigte er sich in einem Vergleich mit dem Land Nordrhein-Westfalen auf einen Versorgungszuschlag zum Bescheid vom 13. Juli 1957, der ihm noch einmal 1.366 DM zugestand.¹⁷⁵

Für das vom Reich beschlagnahmte Geldvermögen wurden von der Oberfinanzdirektion Münster zweimal Zahlungen an Albert und Fritz Blank vorgenommen. Am 21. Oktober 1964 meldete die Behörde Zahlungen von insgesamt 19.220 DM, wobei 544,47 noch ausgezahlt werden mussten. Für die Verwaltung war die Verfolgungszeit damit beendet.¹⁷⁶ Eine Verweigerungshaltung der deutschen Behörden ist an keiner Stelle zu erkennen.

Erinnerung

Die Verfolgung der jüdischen Einwohner Horns ist dokumentiert, die Namen von Beteiligten sind bekannt, auch wenn die lokalen NS-Akten vorsorglich vernichtet wurden.¹⁷⁷ Von einer Aufarbeitung des Geschehens, einer Ächtung der bekannten Täter und einer Würdigung der Opfer ist jedoch lange Zeit keine Rede. Dagegen stehen Schändungen des jüdischen Friedhofs in der unmittelbaren Nachkriegszeit¹⁷⁸, als der Ruf nach einem „Schlusstrich“ schon zu hören war.¹⁷⁹ Wie schwer eine Loslösung von den Kategorien der „Nürnberger Gesetze“ fiel, zeigt sich auf einer vom Stadtdirektor am 6. Februar 1948 erstellten Liste ortsansässiger Juden zum Stichtag 31. Dezember 1947, in der weiterhin „Volljuden“, „Halbjuden“ und „Vierteljuden“ unterschieden wurden. Niemand von den Aufgelisteten stammte aus der früheren jüdischen Gemeinde Horns.¹⁸⁰ Erstaunlich war 20 Jahre später der Besuch, den Fred Sondermann im Sommer 1969

¹⁷³ Teilbescheid des Regierungspräsidenten zur Haftentschädigung vom 1. Mai 1958, Teilbescheid mit der Verneinung von Schwierigkeiten beim beruflichen Fortkommen vom 14. Mai 1958, s. KREISARCHIV LIPPE, K 2 BEG Kreisverwaltungen Detmold/Lemgo Nr. 845.

¹⁷⁴ Bescheide des Regierungspräsidenten vom 13. Juli und vom 24. August 1957, s. KREISARCHIV LIPPE, K 2 BEG Kreisverwaltungen Detmold/Lemgo Nr. 703.

¹⁷⁵ KREISARCHIV LIPPE, K 2 BEG Kreisverwaltungen Detmold/Lemgo Nr. 703.

¹⁷⁶ Zahlungsanweisungen der Oberfinanzdirektion Münster an den Regierungspräsidenten Detmold vom 7. April 1959 und vom 5. April 1960, s. LAV NRW OWL, D 1 BEG Nr. 8658.

¹⁷⁷ Hinweis bei BUCHNER 1997, 416.

¹⁷⁸ S. die Meldung des Stadtdirektors vom 24. Juni 1949 an den Oberkreisdirektor/Untere Naturschutzbehörde: „Nachdem der Friedhof im Jahre 1945 in einen ordnungsgemäßen Zustand versetzt war, ist es danach immer wieder vorgekommen, dass Grabsteine umgestürzt wurden. Die Ursache konnte bisher trotz Anzeige bei der Polizei in keinem Falle aufgeklärt werden.“ S. KREISARCHIV LIPPE, K 7 Stadt Horn Nr. 1375.

¹⁷⁹ Vgl. ein Wahlplakat der FDP aus dem Jahr 1949, auf dem ausdrücklich der „Schlusstrich“ gefordert wird, https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Schlu%C3%9Fstrich_drunter_-_FDP_election_campaign_poster_Germany_1949.jpg (Aufruf: 21. Februar 2024).

¹⁸⁰ KREISARCHIV LIPPE, K 7 STADT HORN Nr. 666 Bd. 2.

seiner Geburtsstadt abstattete und sich anschließend in einem sachlichen, aber grundsätzlich freundlichen Essay über diese „Rückkehr“ äußerte.¹⁸¹

Auch als seit Mitte der 1980er Jahre an vielen Orten ein Umdenken einsetzte, war in Horn davon eher wenig zu spüren. In der 1997 erschienenen Stadtgeschichte findet sich zwar ein Beitrag über die Geschichte der jüdischen Einwohner, der allerdings die NS-Zeit ausklammert und auf eine eigenständige Veröffentlichung dazu verweist, die nie erschien. Erst im Rahmen einer öffentlichen Diskussion im Herbst 2001 über einen Verantwortlichen für die Deportation italienischer Juden nach Auschwitz, der seinen Lebensabend in Horn verbracht hatte, rang sich der Rat dazu durch, mit zwei Gedenktafeln an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger zu erinnern.¹⁸²

Neue Anstöße brachten die Recherchen zu einem Film über Fred Sondermanns oben erwähnten Essay. Die amerikanische Regisseurin Cynthia Chartier-Cohn wurde dabei vor allem vom Pfarrer der Reformierten Gemeinde Maik Fleck unterstützt, der auch Kontakte zu Einwohnern Horns vermittelte.¹⁸³

Im Jahr 2010 und noch einmal 2013 besuchte David Blank, der Enkel von Salli Blank und Urenkel des einst nach Horn gekommenen David Blank, mit seiner Frau Gladys die Geburtsstadt seines Vaters Fritz und kam mit Menschen in Horn ins Gespräch.¹⁸⁴ Ein Ergebnis dieses Besuchs war die von ihm angeregte und finanzierte fotografische Dokumentation des jüdischen Friedhofs in den Jahren 2014 bis 2016.¹⁸⁵ Im Dezember 2011/Januar 2012 war auf Initiative von Bürgern der Stadt Horn-Bad Meinberg im Rathaus die Ausstellung „Jüdisches Leben gestern und heute in Ostwestfalen-Lippe“ zu sehen. Sie wurde von Harry Rothe, dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Herford-Detmold eröffnet, Pfarrer Maik Fleck erinnerte in seiner Ansprache an jüdisches Leben in Horn und Detmold.¹⁸⁶

Im Herbst 2014 wurde, wieder auf Anregung von Pfarrer Fleck, den Angehörigen der Familie Blank vom Rat nachträglich die Ehrenbürgerschaft verliehen: Grete und Hildegard Blank, Ida Ikenberg geb. Blank, Salli, Albert und Fritz Blank. Bürgermeister Eberhard Block informierte die Angehörigen darüber mit Schreiben vom 24. November 2014.¹⁸⁷ Er äußert darin auch einen

¹⁸¹ FRED SONDERMANN 2010, s. Fußnote 146.

¹⁸² Auslöser war das Symposium „Von Italien nach Auschwitz - Fossoli und Bozen: Stationen der Deportation 1944/45“, das vom 9.-11. November 2001 im Staatsarchiv Detmold stattfand. Von Fossoli wurden über Bozen italienische Juden nach Auschwitz deportiert; der zeitweilige Leiter beider Lager ist 2001 in Horn verstorben. Eine Gedenktafel erinnert an Julie Hirschfeld, nach der die Stadtbücherei benannt wurde; eine 2005 angebrachte Tafel nennt 24 NS-Opfer aus Horn-Bad Meinberg und aus heutigen Ortsteilen, darunter als einziges nicht-jüdisches Opfer den 1873 in Leopoldstal geborenen und 1935 an einer im Konzentrationslager Esterwegen erhaltenen Schusswunde verstorbenen Friedrich Husemann, seit 1920 Vorsitzender des Bergbauindustriearbeiterverbandes, von 1919 bis 1924 Abgeordneter der SPD im Preußischen Landtag und von 1924 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD.

¹⁸³ Uraufführung des Films am 18. April 2010 am Colorado College in Colorado Springs; Aufführung in Detmold am 23. September 2010, s. LLZ vom 18./19. September 2010.

¹⁸⁴ S. LLZ vom 20. November 2013, mit einem Bericht über einen Vortrag Blanks in Horn.

¹⁸⁵ Die von Mathias Schafmeister angefertigten Aufnahmen sind auf einer von David Blank angelegten website zu sehen, s. www.jewsofhorn.com.

¹⁸⁶ LLZ vom 8. Dezember 2011.

¹⁸⁷ Schreiben im PRIVATARCHIV BLANK.

Wunsch, der fast die Beschwörung aus dem Bericht über die Einweihung der Synagoge im Jahre 1857 aufgreift:

„Kommenden Generationen soll es eine Mahnung sein, stets Empathie und Anteilnahme zu üben, um ein friedliches Miteinander zu stabilisieren und zu erweitern“.

Nachwort

Das Schicksal der Familie Blank ist beispielhaft für die Erfahrung deutscher Juden: Die zögerliche Aufnahme einer Familie, die ihren Platz dann doch in der Mitte einer wenn auch in Teilen feindseligen Stadtgesellschaft fand; die sich nach dem Weltkrieg steigernde Hetze; rassistische Verfolgung als Staatspolitik nach dem 30. Januar 1933; zuletzt Deportation und Mord, und nach dem Ende des NS-Staates das Vergessen. Aber es geht nicht nur darum, Abläufe mit allgemeingültigem Charakter zu analysieren, es geht um Menschen aus Fleisch und Blut, die Namen tragen, von denen manchmal noch Fotografien zeugen, Menschen, die ihr Land und ihre Lebensorte geliebt haben, die für dieses Land im Weltkrieg an den Fronten standen und sich nach diesem Krieg am demokratischen Wiederaufbau beteiligten, die an ihren Lebensorten Freunde hatten und sich nicht vorstellen konnten, was in ihrem Land möglich sein würde.



Abb. 15: Tafel am ehemaligen, nach dem Zweiten Weltkrieg umgebauten Geschäftshaus Blank
(Foto: Andreas Ruppert, 2024)

Zuletzt waren es Angehörige, die eine Erinnerung einforderten. David Blank besuchte im Alter die Orte seiner Vorfahren: Adelebsen bei Göttingen, Gestorf bei Springe, Horn, Detmold und

Bielefeld. Dabei begegnete er Menschen, die ihn begleiteten, ihm zuhörten und von denen er sich aufgenommen fühlte. In allen diesen Orten gibt es heute Zeichen der Erinnerung – Stolpersteine in Gestorf und Bielefeld, eine Gedenktafel in der Ortsmitte von Adelebsen, Hildegard Blanks Name ist im Foyer des ehemaligen Detmolder Lyzeums festgehalten, in Horn erinnert eine Texttafel an „Blanks Ecke“. 2023 wollte David Blank diese Orte seinen Kindern und Enkeln zeigen. Dazu ist es nicht mehr gekommen, er ist im Sommer 2023 in Jerusalem gestorben.¹⁸⁸

¹⁸⁸ Mit Dank an Jürgen Hartmann für seine Bereitstellung eines Großteils der hier ausgewerteten Dokumente, an Franziska Moeller-Friedrich vom Kreisarchiv Lippe, an Erika Rosenfeld, Ralf Oliver Kreie und Lars Lüking vom Landesarchiv NRW Abt. Ostwestfalen, an Dr. Joachim Eberhardt und Heidi Köhler von der Lippischen Landesbibliothek sowie Jessica Hensel und Amelie Schäfer von der Bauverwaltung der Stadt Horn für ihre Hilfsbereitschaft und Unterstützung.

LippeHäuserWiki ist online. Historische Hausstätten, Gebäude und Inschriften im Kreis Lippe

von Joachim Kleinmanns, Roland Linde, Heinrich Stiewe

Der Kreis Lippe ist bis heute geprägt durch seine weithin gut erhaltene, historisch gewachsene Siedlungsstruktur und durch seinen reichen Schatz an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden aus mehr als fünf Jahrhunderten. Beides sind wesentliche Gründe dafür, dass die Region für Bewohner wie für Besucher so attraktiv ist. Das LippeHäuserWiki will diesen Reichtum systematisch erschließen und vermitteln.

Das LippeHäuserWiki ist ein digitales historisches Häuserbuch. Es soll die Haus- und Hofstätten im heutigen Kreis Lippe, die bis zum Jahr 1900 entstanden sind, mit Informationen zur jeweiligen Siedlungs- und Baugeschichte sowie zur Besitzerfolge dokumentieren. Auch Bauwerke wie Kirchen, Burgen und Schlösser werden dabei berücksichtigt. Ein wesentliches Anliegen des LippeHäuserWiki ist auch die Erfassung der historischen Inschriften Lippes, insbesondere der Inschriften an Häusern und auf Grabmälern.

Das LippeHäuserWiki unter <https://www.lippe-haeuser-wiki.de> wurde seit Juni 2023 von einer vierköpfigen Redaktion vorbereitet (Justus Hillebrand, Joachim Kleinmanns, Roland Linde und Heinrich Stiewe). Seit Mai 2024 ist es öffentlich zugänglich. Werbefrei kann auf Informationen zugegriffen werden, schon jetzt zu über 1.600 Hausstätten. Und Interessierte können sich zur ehrenamtlichen Mitarbeit anmelden. Denn das LippeHäuserWiki ist, auf der Basis der Media-Wiki-Software, ein Mitmachprojekt für Geschichtsinteressierte, die sich heimatkundlich, baugeschichtlich oder genealogisch für Lippe interessieren und gerne unter fachlicher Begleitung aktiv an der Forschung teilnehmen möchten. Dazu wird auch die „offene Wiki-Werkstatt“ jeden Montag von 16 bis 19 Uhr im Landesarchiv in Detmold angeboten.

Projekträger ist der Naturwissenschaftliche und Historische Verein für das Land Lippe e. V. (NHV). Das LippeHäuserWiki wird finanziell gefördert von der Elbrächter-Stiftung und dem Lippischen Heimatbund (LHB). Zahlreiche Kooperationspartner unterstützen es inhaltlich. Bisher sind dies die Stadtarchive von Bad Salzuflen, Blomberg, Detmold, Lage und Lemgo, das Kreisarchiv Lippe, das Landesarchiv NRW Abt. Ostwestfalen-Lippe in Detmold, das Archiv der Lippischen Landeskirche, die Lippische Landesbibliothek, das Lippische Landesmuseum, das LWL-Freilichtmuseum Detmold – Westfälisches Landesmuseum für Alltagskultur und das Fürstliche Residenzschloss Detmold.

Grundstock des Projektes sind bislang unveröffentlichte Vorarbeiten zu Häuserbüchern für die Städte Bad Salzuflen, Detmold und Lemgo sowie die ganz Lippe umfassende Inschriftensamm-

lung des NHV-Arbeitskreises Genealogie auf der Internetseite <http://www.nhv-ahnenforschung.de/Torbogen/lippe.htm>.

Das LippeHäuserWiki stützt sich auf zahlreiche serielle Quellen wie die Sal- und Grundbücher, das Urkataster, Brandkataster, Land-, Kopf- und Viehschatzlisten, Volkszählungslisten sowie Adressbücher. Fallweise können Daten aus Kirchenbüchern, Eheprotokollen, Kolonats- und Häuserakten ergänzt werden, um nur einige weitere Quellengruppen zu nennen. Hinzu kommen, soweit vorhanden, aktuelle und historische Fotografien, Zeichnungen und Pläne. Vorhandene Literatur von der Ortsgeschichte bis zur Einzeluntersuchung einer Hausstätte wird ebenfalls erfasst und ausgewertet.

Die im Wiki erfassten Informationen dienen Ortsansässigen und Gästen, Hausbesitzer:innen und Kaufinteressent:innen, Verwaltung, Kommunalpolitik, Stadtplanung und Denkmalpflege, regionalen Medien und Journalist:innen, historisch und genealogisch an Lippe Interessierten weltweit sowie Wissenschaftler:innen aus den Fachgebieten Geschichte, Historische Bau- forschung, Kunstgeschichte, Archäologie, Geographie u. a. Die geographische Gliederung des LippeHäuserWiki nach den heutigen Städten und Großgemeinden und innerhalb dieser nach den Ortsteilen, Straßen und Hausnummern ermöglicht eine schnelle Orientierung. Zudem gibt es die Funktion „In der Nähe“, welche bereits bestehende Einträge im Umkreis anzeigt. Aktuell sind Einträge zu über 420 Straßen und über 1.600 Hausstätten in Lippe abrufbar. Die einzelnen Hausartikel werden ergänzt durch eine übersichtliche Infobox. Sie zeigt die Hausstätte in einem Kartenausschnitt und verweist auf die Gemeindezugehörigkeit und Hausnummer im Jahr 1901.

Alle Interessierten sind eingeladen, das Wiki mit Informationen zu einer einzelnen Hausstätte, einer Hofanlage, Straße oder sogar ganzen Bauerschaft zu füllen. Wer am LippeHäuserWiki mitarbeiten will, kann sich auf der Website registrieren. Das Redaktionsteam gibt gerne Hilfe- stellung.

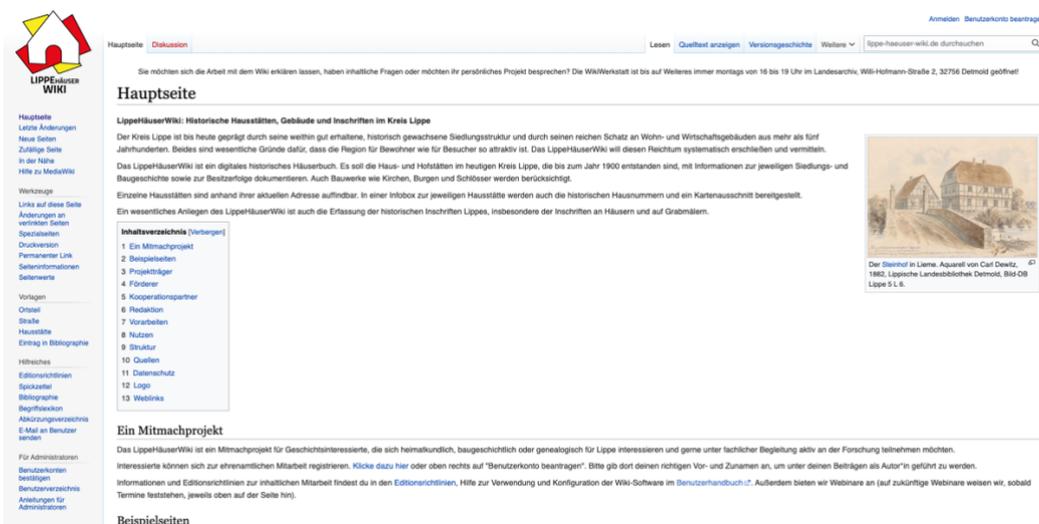


Abb. 1: Screenshot der Startseite des LippeHäuserWiki

Rezensionen

Michael Sprenger, Detmolder Bürgerhäuser. Zur Baugeschichte einer kleinen Residenzstadt vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, Imhof Verlag, Petersberg 2024 (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, 97). - 345 S., 382 Abb. (Grafiken, Fotografien, Risse, Pläne) – 49,95 €

Mehr als drei Jahrzehnte hat sich der Verf. mit den in Fachwerkbauweise erstellten Bürgerhäusern in Detmold – Altstadt und Neustadt - befasst. In nahezu idealtypischer Zusammenfassung eigener Untersuchungen, mit Plänen, Rissen und Aufsichten aus verschiedenen Archiven und der Landesbibliothek, den schriftlichen baugeschichtlichen Aussagen und mit dem Schatz der von Ferdinand Düstersiek im 19. Jahrhundert angefertigten Fotografien hat er nun ein in jeder Hinsicht beeindruckendes Buch vorgelegt. Die einzelnen Gebäude und die Entwicklung des Bauens stehen im Mittelpunkt, die historischen Rahmenbedingungen wie auch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bewohner werden dabei immer mitreflektiert und ergeben ein Gesamtbild vom Leben in der Residenzstadt über mehrere Epochen.

Ausgangspunkt ist ein Unglück – 1547 zerstörte ein Brand mit ca. 70 Gebäuden fast die gesamte Stadt, nur wenige Steinbauten waren erhalten geblieben. Von diesem Jahr an beschreibt der Verf. die Entwicklung des bürgerlichen Dielenhauses im 16. und 17. Jahrhundert, das sich vom bäuerlichen Haus dadurch unterschied, dass die Seitenräume der Diele nicht mehr für Ställe und Lagerung von landwirtschaftlich erzeugten Produkten verwendet wurden. Die Häuser dienten dem Wohnen, aber auch beruflicher Tätigkeit und der noch notwendigen Selbstversorgung der Bewohner. In den oberen Stockwerken lagerten die auf Ländereien in der Feldmark gezogenen Feldfrüchte, in hinter den Gebäuden angelegten Hinterhäusern war das Vieh untergebracht.

Dynamisch wirkt über die Jahrhunderte ein Bevölkerungszuwachs, der zur Neustrukturierung des begrenzten Raumes innerhalb der Stadtmauer zwang. Einbrüche in dieser Entwicklung gab es nur bei zwei Pestwellen in den Jahren des 30jährigen Krieges, während der Krieg selbst eher zu einem erhöhten Zuzug führte, da Detmold zu den verschonten kleinen Residenzstädten gehörte. Unter dem Bevölkerungsdruck wurden große Besitzflächen kleinteilig parzelliert bebaut, während viele ältere Gebäude intern umstrukturiert wurden. Hinterhäuser wurden zum Wohnen umgenutzt, die Gebäude wurden aufgestockt, was in einigen Gebäuden auch die Anlage repräsentativer Säle erlaubt.

Der Bevölkerungsdruck setzte einen Prozess in Gang, der ab der Mitte des 17. Jahrhunderts dazu führte, dass die Dielenhäuser durch Fluretagenhäuser ersetzt wurden. Detmold war Residenz geworden, und gerade die an den Hof gebundenen Personen – Beamte, Bedienstete, Spezialhandwerker -, benötigten neuen Wohnraum und beschleunigten als neuer Teil der bürgerlichen Elite diese Entwicklung. Eine Zeitlang wurden noch beide Haustypen gebaut, bis sich zuletzt das Fluretagenhaus auch bei den mittleren und unteren Schichten durchsetzte, die mehrheitlich als Mieter die neuen Häuser bewohnten. Im Rahmen dieser Veränderungen wurden

Wohnen und Wirtschaften stärker getrennt, Parzellen mit Doppelhäusern bebaut, dazu gab es erhebliche Verbesserungen beim Brandschutz, als die offenen Feuerstellen durch Kamine mit Schornsteinen ersetzt wurden. Dass sich auch ästhetische Maßstäbe veränderten, zeigt das Verbot der Anlage von Utluchten seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Diese das Stadtbild prägenden Anlagen hatten nicht nur für mehr Licht in der Stube gesorgt, sondern auch eine bessere Anteilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht. Viele von ihnen verschwanden nun oder wurden in vorgezogene Fassaden integriert.

Eigene Kapitel widmet der Verf. den Stadtmauerhäusern und der Häuserzeile der Neustadt zwischen Hornschem Tor und dem Lustschloss Favorite, dem Hauptgebäude der heutigen Hochschule für Musik.

Der Bevölkerungsdruck führte dazu, dass auch die Stadtmauer in den Hausbau einbezogen wurde. Sie war inzwischen als Befestigungsanlage obsolet geworden, diente aber in mehreren Straßenzügen – etwa in der Bruchmauerstraße, Adolfstraße, Auguststraße – kleinen Häusern als rückwärtige Wand, auf die darüber hinaus Speicher aufgesetzt werden konnten. Der Verf. ist weit entfernt von der Postkartenromantik, mit der die noch erhaltenen Häuser dieser Art betrachtet werden, er betont, dass das Leben dort „in deutlichem Widerspruch zu dem heute als selbstverständlich empfundenen Voraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins“ stand (99). In der Adolfstraße lässt sich dabei auch ein sozialer Konflikt erkennen, denn gegenüber den kleinen und engen Häusern lagen zwei Adelshöfe, deren Besitzer ihre von eigenen Mauern umgebenen Grundstücke durch die neuen Nachbarn, die eher zur Unterschicht gehörten, und ihre Lebensweise beeinträchtigt sahen. Die dadurch ausgelösten Rechtsstreitigkeiten sind eine Fundgrube für die Analyse der damaligen Verhältnisse. Zuletzt konnten sich die Besitzer der Adelshöfe nicht mehr durchsetzen, auch ihr Gelände wurde parzelliert und bebaut. Gegen die Reihenbebauung der Stadtmauer, die zeitweilig ein Viertel des gesamten Baubestands ausmachte und „die wachsende bauliche Enge in der mittelalterlichen Kleinstadt“ zeigte (218), gab es jedoch seit dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts eine Gegenbewegung, die kleinen Häuser wurden nun negativ bewertet, und auch die verschiedenen Mauerdurchbrüche (Schülerstraße, Exterstraße, Meierstraße, Freiligrathstraße) führten zu ihrem weitgehenden Verschwinden.

Eindrucksvoll ist die Beschreibung der zehn Häuser der Neustadt, die zwischen 1702 und 1720 auf Geheiß des Grafen Friedrich Adolf parallel zu seinem Kanal angelegt wurden und bis zur Vereinigung mit der Altstadt 1847 mit eigener Verwaltung ausgestattet waren. Es war die erste Reihenbebauung mit Fluretagenhäusern. Zur Analyse der Bausubstanz kommen hier eine Fülle an Bildern, darunter ein Gemälde, das den Zustand vor den vielen späteren Veränderungen festhält -, und eine reiche schriftliche Überlieferung. Zu ihr gehören die Anordnungen des die Anlage überwachenden Grafen, die erhaltenen Rechnungsbücher und zuletzt auch die Unterlagen aus einem Prozess, der gegen den Rat Kühnemann, den Bauherrn der die Zeile im Norden abschließenden beiden Häuser, geführt wurde und einen Blick auch in die prachtvolle innere Ausstattung seiner beiden Häuser gewährt. Man erhält einen Einblick in die Lebensverhältnisse einer Elite aus Hofbeamten und am Hofe wirkenden Handwerkern, deren Status sich in luxuriösen Sälen im jeweiligen Obergeschoss spiegelt, in der Ausstattung mit Stuckdecken, kostbaren Tapeten, Kaminen und Öfen. Doch selbst höhere Beamte blieben noch auf Eigenversorgung

angewiesen und nutzten die rückwärtigen Grundstücke entsprechend. Dass Wohlstand, Grund- und Haubesitz sowie der Besitz von Feldern, Wiesen, Vieh und der Betrieb einer Branntweimbrennerei einen tiefen Fall nicht ausschlossen, zeigt der genannte Prozess. Beispielfhaft verbindet der Verf. auch hier die Geschichte der Häuser mit der Sozialgeschichte.

Den Schlussteil seines Buches bildet ein materialreicher, großzügig bebildeter und reich mit Plänen und Rissen ausgestatteter, nach den Straßen der Altstadt gegliederter Katalog aller vom Verfasser im Auftrag der Stadt untersuchten Gebäude. Wer sich darauf einlässt, wird reich belohnt: Man erkennt nun an Häusern, die man bisher nur als „schön“ empfunden hatte, vorher nicht wahrgenommene Details. Man sieht Vertrautes in neuem Licht, man nimmt bisher nicht Beachtetes wahr, man erlebt die Stadt in ihrer Gewordenheit – und begreift sich selbst zuletzt als Teil dieser Geschichte.

Der Autor weiß auch um die zahlreichen Verluste im Stadtbild. Zwar konnte der Angriff der Apologeten einer „autogerechten Stadt“ auf einen Teil der Altstadt vor 50 Jahren durch bürgerliches Engagement weitgehend abgewehrt werden, aber immer wieder stehen über Jahrhunderte gewachsene Häuser zur Disposition. Es bleibt zu hoffen, dass Sprengers großartiges Buch dazu beiträgt, das Bewusstsein bei den Entscheidungsträgern weiter zu schärfen – sind es doch wesentlich diese Häuser, die Detmolds Identität und Schönheit ausmachen.

Andreas Ruppert

Joachim Kleinmanns, Preußischer Klassizismus in Lippe. Der lippische Landbaumeister Ferdinand Brune 1803-1857. Leben und Werk, Petersberg, Michael Imhof, 2024 – 271 S., 152 Abb. (Pläne, Risse, Ansichten, Fotografien) – 49,95 €

Man blickt mit Bewunderung auf die Leistung dieses Mannes, der in den 30 Jahren seines Wirkens in Lippe Spuren im ganzen Land hinterlassen und das Stadtbild Detmolds entscheidend geprägt hat. Hat Michael Sprenger die Gestalt der Altstadt und ihre Entwicklung in der Frühen Neuzeit sichtbar gemacht, so sind es nun die meist klassizistischen Bauwerke Brunes, die einen anderen Schwerpunkt Detmolder Baugeschichte zeigen. Brune war nicht vergessen – so ist das „Rathaus II“ als „Ferdinand-Brune-Haus“ benannt, sinnigerweise mit Bauamt und Bauarchiv – aber vieles in seinem Leben und Werk war unbekannt und ein Desiderat der Forschung geblieben. Nun hat Joachim Kleinmanns, Leiter der Fachstelle Baugestaltung und Denkmalpflege im Lippischen Heimatbund und in vielfacher Hinsicht als Architekturhistoriker ausgezeichnet, Brune mit einem reich mit Plänen und Abbildungen versehenen und hervorragend gestalteten Band umfassend gewürdigt. Er hat Brunes Biographie in die Entwicklung der Bauverwaltung in einem kleinen Land eingefügt, zu der viele Beteiligte gehörten, zuletzt auch die Bauunternehmer, Handwerker und Arbeiter. Man bekommt ein anschauliches Bild davon, wie „Bauen“ im 19. Jahrhundert in Lippe vor sich ging.

Brune wurde 1803 in Halle (Westfalen) geboren, seine Familie gehörte zum Kreis der höheren Verwaltungsbeamten, erst im Königreich Westphalen, dann in Preußen. Er studierte zwischen

1821 und 1826 an der 1799 in Berlin gegründeten preußischen Bauakademie, und der Einfluss ihrer führenden Köpfe, David Gilly und Karl Friedrich Schinkel, ist in einigen Detmolder Bauten sichtbar. Brune entschied sich für den lippischen Landesdienst, wurde 1827 als Baukondukteur übernommen und 1830 als Landbaumeister fest angestellt. 1847 erfolgte die Beförderung zum Baurat – seine jeweiligen Dienst-„Instruktionen“ sind im Anhang wiedergegeben. Brune war hauptsächlich im Dienste der Rentkammer tätig, führte aber auch Aufträge von Kommunen, von der Militärverwaltung und auch von Privatleuten aus. In der Detmolder bürgerlichen Gesellschaft war er fest verankert, als Mitglied in Vereinen wie der Ressource oder dem Naturwissenschaftlichen Verein, und er klagte selbst, dass es wohl kein freiwilliges Amt gäbe, dass er nicht ausgeübt habe. Ferdinand Brune ist 1857, nicht lange nach seiner Frau, an einem Schlaganfall verstorben.

Brune blieb im Landesdienst Carl Wilhelm Stein als dem Leiter des Baudepartements, einer Abteilung der Rentkammer, verantwortlich. Kleinmanns beleuchtet das spannungsvolle Verhältnis der beiden Männer zueinander – man könnte vereinfacht sagen: den Widerspruch zwischen dem schöpferischen Planer und dem Bürokraten. Stein hatte allerdings nach dem Jurastudium in Göttingen noch einige Monate an der Berliner Bauakademie verbracht und war kein Laie. Beide sind sich in Berlin schon begegnet, die Spannungen entstanden später vor allem daraus, dass Brune sich auf das Planen konzentrierte, während Stein auf die Kosten sah und dies angesichts der lippischen Finanzen auch musste. Nun war Brune kein Verschwender, dem teure Spielereien wichtig waren – er argumentierte mit der Haltbarkeit, der Dauerhaftigkeit seiner Bauwerke und musste doch öfter zurückstecken. Auch Stein wollte Brune allerdings die Anerkennung nicht verweigern und schrieb nach seinem Tod, dass seine „Anstellung [...] im Ganzen genommen für das Herrschaftliche Interesse sehr gut gewesen“ sei (98).

Gibt der Werkkatalog einen Gesamtüberblick über Brunens Schaffen, so vertieft Kleinmanns seine Beschreibungen zuvor an 16 Objekten, „welche das breite Spektrum der von Brune geschaffenen Entwürfe veranschaulichen“ (51). Gelungen ist die Ergänzung der vorgelegten Pläne und Risse durch oft großartige frühe Fotografien von Theodor Kliem und Ferdinand Düstersiek.

Näher vorgestellt wird etwa das erwähnte „Ferdinand-Brune-Haus“ im Detmolder Rosental, gebaut als Offiziantenhaus, bei dem die „funktional enge Verknüpfung privater und dienstlicher Räume“ (59) im Vordergrund stand. Der mächtige, im Rosental noch heute auffällige Bau mit seinem Nebenflügel bot auch dem Ehepaar Brune eine große Wohnung.

Ebenfalls im staatlichen Auftrag wurde in der Leopoldstraße die später sogenannte „Kaserne I“ gebaut, ein militärischer Zweckbau mit eigenem architektonischen Reiz – Militärbauten müssen nicht langweilig sein. In der gleichen Straße wird auch das Gebäude des Gymnasiums Leopoldinum hervorgehoben (heute Stadtbücherei). Konsequenterweise wurde auf einen Neubau an der Stelle der abgebrochenen Klosterkirche an der Schülerstraße zugunsten der Anlage in der Leopoldstraße verzichtet worden.

Eine Petitesse, zugleich ein Schmuckstück stellt das zeltartige Vordach über dem Eingang der Schlosswache dar. Hierin zeigt sich, wie Brune die Entwicklungen an anderen Orten beobachtete und in seinem Bauen auf der Höhe der Zeit blieb, denn „im Klassizismus Karl Friedrich Schinkels und anderer erlebte das Blechzelt als Vordach eine Blüte“ (69).

Als „eines seiner Hauptwerke“ (81) bezeichnet Kleinmanns den Umbau des Schlosses Favorite am Friedrichstaler Kanal zum Neuen Palais (heute Hochschule für Musik), bei dem ein Einfluss Schinkels am deutlichsten zu erkennen ist.

An Bauten außerhalb Detmolds wird das Amtshaus in Oerlinghausen hervorgehoben, ein bis heute auffälliger Bau in der Bergstadt. Zuletzt wird die Meierei Barntrup als Neubau einer Muster-Domäne vorgestellt, wobei ein Licht auch auf Brunens Arbeitsweise fällt, der sich vor der Planung mit verschiedenen Domänenpächtern beriet, die mit der ländlichen Arbeitsweise besser vertraut waren.

Der Werkkatalog listet 244 Objekte auf und zeigt, wieder mit zahlreichen Rissen und Abbildungen, die zum intensiven Betrachten geradezu auffordern, das gesamte bekannte Wirken Brunens. Die Bandbreite reicht vom Palais bis zur heute noch genutzten eisernen Brücke zwischen zwei Felsen der Externsteine, von der Kaserne bis zu Funktionsanlagen wie Mühlen und Bierkellern – die zur Lagerung des seinerzeit bevorzugten untergärigen Bieres benötigt wurden –, vom Luxusobjekt wie dem vom Fürsten gewünschten Kahlenbergturm bei Schieder bis zum Schafstall einer Meierei.

Mancher Bau Brunens ist inzwischen „abgängig“, auch wenn der Verlust nicht immer so deutlich ins Auge fällt wie in der Leopoldstraße, wo die Kaserne einem ganz anderen Verständnis von Architektur weichen musste. Vieles ist auch Entwurf geblieben, bleibt aber zum Verständnis für Brunens Vorstellungen wichtig und regt zuweilen auch die Phantasie an: Vielleicht käme man heute mit dem 1837 von Brune für die Grotenburg entworfenen Aussichtsturm leichter zurecht als mit dem kriegerischer Ideologie verpflichteten Bandelschen Monstrum.

Es gab auch Kritik. Zeitgenossen schrieben Brune mehr Fleiß als Geschmack zu oder warfen ihm Einfallslosigkeit vor, und es blieb Bandel vorbehalten, ihm nicht nur das Künstlertum abzusprechen, sondern ihn auch als „schlechter Baumeister“ zu bezeichnen (95). Kleinmanns konstatiert dagegen, dass Brune „der Residenzstadt und fast dem ganzen Land eine so solide wie nüchterne Architektur aufprägte“ (94). Das war auch Brunens Ziel, und entsprach in seiner sparsamen Zurückhaltung „lippischem Wesen“, wie es Heinrich Drake später nennen sollte. Tatsächlich ist seine Architektur weder einfallslos noch langweilig, sondern präsentiert bis heute baulich den Übergang von der frühen Neuzeit in eine neue, bürgerlich-liberal geprägte moderne Zeit. Prinz Friedrich zur Lippe nannte ihn 1848 beim Richtfest des neuen Palais einen „kunstreichen und talentvollen Baumeister“ (98). Kleinmanns Buch gibt dieser Wertung eine großartige Basis.

Andreas Ruppert

Ulrich Meier, Ein folgenschwerer Diebstahl. Ermittlungen und Quellen zum Blomberger Hostienfrevel von 1460 und zur Wallfahrt nach Blomberg. Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2024; 171 S., zahlr. Abb., Karten (Lippische Geschichtsquellen, 27) – 14,90 €

Wir sind umgeben von Legenden, deren Kern durch spätere Erzählungen verdunkelt ist. Dazu gehört auch die zu Ostern 1460 geschehene Freveltat einer Frau in Blomberg, die nicht nur zu ihrer Hinrichtung führte, sondern auch die jahrzehntelange Anziehungskraft der Stadt als Wallfahrtsziel begründete. Sie hatte aus der Kirche ein Tuch mit Hostien gestohlen, ist dann aber vor deren unerwartet hoher Anzahl offenbar so erschrocken, dass sie alle in einem Brunnen versenkte. Sie wurde trotz des Fehlens belastbarer Indizien und Augenzeugen als Täterin identifiziert, zum Feuertod verurteilt und hingerichtet. Ulrich Meier hat nun in die traditionelle Erzählung eine Bresche mit der Forderung geschlagen, zu den Quellen zurückgehen und zu prüfen, was sie wirklich aussagen, und was später hinzugedichtet wurde.

In einem Dokumententeil bietet er alle bekannten Quellen an. Es sind Urkunden, eine Predigt und ein Lied, die z. T. als Regesten, z. T. im ausführlichen Zitat der lateinischen oder niederdeutschen Originale mit hochdeutscher Übersetzung wiedergegeben werden. Dazu kommen Chroniktexte der frühen Neuzeit, und zuletzt Hinweise auf die Geschichtsschreibung im 19. und 20. Jahrhundert. Am Schluss legt Meier drei vollständige Texte vor. Der Kartäuser Johannes Hagen schildert ausführlich die Tat und ihre Folgen samt der Wallfahrt. Es ist die einzige kritische Stimme, denn er zweifelt an der Wirkung des Brunnenwassers und stellt damit auch die dort erfolgten Wunder in Frage. Es war vielleicht diese Kritik, die dazu führte, dass das Blomberger Wunderbuch nicht erhalten ist. Der zweite Text stammt von einem anonymen niederländischen Pilger, vermutlich einem Augustiner-Chorherren, der Blomberg besucht und dabei – Meier legt die Wahrscheinlichkeit nah – den ersten Eintrag aus dem Wunderbuch des neuen Klosters abgeschrieben hatte. Der ausführliche Text, der Tat, Motive und die Folgen schildert, wäre damit der dem Geschehen am nächsten stehende. Beim dritten Text handelt es sich um die 1468 vom Landesherrn, dem Edelherrn Bernhard VII. zur Lippe, und seinem Bruder Simon, Bischof von Paderborn, ausgestellte Gründungsurkunde des von Möllenbeck aus in Blomberg gegründeten Augustiner-Chorherren-Klosters. Hier wurden Weichen gelegt, denn das Kloster sollte den spontanen Ansturm der Pilger, der den Blomberger Klerus völlig überfordert hatte, in geordnete Bahnen lenken.

Deutlich wird in den Texten die Verschiebung des Schwerpunktes – lag er anfangs auf der Tat und der Täterin, so geht es später mehr und mehr um die Wallfahrt. Bei vielen Quellen handelt es sich um die vom Papst und von verschiedenen Bischöfen ausgestellten Ablassbriefe, die die Wallfahrt ebenso aufwerteten wie die Entscheidung Bernhards, die neue Klosterkirche als Grablage für sich und seine Ehefrau, Anna von Schaumburg, zu bestimmen. Am Kopfende ihrer Grabtumba ist im Relief Christus als Schmerzensmann in einem Brunnen dargestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt zeigt sich, als nach der Reformation protestantische und katholische Theologen in ihren Chroniken die einstige Freveltat nutzten, um ihre unterschiedlichen Abendmahlslehren gegeneinander zu setzen. Eine Zutat gab es um 1575, als ein Chronist der Täterin den Vornamen „Alheidt“ (Adelheid) gab; im 19. Jahrhundert stellte Moritz Leopold Petri in sei-

ner Geschichte des Blomberger Klosters außerdem Überlegungen zu einem Nachnamen „Pustekoke“ (Pustkuchen) an. Beide Namen gingen in das „kollektive Gedächtnis“ ein, wie es sich zuletzt im 1989 vor dem Blomberger Rathaus errichteten „Alheyd-Brunnen“ manifestierte.

In seiner Einleitung analysiert der Verf. die Quellen wie im Vorfeld eines neuen Gerichtsverfahrens. Die Aussagen werden vorgestellt, geprüft und bewertet. Er legt seine Entscheidungskriterien in den strittigen Punkten offen und verweist zugleich darauf, dass andere Deutungen möglich seien, wenn auch vielleicht weniger wahrscheinlich, und auch darauf, dass er für manche Einschätzung keine Beweise habe. So führt er Leser und Leserin geschickt durch den historischen Ablauf, beteiligt sie an seinen Überlegungen und lässt ihnen doch die Freiheit, das vorgelegte Material selbst zu prüfen und manches Detail anders zu gewichten. Das ist beste Geschichtsvermittlung.

Vieles ist uns fremd in diesem fernen Geschehen. Aber beim Prozess handelte es sich, wie Meier betont, um ein damals übliches Verfahren, bei dem „die geltenden Standards rechtsgültiger Prozessführung offensichtlich strikt eingehalten“ wurden, wozu auch Folter und Hinrichtung gehörten. Er weist auf die Zurückhaltung Bernhards hin, der als Gerichtsherr die Verfahrensregeln restriktiv einhalten wollte, während vor allem der Blomberger Klerus eine Verfolgungshysterie entfachte und zuletzt, ohne dazu befugt zu sein, auf die schnelle Hinrichtung der schuldig Gesprochenen drang.

Keine zeitgenössische Quelle nennt ihren Namen, nach Meier ist er bewusst der *damnatio memoriae* verfallen, dem Vergessen. Dass ihr später der Name „Adelheid“ zugeschrieben wurde, ist offensichtlich die Übertragung des Namens einer Zwölfjährigen, die als mögliche Mitwisserin der Tat ebenfalls schwer gefoltert worden war. Auf die Täterin projizierte sich alles Negative – eine „anwältliche“ Stimme gibt es nicht –, aus dem dann als Positives die Heilkraft des Brunnens mit ihren Folgen auftaucht: „Freveltat und Wallfahrt veränderten das kultische Leben und den Alltag der Stadt“. Die Täterin war auf den ersten Pilgerabzeichen noch als Figur dargestellt, spielte aber im Bewusstsein keine Rolle mehr.

Ulrich Meier gibt ihr nun einen Platz in der Geschichte zurück. Er macht deutlich, dass sie keine „Hexe“ war, Frevel und Kirchendiebstahl waren Delikte ohne jede Hexerei. In einigen Quellen klingt an, sie könne eine Zaubererin gewesen sein, aber Niemand bezichtigte sie eines Schadenszaubers. Aus den Texten ergibt sich eher das Bild, dass sie sich von einer Hostie im Haus, dem „Gott im Kasten“, eine positive Wendung ihrer Lebensumstände erhoffte. Eine Quelle nennt sie „unglücklich“, eine andere „verzweifelt“, und beides trifft ihr Denken und Handeln vielleicht am besten. Meier stellt ihrer *damnatio memoriae* eine bewegende Passage entgegen: „Erinnern können wir allerdings daran, dass sie vom Anfang bis zum Ende der reichen Überlieferungskette auch immer wieder geschildert wurde als eine einfache, schlichte, arme, elende, unglückliche, verwirrte, schwache oder verführte Frau, die mit ihrem Leben überhaupt nicht zurechtkam. Eine Frau also, die unser Mitleid verdient.“

Andreas Ruppert

Willy Katzenstein, „Der Freiheit Wimpel weht am Mast“. Selbstzeugnisse eines westfälischen Juden zwischen Assimilation und Emigration. Eingeleitet und kommentiert von Johannes Altenberend. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Westfalen, Neue Folge 87, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2024. 679 Seiten, zahlr. Abb. – 59,00 €

Vor uns liegt ein gewichtiges Werk in vielerlei Hinsicht: ein Band mit rund 680 Seiten, bestehend aus verschiedenen Ego-Dokumenten des Bielefelder Rechtsanwaltes und Notars Dr. Willy Katzenstein (1874-1951). Mehr noch als der Fabrikbesitzer Isidor Baruch (gestorben 1934) aus Herford ist Katzenstein zu den besonders umtriebigen, in vielen jüdischen Organisationen engagierten und bestens vernetzten Persönlichkeiten des westfälischen Judentums zu zählen, die von der Jahrhundertwende bis in den Nationalsozialismus hineinwirkten. Diesem von der Historischen Kommission für Westfalen im Verlag für Regionalgeschichte herausgegebenen Band liegt ein glücklicher Umstand zugrunde. Beim Aufräumen alter Schränke hatte Susan Hamlyn, Enkelin Katzensteins, zwei Typoskripte des Großvaters, seine Autobiografie und seine Tagebuchaufzeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg, entdeckt. Sie bilden die Basis des umfangreichen Werkes, das vom Bielefelder Historiker Johannes Altenberend ausführlich kommentiert wird.

Der Band besteht aus mehreren Teilen. Nach zwei kurzen einordnenden Vorworten geht Altenberend ausführlich sowohl auf die Biografie Katzensteins wie auch auf die einzelnen Selbstzeugnisse ein. Bei diesen handelt es sich vor allem um die im englischen Exil anhand seiner Tagebücher verfasste Autobiografie und das von ihm mit der Schreibmaschine abgetippte – und dabei wahrscheinlich ebenfalls überarbeitete – Kriegstagebuch 1914-1918. Eine Ergänzung finden diese beiden umfassenden Ego-Dokumente durch die rund 100 erhaltenen Feldpostkarten Katzensteins an seine Eltern aus dem Ersten Weltkrieg sowie durch die von ihm für verschiedene jüdische Zeitungen verfassten Artikel, vorwiegend zu Fragen des liberalen Judentums.

Auf einige Besonderheiten, die es beim Lesen der Aufzeichnungen im Gedächtnis zu halten gilt, weist Altenberend in seiner Einleitung hin. Einmal ist es die Tatsache, dass Katzenstein zu den wirtschaftlich gut situierten Bürgern der Stadt Bielefeld gehörte. Zum anderen haben wir es mit den Aufzeichnungen eines Mannes zu tun, der fest in der „Gedankenwelt eines liberalen und assimilierten Juden“ verhaftet war. Noch etwas ist für die Einordnung sehr bedeutsam. Die Autobiografie wurde – wie Altenberend den Entstehungszeitraum eingrenzt – nach der Ankunft in England und vor dem Bekanntwerden des systematischen Judenmords durch die Nationalsozialisten 1942 verfasst.

Die Lebensbeschreibung umfasst die Zeit seiner Geburt bis zur Emigration im Sommer 1939. Moritz Willy Katzenstein wurde im September 1874 als Sohn eines wohlhabenden Händlers in Bielefeld geboren. Er schildert ausgiebig Herkunft und Genealogie der Familie seit dem 17. Jahrhundert. Für die lippischen Leser interessant: es finden sich „Wurzeln“ in Blomberg und „Zweige“, die in die Residenzstadt Detmold reichen. Für Willy Katzenstein war mehr noch als der Vater offensichtlich sein Onkel, der Bankier Moritz Katzenstein (gestorben 1907), prägend. Dieser war bereits seit vielen Jahren Vorsitzender der Synagogengemeinde und hatte seit 1891 den Provinzialverband jüdischer Gemeinden in Westfalen geleitet. Willy Katzenstein sollte nach

dessen Tod in die Fußstapfen des Vorbilds treten und ihn als Motor jüdischen Lebens in Bielefeld und Westfalen ersetzen.

Ab 1884 besucht Katzenstein das humanistische Gymnasium in Bielefeld. In religiöser Hinsicht standen die Eltern „auf einem sehr freien Standpunkt“. Weder Sabbatfeier noch Sederabend wurden begangen; nur der Vater hielt noch Verbindung zum Judentum. Die religiöse Einstellung Willy Katzensteins hat eher mit seiner Bindung zum Onkel Moritz wie mit dem Einfluss des 1899 nach Bielefeld gekommenen Rabbiners Dr. Felix Coblenz zu tun. Nach dem Schulabschluss entscheidet Katzenstein sich für das Studium der Rechtswissenschaften. 1893 tritt er in Freiburg an, weitere Stationen sind München und Berlin. Insbesondere in München findet er Gefallen an dem breiten kulturellen Angebot. Er begegnet in dieser Zeit aber auch antisemitischen Ressentiments unter seinen christlichen Freunden.

Als er 1897 nach der Promotion beim Schweren Reiterregiment in München seine Einjährigzeit absolviert, sind unter 25 Einjährigen zehn Juden. Als einziger Jude wird Katzenstein zum Unteroffizier befördert. Im Anschluss beginnt seine Referendarzeit beim Amtsgericht in Halle/Westfalen. Katzenstein schreibt von einer guten Akzeptanz durch die nichtjüdischen Referendare und vom gemeinsamen geselligen Leben. Hier beginnt die langjährige Freundschaft mit seinem Kollegen Caesar Bertelsmann, die bis zu dessen Tod anhält. Auch als er 1899 als Referendar beim Landgericht Bielefeld tätig ist, wird er im Juristenkreis freundlich aufgenommen: „Immer war ich der einzige Jude in der Gesellschaft, aber niemals ließ man mich das empfinden“ (117). Katzenstein genießt diese Zeit und fühlt sich als freier „Weltbürger“. Immer wieder jedoch durchbrechen Erfahrungen antisemitischer Natur seine „heile Welt“. Bei einer Reserveübung in München wird er vom Rittmeister schikaniert, der ihm offen ankündigt, Katzensteins Beförderung „unmöglich zu machen“. Auch in der Referendarzeit beim Oberlandesgericht Hamm 1902 erlebt er Ausgrenzung und Isolation. Die nichtjüdischen Kollegen schließen ihn als Juden vom gemeinsamen Mittagstisch aus.

Diesen antisemitischen Erlebnissen stehen schließlich in Bielefeld wiederum positive gegenüber. 1904 eröffnet er sein Büro als Rechtsanwalt. Katzenstein erfährt kollegiale und freundliche Aufnahme unter den Juristen. Mit der Etablierung seiner Kanzlei einher geht ein verstärktes Engagement innerhalb der Synagogengemeinde und im parteipolitischen Leben. Katzenstein schließt sich der Fortschrittlichen Volkspartei an, sitzt in deren Ortsvorstand und ist als Redner aktiv. Parallel engagiert er sich in der Vereinigung für das liberale Judentum. Mit großem Elan schreibt sich Katzenstein den Kampf gegen die Orthodoxie und gegen den Zionismus auf seine Fahnen.

Unterbrochen wird diese Phase durch den Weltkrieg. Katzenstein wird direkt nach Kriegsbeginn einberufen und überwiegend in der Verwaltung im besetzten Belgien eingesetzt. Nur gegen Kriegsende gerät er noch in die Nähe der Front. Katzenstein zeigt sich während dieser vier Jahre als patriotischer, kaisertreuer Soldat.

Ab 1918/19 engagiert er sich in der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Für sie sitzt Katzenstein bis 1924 in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat der Stadt Biele-

feld; bis 1932 ist er im Wohlfahrtsausschuss vertreten. Die neue Republik scheint er als Chance betrachtet zu haben. Interessant sind die eingestreuten Äußerungen zu den Einstellungen der „bürgerlichen Mitte“. So schreibt er: „In der guten bürgerlichen Gesellschaft konnte man offen und ohne jede Sorge über den Reichspräsidenten Ebert spotten und seiner Verachtung der Reichsfarben schwarz-rot-gold Ausdruck geben. Aber das Bekenntnis zur Republik galt beinahe als eine Schande und wurde meist sorgfältig unterdrückt“ (168).

Sein Fazit lautet: „Das deutsche Bürgertum hätte einen demokratisch-sozialen Volksstaat herbeiführen können, wenn es sich für schwarz-rot-gold entschieden hätte“ (185). Folgerichtig wird Katzenstein 1924 Mitglied des neugegründeten Reichsbanners und Mitbegründer der Bielefelder Ortsgruppe. Zahlreiche jüdische Mitglieder der DDP stehen der 1930 erfolgten Auflösung der Partei, dem Zusammenschluss mit dem Jungdeutschen Orden und der „Überführung“ in die Deutsche Staatspartei ablehnend gegenüber, andere vollziehen diese Veränderung mit „Bauchschmerzen“. Willy Katzenstein sieht darin „interessante Auseinandersetzungen“ (184). Diese merkwürdige Liaison findet mit dem Abfall der Jungdeutschen ein rasches Ende. Die von den Nationalsozialisten immer wieder verunglimpfte Staatspartei spielt politisch keine Rolle mehr. Katzenstein tritt aus. Politisch zieht er sich damit im Herbst 1932 zurück – ohne dieses ausführlicher zu erläutern.

Grundsätzlich ist es erstaunlich, in wie vielen Organisationen und Vereinen Katzenstein Mitglied ist und sich daneben seiner anspruchsvollen Arbeit als Rechtsanwalt und Notar widmet. Im jüdischen Gemeindeleben ist er intensiver eingebunden als in der Politik. Der Jüdische Kegelbund dient da eher noch der Entspannung. Anders seine Mitgliedschaften im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) oder der Westfalia-Loge des B'ne B'rith. In beiden Organisationen übernimmt er zeitweise die Leitung. Der Vollständigkeit halber sei hier durch den Rezensenten noch die Mitgliedschaft im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF) erwähnt, wie sie aus einer undatierten Mitgliedsliste der Bielefelder Ortsgruppe im Nachlass der Bielefelder Rabbiners Dr. Hans Kronheim im Leo-Baeck-Institut hervorgeht. Seit 1921 ist Katzenstein Vorstandsvorsitzender der Synagogengemeinde in Bielefeld, einer in ganz Westfalen als liberal bekannten Gemeinschaft, die bereits 1926 das Frauenwahlrecht einführt. Ihm gelingt nach eigenen Worten die Gratwanderung, verschiedene Richtungen unter seiner Ägide zu führen. Mit den Zionisten befindet er sich häufiger in Auseinandersetzungen. Der August 1929 mit den blutigen Araberüberfällen auf jüdische Dörfer in Palästina stellt für ihn ein einschneidendes Erlebnis dar. Er beteiligt sich fortan an der Jewish Agency und am Palästina-Aufbau. Dieses passt zu der Aussage, dass er sich in der Endphase der Weimarer Republik „stärker jüdisch“ sah. Besonders die Arbeit für den Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden ab 1925 fordert ihn sehr. Zu diesem Zeitpunkt ist er seit vier Jahren verheiratet und die zweite Tochter gerade geboren.

Seine Arbeit im Centralverein schildert Katzenstein indes nur mit wenigen Worten: „[...] vernachlässigte ich auch nicht die mir in Bielefeld obliegende Tätigkeit als Vertrauensmann [=Vorsitzender, JH] des CV“ (183). Im Frühjahr 1930 wird er außerdem in den geschäftsführenden Ausschuss der Gesamtorganisation gewählt und übernimmt nach Isidor Baruchs Weggang nach Berlin den Vorsitz des Landesverbandes Ostwestfalen und Nachbargebiete. Hier zeigt sich die

sehr persönliche Perspektive Katzensteins, in der „Unliebsames“ auch ausgeklammert wird. Eine vom Rezensenten in anderem Kontext ausgewertete Akte zur CV-Ortsgruppe Bielefeld der Londoner Wiener Library belegt die vielfältigen Probleme im Kampf gegen den Antisemitismus in Bielefeld und die Schwierigkeiten, außerhalb von SPD und Reichsbanner Bündnisgenossen zu finden. Sie belegt ebenso die andauernde Klage der Berliner Zentrale über die wenig aktive Ortsgruppe. Katzenstein war dort seit 1924 stellvertretender und ab 1928 Vorsitzender. 1930 übernimmt bis Anfang 1933 der stellvertretende Vorsitzende Max Koppel die Führung.¹ Zu diesen Sachverhalten finden sich in Katzensteins Erinnerungen keine Angaben; ähnlich verhält es sich in Bezug auf die antisemitische Bewegung in Bielefeld.

Der Nationalsozialismus ist eine einschneidende Erfahrung. Die wachsende Ausgrenzung führt – wie Katzenstein es beschreibt – zu einer Stärkung des jüdischen Bewusstseins und der jüdischen Gemeinschaft. Katzenstein macht keine Angaben über die Zusammensetzung der Repräsentantenversammlung der Synagogengemeinde, anhand derer sich diese Entwicklung nachvollziehen ließe. Fakt ist: 1933 saßen neben 14 Liberalen drei Zionisten in diesem Gremium, 1937 war es ein Verhältnis von elf zu sechs. Die Boykottmaßnahmen im April 1933 treffen auch Katzenstein, an seinem Büro wird das Schild abgerissen, ein gewaltsames Eindringen der SA vereitelt die nichtjüdische Büroangestellte. Katzenstein berichtet über das „Hochfahren“ der jüdischen Hilfsorganisationen und begrüßt die im September 1933 erfolgte Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden als Dachverband, um die jüdische Selbsthilfe effektiver zu organisieren. Seine Arbeit besteht aus viel Kleinarbeit im CV und im Bereich der jüdischen Wirtschaftshilfe. Sein Haus wird zum Dreh- und Angelpunkt vieler Rat- und Hilfesuchender. Nach der „Rassegesetzgebung“ 1935 ist die Auswanderung bestimmendes Thema. Im März 1936 übernimmt Katzenstein die Funktion eines Auswanderungsberaters für den Hilfsverein der Juden für die Provinz Westfalen, das Land Lippe und Bereiche im Regierungsbezirk Osnabrück. Im Oktober 1936 findet dagegen die CV-Arbeit für den Landesverband Ostwestfalen mit dem Tod des letzten Syndikus Dr. Davidsohn ihr Ende.

Begegnungen mit der Gestapo gehören für Katzenstein zum Alltag. Hier zeigt er sich zurückhaltend in der Bewertung. Im Rahmen einer Aktion gegen die jüdischen Logen erscheinen im April 1937 Gestapo-Männer in seinem Haus. Willy Katzenstein wird mitgenommen und stößt bei der Vernehmung auf den „mir wohlbekannten, anständig gesinnten Gestapobeamten Pützer“ (229). Die Verbindung zur Gestapo ist eine „dauernde nahe Verbindung“ (252). Sie mische sich zunehmend und permanent in alle Angelegenheiten ein. Katzenstein beurteilt die meisten Bediensteten jedoch als „verhältnismäßig maßvolle und verständige Männer, mit denen man sachlich verhandeln konnte“ (253). Ein Gestapobeamter „in gehobener Stellung“ besucht Katzenstein sogar „privat“, um sich über das Judentum zu unterhalten. Leider unterlässt er hier die Namensnennung.

¹ Korrespondenz der Zentrale des CV (Berlin) bezüglich der Ortsgruppe Bielefeld, 1920-1936, in: WIENER LIBRARY (London), MF 55/11/354. S. auch JÜRGEN HARTMANN, Der Bestand „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)“ in der Wiener Library in London und seine Bedeutung für die lippische Regionalgeschichtsforschung, in: ROSENLAND 13/2012, 43-50.

1938 wird Katzenstein vom Preußischen Landesverband als stellvertretendes Mitglied in den Rat der Reichsvertretung entsandt. Die Arbeitsbelastung bleibt ausnehmend hoch. Von den durch die Nationalsozialisten gesteuerten Terrormaßnahmen im November 1938 bleibt Willy Katzenstein weitgehend verschont. Am Morgen des 10. Novembers begibt er sich zur brennenden Synagoge, Beamte nehmen ihn fest und verbringen ihn mit weiteren Männern ins Polizeigefängnis. Gegen Abend wird er als einziger entlassen, die anderen werden ins KL Buchenwald überführt. Auch an dieser Stelle rückt er die Gestapo in ein gutes Licht. Die Folgen treffen die ganze Familie. Die beiden Töchter dürfen die Schule nicht mehr besuchen, die nichtjüdischen Schulkameradinnen ziehen sich zurück. Auf der Straße weichen Bekannte aus. Bis zur Emigration im Mai/Juni 1939 folgt nun die arbeitsreichste Zeit seines Lebens. Von morgens bis spät abends ist sein Haus voll von Besuchern. Katzenstein zeigt sich zunehmend desillusionierter angesichts der mangelnden Möglichkeiten zur Hilfe. Ab Anfang 1939 bemüht er sich verstärkt um die eigene Auswanderung. Die beiden Töchter gelangen mit einem Kindertransport am 10. Mai 1939 nach England. Die Eltern erreichen Anfang Juni London. Auf dem Schiff Richtung England notiert Willy Katzenstein erleichtert: „Nun sind wir der Hölle entronnen!“ (269).

Kriegstagebuch „Landsturm im Weltkrieg“

Das Kriegstagebuch umfasst die Zeit vom 23. August 1914 bis 11. Dezember 1918. Im Alter von 40 Jahren wird Willy Katzenstein bald nach Kriegsbeginn zur Armee eingezogen. Er bleibt bis kurz vor Ende von Fronteinsätzen verschont. Katzenstein übt verschiedene Funktionen, unter anderem als Ortskommandant, in der Verwaltung des besetzten Belgiens aus. Er wird damit „zum Vollstrecker der deutschen Besatzungsherrschaft“ (21) und erlebt im Generalgouvernement Belgien die Härte der Besatzungsmacht mit. Als Anwalt ist er unter anderem bei einem Verhör angeklagter „Spione“ zugegen, erfährt aber erst im Nachhinein von den verhängten 16 Todesurteilen. Im März 1918 wohnt er der Vollstreckung von mehreren Todesurteilen bei. Katzenstein erweist sich als pflichtbewusster deutscher Soldat, verurteilt auch als Jurist den völkerrechtswidrigen Überfall auf Belgien nicht und zeigt weitgehend Verständnis für die deutsche Besatzungspolitik. Ab 1916 spiegeln Tagebucheinträge seine Friedenssehnsucht. Zum Antisemitismus im Heer finden sich wenige Einträge. Die für viele jüdische Soldaten traumatische Zäsur der Judenzählung ist ihm nur eine kleine Notiz wert. Die Einträge von Anfang November 1918 belegen, wie dünn die Nachrichtenlage angesichts der chaotischen Situation nahe der Front ist. Am 11. November kristallisiert sich deutlich heraus: die Gerüchte über eine Revolution in Deutschland sind wahr. Für Katzenstein beginnt nun der lange Weg zurück in die Heimat.

Hervorragend ergänzt sich dieser Teil mit den im Folgenden wiedergegebenen 100 Feldpostkarten.

Den gut gestalteten Band mit zahlreichen Fotografien runden ein Quellen- und ein Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und ein Ortsregister ab.

Mit den Aufzeichnungen Katzensteins liegt eine bemerkenswert dichte und faszinierende Sammlung von Ego-Dokumenten vor. Altenberend weist dabei deutlich auf die grundsätzlichen Probleme retrospektiv verfasster oder bearbeiteter Schriften hin. Nachträgliche Eingriffe können

zu Relativierungen, Auslassungen oder gar Beschönigungen führen. Es wäre daher ein spannendes Unterfangen, einen Abgleich der Autobiografie mit den zwei später noch entdeckten handschriftlichen Tagebüchern aus Katzensteins letzten Jahren in Bielefeld vorzunehmen, beispielsweise in Bezug auf seine Aussagen zur Gestapo.

Die persönlichen Aufzeichnungen des Juristen Dr. Willy Katzenstein sind ein wertvoller Beitrag für die Geschichtsforschung. Sie ermöglichen einen tiefen Einblick in die Geistes- und Gedankenwelt eines religiös und politisch liberalen deutschen Juden der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, dessen Heimat Bielefeld, Westfalen, Deutschland war. Johannes Altenberend – von der *Neuen Westfälischen* (6. März 2019) einmal als „Oberhistoriker Bielefelds“ bezeichnet – begleitet die Edition als ebenso kenntnisreicher wie sensibler Kommentator. Er nimmt eine quellenkritische Betrachtung vor, beleuchtet offene Fragen und bewahrt eine angemessene Distanz zu seinem „Helden“. Zugleich versteht er es, die Leserschaft durch zahlreiche Hintergrundinformationen und präzise Einordnungen kompetent und mit großem Erkenntnisgewinn durch das Werk zu führen.

Jürgen Hartmann

Gisbert Strottdrees, Jüdisches Landleben. Vergessene Welten in Westfalen. Landwirtschaftsverlag, Münster 2024. 180 Seiten, zahlr. Abb. – 24,00 €

Bereits als Redakteur beim in Münster erscheinenden *Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben* hat sich Gisbert Strottdrees über viele Jahre mit dem „jüdischen Landleben“ in Westfalen in allen seinen Facetten befasst. Nun sind seine Beiträge, aktualisiert und um zahlreiche weitere Themen ergänzt in einem Band erschienen. Es ist ein Band, den man – das sei vorab gesagt – ausgesprochen gern zur Hand nimmt.

Strottdrees gelingt es, die „vergessenen Welten“ auf äußerst anschauliche Weise wieder sichtbar zu machen. Im Mittelpunkt seines Werkes steht das jüdische Landleben abseits der Metropolen in Westfalen. Die Grenzen setzt der Verfasser dabei großzügig. „Westfalen“ war nie ein geschlossenes Herrschaftsgebiet, von daher ist es sinnvoll, über die „Ränder“ hinauszublicken. So finden sich Beispiele aus dem „Kern-Westfalen“, wie auch dem Fürstentum Lippe, der Grafschaft Bentheim oder dem Fürstbistum Osnabrück. Das Landjudentums, ein erst später verwendeter Begriff, umfasste um 1800 rund drei Viertel aller in Westfalen lebenden Juden. Sie lebten in Dörfern, in Landgemeinden und Kleinstädten. Ihre Zahl verringerte sich aus verschiedenen Gründen jedoch zusehends. Von den 1930 in der Provinz Westfalen vorhandenen 105 jüdischen Gemeinschaften wiesen 30 noch 50 bis 99 Mitglieder und 34 unter 50 Gläubigen auf.

Das Buch zeigt die vielfältigen Veränderungen von den Anfängen jüdischen Lebens in der Region im 11. Jahrhundert – mit der Rolle Dortmunds – bis über die Zeit des Nationalsozialismus hinaus auf. Es behandelt die wechselnde rechtliche Stellung der jüdischen Minderheit mit vielen regionalen Besonderheiten, die sich verändernden wirtschaftlichen Beschränkungen ebenso wie die Ausgrenzung durch religiös motivierte Judenfeindschaft und später den rassistisch

motivierten Antisemitismus. Der Verfasser vermittelt jedoch auch Beispiele des Miteinanders, des Austausches, der Integration und macht damit deutlich, dass die Entwicklung hin zu staatlichem Terror und zur „Endlösung der Judenfrage“ nicht zwangsläufig war.

Bereits im Mittelalter war das Betätigungsfeld für die jüdische Minderheit festgeschrieben auf den Handel (Waren, Geld, Fleisch). Von den Territorialherrschern geduldet wurde ihr der Erwerb von Häusern und Grundstücken weitgehend versagt – aber es bestanden Ausnahmen. Auch auf dem Land existierten Pfandleiher, Händler und einige wenige Handwerker (Schlächter, Metzger). Der Aufstieg war bedingt möglich. An der Spitze standen die „Hoffaktoren“, als Kontrast dazu gab es das Leben in ärmlichsten Verhältnissen bis hin zur Beteiligung an Räuberbanden. Zwei zumeist als Schmähworte zu verstehende Begriffe waren „Kornjude“ und „Viehjude“.

Ende des 18. Jahrhunderts lebten rund 7.800 Juden in Westfalen. Der Verfasser beschreibt die ersten Ansätze zur rechtlichen Gleichstellung mit den Versuchen, Beschränkungen in Handel und Handwerk aufzuheben, auch Ackerbau zu ermöglichen. Natürlich fehlt der Hinweis auf den Lemgoer Juristen Christian Wilhelm von Dohm nicht. Aber jüdische Landwirte blieben eine ausgesprochene Seltenheit. Besonders die jüdischen Getreide- und Viehhändler verfügten über eine sehr enge Bindung zum bäuerlichen Alltagsleben. Mit diesen Bemühungen und Diskussionen beinahe einher entstand auch eine Gegenbewegung. Die Judenfeindschaft besonders in den letzten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nahm zu. Der Antisemitismus eines „Hofpredigers“ Stoecker, der sich von Berlin des Öfteren in den (ost)westfälischen Bereich begab, wurde dabei von Theologen wie August Rohling aus Neuenkirchen bei Rheine tatkräftig unterstützt. Strottdrees zeigt, welche verheerende Wirkung Gerüchte – heute würde man sagen: fake news – entfalten konnten. Nach einem Mordfall in Enniger kommt es zu Verdächtigungen gegen den Kleinhändler Spiegel. Über mehrere Tage ziehen sich Volksaufläufe hin, die Synagoge und die Häuser der Juden werden mit Steinen beworfen. Ein „Juden-crawall“ in der Silvesternacht wird von der Polizei unterbunden. Noch 1899 macht in Versmold das Gerücht die Runde, der Bau der Synagoge stocke, weil den Juden das erforderliche Christenblut ausgegangen sei.

Eine „vergessene Welt“ sind auch die jüdischen Sprachwelten, auf die eingegangen wird. Wie sich das Hebräische mit dem Platt, ebenso mit dem Hochdeutschen zu einem „Jüdischdeutsch“ verband, ist ein besonders interessantes Kapitel – gerade wegen des wenig bekannten Sprachforschers Werner Weinberg. Der aus Rheda stammende Weinberg überlebte die Lager und emigrierte nach 1945 in die USA, wo er eine Professur erhielt und sich mit dieser Misch-Sprache ausgiebig befasste. Strottdrees erinnert außerdem an die plattdeutschen Dichter Carl van der Linde und Eli Marcus. Über den Raum Minden hinaus dürfte nur wenigen bekannt sein, dass mit der Baugesellschaft Michelsohn ein jüdisches Landtechnikunternehmen existierte. Bekannt wurde es mit dem ersten Trecker aus Westfalen, dem „Baumi“.

In schmerzhafter Weise deutlich wird die Zäsur, welche der Nationalsozialismus darstellte. Das „Reichserbhofgesetz“ von 1933 als staatliche Maßnahme, welche auf die jüdischen Landwirte abzielte, ist bisher in der Regionalgeschichtsforschung eher selten behandelt worden. Strottdrees widmet schließlich der Ausschaltung der jüdischen Viehhändler und Tierärzte eigene Kapitel.

Die wenig bekannten Hachschara-Höfe in Westfalen (Hameln, Schermbeck, Westerkappeln) werden ausführlich und mit beeindruckenden Fotografien in Erinnerung gerufen. Wie sehr sich die Gewalt radikalisierte, belegen die Terroraktionen vom November 1938. Bereits zwei Tage vor dem 9./10. November war es zu Ausschreitungen in Kassel und 24 nordhessischen Kleinstädten gekommen. Und ebenfalls zuvor waren bereits Synagogen abgerissen worden (Dortmund, Oktober 1938). Der ausufernde Terror mit Zerstörungen, Übergriffen und Demütigungen forderte zahlreiche Todesopfer. In Westfalen starben in der Nacht oder an den Folgen 131 jüdische Frauen und Männer.

Mit den anschließenden Enteignungen und „Arisierungen“ wurde dem Landjudentum die letzte wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen. Zahlreiche „Volksgenossen“ profitierten. Darunter auch Fürst Leopold IV. aus Detmold, der das Schloss Altdöbern in Brandenburg mit rund 800 ha Land erstand, für das sich auch Hitlers Leibarzt interessiert hatte. Die Deportationen ab Winter 1941/42 setzten einen Schlussstrich. Mutige Bauern im Münsterland versteckten zwischen 1943 und 1945 Marga und Siegmund Spiegel aus Ahlen und retteten sie somit vor Verschleppung und Tod.

Erfreulicherweise endet das Werk hier nicht. Vielmehr werden noch ausführlich das Bauerndorf Kaunitz, das nach Kriegsende – zum Ärger der Bevölkerung – DP-Center für hunderte befreite Jüdinnen war, sowie das Transit Camp für Palästina in Bocholt beschrieben. Am Beispiel Hans Frankenthals aus Schmallenberg und des Ehepaares Spiegel aus Warendorf zeigen sich die zwiespältigen Erfahrungen der „Rückkehrer“ in ihre Heimat.

Den Schlusspunkt setzen Ausführungen über das allgemeine Verdrängen der 1950/60er Jahre, auch mit dem Hinweis auf die damalige „Abrisswelle“, welche viele jüdischen Friedhöfe und einige Synagogen betraf. Der Umbruch in der Erinnerung durch die regionale Forschung zeigt sich auch in der Wiederentdeckung des Landjudentums. Immer wieder kommen neue Erkenntnisse hinzu – hier weist Strottdrees auf die Hinterhof-Synagoge in Detmold hin. Eine kleine Aufstellung von Stätten der Erinnerung und Orten der Begegnung, ein Verzeichnis der Quellen (auf einen Anmerkungsapparat wurde verzichtet) und der Literatur wie auch ein Ortsregister schließen den Band ab. Notiz am Rande: Der Leser wird viele Verweise auf lippische Orte finden.

Gisbert Strottdrees' Buch bietet einen intensiven, facettenreichen Blick auf das Landjudentum in Westfalen. Es macht schmerzhaft deutlich, dass es sich nicht nur um eine „vergessene Welt“, auch um keine zwangsläufig untergegangene, sondern vor allem um eine durch den Nationalsozialismus zerstörte Welt handelt. Es ist kenntnisreich verfasst, wunderbar geschrieben und mit vielen Abbildungen versehen, die – dem gewählten Katalogformat sei Dank – durchweg eindrucksvoll wirken. Der Band lässt sich als eine gelungene und aktuelle Ergänzung zum von der Historischen Kommission für Westfalen herausgegebenen „Historischen Handbuch der jüdischen Gemeinschaften in Westfalen und Lippe“ betrachten.

Jürgen Hartmann

Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Nordhorn) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

Anschrift: Jürgen Hartmann, Sonnenteich 15, D-48527 Nordhorn.

URL: www.rosenland-lippe.de

Anfragen, Beiträge etc. bitte an: rosenland-lippe@web.de

Erscheinungsweise: etwa zwei Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2025.

Redaktionsschluss: 15. März 2025.